C 21734 D



„Neue Heimat": Vetternwirtschaft S. 13

Arbeiterkampf

Jg. 11 Nr. 218 22.2.82 ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 3 DM
Förderpr. DM 5

Jetzt chemische »Nach«rüstung!

Etwa vier Milliarden Dollar, so beschloß Anfang Februar Reagans Kongreß, werden in den nächsten Jahren in die Produktion von neu entwickelten chemischen Waffen, sogenannten Binärwaffen, investiert. Es handelt sich dabei um tödlich wirkende Nervengase, die im Binärverfahren entstehen: Zwei separate, für sich allein harmlose Stoffe, die sich erst bei der Explosion zum Nervengas vermischen. Gleichzeitig wurde die Vernichtung der alten chemischen Bestände beschlossen, da diese nur unter immer größer werdenden Schwierigkeiten unfallsicher gelagert werden können. Es wäre falsch, diesen Beschluß allein als weiteres Indiz für die perverse Menschenfeindlichkeit der Reagan-Administration zu werten. Sämtliche Vorbereitungen (Forschung, Entwicklung bis hin zum Bau einer bereits fertigen Produktionsstätte) wurden bereits von der alten Carter-Regierung sowie auch von dessen Vorgängern (die chemische Kampfstoffe in Vietnam ja sogar real einsetzten) betrieben. Ein Programm der Kontinuität also.

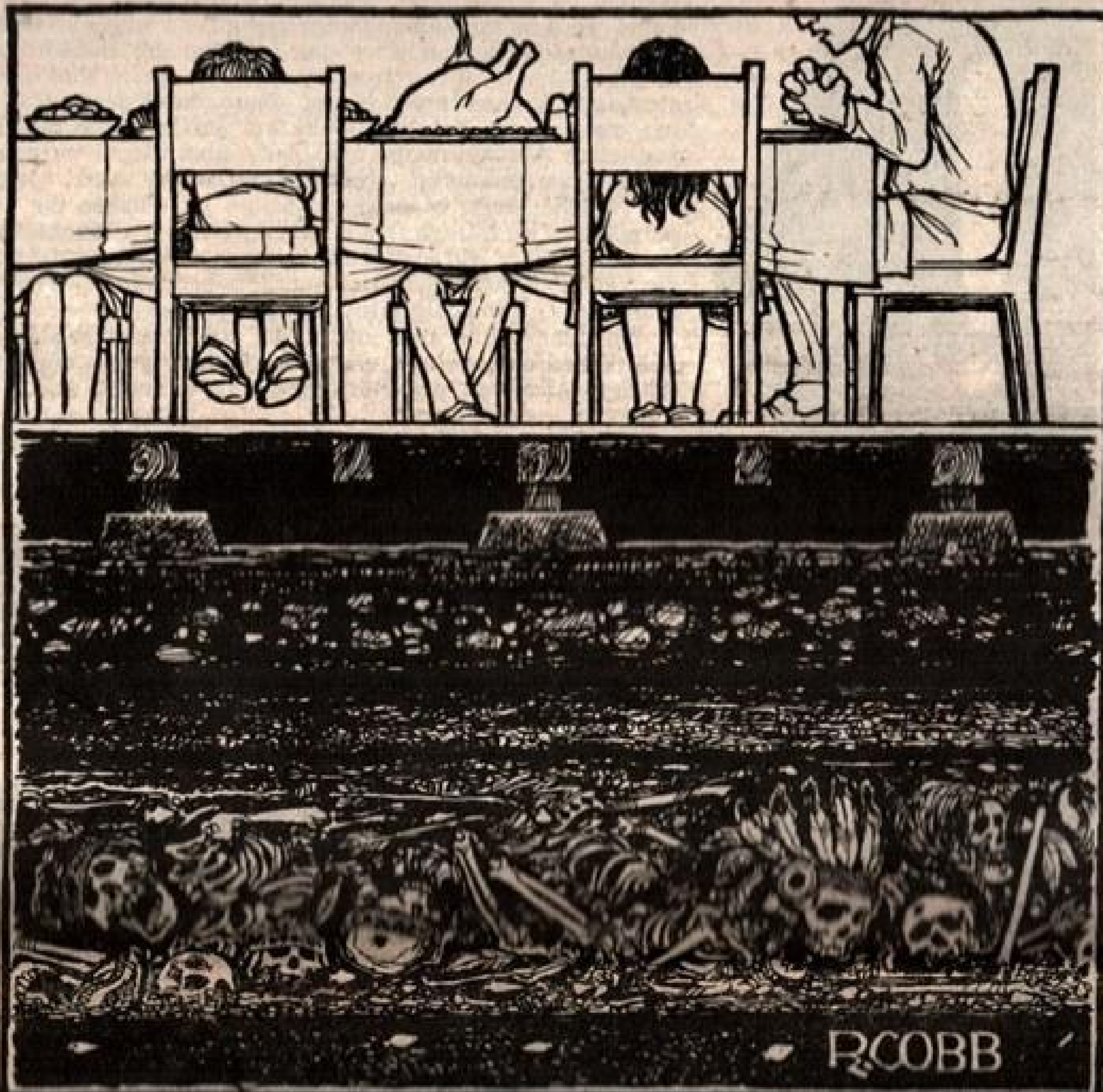
Ebenso verhält es sich mit der entsprechenden Propaganda, die die Produktion der Binärwaffen als „chemische Nachrüstung" feilbietet. Seit etwa zwei, drei Jahren werden kampagnenartig verschiedenste Meldungen über die „chemische Hochrüstung der Sowjetunion", über den Einsatz chemischer Kampfstoffe „kommunistischer Herkunft" in Laos, Kambodscha und in Afghanistan durch den CIA und andere Dienste lanciert und von der „freien Presse" begierig aufgenommen. Derartige Meldungen dürften sich in den kommenden Jahren häufen, insbesondere wenn es gilt, die Binärwaffen nach Fertigstellung „frontnah" in Westeuropa zu deponieren. Auserkoren hierfür sind die BRD und Großbritannien („FR", 30.1.82).

Völkerrechtlich ist die Kriegsführung mit chemischen und bakteriologischen Waffen durch das 1925 geschlossene Genfer Giftgasprotokoll und durch ein Ergänzungsabkommen von 1972 verboten. Während diese Verträge auch die Herstellung und Lagerung von bakteriologischen Waffen ächten, trifft das auf chemische Waffen nicht zu: Sie dürfen hergestellt werden.

Nach Angaben der „Frankfurter Rundschau" (16.9.81) hat sich bisher der US-Senat geweigert, die Genfer Abkommen zu ratifizieren, ist also rechtlich noch nicht mal gebunden. Die USA erklärten lediglich, daß sie den Vertrag „respektieren" wollen.

Begründet wurde die aktuelle Entscheidung zur Produktion der Binärwaffen von Reagan mit dem *„nationalen Interesse"* der USA. Er sei überzeugt, damit einen *„Anreiz für ein wirksames Abkommen zum Verbot chemischer Waffen"* gegeben zu haben („taz", 11.2.82).

In Großbritannien wurde ein Dokument der US-Armee bekannt, wonach *„die Lagerung (von Binärwaffen) in Friedenszeiten außerhalb der USA"* bereits *„fest eingeplant und auch nur in Reichweite des potentiellen Schlachtfeldes sinnvoll"* sei („FR", 30.1.82). Als Träger für die chemische Munition sind neben Kurzstreckenwaffen — und das ist besonders interessant — landgestützte Marschflugkörper (die Cruise Missiles, die uns mit der „Nachrüstung" beschert werden sollen) sowie der britische Mittelstreckenbomber F 1 vorgesehen („FR", 30.1.82 und „Spiegel", 1.2.82). Bereits heute lagern in der BRD „etwa zwei bis vier Prozent der amerikanischen Gesamtbestände", die sich auf „150.000 Tonnen tödlicher Chemiemunition, davon zwei Drittel Nervengase" belaufen („Welt", 11.4.81). Entsprechende Depots befinden sich nach Angaben der „taz" (5.5.81) bei Hanau, Massweiler, Vernheim und Mannheim.



Reagan will nach Bonn? Wir auch!

Was Politikern so einfällt: Um nach vielen unschönen Vorgängen mal wieder deutsch-amerikanische Freundschaft und deutsche Bündnistreue vorzuführen, ist ihnen nichts dümmeres eingefallen als eine Einladung Reagans nach Bonn. Am 9.10. Juni soll dort ein NATO-Gipfel mit dem obersten Kriegsherrn der Freien Welt stattfinden.

Daß d a s gut geht, kann doch eigentlich niemand im Ernst geglaubt haben?! Es gibt, abgesehen von gewissen Landstrichen Mittel- und Südamerikas, wohl kaum einen Platz auf der Welt, der noch ungeeigneter für das beabsichtigte Schauspiel ist. Aus dem verunglückten Besuch Haigs in Westberlin scheinen die Politiker gar nichts gelernt zu haben. Natürlich kann man Bonn am 9./10. Juni mit allen verfügbaren Polizei-Kräften so dicht machen wie einen AKW- oder Startbahn-Bauplatz. Aber erstens wird das in der internationalen Öffentlichkeit — und speziell in den USA — einen herrlichen Eindruck machen, und zweitens würde dann eben eine Vielzahl anderer Demonstrationen und Aktionen stattfinden. So oder so wird politisch und propagandistisch das Gegenteil des angestrebten Zwecks erreicht werden. Uns kann's nur recht sein.

Angesagt haben sich bisher:

★ Die Grünen. Sie mögen, wie sie in einer Presse-Erklärung vom 15.2. schreiben, *„nicht ausschließen, daß der NATO-Gipfel mit Ronald Reagan .. nicht an dem vorgesehenen Ort stattfinden kann"*. Vorsorglich haben sie für den gesetzten Zeitraum vom 1. bis zum 13. Juni mehrere Aktionen und Demonstrationen in Bonn polizeilich angemeldet. Das bedeute nicht, wie die Grünen klarstellen, daß sie als Alleinträger der Proteste auftreten wollen, sondern es solle *„ein Konzept in Anlehnung an die Organisationsform zum 10.10.82"* gefunden werden.

★ Das „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit", in dem die DKP maßgeblich mitarbeitet und das in früheren Jahren Hauptträger aller Friedensaktivitäten war, befürwortet eine „internationale" Demonstration gegen das NATO-Treffen am 10. Juni.

★ Für „entsprechende Aktionen" gegen das NATO-Treffen und den Reagan-Besuch tritt auch die DFG/VK (Organisation der Kriegsdienst-Verweigerer) ein.

Fortsetzung Seite 2

Demonstration geplant:

USA — Hände weg von El Salvador!

Die Lage in El Salvador drängt auf eine Entscheidung zu. Das herrschende Militärregime steigert von Tag zu Tag den Terror gegen das Volk, um die gezählten Tage ihrer Macht zu verlängern. In dem gerade erschienenen Bericht der UNO über die Menschenrechtsverletzungen in El Salvador heißt es, daß 1979, im Jahre nach der Machtergreifung des Militärs, *„1.030 Personen politischen Morden zum Opfer gefallen"* seien; *„1980 und 1981 sollen es ... bereits je zwischen 6.000 und 12.000 gewesen sein"* („Neue Zürcher Zeitung", 19.2.). Hinzu kämen Berichte über Entführungen, Folterungen, verschwundene Personen, Hinrichtungen von Zivilisten und Massakern an Bauern: *„Laut dem Bericht deuten die Angaben darauf hin, daß für die Mehrzahl dieser Untaten S i c h e r h e i t s k r ä f t e als Urheber namhaft gemacht werden müßten"* (ebenda, Hervorhebung im Original).

Mit blindwütigem Terror und Massakern an der Zivilbevölkerung reagiert das Militärregime auf jeden Erfolg der militärischen Opposition. Ende Januar gelang es einem Guerillaverband, mit einem Schlag 20 Flugzeuge und acht Hubschrauber zu vernichten, was zwei Drittel der gesamten Luftwaffe entspricht. Die Antwort waren großangelegte Militäraktionen gegen ganze Landstriche, Massaker an der Zusammenarbeit mit der Guerilla Verdächtigen, Ausrottung ganzer Dörfer (siehe Bericht im „Spiegel").

Solche militärischen Aktionen finden heute in der Regel mit 4 - 5.000 Soldaten und mit Unterstützung durch die Luftwaffe statt. Dennoch haben die Militärs bisher keine entscheidenden Erfolge erringen können. Dies läßt sie immer mehr zu Mitteln des totalen Vernichtungskrieges greifen. Der neueste Schritt der Eskalation ist, daß weite Teile des Urwaldes angezündet werden, um die Guerilleros aus ihren Stellungen zu vertreiben. All dies ist bekannt aus der Politik der verbrannten Erde, die die US-Imperialisten schon in Vietnam betrieben.

Nur mit diesem Terror und aufgrund des Dollar- und Waffen-Regens aus den USA kann sich das Regime überhaupt noch an der Macht halten. Allein 1982 soll die Hilfe 350 Mio $ betragen. Keinen Tag länger würde es dem Ansturm der politischen und militärischen Opposition standhalten, wenn diese Hilfe unterbunden würde. Um überhaupt den Anschein einer demokratischen Legitimation aufrechterhalten zu können, sind für den 28. März Wahlen verordnet worden. Es sind „freie Wahlen", aber in dem vom Militär und den faschistischen Banden terrorisierten Land sind die Sicherheit und das Leben oppositioneller Kandidaten nicht garantiert. Es sind „freie Wahlen", aber für die 2 Mio Wahlberechtigten wurden nur 800.000 Stimmzettel gedruckt, die in den von der Regierung kontrollierten Städten verteilt werden. Es sind solche „freien Wahlen", wo das Ergebnis bereits vorher feststeht. Die Opposition beteiligt sich unter solchen Umständen geschlossen nicht. Dennoch werden diese Wahlen weiterhin als

Fortsetzung Seite 3

Zu Polen in diesem AK

Die Machtfrage war gestellt. Ist Solidarnosc mit ihren Forderungen und Aktionen zu weit gegangen? Oder hat es Solidarnosc an revolutionärer Konsequenz gefehlt, die Macht zu erobern? Eine Analyse der Entwicklung in Polen seit dem Sommer 1981 versucht, Antworten zu geben. Seite 9

Die Polen-Solidarität des DGB. Dem DGB wird von manchen Linken vorgeworfen, er habe aus Rücksicht auf die Entspannungspolitik der Bundesregierung die Polen-Solidarität vernachlässigt. Muß der DGB diesen Tadel auf sich sitzen lassen? Wir untersuchen die bisherigen Aktivitäten des DGB zugunsten von Solidarnosc. Seite 10

Polen und die Grünen. Bei den Grünen hat es nicht an einflußreichen Stimmen gefehlt, die Polen gern als Anlaß benutzen würden, um die Ausgrenzung der DKP aus der Friedensbewegung endlich förmlich vorzunehmen. Wir stellen die Reaktionen aus der Grünen Partei auf die polnische Militärdiktatur dar. Außerdem dokumentieren wir die Ansprache der Grünen-Bundesvorsitzenden Petra Kelly auf der zentralen Polen-Demonstration am 30.1. in Köln. Seite 10

Internationale Solidarität, humanitäre Hilfe oder was? Die Auseinandersetzung über die Bewertung der verschiedenen Hilfsaktionen für Polen wird in diesem AK mit dem Beitrag eines Genossen unserer RGW-Kommission fortgeführt! Seite 8

Reagans „Polen-Solidarität": Ein Super-Flop! Nicht die Solidarnosc — wie gern behauptet wird — sondern US-Präsident Reagan ist der Erfinder des internationalen „Solidaritätstages" am 30. Januar. Wie das Unternehmen ein Reinfall wurde und warum beschreiben wir auf Seite 7.

Hessen:

Grüne gegen Wahlbündnis — „Aschu" nicht mehr Kandidat

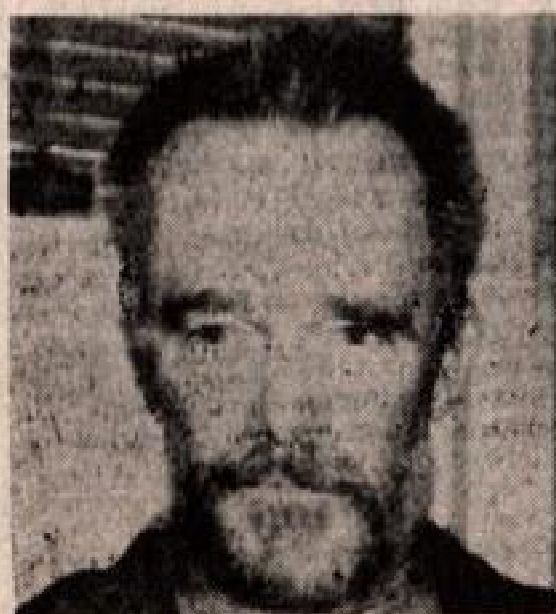
Reichlich Streit und Widerstand hatte es gegeben, bevor sich bei Hessens Grünen die Nominierung von Alexander Schubart („Aschu") als Kandidat auf ihrer Offenen Liste zu den Landtagswahlen am 26. September mehrheitsfähig durchgesetzt hatte. Der aus der SPD kommende, als Sprecher der Startbahn West-Gegner bundesweit bekannt gewordene Schubart ist einigen führenden Grünen offensichtlich viel zu sehr Sozialist und zu wenig „Ökologe" im Sinne grüner Doktrinen.

Diejenigen, die „Aschu" von Anfang an nicht als Kandidaten wollten, können sich jetzt freuen: Kaum nominiert, ist Schubart auch schon wieder von der Liste gestrichen worden. Die Grünen Frankfurt, deren Direktkandidat Schubart sein sollte, schreiben zur Begründung in ihrer Presse-Erklärung vom 17.2.: „.... *Unterschiedliche Einschätzungen über die Kandidatur der GRÜNEN-HESSEN, die Absicht der GRÜNEN, auf keinen Fall die Bürgerinitiativbewegung pauschal für die GRÜNEN zu vereinnahmen und der Konsolidierungsprozeß der GRÜNEN haben dazu geführt, daß nach intensiver Diskussion obengenannter Beschluß gefaßt wurde. Alexander Schubarts Absicht, die Wahldiskussion in Richtung auf Gründung einer Alternativen Liste voranzutreiben, steht im Widerspruch zu seiner Absicht, auf einer offenen GRÜNEN Liste zu kandidieren."*

Fortsetzung Seite 40

TERROR!

21.1. - (eigener Bericht) Wir erinnern uns: Terroristen der italienischen Roten Brigaden entführten den US-General Dozier und hielten ihn wochenlang in ihrer Gefangenschaft. Brutale Verhöre, Folter — bis er endlich von einer italienischen Spezialeinheit freigekämpft wurde. Die Bilder legen ein trauriges Zeugnis darüber ab, was dieser General alles zum Schutze unserer Freiheit über sich ergehen lassen mußte. Aber er hielt allem stand: kein Wort erfuhren diese Verbrecher von dem hohen Geheimnisträger! Moskaus Schlag ging daneben.



Vor der Entführung: Ein ausgeglichen wirkender, sympathischer Mann



Nach dem Terror: Spuren der Folter. Wird er sie überwinden?

(aus BILD v. 22.1.82)

Aufruf zur bundesweiten Demonstration am 17. April in München

Wir wehren uns gegen die Aufrüstungspolitik der Bundesregierung!

Nach der Friedensdemonstration in Bonn setzt die Friedensbewegung ihren Weg fort; sie muß nun ihre Forderungen noch deutlicher machen. Am 19. April 1982 beginnt in München der SPD-Parteitag, auf dem nach dem Willen der Parteiführung das Thema „Nach"-rüstung ausgeklammert bleiben soll. Wir aber wollen München während dieser Zeit zum Zentrum einer breiten Bewegung gegen Wettrüsten und Kriegsvorbereitung machen. Auch wenn die Verantwortlichen der Antwort ausweichen wollen: In München muß eine Auseinandersetzung mit diesem Thema stattfinden, und die SPD als tragende Regierungspartei eindeutig Position beziehen!

Auch nach Verhandlungsbeginn in Genf haben die USA keinen Zweifel daran gelassen, daß sie „auf jeden Fall 1983" mit der Stationierung von 572 neuen Atomraketen in Westeuropa beginnen wollen, falls bis dahin keine konkreten Verhandlungsergebnisse vorliegen. Ohne Vorwarnzeit könnten diese das Zentrum der UdSSR vernichten, ebenso aber wären wir dann das erste Ziel eines atomaren Vernichtungsschlages. Denn diese neuen Raketen machen die Bundesrepublik zur gefährlichsten amerikanischen Abschußrampe, daß heißt unser Land wäre der erste Trümmerhaufen eines Atomkrieges, ganz gleich von welcher Seite er ausginge. Schon jetzt haben die Supermächte in Europa mehr Atomwaffen stationiert, als irgendwo sonst auf der Welt, nur unser Widerstand kann die völlige Abhängigkeit der europäischen Länder von militärischer Großmachtpolititik noch beseitigen.

Wir fühlen uns auch durch die sowjetische Rüstungspolitik bedroht, wehren uns aber vorallem gegen ein neuerliches Anziehen der Rüstungsschraube durch den Westen!

Reagans „Null-Lösung", zur Besänftigung der Friedensbewegung erfunden, ist ein betrügerischer Bluff: Sie verlangt von der Sowjetunion vollständige Abrüstung der landgestützten Mittelstreckenraketen, während die gleichwertigen NATO-Atomwaffen, die in großer Zahl auf U-Booten stationiert sind, nicht angetastet werden sollen. Damit ist das Scheitern der Genfer Verhandlungen bereits vorprogrammiert.

Die wahren Absichten der US-Regierung zeigen sich in der beschleunigten Produktion von biologischen und chemischen Waffen, im Bau der Neutronenbombe, in den neuen MX-Interkontinentalraketen, im BI-Bomberprogramm und in der Aufrüstung von Unterseebooten und Flugzeugen mit Cruise Missiles.

Mit dem größten Aufrüstungsprogramm aller Zeiten wollen die USA ihre globale Vorherrschaft auf militärischem, politischem und wirtschaftlichem Gebiet ausbauen. Dies geschieht auf Kosten von Millionen Armen in Amerika, auf Kosten der gesamten Dritten Welt und auch auf unsere Kosten:

Während Konzerne, die Rüstungsindustrie, umweltzerstörende Projekte (Startbahn West u.a.), Großverdiener und Bauherren weiterhin subventioniert werden, soll einseitig am Sozialetat zu Lasten von Kindern, Kleinverdienern, Arbeitslosen, Rentnern, Auszubildenden und Behinderten gespart werden.

Die Bundesregierung, die maßgeblich am Zustandekommen des NATO-Aufrüstungsbeschlusses beteiligt war, weckt falsche Hoffnungen auf Verhandlungen, bereitet aber dennoch schon die Stationierung der US-Atomraketen vor: 535 Mio. DM sind im Bundeshaushalt 1982 für Abschußrampen und Silos von Cruise Missiles und Pershing II genehmigt worden?

Wir rufen alle, auch die „Nach"rüstungsgegner in der SPD, die diese Politik nicht mehr hinnehmen und stillschweigend mittragen wollen, zur Großdemonstration am 17. April in München auf.

Wir fordern von der Regierung und der sie tragenden Sozialdemokratischen Partei:

- **Sofortige Aufkündigung des NATO-Aufrüstungsbeschlusses**
- **Endgültige Ablehnung und Ächtung der Stationierung aller atomaren, biologischen und chemischen Waffen**
- **Kein Waffenexport aus der Bundesrepublik Deutschland**
- **Schritte zu echter Abrüstung mit dem Ziel einer atomwaffenfreien Zone in Europa**
- **Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO**
- **Abrüstung statt „Nach"rüstung und beginnen wir in unserem Land**



Dieser Aufruf wurde von den „Vereinigten Münchner Friedensinitiativen" verabschiedet. Sie fordern alle Friedensgruppen auf, ihr Vorhaben zu unterstützen.

Vereinigte Münchner Friedensinitiativen
c/o Bernd Schreyer
Rudi Seiboldt-Str. 24
8000 München 21

Kommt es zu einer gemeinsamen Demonstration in München?

Auf der Bonner Aktionskonferenz waren die geplanten Aktionen zum SPD-Parteitag in München (vom 19. bis 23.4.) neben anderen ein zentrales Thema.

Die Münchner Friedensinitiativen forderten a l l e Friedensgruppen in einem eindringlichen Appell dazu auf, gemeinsam in München anläßlich des SPD-Parteitags zu demonstrieren und es nicht hinzunehmen, daß die SPD mit ihrer Verschiebung der Entscheidung um die „Nachrüstung" einen Schritt weiter auf die Stationierung der Raketen drängt.

Der Appell, der von zahlreichen Gruppen unterstützt wird, richtet sich gleichzeitig an die Jusos/Falken und die Arbeiterwohlfahrt, die als sozialdemokratische Opposition a l l e i n eine Demonstration (am 17.3. um 17.30 Uhr) in München organisieren wollten, während alle übrigen sich dann lediglich ihrem (rein sozialdemokratischen) Projekt anschließen sollten (wir berichteten davon). Während sich zahlreiche Freunde von Sozialdemokraten wie Eppler (die auf das Verschiebungsmanöver des SPD-Vorstands eingeschwenkt sind) sich gar nicht mehr zu diesem Thema äußern möchten, konnte andererseits durch den Druck erreicht werden, daß sich Jusos/Falken immerhin die Forderungen der übrigen Gruppen nach g e m e i n s a m e r Organisation und Durchführung notierten und erklärten, sie würden spätestens in 3 Wochen (d.h. bis Ende Februar) dazu Stellung nehmen. Immerhin hatten der Bundesausschuß der Jusos und die Gruppenleiterkonferenz der Falken ebenfalls den Alleingang ihrer Vorstände kritisiert und zumindest eine Öffnung bei der Rednerliste gefordert. Allerdings ließen einige ihrer Vorständler in Bonn bereits durchblicken, daß sie lediglich einige weitere Redner zulassen würden, aber bereits bei Vorschlägen wie Coppik oder Hansen sei bei ihnen kein Durchkommen, diese würden ja g e g e n sie arbeiten. Die Münchener Friedensinitiativen haben daraufhin beschlossen, erst einmal unabhängig eine eigene Kundgebung zu planen, um sich dann gemeinsam der Demo von Jusos und Falken anzuschließen. Sie werden deshalb ebenfalls bundesweit Unterstützer für ihr Vorgehen sammeln. Eine endgültige Entscheidung muß das Treffen bringen, zu dem Jusos/Falken bis Ende Februar einladen werden (so zumindest nach ihrer Zusage in Bonn).

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 19, Tel. Verlag/Redaktion 040/43 53 20, Aboverwaltung 43 53 46, Satz/Layout 43 42 06; V.i.S.d.P.: H. Eckhoff, Verlagsanschrift; PSchA Hamburg 27175-203 / BLZ 200 100 20 oder Dresdner Bank Hamburg, Konto 4810 68500 / BLZ 200 800 00; Einzelpreis DM 3,-, erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 6.000

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Reagan will nach Bonn? — Wir auch!

Fortsetzung von Seite 1

★ Einen „Friedensgipfel" am 10. Juni in Bonn schlagen Hamburger Jusos vor. Es solle eine Großdemonstration *„unter massiver Beteiligung von Sozialdemokraten"* und von *„Vertretern der Friedensbewegung aus allen Nationen"* stattfinden.

Konkrete Probleme werden zweifellos noch auftauchen. Es kann der Sache nur schaden, wenn die Proteste gegen das NATO-Treffen genauso wie der 10.10. in Bonn vorwiegend in die Hände von SPD-Leuten gelegt werden, oder wenn es Versuche gibt, die Großdemonstration am falschen Ort/zur falschen Zeit stattfinden zu lassen.

„Gemeinsam für Frieden und Arbeit"

AL fordert ein breites Spektrum wie in Bonn

In einem Offenen Brief an den JUSO-Bundesvorstand, den Falken-Bundesvorstand und den Vorstand der Arbeiterwohlfahrt-Jugend protestiert die Alternative Liste Berlin gegen deren Art der Vorbereitung des Forums „Gemeinsam für Frieden und Arbeit" vor dem Münchner Parteitag der SPD im April.

Inzwischen wissen wir alle, welche Breite die Protestbewegung für Abrüstung in Ost und West, gegen die NATO-„Nach"-Rüstung angenommen hat. Trotzdem ist es die Strategie des SPD-Bundesvorstandes (siehe Leitantrag zum Parteitag vom 26.1.82), nicht auf dem bevorstehenden Parteitag, sondern erst im Herbst 1983 eine endgültige Position über die Stationierung der Pershing II und Cruise Missiles festzulegen. Was das für die „Nach"-Rüstungsgegner bedeutet, ist zu offensichtlich: Im Herbst 83 wird die NATO schon so viel Fakten geschaffen haben (z.B. die notwendigen Vorarbeiten an den Stationierungs-Orten), daß eine Verhinderung der Stationierung dann nicht mehr möglich ist.

Dieses Vorgehen der SPD muß eine entsprechende Würdigung durch die gesamte Friedensbewegung bekommen, und zwar gerade auch in München. Damit die Öffentlichkeit den Protest nicht überhören kann, kann dies nur auf eine Weise geschehen: Durch eine Großdemonstration und eine Kundgebung, die die Vielfalt der Friedensbewegung zum Ausdruck bringt, d.h. auch mit Rednern der nicht sozialdemokratisch orientierten Teile der Friedensbewegung.

Genau aus diesem Grunde finden wir es sehr verwunderlich, wenn Ihr es nur zu einer von Sozialdemokraten getragenen öffentlichen Veranstaltung in München kommen lassen wollt. Der bisherige Verlauf der Vorbereitungen für eine Demonstration sowie Kundgebung in München lassen nur vermuten, was als Resultat herauskommen wird: Viele nicht auf die SPD orientierte „Nach"-Rüstungsgegner werden zu Hause bleiben, weil sie sich nicht für eine sozialdemokratische Schau-Veranstaltung benutzen lassen wollen.

Vor diesem Hintergrund fordern wir Euch auf, die Trägerschaft für die Vorbereitung und Durchführung von Demonstration und Kundgebung um die Münchener Friedensinitiativen zu erweitern, die ihr Interesse und ihre Bereitschaft am Wochenende (6./7. Februar) in Bonn auf der Aktionskonferenz bereits bekundet haben. Nur so sehen wir gewährleistet, daß auch eine Kundgebung zustande kommt, die von der gesamten Friedensbewegung getragen wird.

Gerade wir in Berlin-West haben bei zwei zentralen Demonstrationen am 8. Mai mit 50.000 und am 13. September 1981 mit der Anti-Haig-Demonstration mit 80.000 Leuten die Erfahrung gemacht, daß es möglich ist, daß Jusos, AL, ESG, BIFIAS, GEW, ASF und autonome Gruppen sich zu gemeinsamen Aktionen zusammenfinden.

Wir fordern Euch auf, auch nicht-sozialdemokratische Friedens-Bewegte mit ihren Forderungen zu akzeptieren. Unverständlich finden wir, wenn ein Vertreter der AWO-Jugend Coppik als Redner unrelevant hält oder dieser Vorschlag gar als Spaltungsversuch bezeichnet wird.

Wir sind der festen Überzeugung, daß den „Nach"-Rüstungsgegnern auf dem Parteitag nur der Rücken gestärkt wird, wenn es gelingt, im Vorfeld eine ähnlich breite Protest-Demonstration wie am 10.10. in Bonn – wo das ganze Spektrum der Friedensbewegung sich auch wiederfindet – zu initiieren.

Unser Widerstand wird auch nur dann erfolgreich sein, wenn wir uns nicht auseinanderdividieren lassen. Woher wir auch kommen, keine Loyalität zu irgendeiner Partei oder Organisation darf wichtiger sein als die inhaltliche Loyalität zu unserem Kampf für den Frieden.

Alternative Liste Berlin (Bereich Frieden)

Friedensbewegung: Statt Bundeskongreß jetzt Arbeitstreffen am 20./21.3. in Osnabrück?

Die monatelangen Vorbereitungen für einen bundesweiten Friedenskongreß standen kurz vor dem Abschluß. Der „Bundeskongreß autonomer Friedensinitiativen" (BAF) war samt einem Aufruf in einem Spektrum unterschiedlicher Gruppen/Initiativen aus dem Bundesgebiet, vorwiegend aus Norddeutschland, einstimmig verabschiedet worden; das Programm war – mit Ausnahme des ersten Abends – festgelegt; rund 300 Seiten für einen Reader lagen druckfertig vor; die Vorbereitung auf die Arbeitsgruppen ist in einzelnen Friedensinis schon angelaufen. Viele Gruppen haben ihr Interesse an diesem Kongreß gezeigt und sich angemeldet. Trotzdem wird der BAF nach jetzigem Stand der Dinge (19. 2.) nicht wie vorgesehen stattfinden.

Für den 13.2. war zu einer Redaktionskonferenz für den Reader nach Osnabrück eingeladen worden. Es erschienen rund 50 Leute. Vertreten waren die Osnabrücker Friedensinitiative (OFRI), die Aachener FI, Bunte Liste Freiburg, Arbeitsgemeinschaft Braunschweiger Friedenstage, Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie Berliner Friedenskoordination, und Gruppen der Autonomen und der Antiimpis.

Neben der Zusammenstellung des Readers sollte auch über den ersten Abend des Kongresses gesprochen werden. Geplant war eine kurze Eröffnung und dann die Vorstellungen von *„10 für die Friedensbewegung repräsentativen und wichtigen Aktionen und Initiativen einschließlich ihrer politischen Begründung"* (aus dem Text des vorläufigen Programms).

Die Antiimpis wollten in diesem Rahmen den ‚militärischen Widerstand', den Anschlag auf NATO-General Kroesen und den Anschlag auf Ramstein, als Teil dieser „10 Projekte" einbringen. Dieser Vorschlag bedeutete den Versuch, einen g e m e i n s a m e n Kongreß zu sprengen, würde er doch bei der Vorstellung der „10 Projekte" nicht darauf gerichtet sein, ein breites Spektrum, das für den Bundeskongreß angesprochen werden sollte, zu einem Konsens zu bringen. Vielmehr würde das Spektrum erheblich eingeschränkt werden. Dementsprechend stieß dieser Vorstoß bei den oben aufgeführten Gruppen auf starken Protest. *„Wir sind nicht bereit, einen Kongreß der Friedensinitiativen zu veranstalten, wo die Propagierung der RAF als Teil der Friedensbewegung zum offiziellen Programm eines Kongresses der Friedensbewegung erhoben wird"* (Aus einem Brief der BAF-Vorbereitungsgruppe vom 15.2.).

Nach getrennten Beratungen der beiden ‚Lager', die jeweils mit etwa 25 Leuten gleich stark vertreten waren, erklärten sich die antiimperialistischen Gruppen *„bereit, auf die Vorstellung ihrer Projekte für das Eröffnungsplenum zu verzichten"* (Brief vom 15.2.). Sie wollten stattdessen ihre Intentionen in den Kongreß (AG's) einbringen.

Leider wurde sich n i c h t auf diesen Kompromiß geeinigt. Die oben namentlich aufgeführten Gruppen beschlossen, für den 20./21. März ein Arbeitstreffen in Osnabrück durchzuführen. Da die Planung noch in der Schwebe ist, sollten sich Gruppen/Inis, die sich für das Projekt interessieren, mit dem Osnabrücker Vorbereitungskomitee in Verbindung setzen.

Kontaktadresse:
Gabi Nickstadt
Dielingerstr. 43
4500 Osnabrück
Tel.: 0541 – 28426
Mo. bis Fr.: 16.00 – 20.00 Uhr

Fortsetzung von Seite 1

USA — Hände weg von El Salvador!

demokratische Legitimation verkauft. Was würden die gleichen Leute wohl für ein Geschrei erheben, wenn in Polen „freie Wahlen" ohne Beteiligung von Solidarność veranstaltet würden?

Für die USA hat El Salvador eine Schlüsselrolle bekommen. Schon wieder wird von der Domino-Theorie gesprochen: El Salvador darf nicht fallen, weil damit ganz Mittelamerika fällt. El Salvador wäre nach Nicaragua der zweite erfolgreiche politische und militärische Aufstand in kurzer Zeit. Mit Sicherheit hätte das eine große Ausstrahlung auf den gesamten Raum, der von den USA als ihr „Hinterhof" und damit „natürliches" Einflußgebiet angesehen wird. Diese Situation treibt die US-Imperialisten immer weiter zu einer Eskalation der Situation. Vom Nationalen Sicherheitsrat wurden Pläne verabschiedet, die militärische Aktionen sowohl gegen die Guerillaverbände in El Salvador als auch gegen Nicaragua und Cuba beinhalten. Im einzelnen handelt es sich um *„paramilitärische Aktionen befreundeter Staaten gegen cubanisch-nicaraguanische Versorgungslinien"* für El Salvador, um den Aufbau einer politischen Opposition in Nicaragua (siehe z.B. die Tätigkeit des CIA in Chile), um die Vorbereitung einer Seeblockade gegen Cuba („FAZ", 15. und 16.2.), Einsatz von Söldnertruppen aus den paramilitärischen Camps in Florida („taz", 8.2.) und den Einsatz von 1.000 argentinischen Soldaten („FAZ", 16.2.).

Selbstverständlich würde dies die Karibik noch mehr zu einem internationalen Krisenherd machen, denn unweigerlich müßten Aktionen gegen Cuba und Nicaragua die Sowjetunion auf den Plan rufen. Diese Zuspitzung der Situation wird von den USA bewußt betrieben, um die gegenwärtige Schwächesituation der Sowjetunion auszunutzen. Niemals zuvor war für sie der Zeitpunkt so günstig, im eigenen Einflußgebiet die nackte Kanonenboot-Politik zu demonstrieren. Anschaulich zeigt der US-Imperialismus an diesem Beispiel, daß er umso gefräßiger wird, je schwächer die andere Weltmacht dasteht.

Für uns zeigt sich umso deutlicher, wie eng der Krieg gegen die sog. Dritte Welt und die Zuspitzung der internationalen Lage zusammenhängen. Internationale Solidarität und Kampf gegen die wachsende Weltkriegsgefahr gehören deshalb unbedingt zusammen.

Wir rufen auf:

Zur nationalen Demonstration am 13. März in Frankfurt

Zur Demonstration am 27. Februar in Hamburg

Zum Anti-Interventions-Kongreß am 20./21. März in Münster

Giftgas von Westberlin nach Israel

Die Westberliner Chemiefirma FERAK produzierte seit fast zehn Jahren unbehelligt durch den Staat und dessen Behörden (oder gar mit dessen Billigung?) verschiedene chemische Kampfstoffe und lieferte einen Teil davon nach Israel. Aufgeflogen ist das offenbar nur deshalb, weil die Firma schlampig mit den hochgiftigen Abfallprodukten umging und dadurch als Umweltverschmutzer den Anliegern lästig wurde. Das Westberliner Gesundheitsamt erließ bereits 1979 Auflagen, die allem Anschein nach jedoch vom Firmenchef Erich Ottemar Grundemann (52) nicht beherzigt wurden. (Der Fall erinnert sehr an den Skandal um die Hamburger Firma Stoltzenberg). Erst jetzt — 1982 — begann die
um die Hamburger Firma Stoltzenberg). Erst jetzt — 1982 — begann die
Staatsanwaltschaft mit den ersten Ermittlungen. Ob sich Gründemann wegen eines Verstoßes gegen das Alliierte Kontrollratsgesetz 43, das Strafen bis hin zur Todesstrafe vorsieht, verantworten muß, wird derzeit „geprüft" („stern", 11.2.82).

Produziert und an die Israelische Firma „Plantex Limited" in Nathanya geliefert wurden nach Angaben der „FR" (4.2.82) 1,6 Tonnen des Giftgas-Grundstoffes Thiophosgen. Der „stern" (11.2.82) berichtete weiter, daß 5.860 Kilogramm dieses Giftgases auf dem Gelände der FERAK lagerten.

„Schon 0,02 Milligramm pro Liter Luft sind die tödliche Dosis für einen Menschen". — *„Wenn etwas passiert wäre, hätten wir den südlichen Teil Westberlins vergessen können"*, zitierte der „stern" einen Polizeibeamten und den Prof. Bornowski (TU). Außerdem lagerten 40 Tonnen Lost, hochgiftiges Abfallprodukt der Thiophosgen-Herstellung, auf dem Gelände der Firma.

Daß die Behörden von den Umtrieben der FERAK nichts wußten, ist auch angesichts der Transportwege und der damit verbundenen Kontrollstellen wenig glaubhaft. Die gefährliche Fracht wurde zunächst mit der Bahn nach Hamburg gebracht, und dort Richtung Israel verschifft. Die Transportbehälter waren Fässer aus Speziallegierungen, von Israel zunächst nach Westberlin geliefert. Außer dem bereits erwähnten Thiophosgen wurden „mindestens 65 Kilo-
ßer dem bereits erwähnten Thiophosgen wurden „mindestens 65 Kilo-
gramm" des Kampfgases Bromcyan produziert. Unklar ist der Verbleib des dabei entstandenen Abfallprodukts Natriumcyanid (1.700 Gramm). Diese Menge entspricht einer tödlichen Dosis für 17.000 Menschen! (Bornowski). Daß solche Verbrecher wie Gründemann ihr Treiben auch noch zynisch kommentieren (Thiophosgen werde zur Herstellung eines Mittels *„gegen Fußpilz"* von den Israelis genutzt — „stern", 11.2.82), zeigt, wie sicher die alten und neuen Massenmörder sich in diesem Land fühlen dürfen. Die Akte FERAK birgt einen weiteren Beweis, daß in der BRD chemische Kampfstoffe erforscht und hergestellt werden. Bleibt zu hoffen, daß noch mehr über diesen Fall in die Öffentlichkeit kommt (alle Angaben nach „stern", 11.2.82 und „FR", 4.2.82).



Aufruf zum Forum Demokratischer Sozialisten

Weil wir überzeugt sind,
- daß der Friede nicht durch weitere Aufrüstung gesichert werden kann;
- daß soziale Gerechtigkeit nicht durch sozialen Abbau verwirklicht wird;
- daß Arbeitslosigkeit nicht durch Geschenke an die Unternehmer beseitigt wird;
- daß die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen wichtiger ist als die Gewinninteressen der Wirtschaft;
- daß die Völker der Dritten Welt berechtigten Anspruch auf unsere Solidarität haben;
- daß eine Änderung der gegenwärtigen bundesdeutschen Politik nur durch Zusammenarbeit aller Kräfte der demokratischen Opposition erreicht werden kann,

rufen die demokratischen Sozialisten in der Bundesrepublik auf, gemeinsam nach neuen programmatischen und organisatorischen Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit zu suchen und den politischen Kampf gegen den herrschenden Block von CDU/CSU und SPD/FDP anzutreten. Wir laden ein zum

Forum demokratischer Sozialisten am 20. März 1982, um 10.30 Uhr in Recklinghausen, Städtischer Saalbau, Dorstener Str. 16.

Karola Bloch, Manfred Coppik, Harald Gabbe (Betriebsratsvorsitzender), Gerald Grünwald (Juraprofessor), Karl-Heinz Hansen, Udo Lindenberg, Uta Ranke-Heinemann, Jürgen Roth, Alexander Schubart, Peter Weiss

Unabhängige Sozialdemokraten schließen sich Demokratischen Sozialisten an

Auf Antrag ihres Frankfurter Unterbezirks hat die Arbeitsgemeinschaft Unabhängige Sozialdemokraten Hessen am 13.2. auf einer Landeskonferenz ihre Auflösung beschlossen, um Coppik und Hansen zu unterstützen. Dazu wurde folgende Presseerklärung herausgegeben:

„Die Unabhängigen Sozialdemokraten Hessen schließen sich der von K.H. Hansen, Manfred Coppik u.a. angeregten Initiative an, die demokratischen Sozialisten in der BRD — als Teil eines breiten Bündnisses — politisch und organisatorisch zusammenzufassen. Wir sehen in dieser Initiative den notwendigen Schritt zum Aufbau einer linken Alternative und gleichzeitig die Voraussetzung für die Vereinheitlichung der demokratischen Sozialisten in der BRD. Auf Grund der Übereinstimmung in diesen wichtigen Fragen gibt es für uns keine Notwendigkeit mehr, die Unabhängigen Sozialdemokraten Hessen als eigenständige Organisation aufrechtzuerhalten. Die Aufsplitterung der Kräfte wäre sogar schädlich. Deshalb löst sich die AG Unabhängige Sozialdemokraten Hessen auf und geht über in die lokalen Arbeitskreise Demokratischer Sozialisten. Wir fordern alle, die seit dem letzten Jahr mit uns gemeinsam politisch gearbeitet haben, dazu auf, sich diesem Schritt anzuschließen."

Den „Usos" bleibt der Verdienst, in Hessen als erste organisiert den Schritt aus der SPD heraus vollzogen zu haben. Einige ihrer Gründungsmitglieder sind freilich den Verdacht nie ganz losgeworden, zur Landtagswahl eine eigenständige Kandidatur neben bzw. gegen die Grünen anzustreben, bei denen sie gleichwohl programmatisch kräftig abgekupfert hatten.

Wer sind die Neuen im spanischen Generalstab?

Als die spanische Regierung Mitte Januar die Neubesetzung des Obersten Generalstabs der Armee bekanntgab und die bürgerliche Presse dies als einen Akt der Stärke der Regierung gegenüber den Putschkräften in der Armee interpretierte, mag sich der/die interessierte Leser/in gesagt haben: erstaunlich – aber warum nicht auch einmal so herum? Der spanische Verteidigungsminister Oliart hatte den Führungswechsel und damit die vorzeitige Pensionierung von vier anderen Generalstäblern mit dem bevorstehenden Eintritt Spaniens in die NATO und dem ebenfalls baldigst beginnenden Prozeß gegen die Putschoffiziere vom 23. Februar vergangenen Jahres erklärt. *„In der Zeit einer solchen Spannung muß die Armee auf eine straffe und vor allem dauerhafte Führung blicken können"* („Welt", 16.1.82).

Doch die Kurzbiographie der vier neuernannten Chefs der drei Teilstreitkräfte und des neuen Präsidenten des Generalstabs muß einen skeptisch machen:

Emilio Garcia Condel: Generalleutnant, ernannt zum Generalstabschef der Luftwaffe. Er wurde Pilot in den Reihen des Mussolini-Heeres. Er nahm im spanischen Bürgerkrieg an der Verteidigung Oviedos gegen die Truppen der spanischen Republik teil. Franco ernannte ihn zum Hauslehrer des heutigen Königs Juan Carlos.

Saturnino Suances: Vizeadmiral. Ernannt zum Admiral und obersten Generalstabschef der Marine. Ein wilder Pro-Yankee-Vertreter, der einen Skandal provozierte, als er sich im Fernsehen für einen NATO-Eintritt Spaniens einsetzte, noch bevor der spanische Ministerrat bzw. das Parlament über dies Thema gesprochen hatten. Er ist offener Frankist.

Ramon Ascanio Tagores: Ernannt zum Generalstabschef des Heeres. Ex-Militärgouverneur von Tenerife. Durch persönliche und berufliche Kanäle mit dem Generalleutnant Lacalle und dem Hauptmann Gonzalez del Hierro, dem „starken Mann" von den Kanarischen Inseln, verbunden.

Alvaro Lacalle Leloup: Generalleutnant. Er war Mitglied der Blauen Division (die spanische Spezialeinheit, die sich an den Feldzügen Hitlers beteiligte). Er hatte verschiedene politische Posten unter Franco. Lacalle ist der Gründer von „Fuerza Nueva", der rechtsradikalen Terrororganisation, und hat gute Verbindungen zum mächtigen ultrakonservativen Opus Dei. Er gilt als die rechte Hand von Gonzalez del Hierro. Dieser Mann wurde zum Präsidenten des neuen Generalstabs ernannt!

Es ist ganz offensichtlich so, daß es den rechten Militärs darum ging, den ihnen zu „liberalen" und der zivilen Regierung zu loyalen Gabeiras, den bisherigen Präsidenten des Generalstabs, loszuwerden (was damit geschah) und eine Führungsmannschaft zu haben, die für die Stimmung in der Armee repräsentativer ist. Die neue Führung ist ultrakonservativ bis rechtsradikal und genießt damit Prestige in der Armee, sie ist entschieden für den NATO-Eintritt Spaniens. Sie steht, wie aus der Kurzgeschichte hervorgeht, dem spanischen König näher als die frühere Spitze. Es ist also nicht so, daß die spanische UCD-Regierung sich auch nur einen Zentimeter gegen die Putschkräfte durchgesetzt hat, sondern es ist das Gegenteil der Fall.

Mit großer Spannung wird der Prozeß gegen die Parlamentsstürmer und Putschisten des 23. Februar erwartet, unter denen drei Generäle sind. Von diesem Prozeß haben führende Militärs mehrfach gesagt, er werde „niemals stattfinden". Die neue Führungsspitze der Armee bietet mit Sicherheit keine Gewähr, daß die angeklagten Faschisten nach den Spielregeln einer „normalen" bürgerlichen Demokratie verurteilt werden können.

Re./Spanienkommission

Polen: Die Machtfrage war gestellt


Polens Arbeiter: Auf den Knien nur vor Papst & Co.

SPIEGEL: *Man hat im Westen den Eindruck, daß in der Volksrepublik Polen, um mit Lenin zu reden, eine Art „Doppelherrschaft" auszumachen ist. Die Partei will ihre führende Rolle behaupten, doch eben diese führende Rolle wird ihr von der „Solidarität" bestritten. Die Geschichte lehrt, daß solch eine Doppelherrschaft nicht von Dauer sein kann. Eine Seite muß sich irgendwann durchsetzen.*

RAKOWSKI: *Ich teile Ihre Meinung. Zweifellos gibt es in Polen bereits gewisse ernst zu nehmende Elemente einer Doppelherrschaft ... Es ist ganz selbstverständlich, daß ein solcher Zustand nicht von Dauer sein kann und daß es zu einer Klärung der Frage kommen muß, wer in Polen eigentlich die Macht haben soll.*

* * *

Offensichtlich muß man weder Leninist noch Revolutionär sein, um über theoretische und praktische Fragen revolutionärer Prozesse zu durchaus sinnvollen Schlußfolgerungen kommen zu können. Das SPIEGEL-Interview mit Polens Vizepremier Rakowski wurde am 14. September letzten Jahres publiziert, fast auf den Tag genau ein Vierteljahr vor jenem 13. Dezember, an dem der oben beschriebene Zustand mit Gewalt aufgehoben wurde.

Eine Untersuchung von Zeitungsberichten, Dokumentationen und Interviews kann selbstverständlich nur ein sehr unvollkommenes Bild der gesellschaftlichen Wirklichkeit ergeben. Das vorhandene Material reicht aber durchaus aus, um zu erkennen, daß sich in den letzten Monaten und Wochen vor dem 13. Dezember auf b e i d e n Seiten des Konflikts ein Bewußtsein der Notwendigkeit bildete, die Machtfrage in einer großen Konfrontation zu entscheiden. Man wird offiziellen Verlautbarungen der „realsozialistischen" Bürokratien generell mißtrauen, und man tut gut daran. Trotzdem enthält die Rechtfertigungs-These der polnischen Militärdiktatur, sie sei am 13.12.81 einem „B ü r g e r k r i e g" zuvorgekommen, objektiv einen richtigen Kern – auch wenn die Fakten zeigen, daß für diese Zuspitzung der Widersprüche die Bürokratien Polens und der Sowjetunion hauptverantwortlich sind.

Weil in Polen aus einer Massenbewegung heraus die Frage der politischen Macht gestellt wurde (in Europa erstmals seit den Klassenkämpfen in Portugal 1974/75), stellt die polnische Entwicklung eine „Fundgrube" für die Suche nach praxisfähigen revolutionären Strategien dar. Es ist deshalb kein Wunder, daß
polnische Entwicklung eine „Fundgrube" für die Suche nach praxisfähigen revolutionären Strategien dar. Es ist deshalb kein Wunder, daß
sich die ersten Interpretationsversuche schon eingestellt haben.

Vergessen kann man hier die absolut konservativen Erörterungen der DKP, die sich in kleinlichem Gezeter erschöpfen, daß Politik nicht Sache einer Gewerkschaft zu sein hat und daß an den bestehenden Machtverhältnissen nicht gerüttelt werden darf, wenn man den Weltfrieden nicht gefährden will. Würde man diese Argumentation als Lehre für die politische Praxis in der BRD auslegen, so müßten alle sozialistischen Politikansätze hierzulande wohl gleich die Arbeit einstellen.

Unter den interessanteren Interpretationen der polnischen Entwicklung stehen sich zwei Grundrichtungen kontrovers gegenüber:

+ In der vielfarbigen nationalen und internationalen trotzkistischen Szenerie herrscht die These vor, daß der Solidarnosc ein Mangel an revolutionärer Konsequenz und Entschlossenheit zum Verhängnis geworden sei. Beispielhaft für diese Denkrichtung ist ein Artikel in der GIM-Zeitschrift „was tun" von deren Chefredakteur Winfried Wolf. W. Wolf wirft der Solidarnosc vor, sie habe es versäumt, rechtzeitig die Partei- und Militärführung verhaften zu lassen und sich dann bis zur Durchführung freier Wahlen selbst zur Provisorischen Regierung zu erklären (Anm. 1).

+ Den Gegenpol bildet ein Artikel von Thomas Langer und Michael Stamm (Gruppe Z) in den „Modernen Zeiten". Die beiden Verfasser sind der Ansicht, daß Solidarnosc ihre Erfolge einer Politik der 'Selbstbeschränkung' (wie sie vor allem von Walesa immer wieder durchgekämpft wurde) zu verdanken gehabt habe, und daß es ein entscheidender Fehler von Solidarnosc gewesen sei, von dieser Politik abzugehen und die Machtfrage ins Spiel zu bringen. (Anm. 2).

Trotz ihrer Gegensätzlichkeit enthalten beide Interpretationsversuche richtige Elemente. Sie machen jedoch beide den gleichen methodischen Fehler: Sie ignorieren weitgehend die realen Rahmenbedingungen der polnischen Entwicklung, das heißt, sie entziehen sich der Frage, welche Chancen die von ihnen befürworteten Optionen (Machtergreifung oder Fortsetzung der „Politik der Selbstbeschränkung") unter den gegebenen Bedingungen hätten haben können.

Zur Erörterung dieser Bedingungen sollen im Folgenden einige Fakten und Überlegungen zusammengetragen werden. Im Wesentlichen will ich mich darauf konzentrieren, die Zuspitzung der Konfrontation seit Anfang September (nämlich seit dem ersten Teil des Solidarnosc-Kongresses) darzustellen und daran einige Schlußfolgerungen zu entwickeln. Die Frage nach der politischen Programmatik von Solidarnosc soll mich dabei nur am Rande interessieren. Ich teile nicht die Einordnungen der Solidarnosc als „authentisch sozialistisch" oder „demokratisch-sozialistisch"; solche Einordnungen werden inzwischen ohnehin durch die politischen Verlautbarungen der im Westen befindlichen Solidarnosc-Funktionäre kräftig blamiert. Immerhin hat Solidarnosc s e l b s t zu solchen Fehlbewertungen gar keinen Anlaß gegeben: In ihrem Programm (beschlossen im zweiten Teil ihres Kongresses, am 16.10.81) bezog sie sich zwar positiv auf die „Werte der christlichen Ethik, unsere nationale Tradition sowie die Arbeitertradition" und eigens noch auf die Enzyklika Laborem Exercens von Papst Woityla, nicht aber auf den Sozialismus.

Ich denke jedoch (und werde das in diesem Artikel am Ablauf der Ereignisse nachzuweisen versuchen),
mus.
Ich denke jedoch (und werde das in diesem Artikel am Ablauf der Ereignisse nachzuweisen versuchen),
daß es für die hier zu untersuchende Frage (Lehren aus der polnischen Entwicklung für praxisfähige Revolutionsstrategien) nur eine Nebenrolle spielt, wie man die Programmatik von Solidarnosc bewertet. **Jede "authentisch sozialistische" Bewegung, falls sie Massencharakter gewinnen könnte, würde jedenfalls vor ganz ähnlichen Problemen und Aufgaben stehen wie Solidarnosc. Und das gilt – sonst wäre eine Diskussion darüber recht akademisch – nicht nur für die „realsozialistischen" Staaten, sondern ähnlich auch in anderen europäischen Gesellschaften.**



aus: „Süddeutsche Zeitung", 6.2.82

Die Krise des „realen Sozialismus"

Die landläufige linke Kritik am „realen Sozialismus" übersieht häufig dessen Entstehungsgeschichte; auf diesem Weg gelangt die linke Kritk sehr schnell zu der naheliegenden Schlußfolgerung, daß es im Wesentlichen die „realsozialistische" Bürokratie und die Vormachtstellung der Sowjetunion seien, die einer Entwicklung dieser Länder zu w i r k l i c h sozialistischen Verhältnissen im Wege stehen.

Diese Kritik übersieht, daß an der Formel vom „real existierenden Sozialismus" ein richtiger Aspekt ist: Es existiert real gar kein a n d e r e r Sozialismus (zumindest nicht in Europa), an dem das „realsozialistische" System praktisch gemessen werden könnte. Der Praxis-Beweis, daß es auch anders gehen könnte, steht noch aus. Abgesehen von der Sowjetunion, die eine autonome Revolution durchlaufen hat, ist das System des „realen Sozialismus" in Mittel- und Osteuropa ein Ergebnis des 2. Weltkrieges. In der Folge dieses Krieges entstanden Bedingungen (an erster Stelle die militärische Besetzung durch die sowjetische Armee), die es zuließen, in einer Reihe von Staaten das innere Kräfteverhältnis weitgehend außer Kraft zu setzen und revolutionäre Veränderungen durchzuführen, die auf Massen-Konsens der betroffenen Völker relativ wenig Rücksicht zu nehmen brauchten. Mehr oder weniger entstand der „reale Sozialismus" in Mittel- und Osteuropa überall als Gewaltverhältnis gegen eine Mehrheit der Bevölkerung. Daß auf andere Art und Weise dort ein wirklicher Sozialismus hätte entstehen können, ist eine Hypothese, die sich nachträglich weder beweisen noch widerlegen läßt; doch spricht die Entwicklung in Italien oder Frankreich (von der BRD gar nicht zu reden) wohl sehr stark gegen eine solche Hypothese. Daß bei dieser Durchsetzung des „realen Sozialismus" das Selbstbestimmungsrecht der betroffenen Völker vergewaltigt wurde, läßt sich selbst bei wohlwollender Interpretation nicht ernsthaft bestreiten. Antisowjetische Volksrevolten wie 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn, 1968 in der CSSR und 1980/81 in Polen sind ein Ergebnis dieser sowjetischen Politik.

Zugleich hat die Sowjetunion, indem sie den von ihr besetzten Ländern ihr eigenes System aufzwang, einen Teil Europas dem Zugriff des Imperialismus weitgehend entzogen und damit auch die Bedingungen für ihr eigenes Überleben als Staat entscheidend verbessert. Das hat wahrscheinlich dazu geführt, daß die aktuelle Situation, wo der Imperialismus unmittelbar mit der Vernichtung des sowjetischen Systems droht, nicht schon in den 50er Jahren eingetreten ist.

Gegenüber dem hierzulande gehüteten Geschichtsbild ist festzuhalten, daß die Zwang-„Sozialisierung" des sowjetischen Besatzungsbereichs wesentlich eine R e a k t i o n auf die
Gegenüber dem hierzulande gehüteten Geschichtsbild ist festzuhalten, daß die Zwang-„Sozialisierung" des sowjetischen Besatzungsbereichs wesentlich eine R e a k t i o n auf die
Tatsache war, daß die Westmächte seit spätestens 1947 Konfrontation gegen die Sowjetunion und Konsolidierung ihrer eigenen Einflußzone in Europa betrieben. Sowjetische Initiativen zur Neutralisierung Deutschlands lassen darauf schließen, daß sich die sowjetische Führung über die Problematik einer Zwangs-„Sozialisierung" ihres Machtbereiches wohl im Klaren war und – zumindest für Deutschland – eine andere Lösung (vergleichbar dem Status Österreichs) vorgezogen hätte.

Festzuhalten ist gegenüber dem hiesigen Geschichtsbild außerdem, daß auch die Konsolidierung des westlichen Machtbereichs in Europa erheblichen Z w a n g beinhaltete. Das ging bis zum militärischen Zwang (Intervention Großbritanniens im griechischen Bürgerkrieg), entfaltete sich aber vor allem auf dem Gebiet der Ökonomie (Anm. 3.). Gerade auf diesem Gebiet konnte der Imperialismus seine Überlegenheit voll zur Geltung bringen (Anm. 4). Das Ergebnis ist bis heute, daß der Imperialismus in Europa wesentlich auf einem Konsens der Bevölkerungsmehrheit beruht (und diesem Umstand seine relative Stabilität verdankt), während der „reale Sozialismus" nach wie vor nur als direktes Zwangssystem funktioniert. Auf diese Weise wird zwar im „realen Sozialismus" der tägliche Klassenkampf, der im Westen soviel Konfliktstoff relativ folgenlos verpuffen läßt, nahezu völlig unterdrückt, aber es besteht eine latente Instabilität, die das Risiko großer Explosionen beinhaltet.

Jede Erschütterung im „realsozialistischen" Staatenblock stellt in doppelter Weise eine existentielle Bedrohung für die Sowjetunion (wie auch für den „realsozialistischen" Block insgesamt) dar: 1. Sie beinhaltet die Tendenz zu einer militärischen Destabilisierung und Schwächung des Warschauer Paktes, indem sie mit dem Herausfallen wichtiger Abschnitte aus dem Militärpakt droht. 2. Als Exempel des Möglichen stellt sie tendenziell auch das Gewaltsystem in den übrigen Staaten des Blocks in Frage.

Die Interessen des Imperialismus gegenüber solchen Erschütterungen wie 1968 in der CSSR oder 1980/81 in Polen sind gespalten: Kurzfristige ökonomische Gesichtspunkte (Kredite, Handelsabkommen etc.) begünstigen bei den direkt oder mittelbar engagierten Kapitalisten das Interesse an einigermaßen stabilen Verhält-
ökonomische Gesichtspunkte (Kredite, Handelsabkommen etc.) begünstigen bei den direkt oder mittelbar engagierten Kapitalisten das Interesse an einigermaßen stabilen Verhält-
nissen im „realsozialistischen" Block, da sie von einer Destabilisierung finanzielle Verluste und Rückschläge befürchten müssen. Andererseits ist der Imperialismus insgesamt strategisch immer noch daran interessiert, den „realsozialistischen" Block zu liquidieren, um diese Gebiete vollständig in den kapitalistischen Weltmarkt zu integrieren und um den nationalen Befreiungsbewegungen der Dritten Welt einen wichtigen Rückhalt zu entziehen.

In einem solchen Interessenskonflikt werden sich letzten Endes die strategischen Interessen als übergeordnet gegen die nur kurzfristigen ökonomischen Interessen durchsetzen. Zunehmend seit Mitte der 70er Jahre und offen erklärt seit dem Amtsantritt Reagans hat der Imperialismus die Liquidierung des „realsozialistischen" Blocks als aggressive Kampfansage auf die Tagesordnung gesetzt. Innere Erschütterungen des „realsozialistischen" Blocks sind ein wichtiger Faktor dieser Kalkulation. US-Verteidigungsminister Weinberger schrieb dazu: *„Einige wichtige sowjetische Verwundbarkeiten haben etwas mit der Tatsache zu tun, daß das sowjetische Imperium, im Gegensatz zu unserer Allianz, nicht auf einer freiwilligen Assoziierung demokratischer Nationen beruht ... Unsere Planungen für eine Gegenoffensive im Kriegsfall können auch solche Verwundbarkeiten auf der sowjetischen Seite in Betracht ziehen".* (Anm. 5). Und US-Verteidigungsminister Weinberger formulierte forsch: *„Wir müssen sicherstellen, daß dieses sowjetische Imperium, wenn es dann aufgrund seiner eigenen Widersprüche zusammenbricht, das mit einem Winseln tut und nicht mit einem großen Knall"* („Spiegel"-Interview 28.9.81).

Jede innere Erschütterung im „realsozialistischen" Block schwächt die sowjetische Position und stärkt auf der anderen Seite die Position der NATO – ebenso wie dies umgekehrt natürlich auch für Erschütterungen im westlichen Blocksystem gilt. Dieser Sachverhalt darf nicht gegen soziale und emanzipatorische Bewegungen in Ost und West ausgespielt werden. Er sollte aber auch nicht wider aller Vernunft übersehen oder gar geleugnet werden. Es ist blanker Unsinn, wenn beispielsweise die Grünen in ihrer Polen-Erklärung umstandslos schreiben: *„Die Aufteilung Europas in die Einflußsphären von USA und Sowjetunion hat den*
blanker Unsinn, wenn beispielsweise die Grünen in ihrer Polen-Erklärung umstandslos schreiben: „Die Aufteilung Europas in die Einflußsphären von USA und Sowjetunion hat den
Frieden nicht gesichert, sondern, wie die Ereignisse in Polen zeigen, ist Ursache für die Gefahr eines Krieges. Wir sind für die Destabilisierung der NATO und Warschauer Pakt, weil nur deren Auflösung und nicht ihre Stabilisierung den Frieden und das Selbstbestimmungsrecht der Völker ermöglicht" („Die Grünen", 6.2.82). Schwächung des Warschauer Paktes, wie in der polnischen Entwicklung angelegt, verringert nicht die Kriegsgefahr, sondern s t e i g e r t sie, weil die inneren Widersprüche und Auflösungserscheinungen des 'Ostblocks' eine wesentliche Voraussetzung für den Kriegskurs von Reagan & Co. sind.

Die Solidarnosc zur Friedensbewegung zu verklären, weil sie zur Destabilisierung des Warschauer Paktes einen großen Beitrag geleistet hat, hat nur Sinn, wenn man die Prämisse vom „Hauptkriegstreiber Sozialimperialismus" akzeptiert. Denn nur unter dieser Prämisse geht die Rechnung auf, daß alles, was der Sowjetunion schadet, automatisch dem Frieden dient.

Es ist deshalb kein Wunder, daß an der Spitze einer s o interpretierten „Solidarität mit Solidarnosc" wieder die bekannten Gestalten von Ex-KPD und KBW auftauchen, die notfalls sogar zum „Pakt mit dem Teufel" (d.h. dem NATO-Imperialismus) bereit sind, um die von ihnen als Hauptfeind der Menschheit definierte Sowjetunion in die Enge zu treiben (Anm. 6). Und es ist auf der anderen Seite auch nicht verwunderlich, daß sich angesichts dieser Konstellation wichtige Vertreter der Friedensbewegung mit Skrupeln herumschlagen und mehr oder weniger explizit einer Unterordnung der polnischen Volksbewegung unter die

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von voriger Seite

höheren Interessen des Weltfriedens das Wort reden (Anm. 7).

Diese Haltung, so sympathisch sie im Vergleich mit den Anti-Sozialimperialisten absticht, ist falsch und perspektivlos. Sofern bei dieser Einstellung überhaupt Veränderungen im „realsozialistischen" Block gebilligt werden könnten, müßten diese sich entweder auf eine zu Reformen bereite sowjetische Führung stützen können, oder es müßten ihnen zunächst (revolutionäre) Veränderungen im Westen v o r a n g e h e n (Wobei noch die Frage ist, wieweit bei einer solchen Haltung nicht auch revolutionäre Bewegungen im Westen gefährlich erscheinen könnten und gleichfalls dem übergeordneten Friedensinteresse untergeordnet werden müßten).

Zusammenfassend: Es liegt in der Natur der Sache, daß systemkritische oder gar systemfeindliche Massenbewegungen im 'Ostblock' das sowjetisch dominierte Paktsystem schwächen und damit den strategischen Interessen der NATO nützen. Folglich erhalten sie von dieser Seite starken Beifall. Diese Wirkung ergibt sich objektiv und kann als solche nicht als Vorwurf an die Adresse der Massenbewegungen gerichtet werden. Wohl aber müßten wir die Politik derartiger Massenbewegungen daran messen, wieweit sie diesen Effekt zugunsten des Imperialismus maximal a b s c h w ä c h e n, etwa durch deutliche Kampfansagen und Abrüstungsforderungen auch an die NATO. In dieser Hinsicht hat Solidarnosc leider absolut versagt (Anm. 8).

ZITAT DES TAGES



„Entweder der General tut, was er kann, um die von ihm Regierten zu verstehen, oder aber er versteht sie nicht, und wir müssen uns selbst regieren."

Gewerkschaftsführer Lech Walesa gestern vor seinem angekündigten Gespräch mit dem polnischen Partei- und Regierungschef General Jaruzelski.
FOTO: POLY-PRESS

aus: „Welt", 5.11.81

Die „Politik der Selbstbeschränkung"

Die von Solidarnosc im Prinzip befürwortete „Politik der Selbstbeschränkung" hängt eng mit der eben skizzierten Ausgangslage zusammen. Diese Strategie ging – insbesondere in Berücksichtigung der Erfahrung von Ungarn 1956 und CSSR 1968 – davon aus, daß im „realsozialistischen" System die Schwelle für direkte Militärinterventionen der Sowjetunion zur Zerschlagung von Massenbewegungen relativ niedrig anzusetzen sei. Daraus wurde die Notwendigkeit hergeleitet, die in dieser Sache wirkenden Mechanismen zu unterlaufen und/oder auszutricksen. Formal gab es deshalb innerhalb der Solidarnosc einen nur wenig umstrittenen Konsens, an zwei Tabus nicht zu rühren, nämlich an die „führende Rolle der Partei" und an die Blockbildung zur Sowjetunion (Anm. 8 b).

F o r m a l betrachtet hat Solidarnosc diese beiden Tabus fast bis zum allerletzten Moment respektiert:

– Die „führende Rolle der Partei" war Gegenstand der umfassenden Vereinbarung zwischen Staat und Solidarnosc nach den großen Streiks vom Sommer 1980. Der Aufnahme einer entsprechenden Aussage in ihr Statut widersetzte sich Solidarnosc zunächst, was nicht besonders konsequent war, da sie den heiklen Punkt ohnehin schon per Vereinbarung akzeptiert hatte. Nachdem ein Gerichtsurteil Solidarnosc zur Annahme des umstrittenen Passus in ihr Statut verpflichtet hatte, gab Solidarnosc den Widerstand dagegen auf und rührte das Thema auch nicht wieder an. – Einen Vorstoß, den Passus aus dem Statut zu streichen, unternahm beim Solidarnosc-Kongreß im September 1981 ein Delegierter aus Danzig, der vom einflußreichen „Radikalen" Jan Rulewski unterstützt wurde. Der Antrag wurde mit deutlicher Mehrheit abgelehnt.

– Ebenso formal respektiert wurde die Mitgliedschaft Polens im Warschauer Pakt. Einen Vorstoß, dies in Frage zu stellen, unternahm gleichfalls Jan Rulewski während des Solidarnosc-Kongresses. Rulewski sprach von der Notwendigkeit, „den sowjetischen Imperialismus abzuschütteln" und aus dem Warschauer Pakt auszutreten. Über das Echo auf diesen Vorstoß ist der Presse nichts zu entnehmen; jedenfalls fand Rulewski keine formale Zustimmung, sein Vorstoß wurde offenbar nicht einmal zur Abstimmung gestellt.

Soweit die f o r m a l e Seite der Angelegenheit. Anders stellt sich der Sachverhalt jedoch dar, wenn man die Ergebnisse der p r a k t i s c h e n Politik betrachtet – und gerade d i e s e gaben letzten Endes den Ausschlag.

1. Die „führende Rolle der Partei". Die „realsozialistische" Interpretation dieses Begriffs ist weit entfernt von derjenigen, die von Lenin geprägt wurde: Während im Verständnis Lenins „Führung" vor allem durch Überzeugung und Beispiel ständig neu erkämpft werden mußte, bezeichnet der Begriff im „realsozialistischen" Vokabular einen A n s p r u c h des Staates an die unbedingte Treue seiner Untertanen. Gemeint ist das totale Monopol der Partei auf sämtlichen Gebieten. Dieses Monopol schließt eine autonom agierende Opposition aus (Anm. 9). Die bloße Existenz der Solidarnosc bedeutete folglich in der politischen Praxis eine nicht unwesentliche Einschränkung der „führenden Rolle der Partei". Die „realsozialistische" (hierzulande von der DKP reproduzierte) Kritik, die der Solidarnosc vorwirft, sie habe sich nicht mit dem klassischen Spielraum einer Gewerkschaft zufriedengegeben, sondern sich allgemeinpolitische Funktionen angemaßt, ist frech und zynisch: Unter Verhältnissen, wo eine andere funktionierende politische Opposition nicht existiert, m u ß eine autonome Gewerkschaft zwangsläufig zum Sammelpunkt des gesamten Widerstands werden und die sich daraus ergebenden Aufgaben wahrnehmen.

Freilich blieb Solidarnosc nicht stehen bei dieser gleichsam automatischen Reduzierung der „führenden Rolle der Partei", die sich aus ihrer bloßen Existenz ergab: Teils spontan von der Basis her, teils auch bewußt von der zentralen Leitung vorangetrieben, stellte die Solidarnosc die Verfügungsgewalt des Staates über Teile der Gesellschaft infrage. In diesem Zusammenhang sind beispielsweise mehrere betriebliche Kämpfe zu nennen, mit denen die Gewerkschaft die Absetzung mißliebiger Direktoren und die Neubesetzung mit Personen ihres Vertrauens erzwang oder zu erzwingen versuchte (Anm. 10). Praktisch bedeuteten diese örtlichen Vorstösse (zu denen die zentrale Führung von Solidarnosc eine wechselnde, im einzelnen schwer nachzuvollziehende Haltung einnahm) einen Vorgriff auf die von Solidarnosc angestrebte „Arbeiterselbstverwaltung".

Auf eine Reduzierung staatlicher Verfügungsgewalt über die Gesellschaft zielte auch der in mehreren Anläufen vorgetragene Kampf von Solidarnosc um Einfluß in den Medien. Dieser Kampf erreichte seinen Höhepunkt in der Zeit des Solidarnosc-Kongresses (September/Oktober 1981) mit der Forderung nach Übertragung des Kongresses im Fernsehen und mit Walesa's Drohung, die Gewerkschaft werde ihre eigenen Sender einrichten, falls ihr der Zugang zu den staatlichen Medien versperrt würde.

Diese Beispiele, die sich durch weitere noch ergänzen liessen, mögen ausreichen, um jene Situation zu veranschaulichen, die – nicht ganz zutreffend – von mancher Seite als „Doppelherrschaft" bezeichnet wurde. Tatsächlich übte Solidarnosc gar keine Herrschaft aus, sondern blokkierte lediglich das staatliche Machtmonopol an einigen wichtigen Stellen. Allein das bedeutete aber schon eine permanente Kampfansage an die herrschende Bürokratie. Eine Massenbewegung, die mit Streiks die Absetzung mißliebiger Direktoren erzwingt oder die die Übertragung ihrer Kongresse im Fernsehen zu erpressen versucht, würde selbst in den westlichen „Demokratien", die ein relativ gut funktionierendes System von Ventilen unterhalb der Schwelle direkter Zwangsherrschaft unterhalten, als staatsgefährdende Bedrohung empfunden und entsprechend gekontert werden. Umso mehr gilt das für ein letztlich sehr instabiles Zwangssystem wie das „realsozialistische" (Anm. 11).



2. Das „Bündnis mit der Sowjetunion". Die sowjetische Führung konnte sich zu keinem Zeitpunkt darüber täuschen, daß Solidarnosc aller taktischen Zurückhaltung zum Trotz keinerlei Sympathie für die Sowjetunion hegte, sondern dieser mehr oder weniger feindselig gegenüberstand. (Da es hier um Fakten und nicht um Schuldzuweisungen geht, begnüge ich mich mit dem knappen Hinweis, daß für diese Lage zu 90 % die Sowjetunion selbst verantwortlich ist.)

Aus sowjetischer Sicht mußte es zweifellos als direkte Kampfansage erscheinen, wenn Solidarnosc beispielsweise:

– in ihrer örtlichen Presse „antisowjetische Propaganda" publizierte und deren Straffreiheit dann auch noch durch Streiks erzwang (Anm. 12);

– faschistoide Schmieraktionen an sowjetischen Kriegsdenkmälern in Polen zusätzlich zur Stimmungsmache ausnutzte (für die Schmierereien seien Provokateure der Bürokratie oder die Russen selbst verantwortlich);

– „Freiheit für alle politischen Gefangenen" forderte, als diese fast ausschließlich in einer Gruppe führender Mitglieder der reaktionären und militant antisowjetischen KPN bestanden (Anm. 13).

In diesem Zusammenhang gehört auch die Tatsache, daß beim Solidarnosc-Kongreß der Versuch scheiterte, das „Bündnis mit der Sowjetunion" ins Programm aufzunehmen (Anm. 14).



Kein „historischer Kompromiß"

Bei den meisten nachträglichen Reflektionen über die „Politik der Selbstbeschränkung" fällt ein entscheidender Punkt unter den Tisch, nämlich der Unterschied zwischen einer „Selbstbeschränkung" in der T a k t i k und einer solchen in der S t r a t e g i e . Strategie meint in diesem Zusammenhang das gesetzte (Etappen-)Ziel, während die Taktik den Weg und das Tempo zu diesem Ziel bezeichnet.

„Selbstbeschränkung" von Solidarnosc hinsichtlich der Strategie hätte bedeutet, sich auf eine Art von „Historischen Kompromiß" mit der Bürokratie einzulassen. Scheinbar bildeten die verbale Anerkennung der „führenden Rolle der Partei" und des „Bündnisses mit der Sowjetunion" wirklich die Basis für einen solchen Kompromiß. Daß diesem frommen Anschein die Realität jedoch nicht entsprach, geht besonders klar aus dem Fazit Walesas Anfang Dezember 1981 hervor: **„Konfrontation ist unvermeidlich, und sie wird stattfinden. Ich wollte zu dieser Konfrontation auf einem natürlichen Weg kommen, wenn tatsächlich alle sozialen Gruppen hinter uns stehen. Allerdings, ich habe mich verkalkuliert ... Wir dürfen uns keinen Illusionen hingeben. Von Anfang an haben sie versucht, uns an der Nase herumzuführen ... Es stellte sich heraus, daß wir diesen Weg so nicht weitergehen können. Daher müssen wir zu blitzschnellen Manövern greifen".** (Anm. 15). Diesen Gedanken nahm Walesa wieder auf während der letzten Sitzung der Solidarnosc-Leitung in der Nacht zum 13. 12.81: *„Wir müssen uns eingestehen, daß wir an einem Punkt angelangt sind, den ich nicht vor dem Frühjahr erwartet habe ... Wir müssen jetzt politische Entscheidungen treffen"* (Anm. 16).

Aus diesen Äußerungen geht eindeutig hervor, daß Walesas Taktik nicht platterdings in Konflikt-Vermeidung (und Arrangement mit der Staatsmacht) bestand, sondern daß es ihm um ein H i n a u s s c h i e b e n der Konfrontation ging. **Dieses Hinausschieben der Konfrontation sollte zeitlichen Spielraum und politische Rahmenbedingungen für eine maximale Sammlung der Kräfte schaffen, um schließlich den entscheidenden Zusammenstoß siegreich zu bestehen.** Diese Intention wird von denjenigen, die aus Walesa einen östlichen Oskar Vetter oder auch Luciano Lama zu machen versuchen, völlig verkannt. Sie sehen in der Tempo-Verlangsamung, die Walesa der Bewegung immer wieder verordnete, den praktischen Ausdruck einer reformistischen Strategie, statt sie als wohldurchdachtes „Herankommen" an den Umsturz der bestehenden Verhältnisse zu begreifen.

Walesas eben zitierten Äußerungen aus dem Dezember 1981 bezeichnen keinen *„Kurswechsel"* (Langer/Stamm) in der Politik Walesas, sondern entsprechen genau dem, was er auch zu früheren Zeiten gesagt hatte:

– Im Juli 1981 bezeichnete Walesa die damaligen betrieblichen Streiks als „gefährlich" und warnte: *„Das wichtigste ist zur Zeit, daß wir nicht gegen uns selbst kämpfen. Falls wir das Land weiterhin so erschüttern, werden wir überhaupt nichts erreichen. Überstehen wir das nächste halbe Jahr noch, dann haben wir gewonnen"* („Welt", 11.7.81).

– Im August 1981 erklärte Walesa vor Bergarbeitern: *„Der Kampf hat begonnen, der Konflikt scheint unvermeidlich"* („il manifesto", 21. 8.81).

– Ebenfalls im August 1981: *„Die nächste Konfrontation wird eine totale Konfrontation sein ... Wir brauchen jetzt noch etwas mehr Zeit, und dann werden wir siegen"* („UZ", 29.8.81, nach UPI).

– Anfang September 1981: *„Wenn wir nicht geschlossen vorgehen, dann gewinnen wir nicht ... Wenn wir zusammen sind wie im August* (1980 – Anm. d. V.), *dann gewinnen wir ... Über kurz oder lang ist der Sieg unser. Einzige Unbekannte ist der Preis, den wir dafür zahlen müssen"* („TAZ", 7.9.81).

Ich beschränke mich hier auf Äusserungen Walesas, der zu Recht als d e r Sprecher der „gemäßigten" Richtung in der Solidarnosc gilt. Andere Solidarnosc-Führer haben sich zum selben Thema noch weitaus schärfer geäußert.

Walesa zeigte sich bei der Sitzung in Radom (2.12.81) empört über das unaufrichtige Verhalten der Regierung: *„Von Anfang an haben sie versucht, uns an der Nase herumzuführen ..."*. Diese knappe Beschreibung ist zutreffend. Nur müßte man hinzufügen, daß dem taktischen Verhalten der Regierung die Politik Walesas und der Solidarnosc insgesamt durchaus entsprach: Auch Walesa versuchte, oft herzlich plump, die Regierenden „an der Nase herumzuführen". Keinen anderen Sinn hatten seine gespielt-biederen Beteuerungen, er sei „nur Gewerkschafter", der sich für Politik gar nicht groß interessiere und dem das herrschende System gleichgültig sei (Anm. 17). Keinen anderen Sinn hatten auch seine wiederholten kauzigen Statements, Polens Arbeiter wollten nicht „die Macht", sondern wollten lediglich „Herr im eigenen Lande sein" (Anm. 18) – als gäbe es dazwischen irgendeinen interessanten Unterschied.

Die „Politik der Selbstbeschränkung" war nie etwas anderes als ein Gebot der T a k t i k. **Daß dies beiden Seiten – der Bürokratie und der Solidarnosc-Führung – ständig bewußt war, macht den speziellen Charakter der polnischen Enwicklung bis zum 13. Dezember aus. Daraus ergab sich ein ständiges Wechselspiel von Drohungen und Kraftproben einerseits, Rückzügen und Versöhnungsappellen andererseits. Am Ende konnte schwerlich etwas anderes als die entscheidende Konfrontation stehen.**

Es geht hier, wie schon einmal gesagt, nicht um Schuldzuweisungen, sondern um Tatsachen. Der von der DKP weitergetragene Vorwurf, Solidarnosc habe die Konfrontation bewußt angesteuert, ist zynisch und infam. Dieser Vorwurf ignoriert, daß für Solidarnosc überhaupt keine realistische Möglichkeit bestand, sich als geduldete Opposition neben den herrschenden Verhältnissen einzurichten. Freilich gab es in der Bürokratie Tendenzen, die der Solidarnosc unter dem Motto der „nationalen Verständigung" o. ä. gern einen Platz zugewiesen hätten, wie ihn die Gewerkschaften im Westen einnehmen, also eine Unzufriedenheit kanalisierende und „unschädlich" machende, letztlich systemstabilisierende Rolle. Ob es möglich gewesen wäre, wesentliche Teile von Solidarnosc auf diese Weise einzufangen, sei dahingestellt. Tatsache ist, daß die Bürokratie mit ihren grobschlächtigen Umgangsformen und ständigen Bürgerkriegsdrohungen jeden Gedanken an ein Arrangement bzw. eine mehr als nur kurzfristige Koexistenz im Ansatz zerstört hat. Hinzu kam, daß die Bürokratie den immer dreisteren sowjetischen Drohungen und Vor-

schriften jeweils zustimmte, statt diese als unerträgliche Einmischung in Polens „innere Angelegenheiten" scharf zurückzuweisen.

Unter diesen Bedingungen wäre ein „Historischer Kompromiß" nur als totale Demütigung und Verrat an der Volksbewegung denkbar gewesen. Als solcher wäre er aber sinnlos gewesen, weil er nur zur Isolierung seiner Befürworter hätte führen können. Es kann vorausgesetzt werden, daß dieser Zusammenhang auch der Bürokratie wohl bewußt war. Zweck ihrer mehrfachen Angebote zu einer institutionalisierten „nationalen Verständigung" (wie zuletzt im Dreiergespräch Jaruzelski-Walesa-Glemp Anfang November) konnte demnach überhaupt bloß die Diskreditierung „gemäßigter" Gewerkschaftsführer wie Walesa, die Spaltung der Solidarnosc und damit letzten Endes deren Radikalisierung (zwecks Beschleunigung der Konfrontation) sein.

Es mag sein, daß „liberale" PVAP-Führer wie Rakowski andere Ziele verfolgt haben, daß sie an wirklich tragfähigen Kompromissen interessiert gewesen wären. Eine realistische Chance dafür bestand unter den gegebenen Bedingungen jedenfalls nicht.

Kt., Hamburg

Anmerkungen

1.) W. Wolf in „was tun", 14.1. – W. Wolf ignoriert, daß Solidarnosc überhaupt nicht über die notwendigen bewaffneten Strukturen verfügte, um schlagartig Massenverhaftungen vorzunehmen und danach die politische Macht nicht bloß zu „erobern", sondern auch zu behaupten. Die ersten A n s ä t z e von Solidarnosc, solche Strukturen aufzubauen („Arbeitermilizen"), waren einer der Entscheidungsgründe der Bürokratie für ihren „Putsch" am 13. Dezember. Dieses Dilemma scheint W. Wolf entgangen zu sein.

Noch wortradikaler und platter argumentiert die österreichische Trotzkisten-Gruppe IKL („permanente revolution", Januar 1982). Für sie stellt sich die ganze Entwicklung in Polen seit Sommer 1980 als Kette von Abwiegelei, Abbremsen und Klassenverrat der Solidarnosc-Führung (Walesa) gegenüber der zum Kampf bereiten Arbeiterklasse dar. Ähnlich argumentiert gegen Walesa auch die KPD/ML.

2) Th. Langer/M. Stamm in „Moderne Zeiten" Nr. 1/82. Langer/Stamm b e s c h r e i b e n im Grunde nur den Kurswechsel der Solidarnosc (von der „Selbstbeschränkung" zur direkten Kampfansage an die Bürokratie), ohne sich jedoch inhaltlich mit den A r g u m e n t e n auseinanderzusetzen, die schließlich selbst Walesa veranlaßten, eine entscheidende Konfrontation für nicht mehr länger vermeidbar zu halten. Ob angesichts der Wirtschaftskrise und des Machtzerfalls des Staates noch Chancen für eine Fortsetzung der „Selbstbeschränkung" bestanden hätten, wird von Langer/Stamm nicht problematisiert. Ihr Anliegen scheint es zu sein, das polnische Exempel für die Theorie vom Historischen Kompromiß dienstbar zu machen, mit Walesa als eine Art polnischem Berlinguer.

3) Beispielsweise machten die USA in Italien 1947 Getreide-Lieferungen und andere wichtige Hilfsmaßnahmen direkt davon abhängig, daß zuerst die Kommunisten aus der Koalitionsregierung geworfen werden müßten, was dann auch prompt besorgt wurde.

4) Es ist daran zu erinnern, daß die Kriegsschäden der USA praktisch Null waren, so daß sie nach dem Krieg daran gehen konnten, in der Pose des reichen Verwandten das Füllhorn wirtschaftlicher Hilfe (Marshallplan etc.) über Europa auszugießen. Demgegenüber sah sich die vom Krieg schwer getroffene Sowjetunion aus nicht ganz unverständlichen Gründen veranlaßt, die Länder ihres Besatzungsbereiches erst einmal zugunsten des eigenen Wiederaufbaus auszuplündern.

5) Jahresbericht des US-Verteidigungsministeriums für 1983, zitiert nach „Welt" vom 10.2.82. – In dem Zitat soll offenbar die Möglichkeit angedeutet werden, eine militärische Konfrontation in beliebigen Teilen der Welt zu benutzen, um nebenbei („Gegenoffensive") die „Befreiung" von Teilen des „realsozialistischen" Blocks zu bewerkstelligen. Unter dem Stichwort „Gegenoffensive" wird in der US-Strategie die Möglichkeit behandelt, „sowjetische Aggressionen" (ein bekanntlich weit interpretierbarer Begriff, der im Bedarfsfall sogar die Revolution in El Salvador einschließen könnte) an beliebigen anderen Punkten der Welt militärisch zu „kontern", beispielsweise auch mit Aggressionen gegen Kuba, Vietnam und Libyen. Die Aufnahme Osteuropas in diesen Katalog durch Weinberger stellt eine neue Qualität dar.

6) Der KBW bringt das beachtliche Kunststück zustande, den USA eine rein d e f e n s i v e Strategie zuzuschreiben und hartnäckig sämtliche einschlägigen Äußerungen zu überhören, in denen von US-Politikern die Zerschlagung des sowjetisch dominierten Blocks in Europa zum Nahziel erklärt wird. Ebenso „wissenschaftlich" führt der KBW den Nachweis, daß die Sowjetunion o f f e n s i v zum Kampf um die Neuaufteilung der Welt angetreten sei. Jüngstes Beispiel: Diskussionsbeiträge von Joscha Schmierer in „Kommunismus und Klassenkampf", Januar 1982, S. 62 ff.

7) Typisches Beispiel: Interview mit Heinrich Albertz in der „TAZ" vom 11.1. 1982. Vom Interviewer Max Thomas Mehr hart bedrängt, sagte H. Albertz dabei u. a.: „Wir verurteilen das (die Militärdiktatur in Polen – Anm. d. V.), insoweit ist das keine Diskussion zwischen uns. Das ist richtig. Nur die qualitative Gefährlichkeit eines Erdrutsches durch mehr Freiheit – ja, so makaber ist die Situation – ist eben in Zentraleuropa wesentlich größer als irgendwo anders. Wenn Sie mich nun auf Spitz und Knopf fragen, dann sage ich: Jawohl, es gibt nichts wichtigeres als den Frieden ... Wenn ich in einer extremen Situation vor der Frage stehe, ob es zu einer Entwicklung kommt, die zum 3. Weltkrieg führt, dann würde ich allerdings sagen, ist das das weitaus schlimmere Übel ...".

8) Solidarnosc hätte es leicht gehabt, sich der Kampagne gegen die NATO-„Nachrüstung" anzuschliessen und damit auch den „realsozialistischen" Bürokratien Argumentationsstoff zu entziehen. Solidarnosc hat nichts dergleichen getan, sondern sich auf die Forderung nach radikaler Senkung der polnischen Rüstungsausgaben beschränkt – eine Forderung, der in dieser Form auch Reagan vorbehaltlos zustimmen könnte. Die Stimmung auf dem Solidarnosc-Kongreß beschrieb die „Welt" anhand der Reaktionen auf die Rede des vom DGB nach Gdansk geschickten Vertreters Christoffersen wie folgt: „Gewisse altbackene Entspannungstheoreme rissen die Zuhörer nicht von den Plätzen. Erst als Christoffersen auf die Bedrohung Deutschlands und des Friedens in Europa durch die sowjetischen Mittelstreckenraketen kam, stieg die Zustimmungskurve wieder an" („Welt", 8.9.81). Die Darstellung der „Welt" wurde weder von Christoffersen noch von Solidarnosc dementiert: Sie entspricht zudem hundertprozentig dem Auftreten von Solidarnosc-Funktionären im Westen seit dem 13.12.

8 b) Jacek Kuron (KOR) formulierte die „Selbstbeschränkung" einmal so: „Einerseits entfalten sich die großen selbständigen und unabhängigen Bewegungen, und andererseits muß notgedrungen die Führungsrolle der Partei, ihre Herrschaft über Verwaltung, Polizei und Militär, noch geduldet werden. Es muß ein völlig neues, auf einen Kompromiß gestütztes Modell geschaffen werden. Dabei besteht jedoch die Gefahr einer fortschreitenden Entmachtung der kommunistischen Führung Polens, was mit Sicherheit zu einer sowjetischen Intervention führen würde. Daher darf diese Grenze – Sturz des kommunistischen Regimes in Polen – nicht überschritten werden" („Welt", 27.12.80). Das Problem bestand demnach darin, irgendwie einen hypothetischen Punkt herauszufinden, bis zu dem man die Entmachtung der Partei vorantreiben könnte, ohne eine sowjetische Intervention (oder einen Staatsstreich) hervorzurufen.

9) Es wäre falsch, die in Polen neben der PVAP bestehenden kleineren Parteien einfach nur als Agenturen der PVAP zu sehen. Auch der Sejm, das Parlament, funktionierte nicht nur als willige Zustimmungsmaschinerie, wie vor allem in den Auseinandersetzungen über das Gesetz zur „Arbeiterselbstverwaltung" und über die ersten Notstandspläne der Regierung zeigten. Andererseits wird an der fast hundertprozentigen nachträglichen Zustimmung des Sejm zum Kriegsrecht deutlich, daß diese Parteien von einer rechten Oppositionsrolle weit entfernt sind.

10) Diese Streiks begannen schon 1980. Der politisch wichtigste war wohl der Kampf bei der Fluggesellschaft LOT im Juli 1981. Die Regierung wollte dort zwei Luftwaffengeneräle als Direktoren einsetzen, mit der Begründung, daß LOT auch Aufgaben im Verteidigungssystem habe. Die Beschäftigten verlangten hingegen die Einsetzung eines von ihnen gewählten Direktors. Der Konflikt wurde mit einem Kompromiß beendet, nämlich mit der Ernennung des von den Beschäftigten gewählten Mannes als Stellvertretender Direktor.

11) Für Langer/Stamm („MOZ" 1/82) stellt sich die auf dem Solidarnosc-Kongreß als Programmpunkt beschlossene Forderung nach „freien Wahlen" als d e r Sündenfall der Solidarnosc dar. Sie übersehen, daß der von den Klassenkämpfen 1980/81 bewirkte r e a l e Machtzerfall des Staates für die Bürokratie vielleicht noch gefährlicher war als die Forderung nach „freien Wahlen" auf dem Papier, die übrigens von Solidarnosc nicht erst während ihres Kongresses, sondern (spätestens) schon während der Streiks im August 1981 erhoben wurde. Dieser Denkfehler von Langer/Stamm ist schwer verständlich, da Michael Stamm in der „Z" Nr. 7 (September 1980) noch selbstverständlich behauptet hatte, der Kampf von Solidarnosc „impliziere" geradezu „eine Art von Eroberung der politischen Macht".

12) In Wroclaw organisierte Solidarnosc Streiks und Proteste, nachdem der Herausgeber eines örtlichen Gewerkschaftsblattes, Morawiecki (oder Morawski?), festgenommen worden war. Grund der Festnahme: Das Blatt hatte einen „in russischer Sprache abgefaßten Text" nachgedruckt, und zwar einen „Aufruf an die sowjetischen Soldaten und Offiziere in Polen, mehr Verständnis für die Situation in diesem Land zu zeigen" („TAZ", 17.9.81). Deutlicher formulierte die „Welt" den Sachverhalt: „Sicher gehört es nicht zu den politischen Glanzleistungen des Redakteurs Dr. Kornel Morawski, diesen Aufruf unter Angabe seiner Quelle, nämlich des nationalen Bundes russischer Solidaristen, zu veröffentlichen. Dieser Bund rekrutiert sich unter anderem aus ehemaligen Soldaten des auf die Seite Hitler-Deutschlands übergelaufenen Generals Wlasow" („Welt", 25.9.81).

13) Gerd Koenen (KBW) schreibt zur Zielsetzung der KPN: „Sie attackiert die Sowjetunion als imperialistische Macht, allerdings die einzige wirkliche – im Gegensatz zu den USA ... Es sei nur eine Frage der Zeit, bis es möglich werde, Polen aus dem Block herauszubrechen. Bei einer Intervention werde die Sowjetunion selbst zerfallen. Dann würde man mit Ukrainern, Litauern und Weißrussen eventuell sogar wieder über die polnischen Ostgrenzen reden können. Im Inneren sei das Regime (offenbar das polnische – Anm. d. Verf.) schon im Stürzen; dann könne das Volk über seine politische und soziale Ordnung selbst bestimmen. Mit der PVAP werde abgerechnet als mit nationalen Verrätern. – Scharf grenzt sich KPN gegenüber den Vertretern des ehemaligen KOR ab, insbesondere ihrer Politik der ‚Selbstbeschränkung' der Revolution. So bilden gerade die KPN-Nationalisten in der Gewerkschaft einen Teil des ‚radikalen' Flügels".

Koenen nimmt an, ohne diese Annahme zu begründen, daß sich auf dem Solidarnosc-Kongreß im September/Oktober 1981 ungefähr 10 % der Delegierten dieser Richtung zugerechnet hätten. Ihr Favorit in der Solidarnosc-Spitze sei Rulewski gewesen („KVZ", 27.11.81).

14) In dem Entwurf, der dem Kongreß vorlag, hieß es: „Die Verantwortung gebietet uns, das Kräfteverhältnis, wie es in Europa nach dem 2. Weltkrieg entstand, und den Platz, den wir in diesem Verhältnis einnehmen, zu respektieren. Die von uns angestrebten großen Veränderungen wollen wir so realisieren, daß die Bündnisse mit der Sowjetunion nicht berührt werden. Sie können (?) festere Garantien als bisher erhalten. Unsere Nation kann nur dann ein wertvoller Partner werden, wenn sie die Verpflichtungen selbst und bewußt eingeht". Angenommen wurde stattdessen nach langer und heftiger Diskussion eine stark gerupfte Fassung: „Die Verantwortung gebietet uns, das Kräfteverhältnis, wie es nach dem 2. Weltkrieg entstand, zu respektieren. Die von uns angestrebten großen Veränderungen wollen wir durchführen, ohne die internationalen Beziehungen zu berühren" (zitiert nach „express"-extra zu Polen).

15) Ein Treffen der nationalen Solidarnosc-Leitung in Radom am 2.12.81 wurde heimlich auf Tonband aufgenommen und am nächsten Tag mit ausgewählten Rede-Ausschnitten spektakulär in den Medien publiziert. Die Solidarnosc-Führer hatten auf diesem Treffen ziemlich hemmungslos über die unmittelbar bevorstehende Konfrontation gesprochen und Abwehrpläne diskutiert. Die Richtigkeit der publizierten Zitate wurde von Solidarnosc nicht bestritten. Das Walesa-Zitat entnahm ich der „UZ" vom 9.12.81 und dem „Spiegel" vom 14.12.81. Umfassendere Zusammenstellung von Zitaten aus der Radomer Sitzung siehe „UZ" vom 18.12.81).

16) zitiert nach „was tun", 28.1.82. Angeblich existiert von dieser letzten Sitzung ein Tonbandprotokoll, das „aus dem polnischen Untergrund einem französischen Journalisten zugespielt worden" sein soll („KVZ", 5.2.82). Die veröffentlichten Wiedergaben unterscheiden sich im Detail erstaunlich stark. Die von mir nach „was tun" zitierte Passage lautet in einer Übersetzung der Schweizer Trotzkisten-Zeitschrift „bresche" (1.2.82): „Wir müssen uns bewußt sein, daß wir jetzt in einer Situation sind, die ich nicht vor dem kommenden Frühling voraussah. Ich glaubte daß wir dann erst diese Probleme stellen müßten. Aber jetzt können wir nicht mehr lange halten. Jetzt müssen wir politische Entscheide treffen". Und in der Version der „KVZ" des KBW (5.2.82): „Jetzt müssen wir uns Rechenschaft geben. Wir sind an einem Punkt angelangt, den ich erst für das Frühjahr vorgesehen hatte, den ich noch hatte vermeiden wollen. Auch auf die Gefahr hin, daß ihr mich wieder kritisiert oder mich nicht in Ruhe laßt, wollte ich bis zum Frühjahr durchhalten. Ich wollte nicht, daß wir jetzt schon bei politischen Lösungen ankommen ... Jetzt bin ich zur Überzeugung gekommen, daß es keine anderen Lösungen gibt, daß die politischen Lösungen früher getroffen werden müßten als ich dachte."

17) Walesa laut „TAZ", 4.9.80: „Wir sind Gewerkschaften und nur Gewerkschaften. In die Rolle der Partei greifen wir nicht ein ... Das System interessiert mich doch überhaupt nicht. Wir wollen Herr im eigenen Haus sein. Laßt mich doch mit dem System in Ruhe. Ich will meine Gewerkschaften. Nach dem System schaue ich nicht. Ich bin typischer Gewerkschafter".

18) z. B. nach „Welt", 14.9.81.

Aus redaktionellen Gründen mußte dieser Artikel geteilt werden. Der zweite Teil folgt in AK 219. Er behandelt:

- Die Lage im Sommer 1981
- Der Solidarnosc-Kongreß
- Auf dem Weg zum Kriegsrecht
- Die „Verständigungs"-Schiene
- Solidarnosc vor der Konfrontation
- Einige Schlußfolgerungen und Überlegungen

Herr Jaruzelsky und die bundesdeutschen Notstandsgesetze

Die internationale Presse, soweit sie frei, d.h. bürgerlich und deshalb demokratisch, ist, stellt sich seit dem unheilvollen 13. Dezember fortwährend die Frage, ob denn der Staatsstreich des polnischen Militärs wenigstens juristisch gedeckt gewesen sei. Uns dagegen, die wir mangels eigener Osthandelsinteressen nicht zu Konzessionen an das drohende Böse im Osten neigen, interessierte diese Frage weniger, denn schließlich weiß doch jeder, daß es Recht im Ostblock sowieso nicht gibt. Besorgt fragten wir uns also: Konnte der Herr Jaruzelsky sich denn bei seinem Staatsstreich auf r i c h t i g e s, nämlich westlich-demokratisches Recht stützen?

Beim Studium einschlägiger Literatur stießen wir in der beachtenswerten Dissertation „Öffentlich-rechtliche Grundsätze für den Einsatz der Streitkräfte im Staatsnotstand" (P. Karpinski, 1974) auf folgenden Passus:

IV. Verbot des Einsatzes entgegen der Schutzklausel des Art. 9 Abs. III Satz 3 GG

Mit Art. 9 Abs. III Satz 3 wurde eine Vorschrift in das Grundgesetz aufgenommen, die einen Einsatz der Streitkräfte verbietet, der sich „gegen Arbeitskämpfe richtet, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen ... geführt werden". Diese Sicherungsklausel soll das sich aus der Koalitionsfreiheit ergebende Streikrecht und ggf. das Recht zur Aussperrung auch im Falle eines inneren Notstandes unangetastet lassen.

Mag der Satz 3 des Art. 9 Abs. III GG auch auf den ersten Blick ein unverzichtbarer Beitrag zum verfassungsmäßig abgesicherten Recht des Arbeitskampfes sein, so ist doch die praktische Bedeutung dieser Vorschrift gering. Unter Beachtung sämtlicher verfassungsmäßig festgelegter Einsatzvoraussetzungen erscheint es nicht möglich, daß ein im Rahmen des Art. 9 Abs. III GG verlaufender Streik jemals die Interventionsschwelle des Art. 35 Abs. II u. III (und des ebenfalls mit einbezogenen Art. 87 a Abs. IV GG) überschreiten kann, ohne daß zugleich der Streik den Charakter eines Arbeitskampfes verlieren und in illegale Gewaltanwendung umschlagen würde. Da die der Koalitionsfreiheit immanenten Arbeitskämpfe auch den verfassungsunmittelbaren Vorbehaltsschranken des Art. 9 Abs. II GG unterliegen, geht der verfassungsrechtliche Schutz eines Arbeitskampfes nur soweit, wie er nicht die Grenzen des Art. 9 Abs. II GG überschreitet. **Richtet sich ein Arbeitskampf jedoch gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder verstößt er in eklatanter Weise gegen die Strafgesetze, so kommt ihm die Streikschutzklausel des Art. 9 Abs. III Satz 3 nicht mehr zugute.** Außerdem setzt die Schutzklausel voraus, daß es sich um Arbeitskämpfe zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen (nicht zu anderen Zwecken!) handelt, die von arbeitsrechtlichen Koalitionen geführt werden. Demgegenüber ist im Staatsnotstand ein Vorgehen der Streitkräfte nur gegen solche Akteure möglich, die die Strafgesetze und die verfassungsmäßige Ordnung massiv brechen und verletzen: nach den o.a. Gründen kann es sich hierbei nicht mehr um einen Arbeitskampf i.S.d. Art. 9 GG handeln. Die Streikschutzklausel spricht somit nur das aus, was unter den Voraussetzungen der einzelnen Einsatzvorschriften i.V.m. Art. 9 Abs. II bzw. Abs. III Satz 1-3 GG bereits klargestellt ist.

(Karpinski, P.: Öffentl.-rechtl. Grundsätze f.d. Einsatz der Streitkräfte im Staatsnotstand. Jur.Diss. 1974).

Ja, das sieht doch glatt so aus, als hätte die Verteidigung des Herrn Jaruzelsky die besten Karten in der Hand! Es gab einen Staatsnotstand. Der Staat hatte ihn ja schließlich erklärt. Die Streiks richteten sich gegen Polens verfassungsmäßige Ordnung und die bestehenden Strafgesetze. Das stellte nicht bloß die polnische Justiz fest; nein, auch der freie Westen bestätigte dauernd, daß schon die Existenz einer freien Gewerkschaft gegen die Strafgesetze im kommunistischen Polen verstoße. Aber leider kann das Gericht dennoch der Argumentation der Verteidigung nicht ganz folgen. Herr Jaruzelsky ist trotzdem schuldig. Denn nach dem freiesten Recht auf deutschem Boden gibt es keinen „Militärrat", sondern höchstens einen „Krisenstab"; es gibt auch keinen „Kriegszustand", sondern nur einen „Notstand". Daß das polnische Parlament nun den „Kriegszustand" legalisiert hat, ändert an dem juristischen Sachverhalt leider gar nichts. Denn – im „Notstand" gibt es laut unserem freiesten Recht gar kein Parlament! Da ist es doch logisch, daß ein nicht existierendes Parlament auch nicht einen gar nicht existierenden „Kriegszustand" legalisieren kann. Wo kämen wir denn da hin! Nein, Herr Jaruzelsky, so nicht! Von der Sache her ist Ihr Vorgehen durch Recht und Gesetz zwar gedeckt, aber ein Minimum an Form muß doch gewahrt bleiben. Also entweder Sie nennen Ihren „Militärrat" korrekt in Krisenstab um, beenden den illegalen „Kriegszustand" und rufen den legalen Notstand aus – oder im Falle des Zuwiderhandelns sehen wir uns zu empfindlichen Geldstrafen gezwungen, die – da machen Sie sich man gar keine Illusionen – diesmal nicht gestundet werden.

J., RGW-Kommission

Betr.: Wenn Trotzkisten träumen ..." (AK 127, S. 24)

Nachdem ich den Kommentar von Wolf in der „was tun?" Nr. 324, auf den sich die o.g. Polemik bezieht, gelesen habe, fand ich einige Bemerkungen angebracht. – Der Anspruch von Wolfs Kommentar ist die Hervorhebung einiger *„Lehren f ü r u n s , Lehren der polnischen Arbeiterklasse, alte(r) Lehren"*, die an den polnischen Kämpfen erneut deutlich geworden seien. Als *„Lehre Nr. 1"* streicht Wolf, wenig verträumt, ganz realistisch, heraus, daß *„die herrschende Minderheit"* in der Situation der Bedrängnis ihr eigenes *„Demokratiegefasel"* über den Haufen wirft und zur *„offenen Gewalt"* greift. Es bestätige sich einmal mehr: *„Macht kommt aus den (Gewehr-) Mündungen..."*

Auch gegen die allgemeine *„Lehre Nr. 2"* ist zunächst nichts einzuwenden: *„Wenn in einem revolutionären Prozeß die unten nicht mehr wollen und die oben nicht mehr (wie bisher) können, dann ist für die unten allein entscheidend, daß sie zu einem entschlossenen, bewußten und organisierten Handeln finden und dabei die eigene Selbstverteidigung – die Verteidigung der Mehrheit – organisieren".* An dieser Stelle nun verfällt Wolf in seine im letzten AK bereits zitierten Traum-Fragen. Im Sinne des Lehren-Ziehens hätte seinem Kommentar hier viel besser angestanden, sich mit der R e a l i t ä t, daß und warum es in Polen k e i n e r e v o l u t i o n ä r e F ü h r u n g gab, zu befassen, sich auseinanderzusetzen mit dem Verhältnis von Massengewerkschaft und revolutionärer Partei. Aber einmal von der Rolle gerät Wolf auch die sogenannte *„Lehre Nr. 3"* zur Schlaumeierei, wenn Solidarnosc als realistische Politik angedient werden soll, daß *„sie hätte z u b e i s s e n müssen"*, also nach der Macht greifen, anstatt zu untersuchen, warum Solidarnosc das (wohl auch wegen innerer Blockierungen) nicht konnte.

Mit den positiven Bewertungen für das Militärregime durch westliche Banker befaßt sich *„Lehre Nr. 4"*, um richtig abzuleiten, daß Gradmesser imperialistischer Moral noch allemal der Handel ist, der bei aller Propaganda nur wenig leiden wird.

Mein knapper Überblick über die Gesamtlinie von Wolfs Kommentar sollte skizziert haben, daß die in AK 217 geführte Polemik gegen e i n e n Abschnitt mit vollem Recht auch in der Schärfe geführt wurde, aber dem ganzen Kommentar nicht gerecht wird. Da die GIM in der Solidarnosc-Solidarität eine gewichtige Rolle spielt, wäre eine inhaltlichere Auseinandersetzung wohl angemessen.

fo./Bremen

Reagan's „Polen-Solidarität": Ein Super-Flop!

Das ging voll in's Auge: Am 30. Januar sollte die ganze Freie Welt auf Geheiß Ronald Reagans für die Überlegenheit unseres freiheitlich-kapitalistischen Systems über östliche Staatswirtschaft und Zwangsherrschaft demonstrieren. Den Russen sollte vor Augen geführt werden, daß nicht schlapper Pazifismus und Neutralismus, sondern knallharter Antikommunismus und Antisowjetismus immer noch die vorherrschende Ideologie des Westens ist. Eine Parade der militanten Entschlossenheit zur Verteidigung unserer Freiheit (am Persischen Golf, in El Salvador, in Chile, in der Türkei oder wo sonst noch freiheitliche Interessen auf dem Spiel stehen) hätte es werden sollen. Ein großes freiheitliches Fernseh-Spektakel mit Mafia-Gangstern und Kriegs-Komikern sollte krönender Abschluß dieser gelungenen Selbstdarstellung der Freien Welt sein.

Es klappte überhaupt nicht! Das begann in den USA selbst, wo bloß 5% der Fernseh-Zuschauer Gelegenheit hatten, das Spektakel zu sehen: Die großen kommerziellen Netze verweigerten sich aus freiheitlich-kommerziellen Gründen und brachten lieber Sportübertragungen und Werbung. Die Teilnehmerzahlen der Demonstrationen waren auch nicht gerade berauschend: 300 in Boston, 1.000 in Washington, 2.500 in New York und immerhin 8.000 in Chicago – mit 600.000 Einwohnern polnischer Abstammung die größte ‚polnische' Stadt nach Warschau.

Besser sah es in Europa auch nicht aus: 500 in Wien, 500 in Lüttich (Belgien), „ein paar Dutzend" in Paris, Stockholm 500, Kopenhagen 500. (Die Gleichförmigkeit der Angabe „500" läßt vermuten, daß sogar noch ein bißchen nach oben aufgerundet wurde.)

In der BRD hatte der DGB – wegen angeblich mangelnder Polen-Solidarität von rechts und links kräftig gebeutelt – es diesmal besonders gut machen wollen: Über 100 Kundgebungen sollten am 30. Januar stattfinden. Alle etablierten Parteien riefen zur Teilnahme auf. Auf der Titelseite der „BILD" durfte IG-Metall-Vorsitzende Loderer am 30.1. zum Massen-Aufmarsch aufrufen. Trotz all dieser Anstrengungen blieben die Ergebnisse mager: 900 in Hamburg (wo Bürgermeister Dohnany und sein CDU-Konkurrent Leisler-Kiep an der Spitze der Massen trabten), 500 in Bremen, 300 in München, 250 in Stuttgart, knapp 1.000 in Kiel (ein vergleichsweise gutes Ergebnis) und 1.200 auf der zentralen Kundgebung des DGB mit Vetter in Mühlheim. (Laut Presse waren von diesen 1.200 allerdings mehr als ein Viertel „Störer", vor allem von den Marxistischen Gruppen/MG).

Das Träger-Spektrum der Bonner Anti-Breschnew-Demonstration vom 22.11. hatte dazu aufgerufen, an den Aktionen des DGB teilzunehmen. Außerdem wurde eine eigene zentrale Demonstration in Köln veranstaltet, die mit noch nicht einmal 1.000 Teilnehmern dem generellen Mißerfolg dieses Tages voll gerecht wurde. Aufgerufen hatten zur Kölner Demonstration: Die Jusos, die Grünen, der BBU, die KPD/ML, der KBW, die Basisgruppen im VDS, die trotzkistische GIM, die AL Westberlin, das Sozialistische Büro Offenbach/SB und einige andere. Wohl noch nie hat ein so breites Spektrum eine so kleine zentrale Demonstration zustandegebracht. Am 13. März will derselbe Trägerkreis es aber noch einmal versuchen. Details werden noch ausgehandelt. Einige Lehren lassen sich aus diesem mißglückten Massenaufmarsch der Freien Welt schon ziehen:

1. Die Kriegspolitik des Imperialismus gegen die Sowjetunion und die Dritte Welt hat zweifellos eine Massenbasis; darüber sollte man sich von den Ergebnissen des 30. Januar nicht hinwegtäuschen lassen. Diese Massenbasis entzieht sich aber, zumindest derzeit noch, einem Mobilisierungsversuch. Sie ist möglicherweise „schweigende Mehrheit", aber jedenfalls mit starker Betonung auf dem Wort „schweigend". In diesem Sinne sind besonders die mageren Mobilisierungs-Ergebnisse in den USA eine große Ermutigung für alle, die vom
sind besonders die mageren Mobilisierungs-Ergebnisse in den USA eine große Ermutigung für alle, die vom
3. Weltkrieg nicht viel halten.

Darüber hinaus läßt sich feststellen, daß die imperialistische Polen-Kampagne bei großen Teilen der Bevölkerung massiven Ekel und Überdruß angesichts ihrer offensichtlichen Verlogenheit hervorgerufen hat. Das beeinflußt wiederum auch die Haltung von DGB und SPD: Noch nie wurde so viel von der Türkei und El Salvador gesprochen wie jetzt während der „Polen-Solidarität". Mit der simplen Moral, daß Kriegsrecht in der Türkei gut und in Polen schlecht ist, läßt sich heute nicht mehr viel Staat machen.

2. Die Bündnispolitik der Solidarnosc-Funktionäre im Westen hat eine schwere Niederlage erlitten. Ihre Strategie, sich den Herrschenden des Westens als radikale Propagandisten gegen die Sowjetunion anzudienen, ist zwar finanziell bestimmt nicht unergiebig, für Massenmobilisierungen aber extrem hinderlich. Indem Ronald Reagan und seine Crew sich der Polen-Solidarität freundlichst annahmen und sie für ihre Zwecke instrumentalisierten, waren die Weichen zum Mißerfolg schon gestellt.

Es gibt einige linke „Freunde" der Solidarnosc, die für jede Dummheit ihrer Schützlinge irgendeine Rechtfertigung finden. Gegenüber den Ausreden dieser „Freunde" ist unbedingt festzustellen, daß die im Westen bedindlichen Solidarnosc-Vertreter nicht etwa wider Willen von Reagan & Co. „vereinnahmt" wurden, sondern daß sie willentlich und bewußt Politik an der Seite Reagans zu machen versuchen. Nicht Reagan ist auf den Zug der Solidarnosc aufgesprungen, sondern genau umgekehrt sind die Dinge gelaufen. Jeder aufmerksame Zeitungsleser konnte diese Tatsache feststellen: „ ... **unterrichtete der Präsident den Bundeskanzler, daß amerikanische Gewerkschaften und andere private Verbände gemeinsam einen Tag der Solidarität mit dem polnischen Volk für den 30. Januar vorbereiten**", heißt es im Kommunique der Gespräche zwischen Reagan und Schmidt. Diese Gespräche fanden am 5. Januar statt. Das Kommunique wurde in westdeutschen Tageszeitungen am 7. Januar veröffentlicht. Aber erst am 9. Januar faßten die Solidarnosc-Vertreter nach offiziellen Angaben in Brüssel den Beschluß, den 30. Januar zum weltweiten Aktionstag auszurufen. Wer wem voranging, ist also offensichtlich. Und es wurde keine einzige distanzierende Äußerung auch nur eines einzigen Solidarnosc-Vertreters gegenüber der Reagan-Kampagne bekannt. Mit nur einer Ausnahme (Zbigniew Kowalewski aus Lodz) haben sich bisher a l l e Solidarnosc-Vertreter für verschäfte Wirtschaftsanktionen und sonstigen politischen Druck des Freien Westens gegen Polen und die So-
schäfte Wirtschaftsanktionen und sonstigen politischen Druck des Freien Westens gegen Polen und die So-
wjetunion ausgesprochen. Manchem Linken fällt dazu nichts Dümmeres mehr ein als die Forderung nach absoluter Narrenfreiheit: **„Die Oppositionsbewegungen Osteuropas können nicht mit der dogmatischen ‚links-rechts Elle' gemessen werden"** (aus einem Resolutionsentwurf von Teilen der AL Westberlin).

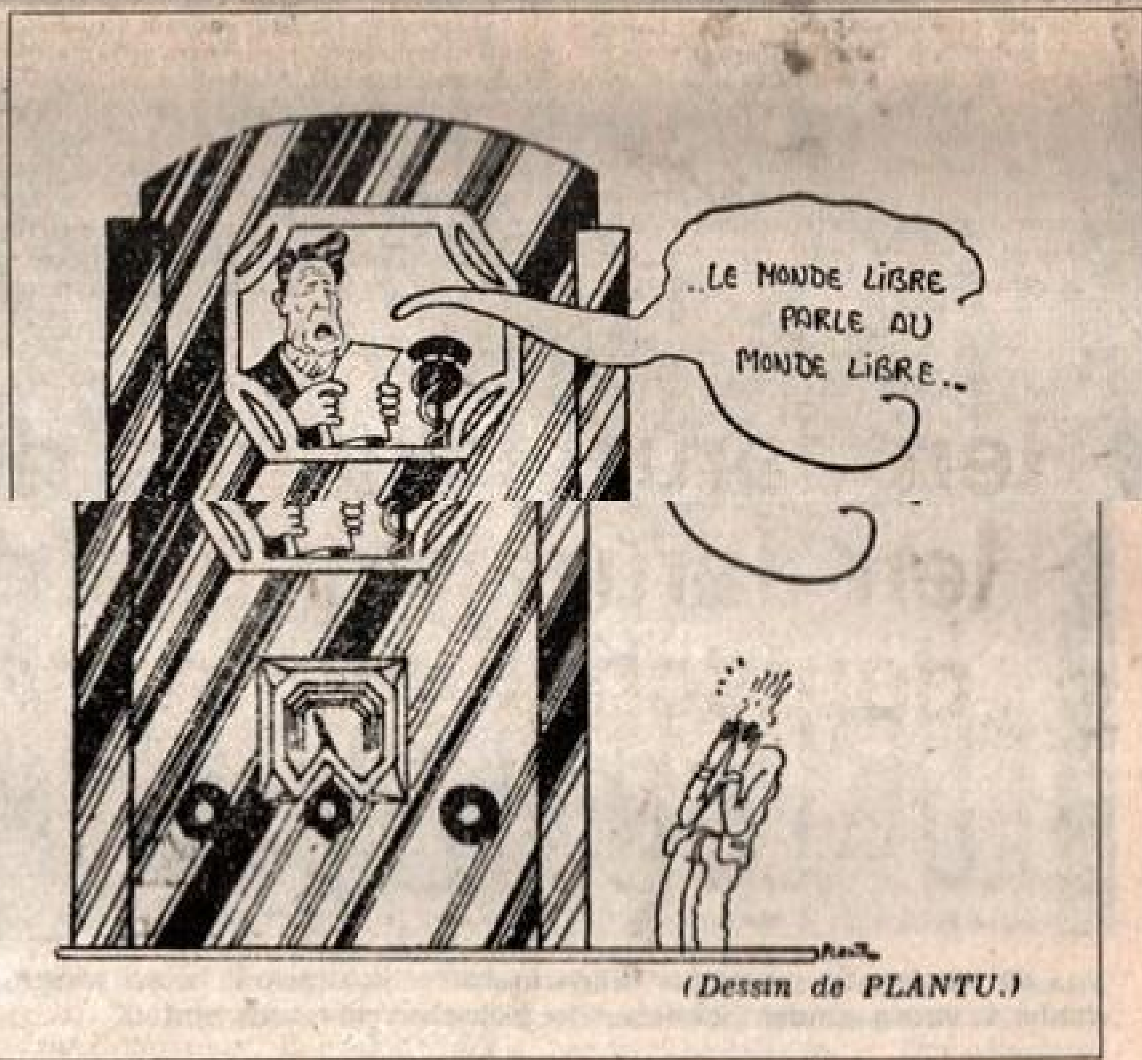
3. Zugleich mit der Bündnispolitik der Solidarnosc im Westen hat auch die Politik ihrer bundesdeutschen linken „Freunde" ein erbärmliches Fiasko erlitten. Sie mögen jetzt noch eine Weile weiterschimpfen über die unsolidarische Linke und sich allerlei skurile Erklärungsversuche zurechtlegen. Ihre Lieblingslegende (Riesen-Solidarität mit Polen überall in der europäischen Linken, bloß die Deutschen machen eine schändliche Ausnahme) wird sich allerdings nach den abzählbaren weltweiten Mobilisierungs-Ergebnissen des 30. Januar nicht mehr gut halten lassen. Und blamiert stehen sie jetzt auch mit ihrem Argument da, man müsse sich an Geschichten wie den 30. Januar anhängen, „um den Rechten nicht das Feld zu überlassen". Wem hat es wohl genutzt, wenn am 30. Januar die ärmlichen Teilnehmerzahlen der von den Etablierten veranstalteten Aktionen noch durch ein paar mittrottende Linke bereichert wurden?

Unabhängig vom Geschimpfe der linken Solidarnosc-„Freunde" läßt heute schon feststellen, daß eine Politik, die auf unkritischer Solidarität mit Solidarnosc aufbaut, auch zukünftig wirkungslos bleiben wird. Wenn die Solidarnosc-Vertreter im Westen nahezu ausnahmslos die Boykott-Politik des Imperialismus propagieren und wenn noch bösere Überraschungen für die Zukunft (beispielsweise Befürwortung der NATO-„Nachrüstung") absolut nicht ausgeschlossen werden können, dann ist endgültig der Zeitpunkt gekommen, um diesen Leuten ohne taktische Umschweife zu sagen, daß sie auf dem falschen Weg laufen. Wer sich mit Reagan oder der CDU/CSU zusammentut, setzt sich zudem dem Verdacht aus, daß es ihm mit seinen Zielen („Arbeiterselbstverwaltung" beispielsweise) wohl niemals besonders ernst gewesen ist.

4. Diese Einwände gegen die heute noch vorherrschende Art von „Polen-Solidarität" lösen allerdings nicht das Problem, eine Polen-Solidarität aufzubauen, die diesen Namen wirklich verdient. Was diese Notwendigkeit angeht, müssen wir leider bekennen, angesichts der recht verfahrenen Situation in der real existierenden „Polen-Solidarität" über keine Patentrezepte zu verfügen.



Karikatur von Jos Colignon aus der niederländischen sozialdemokratisch orientierten Tageszeitung „de Volkskrant" vom 30.1.82)



(Dessin de PLANTU.)

„Die freie Welt spricht zur freien Welt" (aus „Le Monde")

Presseerklärung der Grünen

Amerikanische Polen-Show eine zum Himmel schreiende Heuchelei

Als eine zum Himmel schreiende Heuchelei bezeichnete der Bundesvorstand der GRÜNEN die Polen-Show der Amerikaner zum 30. Januar 1982.

Eine amerikanische Regierung, die ihr militärisches Engagement in vielen Ländern der Welt in erschreckender Weise ständig ausweitet, hat nicht das Recht, für ein Volk zu demonstrieren, das einen mutigen, gewaltfreien Kampf zur Demokratisierung gezeigt hat und noch immer zeigt.

Als instinktlos und ohne eigenständiges politisches Rückrat gegenüber der Bundesregierung werten DIE GRÜNEN die Tatsache, daß sich beide Fernsehanstalten für eine Ausstrahlung der „größten Lüge der Welt" entschieden haben.

Ein positives Zeichen ist demgegenüber die Ablehnung einer Ausstrahlung durch die britischen Fernsehanstalten.

Die Schwerpunkt-Demonstration in Köln „Solidarität für Solidarnosc" am Sonnabend, dem 30.1.82, die neben den GRÜNEN auch vom BBU, den Jusos, der Alternativen Liste Berlin, den Initiativgruppen für ein atomwaffenfreies Europa und anderen Organisationen getragen wird, ist eine deutliche Absage an all jene, die glauben, die eigene Hochrüstungspolitik mit direkter Unterstützung von Militärdiktaturen wie in der Türkei, El Salvador und Chile durch eine mehrere Millionen Dollar kostende Massen-Show verschleiern zu können.

Statt die Blockkonfrontation zu verschärfen, sollten für die in den Film investierten Gelder besser Lebensmittel und Medikamente für die Menschen in Polen gekauft werden.

Bonn, 29.1.82

ZITAT DES TAGES



„Der Unterschied zwischen polnischen und türkischen Generälen ist der Unterschied zwischen Verrätern und Patrioten, der Unterschied zwischen Niedergang und Wiederaufleben."

Joseph Luns, NATO-Generalsekretär, gestern in einer Rede vor der interalliierten Vereinigung von Reserveoffizieren der Allianz. Luns griff damit diejenigen scharf an, die der NATO in ihrem Verhalten gegenüber Polen und der Türkei eine Doppelmoral vorwerfen. FOTO: DPA

„Welt", 30.1.82

Solidaritäts-Quiz

„Als langjähriges Gewerkschaftsmitglied und ehemaliger Gewerkschafts - Vorsitzender fühle ich mich mit dieser mutigen Arbeiterbewegung verbunden. Die ‚Solidarität' steht für den Kampf wirklicher Arbeiter in einem sogenannten Arbeiterstaat für fundamentale wirtschaftliche und Menschenrechte – das Recht auf Arbeit und darauf, die Früchte seiner Arbeit zu ernten, das Versammlungsrecht, das Streikrecht und das Recht auf freie Meinungsäußerung".

Von wem stammt dieses Zitat?
a) Margaret Thatcher?
b) General Pinochet?
c) Ronald Reagan?
d) Franz Josef Strauß?

Eine der vier Antworten ist tatsächlich richtig! Unter den richtigen Einsendungen verlosen wir einen prachtvollen Button mit der Aufschrift „Solidarität mit Solidarnosc – Darum CDU!"

DE EL-SALVADOR-SHOW



Voor Deze Show Zijn Nog Geen Televisiestations Gevonden

Die El-Salvador-Show – für diese Show hat sich noch keine Fernsehstation gefunden (Karikatur von Opland aus der niederländischen, sozialdemokratisch orientierten Tageszeitung „de Volkskrant" vom 29.1.82)

Polen-Solidarität oder humanitäre Hilfe

Im AK 216 kritisierte U. (RgW-Komm.) den „Offenen Brief" einiger Ex-KBWler, in dem diese dem „imperialistischen Mythos vom Hunger" entgegentraten und die Verlogenheit der humanitären Kampagne u.a. des KBW aufzeigten. U. warf den Verfassern des „Offenen Briefes" vor, sie würden einen „revolutionären Zynismus" bzw. einen „zynischen Dogmatismus" vertreten.

Auf diese Kritik antworteten die Verfasser im AK Nr. 217, in der RgW-Kommission scheine „ein vor sich hinschlummernder Humanismus" sich Durchbruch zu verschaffen, und meinten, daß U.'s Kritik im Widerspruch zu den Analysen unserer Kommission stehe. In der Tat. U. hat in seiner Kritik seine persönliche Position dargelegt, nicht die der Kommission. Ich stimme der Kritik der Genossen an U.'s Position und Herangehen zu, wenngleich ich einige ihrer Positionen wegen ihrer Abstraktheit für falsch halte.

U. führt außer der moralischen Emphase drei Argumente für eine Beteiligung an humanitären Spendensammlungen an. Erstens habe die westdeutsche Linke auch die Vietnam-Solidarität mit humanitären Sammlungen ergänzt. Das ist eigentlich gar kein Argument, sondern eine bloße Analogie; und noch dazu eine falsche. Denn die politischen Bedingungen der Vietnam-Solidarität waren denen der heutigen Polen-Solidarität überhaupt nicht vergleichbar (obwohl alle Supermächte-Theoretiker grad dies tun). Die Vietnam-Solidarität konnte nur gegen den bürgerlichen Staat und die ihn tragenden Parteien aufgebaut werden; es handelte sich um die Solidarität mit einem explizit antiimperialistischen Kampf, der zu einer ideologischen Erschütterung des US-Imperialismus führte (der sog. „Vietnam-Schock"). Die Mobilisierung bürgerlich-humanistischer Kräfte führte in dieser konkreten Situation nicht zur Verschmelzung der Linken mit der bürgerlichen Propaganda, sondern bedeutete, einen gewissen Widerspruch innerhalb des bürgerlichen Lagers auszunutzen.

Die heutige Situation ist eine ganz andere. Das Paradoxe der heutigen Situation liegt darin, daß die Kämpfe der polnischen Arbeiterbewegung, die das Zentrum der Volksbewegung bildeten, nicht einen Aufschwung der sozialistischen Kräfte im Westen bedeuteten. Die polnischen Kämpfe finden in einer Zeit der massiven ideologischen Krise der Linken und einer allseitigen Offensive des Imperialismus statt. Diese Kämpfe haben nicht etwa den „Abschied vom Proletariat" gemindert, sondern umgekehrt ist festzustellen, daß in der Polen-Solidarität Großteile der Linken mit dem bürgerlichen Antisowjetismus verschmelzen, und daß unter dem Slogan ‚Raus aus der Blocklogik' auch die letzten Reste des Antiimperialismus einem virulenten Antisowjetismus geopfert werden. Konsequentester Sprecher dieser Strömung ist der KBW, der offen die Einmischung der BRD-Regierung in Polen fordert und die imperialistischen „Sanktionen" befürwortet. Hintergrund der KBW-Linie ist die Einschätzung der SU als Hauptkriegstreiber: *„Die polnische Arbeiterbewegung und Unabhängigkeitsbewegung haben den Sowjetblock in den letzten 18 Monaten gehörig erschüttert und gerade dadurch zur Minderung der Kriegsgefahr beigetragen"* („KVZ"-Extra vom 29.1.82; Hervorhebung von mir). Gerade beim KBW wird deutlich, daß Teile der Linken die Destabilisierungspolitik der NATO gegenüber dem RgW geradezu begrüßen und in der Polen-Solidarität eine ausdrückliche Burgfriedenspolitik propagieren, d.h. ein Zusammengehen mit der eigenen Bourgeoisie. Wenn U. in diesem politischen Zusammenhang feststellt, daß ein einzelner Aufruf mal keine *„antikommunistischen Schoten"* enthält und daraus schließt, wir könnten ihn folglich guten Gewissens unterzeichnen, ist das schlicht makaber.

Entscheidend ist nicht der einzelne Aufruf, sondern die ideologische Wirkung der gesamten Kampagne, und diese ist eben nicht antiimperialistisch. Das Perfide an dieser Kampagne besteht darin, daß sie an durchaus fortschrittlichen Gefühlen ansetzt, daß sie berechtigte Abscheu vor dem Militärregime zu mobilisieren vermag. Für Linke ist der moralische Druck, etwas tun zu wollen, mit Sicherheit noch größer als für andere. Nur darf unsere Konsequenz nicht sein, irgendetwas zu tun, sondern wir müssen uns, wenn schon, darüber streiten, was zu tun ist. Wünschenswert wäre eine wirksame Hilfe für die polnischen Arbeiter. Wünschenswert wäre eine starke Solidaritätsbewegung, die die westdeutsche Bourgeoisie dazu zwingt, meinetwegen der Solidarnosc die Kredite zu schenken. Aber Wunsch und Wirklichkeit sind zwei verschiedene Paar Schuhe. Die real existierende Solidaritätsbewegung fordert zu nicht unerheblichen Teilen nicht einmal die Einstellung der ökonomischen Erpressung durch den IWF und andere, sondern die Verstärkung der westlichen Einmischung. Die Schwäche und die ideologische Zerfahrenheit der westlichen Linken sind Bedingungen, die einer effektiven sozialistischen Solidarität im Wege stehen. Unter diesen Bedingungen sind die Möglichkeiten für unmittelbar praktische Hilfe an die polnischen Arbeiter minimal.

Das zweite Argument, das U. für seine Position anführt, besteht in der Behauptung, wir müßten zwar an der Politik der Solidarnosc manches kritisieren, aber bezüglich der Spenden- und Päckchensammelei gelte: *„da werden die polnischen Gewerkschafter naturgemäß (?!) besser wissen, was heute zum gesunden Überleben für die Menschen gebraucht wird"*. Als könnte man Spendensammlungen von der Politik trennen!! Es ist doch leider Tatsache, daß von der Solidarnosc eben nicht die Ausplünderung Polens durch den Imperialismus angegriffen wird; es ist doch leider Tatsache, daß die Programmthesen der Solidarnosc allein die polnische Bürokratie für die ökonomische Misere verantwortlich machen und über die Rolle von Wettrüsten und IWF schweigen; daß die Solidarnosc-Vorstellungen über die Wirtschaftsreform denen des IWF streckenweise ähneln (vergl. Zur Kritik der Programm-Thesen, AK 207, S. 47). Und es ist Tatsache, daß vor diesem Hintergrund sich die Spendenaufrufe in der BRD einpassen in die Ideologie der „wohlgenährten Deutschen", mit der nun auch U. zu sympathisieren scheint; einer Ideologie, die die hiesige Arbeiterklasse an den „freiesten Staat auf deutschem Boden" bindet und zugleich dazu verwendet werden soll, die ohnehin virulenten Illusionen der polnischen Gewerkschaftsbewegung in die Marktwirtschaft zu verstärken. Diese Ideologie selbst ist von ihrer Wirkung her antikommunistisch. Wenn Solidarnosc-Führer diese Kampagne mit Munition versorgen, dann wissen sie ganz offenkundig eben nicht „naturgemäß besser", was im Interesse der polnischen Arbeiterklasse zu tun ist, sondern unterstützen damit eine Politik, die alles andere als eine an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientierte Produktion für Polen anstrebt.

Die Sammelei vom Bundestag bis zum KBW ist Bestandteil derselben Politik, die mit wirtschaftlichen Sanktionen gegen Polen und die SU hantiert. Es ist dieselbe Politik, die heute triumphierend feststellt: **„Zum ersten Mal in der Geschichte des Ost-West-Verhältnisses hat der Westen in einer solchen Situation einen vergleichsweise brauchbaren politischen Hebel in der Hand. Er heißt Verschuldung des Ostblocks..." (FAZ Leitkommentar v. 26.1.82).**

Wer ab und zu mal Zeitung liest, weiß, daß dieser Hebel zur Revision der europäischen Blockgrenze genutzt werden soll, zur Veränderung des der europäischen Blockgrenze genutzt werden soll, zur Veränderung des status quo in Europa. Das Stichwort heißt JALTA. Der Imperialismus spricht es offen aus: die Zeit ist gekommen, um die Ergebnisse des II. Weltkrieges zu revidieren, den RgW zu zersetzen und die Frontlinie an die SU heranzutragen. Wer diese Politik unterstützt, schaufelt Polen das Grab!

Im Gegensatz zu den Befreiungskämpfen Indochinas bedeuten die polnischen Arbeiter- und Volkskämpfe heute keine Schwächung des Imperialismus, sondern – unabhängig von der Berechtigung der Arbeiterkämpfe – bedeutet jede Destabilisierung des RgW eine Schwächung der SU und unter den gegebenen Verhältnissen eine Stärkung des Imperialismus. Dies umso mehr, als die Solidarnosc dieser Kräfteverschiebung nicht entgegenzuwirken versucht; sie ist nicht antiimperialistisch. Selbstverständlich gibt es Gründe für das Auftreten, für die Entwicklung der Solidarnosc; selbstverständlich wird gerade im „Realen Sozialismus" eine sozialistische Arbeiterbewegung nicht von heute auf morgen entstehen. Aber das darf auf keinen Fall uns davon abhalten, die jetzige Bewegung und vor allem das Auftreten ihrer Vertreter hier in der BRD zu kritisieren.

Und vor allem darf uns das nicht daran hindern, die hiesige Linke zu kritisieren. Es reicht mir nicht, wenn Sozialisten oder solche, die sich dafür halten, Aufrufe ohne Antisowjetismus verfassen. Es geht nicht darum, ob man die bürgerliche Ideologie übernimmt oder mit ihr friedlich koexistiert. Es geht darum, in Abgrenzung zur Politik der Bourgeoisie sozialistische Position zu beziehen, und d.h., die Solidarität mit der ponischen Arbeiterklasse als Bestandteil einer sozialistischen Strategie und Politik zu begreifen und nicht als etwas, das neben dieser quasi neutral und rein humanitär stünde. Die internationale Solidarität ist von ihrem Wesen her antiimperialistisch, weil der Imperialismus über den Weltmarkt und die Kriegsvorbereitung der Hauptfeind auch der Völker im RgW ist. Was würde es denn den Polen nutzen, unabhängig von der SU zu sein, wenn dafür NATO und IWF das Land übernähmen?

Wir treten ein für die polnische Souveränität, das haben wir stets klar gemacht. Aber es ist eine völlig verlorene Position – und als solche leider in der Polen-Solidarität weit verbreitet – so zu tun, als könne am Vorabend des III. Weltkriegs Polen tatsächlich unabhängig werden, wenn gleichzeitig mit der Schwächung der SU die Stärkung der NATO einhergeht. Das heißt im Klartext: Wir helfen der polnischen Arbeiterklasse hundertmal mehr, wenn wir die sozialchauvinistische Strömung in der Linken hierzulande bekämpfen, als wenn wir mit dieser aus humanitären Gründen teilweise verschmelzen.

Das dritte Argument von U. hängt mit dem zweiten zusammen und enthält ein prinzipiell anderes Politikverständnis, als es unsere Organisation bisher vertrat. Denn U. schreibt – ob er das auch so meint, weiß ich nicht –, daß jede Kritik an realen Arbeiterkämpfen (den subjektiven Interessen) schon per se „Ml"ertum sei. Bloß – wenn die spontane Arbeiterbewegung und ihre Repräsentanten ohnehin immer „naturgemäß besser wissen", was richtig und zu tun ist, wozu dann noch Analyse, wozu theoretische Arbeit? Das wäre doch eine komische Theorie, die nur zur Bestätigung des vorausgesetzten Glaubens dient, nämlich daß „die Arbeiter" es „naturgemäß besser wissen". Es stimmt, daß die „ML"-Bewegung mit dem Begriff der objektiven Interessen der Arbeiterklasse Schindluder getrieben hat, daß dieser Begriff zur Begründung der skurrilsten Theorien herhalten mußte. Die Anbetung des spontanen Bewußtseins, der Ideologie ist allerdings die denkbar schlechteste Alternative dazu. In der polnischen Arbeiterbewegung hat sich ganz spontan eine bürgerliche Ideologie durchgesetzt, die in den realen gesellschaftlichen Verhältnissen verwurzelt ist. Illusionen in die kapitalistische Wirtschaft, Illusionen in die bürgerliche Demokratie sind weit verbreitet und bestimmen das Solidarnosc-Programm. Und schließlich: was sollen wir schließen aus dem Schweigen der Solidarnosc zur Kriegsgefahr, aus dem Schweigen zu den Einmischungen des Imperialismus in Polen? Sollen wir daraus wirklich, wie U. nahelegt, schließen, daß das Schweigen den objektiven Interessen der Arbeiterklasse entspricht, bloß weil es diese ist, die schweigt?

Unsere Aufgabe als Kommunisten sehe ich nicht darin, um jeden Preis Aktionen und humanitäre Hilfe zu organisieren. Unsere vordringlichste Aufgabe liegt in der Analyse der Entwicklungen in Polen und der Einschätzung der hiesigen Bewegung.

Analyse der Entwicklungen in Polen, d.h. auch zu erkennen, daß der RgW in Stagnation und Fäulnis übergegangen ist; daß der Machtbereich der SU zerfällt. Die Sowjetunion hat den Zenit ihres Einflusses überschritten. Sie hat den RgW als Block nur durch wiederholte militärische Eingriffe zusammenhalten können (DDR, Ungarn, CSSR,), sie hat wichtige internationale Bündnispartner verloren (China, Ägypten u.v.a.), sie hat die „internationale kommunistische Weltbewegung" weitgehend verloren, sie hat zumindest in den entwickelten kapitalistischen Staaten für die Massenbewegungen alle Attraktivität verloren. Gegenüber dem Imperialismus hat die SU weder ökonomisch noch politisch aufholen können; im Gegenteil verstärkt sich ihre Unterlegenheit zunehmend. Heute rüstet sich der Imperialismus, diesen Prozeß durch die Zerschlagung der Sowjetunion zuende zu führen. In dieser Hinsicht zumindest nähern wir uns dem Ende einer historischen Epoche, die mit dem Ersten Weltkrieg und der Oktoberrevolution begann. Das Gerede von der SU als „aufsteigender Supermacht" ist zum Teil naive Dummheit, zum Teil ein propagandistisches Verbrechen. Diesem Gerede entgegenzutreten, das den ideologischen Hintergrund der heutigen Burgfriedenspolitik innerhalb der Linken bildet, ist eine unserer Hauptaufgaben.

J., RgW-Kommission



„... da werden die polnischen Gewerkschafter naturgemäß besser wissen, was heute zum gesunden Überleben der Menschen gebraucht wird ..."

Schmierer (KBW) verlangt Polen-Sanktionen

Daß der KBW gemäß seiner strategischen Maxime („Hauptfeind ist immer die Sowjetunion") die Sanktions-Politik der Imperialisten gegen Polen gar nicht so übel findet, war vorauszusehen. Daß der KBW seinerzeit vehement gegen eine Sanktions-Politik gegenüber dem chilenischen Militärregime argumentierte, gehört erstens der dogmatischen Steinzeit an und weiß zweitens sowieso kein Mensch mehr. Daß Joscha Schmierer vom KBW-Vorstand auf dem ganz radikalen Flügel der Sanktions-Befürworter gegen Polen und die Sowjetunion argumentiert, wird man dem „K" im Organisationsnamen zuschreiben dürfen.

Schmierer möchte, daß die Imperialisten Polen keine Zahlungsaufschübe, Umschuldungsverfahren etc. pp. mehr gewähren, sondern das Land für bankrott erklären. *„Solche Forderungen machen nicht die Politik des Imperialismus, sondern stören sie"*, meint er. Recht hat er! Schmierer befindet sich mit seinem Vorschlag zwar in enger Verwandtschaft zu den lautesten Schreihälsen im imperialistischen Lager. Aber aus gutem Grund werden sich die internationalen Finanzkapitalisten vorerst hüten, dem Geschrei nach einer Bankrott-Erklärung Polens zu folgen. Sie würden in diesem Fall nämlich riskieren, von ihrem sauer verdienten Geld, das sie an Polen ausgeliehen haben, keine rote Kopeke wiederzusehen. Für einige Banken wäre das äußerst ärgerlich.

Daß die von Joscha Schmierer mitgetragene Forderung nach Bankrott-Erklärung Polens die Politik der Kapitalisten „stört", ist demnach durchaus zutreffend. Man könnte sogar formulieren: Je radikaler und verwegener, umso störender. Beispielsweise würde die Forderung nach sofortigem Totalstop des Osthandels die Kapitalisten sicher noch mehr stören. Auch die Forderung nach einem kleinen Bombardement Moskaus als Warnschuß wegen Polen wäre für die derzeitige Politik der Kapitalisten extrem störend. Der Phantasie sind diesbezüglich überhaupt keine Grenzen gesetzt. Vorschläge bitte an die „KVZ", zu Händen Joscha Schmierer.

H.-G. Schmierer

Es geht nicht an, daß die Forderung nach Sanktionen aufgrund der Schwadronaden Reagans überall diskutiert werden, wir aber unsere eigene Stellung dazu nicht klären. Dabei handelt es sich nicht um die Frage der Einheitsfront mit Reagan oder mit der CSU. Die Sanktionen Reagans richten sich sowieso mehr gegen die Länder Westeuropas als gegen die SU ... Die CSU, die viel über Sanktionen spricht, hat noch keine einzige konkrete vorgeschlagen ... Es geht darum, bei Existenz der Blöcke praktisch mit einer Politik der Blockfreiheit zu beginnen, und das heißt, die spezifische Blockpolitik der BRD anzugreifen, die auf beide Blöcke in jeweils spezifischer Form baut. Nämlich auf die USA als ihre Hintermacht ..., auf die Sowjetunion aber speziell in Bezug auf die Stabilität in Osteuropa und auf die Absicherung der Geschäfte in Osteuropa.

Das bedeutet, dafür einzutreten, daß erstens Lebensmittellieferungen der BRD und der EG an die Bedingung geknüpft werden, daß sie durch gesellschaftliche Organisationen verteilt werden; zweitens, daß neue Wirtschaftsverhandlungen an die Bedingung der Aufhebung des Kriegsrechts geknüpft werden; drittens, daß der Militärregierung keine Zahlungsaufschübe gewährt werden und Umschuldungsverhandlungen an die Bedingung der Aufhebung des Kriegsrechts gebunden werden; Schuldenmoratorium nach Aufhebung des Kriegsrechts; keine weiteren Hermes-Bürgschaften.

Dies würde auf Bankrott der Militärregierung hinauslaufen, oder daß die Sowjetunion für sie zahlen muß. Beides wäre eine wirksame Unterstützung für den passiven Widerstand des polnischen Volkes. Solche Forderungen machen nicht die Politik der Kapitalisten, sondern stören sie.

DGB und Polen-Solidarität

Hat Heinrich Böll recht gehabt, als er kurz vor Weihnachten die *„merkwürdige Angst des DGB, sich in Polen einzumischen“* öffentlich kritisierte? Bölls Kritik war Anlaß auch für große Teile der Linken, in diesen Tenor einzufallen. Der DGB hat die Kritik zurückgewiesen und stattdessen auf seine Art der „stillen Hilfe“ für Polen verwiesen oder, wie ein Vorstandsmitglied erklärte: der DGB wolle sich „behutsam einmischen“. Daß Einmischung und internationale Solidarität nicht das Gleiche sind, dürfte eigentlich klar sein, schaut man sich die zweifelhafte „Außenpolitik“ des DGB an, die vielfach im Einklang mit der Politik der Bundesregierung steht. Mit dem Polen-Aktionstag am 30.1. hat der DGB manche Kritiker nun zum Teil befriedigt. Ein Wermutstropfen für Linke bleibt, daß die Mobilisierung peinlich gering und die Nähe zur Reaktion (vielfache CDU-Beteiligung, Verbindung zur Reagan-Show) sehr offen war. Doch war dies nur ein Wermutstropfen? Oder ist es nicht vielmehr sattsam bekannte Gewerkschaftspraxis in der Bundesrepublik, daß die große Einheitsgewerkschaft DGB als Einheit staatstragender Strömungen (der christlich-sozialen und der sozialdemokratischen) in Erscheinung tritt, statt als Klassengewerkschaft? Ist daher die Forderung an die DGB-Spitze, „Solidarität mit Polen“ zu üben, nicht aufs engste gekoppelt mit dieser politischen Grundorientierung des DGB, kann daher auch nur in Richtung solcher „Wermutstropfen“ münden? Die praktizierte Stille um die DGB-Aktionen für und in Polen macht es schwer, sich ein genaues Bild zu verschaffen. Die nachfolgende Aufstellung von Aktivitäten und Indizien zeigt zumindest, daß der „Vorwurf“ der Nichteinmischung zu Unrecht erhoben wird. Sie zeigt aber auch die Fragwürdigkeit der DGB-Aktivitäten auf.

DGB und „Nichteinmischung“

Als Antwort auf Kritik an angeblich fehlendem Engagement verteidigte sich der DGB: Er habe bereits in der Zeit vor dem Putsch für die Solidarnosc *ein Organisationsschema mit*
fehlendem Engagement verteidigte sich der DGB: Er habe bereits in der Zeit vor dem Putsch für die Solidarnosc *„ein Organisationsschema mit allen Schikanen und auf polnisch“* ausgearbeitet; außerdem sei *„Informationsmaterial in polnischer Sprache“* geliefert worden („FAZ“, 13.1.82). Auch habe man der Solidarnosc eine komplette Ausstattung für ein Fernseh- und Rundfunkstudio schenken wollen. (Laut „was tun“ vom 14.1.82 haben Solidarnosc-Vertreter den Wunsch nach einem solchen Studio bereits im Dezember 1980 über Jakob Moneta an den DGB herangetragen. Lech Walesa ließ im August 1981 verlauten, daß Solidarnosc die Voraussetzungen habe, einen eigenen Sender zu betreiben.) Die Übergabe des Studios wurde von der polnischen Regierung verhindert. Außenminister Czyrek wertete das Vorhaben des DGB als *„illegales Mittel“* der Einmischung. Der DGB dementierte die Behauptung Czyreks, man habe Solidarnosc auf diesem Wege einen Sender zuschanzen wollen. Vielmehr wollte man die *„'Solidarität' in die Lage versetzen, mit Hilfe eines Tonstudios eigene Sendebeiträge für den polnischen Rundfunk zu produzieren“* („FR“ vom 12. und 14.11.81).

Auch der IBFG (= Internationaler Bund Freier Gewerkschaften, von den Gewerkschaften der kapitalistischen Länder beherrscht) spielt bei der „stillen Hilfe“ des DGB eine Rolle. Bekannt wurde z.B., daß *„schon bald nach Gründung“* der Solidarnosc der DGB über den IBFG die *„Lieferung von Druckgeräten und anderen technischen Geräten“* abgewickelt hat („FAZ“, 28.10.81).

Neben anderen Besuchen ist v.a. über den Auftritt des Leiters der internationalen Abteilung des DGB, Erwin Christoffersen, als Vertreter des DGB auf dem Kongreß der Solidarnosc (September '81) öffentlich berichtet worden. In seiner Rede verwies er u. a. auf die **„Bedrohung Deutschlands und des Friedens in Europa durch die sowjetischen Mittelstreckenraketen“** („Welt“, 8.9.81).

Auch die Forderung Bölls, das Internationale Arbeitsamt (ILO) zur Intervention in Polen aufzurufen, brachte nichts Neues, sondern war bereits einen Tag nach Verhängung des Kriegsrechts auf Veranlassung des DGB sowohl durch den Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB), in dem der DGB die Vorherrschaft ausübt, als auch durch den IBFG angegangen worden. Es sei in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß seit 1975 (nach kurzer Unterbrechung der Mitgliedschaft sind die USA Mitte 1981 wieder eingetreten) Irving Brown der amerikanische Delegierte in der ILO war. Brown war nach 1945 Verantwortlicher der amerikanischen Regierung für den Aufbau antikommunistischer Gewerkschaften in Europa sowie u. a. bei der Ausschaltung der spanischen „comisiones obreras“ (CCOO) beim gewerkschaftlichen Wiederaufbau nach Franco beteiligt. Er ist Delegierter der amerikanischen Gewerkschaft AFL/CIO und eine der höchst dotierten Figuren der CIA. Schon hier zeigt sich, welchen Kräften mit der Erfüllung der auf den ersten Blick „neutral“ klingenden Forderung nach Intervention der ILO die Möglichkeit einer Einmischung eröffnet wird.

Kontaktaufnahme und „Erfahrungsaustausch“

Kontaktaufnahme und „Erfahrungsaustausch“

Bereits frühzeitig (Spätsommer 1980) erklärte sich der DGB zur Kontaktaufnahme mit Solidarnosc bereit. Zu einem ersten offiziellen Besuch einer Solidarnosc-Delegation in Westeuropa kam es im September 1981. Organisiert wurde dieses Treffen vom Vorsitzenden des Christlichen Internationalen Bergarbeiterverbands (CGBCE), Franz Breuer, und es fand in der BRD statt („Deutsche Gewerkschaftszeitung“ – Zeitung des CGB – 10/81). Die offiziellen Kontakte zwischen DGB und Solidarnosc scheinen erst kurz vor dem Putsch richtig in Gang gekommen zu sein. Die Berichte über das erste Treffen, das Ende Oktober 1981 auf Einladung des DGB zustande kam, vermitteln einen Einblick in den politischen Charakter dieser Beziehungen. Interessant dürfte auch sein, wer der eigentliche Initiator dieses ersten Treffens ist. Die „FAZ“ vom 28.10.81 weist darauf hin, daß erst die IG Bergbau und Energie, *„durch enge Kontakte mit den polnischen Bergarbeitern mit der Situation besser vertraut ..., die Möglichkeit, mit den Polen ins Gespräch zu kommen“*, eröffnet habe. Bei der Rundreise der sechsköpfigen polnischen Delegation fand sich der gesamte geschäftsführende Vorstand des DGB bereit, mit vier Vertretern unter Leitung von Zbigniew Bujak zu sprechen.

Es war offensichtlich nicht nur eine Höflichkeitsfloskel, als Bujak den DGB als eine der *„am besten funktionierenden Gewerkschaften der Welt“* bezeichnete, *„aus deren Erfolgen man viel lernen könne“* („FAZ“, 28.10.81). Besonders hob Bujak die *„Gemeinsamkeiten“* im Programm hervor: *„Die Forderung nach Selbstverwaltung beziehungsweise Mitbestimmung und die Überzeugung, eine unabhängige Gewerkschaft könne nur in einer demokratischen Gesellschaft existieren“*.

Der Punkt „Mitbestimmung“ spielte auch eine zentrale Rolle bei einem *„Informationsaustausch mit Lehrgangsteilnehmern“* während eines Seminars in der IG-Bergbau-Schule in Haltern. Zur Vertiefung dieses Themas regte die polnische Delegation ein **„gemeinsames Seminar über Mitbestimmungsfragen“** an. Vetter schlug zudem die Bildung einer Arbeitsgruppe vor, die die **„Möglichkeiten zukünftiger Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet“** beraten sollte. Hier wolle der DGB „Tips“ für den Wiederaufbau der polnischen Wirtschaft geben („FAZ“, 30.10.81). Außerdem wurde ein Besuch Walesas vorbereitet, der für Anfang 1982 geplant war. Gleichzeitig wurde schon damals – also nicht erst nach dem Putsch – die Durchführung einer DGB-Spendenaktion angekündigt.

Als letztes war zu hören, daß der DGB den sich in der BRD befindlichen Solidarnosc-Funktionären bei der Gründung einer Organisation helfen wolle. Wer in den Genuß dieser Unterstützung kommen soll, bestimmt der DGB, denn schließlich sei nicht jeder ein **„großer Freiheitskämpfer, den wir finanzieren müssen“** („FAZ“, 13.1.81).

Was macht der DGB mit den Spenden?

Am 21.12.81, acht Tage nach dem Putsch, teilte der DGB die Gründung seines Vereins *„Solidarität mit Polen, Deutscher Gewerkschaftsbund e.V.“*
Putsch, teilte der DGB die Gründung seines Vereins *„Solidarität mit Polen, Deutscher Gewerkschaftsbund e.V.“*
mit. Bereits vorher hatte es aus Einzelgewerkschaften Spendenaufrufe gegeben (bereits am 16.12.81 eröffnete die IG Metall ein Spendenkonto). Auch diese Gelder will der DGB an bestimmte Bedingungen knüpfen. Der stellvertretende Bundesvorsitzende Gerd Muhr stellt klar, daß bei Weitergabe dieser Gelder an die Polen garantiert sein müsse, *„daß wir dabei mit ihren gewählten Vertretern frei zusammenarbeiten können“* („SZ“, 12.12.81).

Unklar war zunächst, wie die Gelder nach Polen gelangen sollten. Nachdem es nach einigem Hin und Her am 12.1.82 noch hieß, der DGB wolle die Versendung eigenhändig übernehmen und dabei nicht mit karitativen Organisationen zusammenarbeiten, in der Hoffnung, so *„auch auf 'Solidaritäts'-Funktionäre zu stoßen“* („FAZ“, 26.1.82), wurde wenig später vermeldet, daß der DGB seine *„ursprüngliche Absicht nicht verwirklichen“* konnte und stattdessen nun doch mit der katholischen „Caritas“ zusammenarbeiten will.

Als vom DGB-Bundesvorstand am 26.1. die erste Viertelmillion vom Spendenkonto freigegeben wurde, hieß es, daß man neben der „Caritas“ nun doch noch einen **„speziellen Weg“** gefunden habe, Sendungen *„direkt an 'Solidaritäts'-Häftlinge“* zu bringen („Hamburger Abendblatt“, 28.1.82). Angaben über das „Wie“ wurden nicht gemacht.

Am letzten Januarwochenende ist dann der erste dieser Transporte erfolgt, mit 2.000 Päckchen *„für inhaftierte Gewerkschaftler“*. (In Grundzügen erinnert dies an die Care-Paket-Aktion der Amerikaner nach 1945 an ausgesuchte sozialdemokratische Gewerkschaftsführer, um unter den gegebenen Bedingungen des Hungers etc. die Arbeit der „richtigen Leute“ zu gewährleisten.)

Weiterhin sind ca. 250.000 Mark für Medikamente und Nahrungsmittel ausgegeben worden, deren Überführung durch die „Caritas“ vorgenommen wird. Außerdem sind 50.000 Mark an die deutsche Sektion von „amnesty international“ übermittelt worden *„zur Gefangenenbetreuung“* in Polen. Im Gegenzug übergab amnesty eine Liste mit ca. 500 Namen internierter Solidarnosc-Funktionäre. Gleichzeitig forderte der DGB seine Organisation auf, amnesty-Vertretern auf den Gewerkschaftsveranstaltungen am 30.1. Redemöglichkeit einzuräumen.

Die letzten Zahlenangaben über das DGB-Konto beliefen sich auf *„über eine Million Mark“*. 500.000 Mark davon kommen vom DGB selbst; den Rest habe die Sammlung unter DGB-Mitgliedern ergeben, wobei – wie schon zuvor bei der Unterschriftensammlung zum DGB-Friedensaufruf – die IG-Bergbau mit ihren fünf Prozent an Mitgliedern im DGB und 200.000 Mark wieder mal einsame Spitze ist. Der DGB hat inzwischen aus den Reihen des geschäftsführenden Vorstands einen
DGB und 200.000 Mark wieder mal einsame Spitze ist. Der DGB hat inzwischen aus den Reihen des geschäftsführenden Vorstands einen
Verantwortlichen für die „Koordination der Polenhilfe“ bestimmt. Es ist dies **Gerhard Schmidt**.

Er wird sicherlich noch einigen bekannt sein: **Während der konzertierten Aktion gegen das „Russell-Tribunal“ 1978 war er Verbindungsmann des DGB zum Verfassungsschutz.** Ende Januar 1978 lud er die Presse zu einem gemeinsamen Seminar von DGB und Verfassungsschutz ein, um dessen Image in der Öffentlichkeit zu verbessern und die Zusammenarbeit zu demonstrieren. U.a. wurde auf seine Initiative hin dem Ausland eine schönfärberische „Dokumentation“ über die Behandlung von Extremisten im öffentlichen Dienst vorgelegt, um der „antideutschen Kampagne“ entgegenzutreten. Für die „Polen-Solidarität“ ist er also 100%ig der rechte Mann!

Der DGB und der „Internationale Tag der Solidarität mit 'Solidarität'“

Nachdem ein weltweiter Zusammenhang zwischen den gewerkschaftlichen Aktivitäten und der Reagan-Fernsehshow zu Polen offensichtlich wurde, zog Vetter es vor, sich von der Reagan-Show vorsichtig zu distanzieren. Einen Zusammenhang, so Vetter, könne es schon aufgrund der Abfolge der Beschlüsse nicht geben. Dennoch: Ausschnitte aus der zentralen Veranstaltung des DGB in der Mühlheimer Stadthalle (mit Vetter als Hauptredner) wurden in der internationalen Fernsehsendung am 31.1. ausgestrahlt.

Also – kein Zusammenhang?

Vetter behauptet, daß der „Anstoß“ zum „Tag der Solidarität“ von Mitgliedern der Solidarnosc gekommen sei. Verfolgen wir die Sache zurück:

– Am 16.12.81 fand in Brüssel eine außerordentliche IBFG-Konferenz statt („FAZ“, 15.12.81), um *„ihre Initiativen zu Polen“* festzulegen.

– Am 18. und 19.12.81 fand ein Treffen von 32 Exilmitgliedern der Solidarnosc aus acht Ländern in Zürich statt. In einer Erklärung gaben sie bekannt, auf die Gründung einer Exil-Solidarnosc verzichten zu wollen. Sie verstünden sich als *„lose Koordinationsgruppe“* für die Tätigkeit der sich in verschiedenen Ländern aufhaltenden Solidarnosc-Mitglieder. Als *„Aktionsgruppe 'Solidarität'“* wolle man Hilfsmaßnahmen für Polen sowie die Informationstätigkeit organisieren. Die in Zürich Versammelten forderten wirtschaftliche Sanktionen gegen Polen und die Sowjetunion. Die gegenwärtigen Ereignisse könnten nicht als innere Angelegenheit Polens betrachtet werden, sondern als direktes Eingreifen der Sowjetunion. Sie forderten die Überprüfung der Internierungslager durch Vertreter des Roten Kreuzes und eine Untersuchung der Lage der polnischen Arbeiter. Weiterhin soll in Zürich ein *„Appell an alle westlichen Gewerk-*
ter des Roten Kreuzes und eine Untersuchung der Lage der polnischen Arbeiter. Weiterhin soll in Zürich ein
„Appell an alle westlichen Gewerkschaftszentralen und Arbeitgeberorganisationen“ (hier irrt die „taz“ vom 21.12.81 offensichtlich; es muß wohl *Arbeitnehmer*organisationen heißen) verabschiedet worden sein, der in der *„nächsten Woche“* veröffentlicht werden sollte. Das nächste Treffen der „Aktionsgruppe“ sollte im Januar in Frankfurt/Main stattfinden.

– Tatsächlich fand jedoch das nächste Treffen in der IBFG-Zentrale in Brüssel statt, am 8. und 9.1.82.

– Bereits vier Tage vorher, nämlich am 4.1., hatte Reagan sein endgültiges Ja-Wort zu der Fernseh-Show gegeben („Hamburger Abendblatt“, 28.1.).

heißt es über das Treffen in Brüssel: *„Dort verfaßten die etwa 30 'Solidaritäts'-Funktionäre“* den besagten Aufruf zum 30.1. Hinter diesen Aufruf stellten sich – wen wundert's – *„sofort der Generalsekretär des IBFG, Otto Kersten. Ihm folgten der EGB und in der Bundesrepublik Deutschland der DGB“* („HA“, a.a.O.).

Gleichzeitig mit der Unterstützung des IBFG war – und nun wird's zusätzlich interessant – auch der AFL/CIO (USA) mit von der Partie: **Seit dem 1. Januar 1982 ist er wieder offizielles Mitglied im IBFG** („FAZ“, 26.1.). Offensichtlich deutet sich hier insgesamt eine Rechtswende des IBFG an.

– Die Fernsehshow Reagans wurde organisiert und weltweit koordiniert durch die US-Nachrichtenbehörde ICA (International Community Agency). Daß hiervon ausgehend die weltweite Koordinierung auf Gewerkschaftsebene über den IBFG (speziell seines Neulings AFL/CIO) gelaufen ist, dürfte eindeutig sein. Der AFL-Vorsitzende Kirkland wollte Reagan's Show nutzen, um diesen zu noch massiveren Boykott-Maßnahmen gegen Polen und die SU zu drängen. Mitkoordinator war u.a. offensichtlich auch Norbert Blüm, der *„Anfang Januar“* in die USA gereist war (im Namen der CDU und als *„Gewerkschafter“*), um sich mit amerikanischen *„Gewerkschaften, Kirche und Politikern zu verständigen“* („HA“, a.a.O.).

Ein Genosse der Kommission B+G



Hamburger DGB-Demo am 30. Januar (Photo: AK/H.W.)



Eifrigster Spendensammler im DGB ist die IG Bergbau (im Bild ein überdimensionales Braunkohlenbrikett als Sammelbüchse).

Grüne Partei und Polen

Der erste Beschluß des Bundesvorstands der Grünen zur Verurteilung der polnischen Militärdiktatur und zur „Solidarität mit Solidarnosc" beginnt mit dem Satz: *„Die Haltung der Grünen zur Entwicklung in Polen ist eine grundsätzliche Frage, die bestimmend ist für alle laufenden und zukünftigen Aktionen und sonstigen Bündnisse."* Diese etwas verklausulierte Formulierung wurde am 21.12.81 von Ernst Hoplitschek auf einer Pressekonferenz des Bundesvorstandes erläutert. Unter der Überschrift *„Die Grünen setzen sich von der DKP ab"* gibt die „FR" (Ausgabe vom 22.12.81) Hoplitscheks Ausführungen folgendermaßen wieder: *„Die Lektüre der DKP-Zeitung 'UZ' zeige den 'eklatanten Gegensatz' in der Bewertung der Ereignisse in Polen zwischen der DKP und den Grünen. Man müsse überlegen, ob man künftig noch gemeinsam mit jenen gegen den NATO-Doppelbeschluß demonstrieren könne, die die Vorgänge in Polen verdrängten. Es sei deshalb möglich, daß die Friedensbewegung eine 'neue Qualität' bekommen werde."* Ein demonstrativer Austritt der Grünen aus dem Unterstützerkreis des „Krefelder Appells" – eines der „laufenden Bündnisse", für die nach dem Bundesvorstandsbeschluß die Polen-Frage „bestimmend" sein soll – wurde allerdings mehrheitlich nicht für sinnvoll gehalten.

Gegen Sanktionspolitik

In einer weiteren Erklärung *„Gegen einäugige Heuchelei – für praktische Hilfeleistung"* hat der Bundesvorstand Sanktionen gegen Polen und die Sowjetunion klar abgelehnt und zu den Motiven der US-Politik erklärt: *„Sie* (die Reagan-Regierung; Anm. AK) *fördere den Kampf gegen die Befreiungsbewegung in El Salvador verstärkt mit Militärausbildung und habe die finanzielle Unterstützung für die Militär-Junta in der Türkei erhöht. Wenn die gleiche US-Regierung nun im Falle Polen mit Sanktionen sich gegen die Sowjetunion wende, dann werde hier nicht nur eine einäugige Heuchelei deutlich, sondern auch, daß hier nur ein Anlaß gesucht werde, die Konfrontation zu erhöhen, um die eigene Aufrüstungspolitik zu rechtfertigen."* Ob diese Position innerhalb der Grünen Konsens ist, läßt sich schwer beurteilen. Offene Stellungnahmen für eine westliche Politik der Stärke gegenüber der Sowjetunion – etwa im Sinne von Andre Gorz (vgl. „Spiegel"-Interview, 25.1.82) oder des „taz"-Kommentators M.T. Mehr („taz" vom 16.12.81; vgl. auch AK 215, S. 7) – sind uns nicht bekannt (Ausnahme: das Aufrufflugblatt zur Kölner Kundgebung; dazu später. Zumindest „mißverständlich" ist die Stellungnahme des Landesvorstandes NRW zu dieser Frage, der zwar auch Sanktionen aus dem Bemühen *„reaktionärer Politiker in den USA und Westeuropa"* um *„eine Wiederaufnahme des Kalten Krieges zwischen den Blöcken"* erklärt, die eigene Ablehnung von Sanktionsmaßnahmen aber ganz „pragmatisch" begründet: *„Wirtschaftliche Sanktionen haben bisher noch nie die Sowjetunion zu einer Änderung ihres Vorgehens veranlaßt. (...) Die wenigen demokratisch und gewerkschaftlich engagierten Befürworter einer Sanktionspolitik beurteilen die Erfolgsaussichten einer solchen Politik in unseren Augen z.Z. falsch."*

Für Blockfreiheit ... und Arbeiterselbstverwaltung in der BRD

Neben Petra Kelly (vgl. den Text ihrer auf der Kölner Kundgebung gehaltenen Rede in diesem AK) hat sich vom Bundesvorstand auch Dieter Burgmann mit einer persönlichen Stellungnahme zur Polenfrage geäußert (Leitartikel in der Zeitung „Die Grünen" vom 30.1.82). Burgmann sieht Polen als „Opfer der Blockpolitik" – so die Überschrift seines Artikels – und folgert: *„Wer für den Austritt der BRD aus der NATO eintritt, muß konsequenterweise genauso für die Lösung Polens (und der DDR) aus dem Warschauer Pakt sein und umgekehrt. (...) Unsere Verpflichtung aus dem größeren Spielraum, den wir im Westen haben und aus der Solidarität mit dem polnischen Volk wie mit allen Menschen des Ostblocks, ist es, verstärkt auf unsere Herauslösung aus dem Bündnis und auf die Auflösung der Blöcke hinzuarbeiten."*

Dieter Burgmanns Artikel diente auch mit als Vorlage für das grüne Aufrufflugblatt zur Kölner Kundgebung am 30.1. Insbesondere Burgmanns Gedanke, daß das *„Streben* (der polnischen Arbeiter; Anm. AK) *nach Selbstverwaltung und Selbstbestimmung in den Betrieben auch für die Arbeiter in den westlichen Industrienationen ein interessantes Experiment gewesen wäre"*, wird im Flugblatt-Text weiter konkretisiert: *„Selbstbestimmung und Selbstverwaltung (die Forderungen der Solidarnosc) und nicht die bisher 'praktizierte Mitbestimmung' muß auch für die arbeitende und lernende Bevölkerung aller Lebensbereiche in unserem Land zu einem wesentlichen Bestandteil politischer und sozialer Veränderungen der Gesellschaft werden."* Die bei Burgmann noch ansatzweise erkennbare schwerpunktmäßige Orientierung der Friedensbewegung hier auf den NATO-Austritt der BRD ist in dem Aufrufflugblatt dagegen durch die „ausgewogenere" Forderung nach „Destabilisierung von NATO und Warschauer Pakt" ersetzt worden.

Kritik an der „abwartenden" Bundesregierung

Kritik an der „abwartenden" Bundesregierung

Schlimmer noch ist aber eine Passage im Anschluß an ein längeres Zitat aus dem bekannten Kommentar von Henri Nannen, der die Vorgänge in Polen auf einen hypothetischen „Volksaufstand" in der BRD zu übertragen versucht und folgert: *„Bei einem in der Bundesrepublik ausbrechenden Aufstand, der die Verfassung und die Bindung an die NATO bedrohte, hätten wir morgen die amerikanische Intervention im Land."*

„Hoffentlich marschieren die Russen bald in Polen ein"

(Ernst Hoplitschek im Bundesvorstand der Grünen n a c h dem 13. Dezember 1981)

Ein klarer Fall von „Regierungs-Journalismus" befindet der Aufruf-Verfasser und fährt dann fort: *„Die Hoffnung der Bundesregierung, durch Abwarten und 'Aufrechterhalten des Dialogs' mit dem polnischen Militärregime auf eine Rückkehr zum Reformkurs einzuwirken, waren und sind daher von vornherein auf Sand gebaut."* An dieser Stelle muß wohl verraten werden, wer der Autor dieser bemerkenswerten Regierungskritik von rechts ist: Es handelt sich um Bundesvorstandsmitglied Klaus Timpe, Aktivist der „KPD" bis zu ihrer Auflösung, der hier an die Argumentationslinie seiner alten Partei gegen die Bonner „Appeasement-Politiker" anknüpft. Bedauerlich, daß ihm gestattet wird, das im Namen der Grünen zu tun.

Im folgenden drucken wir zwei Dokumente der Grünen Baden-Württemberg ab, die ziemlich deutlich zum Ausdruck bringen, in welche Richtung die von Ernst Hoplitschek anvisierte „neue Qualität" der Friedensbewegung gehen soll. Bei dem im Brief an den Bundesvorstand kritisierten Besuch beim sowjetischen Botschafter handelt es sich um ein ursprünglich schon für Oktober (Breschnew-Besuch) geplantes Treffen, das zunächst abgesagt worden war, weil die sowjetischen Diplomaten den aus der CSSR ausgebürgerten Milan Horacek nicht als Mitglied der grünen Delegation akzeptieren wollten. Am 15.12. fand das Treffen dann doch statt; Vertreter des Bundesvorstands waren Manon Maren-Grisebach und Hermann Schulz.

Brief des Landesvorstands Baden-Württemberg an den Bundesvorstand:

Stuttgart, 19. Jan. 1981

„Liebe Freunde im Bundesvorstand,

gerne würden wir Grünen aus Baden-Württemberg Euch einen freundlichen Brief der Anerkennung für die bisher geleistete Arbeit senden, doch mit solchen Artigkeiten können wir angesichts der politischen Initiativen, die der Bundesvorstand im Dezember unternommen hat, nicht dienen.

Da sendet eine Partei wie die GRÜNEN auf ihrem Parteitag eine Solidaritätsadresse an die polnische Gewerkschaft Solidarnosc, in dem Bewußtsein, daß diese Bewegung mit ihren emanzipatorischen Zielen, ihrer Forderung nach basisdemokratischen und selbstbestimmenden Strukturen, ihrem Ruf nach Abrüstung auf der anderen Seite der Blockgrenze gerade das Gedankengut umzusetzen anfängt, welche die Grundlage unseres politischen Denkens und Handelns ist. Folgerichtig war es dann auch, daß wir, die wir unsere friedenspolitische Ausrichtung sehr stark am Russell Peace Aufruf orientieren, anläßlich des Breshnew-Besuches zum Ausdruck brachten, daß wir tatsächlich Abrüstung in Ost und West fordern, daß es uns nicht um die (Wieder-)herstellung eines atomaren Gleichgewichts der Blöcke geht, sondern wir uns sowohl von Pershing- als auch SS-Raketen bedroht fühlen und nicht zwischen den Blöcken zerdrückt werden wollen.

Und nun müssen wir zu unserem Entsetzen vernehmen, daß die Bundesvertreter einer Partei mit dem oben genannten Selbstverständnis

Und nun müssen wir zu unserem Entsetzen vernehmen, daß die Bundesvertreter einer Partei mit dem oben genannten Selbstverständnis

zwei Tage nach der Zerschlagung dieser keimenden demokratischen Bewegung durch eine Militärregierung nichts Besseres zu tun hat, als zur russischen Botschaft zu tappen und dort politische Artigkeiten auszutauschen. Da nun auch Grüne offensichtlich auf diplomatischem Parkett zu tanzen beginnen, wurde mit Leichtfüßigkeit über die Ereignisse in Polen – diese politischen Peinlichkeiten – hinweggegangen, um den armen russischen Botschafter nicht zu kompromittieren!

Leute, das ist, mit Verlaub zu gesagt, ein Skandal!

Wie wollen wir gegen die Chefetagen der Atommafia, der Industrielobby, der Regierungsrüstungsplaner ankommen, wenn wir so leicht einzumachen sind und so wenig Rückgrat beweisen?

Wir können nur hoffen, daß ihr in Eurer Arbeitsweise modi findet, derartige politische Unglaublichkeiten durch entsprechende Rückversicherungen im Vorstand in Zukunft zu vermeiden.

Mag man mit einigem guten Willen den Botschaftsbesuch noch als politische Unüberlegtheit betrachten, so bleibt im Zusammenhang mit der Polen-Frage aber trotzdem noch die Tatsache, daß wir als Mittragende des Krefelder Appells in einer Friedensinitiative eingebunden sind, die es

Fortsetzung nächste Seite

Kommentar

Die Linke, der DGB und Polen

Die „Tageszeitung", sonst nicht gerade bekannt für ihre enge Bezugnahme auf die Arbeiterbewegung, hat es mehrfach lauthals kritisiert: der DGB übe zu wenig Polen-Solidarität. Linke Gruppen wie der KBW, die neue „KPD" (ehemals „KPD/ML") und die GIM waren sich in diesem Punkt einig. Um so mehr schwenkten alle um, als die DGB-Aktivitäten zum Solidaritätstag am 30.1.82 bekannt wurden. Man war Feuer und Flamme. Sicher sind die Motive unterschiedlich. Der GIM kann kaum unterstellt werden, sie verwechsle Klassensolidarität mit Solidarität für die katholische Kirche, wie dies häufiger bei der „TAZ" anklingt. Der KBW wittert bei der Polen-Solidarität die Chance, den Hauptschlag gegen die Sowjetunion zu führen und die ‚Appeasement'-Linie im DGB zu bekämpfen. Und die „KPD" hat mittlerweile mit der Polen-Solidarität reichliche Kopfschmerzen, die zunächst von ihrer eigenen lautstar-

DGB zu bekämpfen. Und die „KPD" hat mittlerweile mit der Polen-Solidarität reichliche Kopfschmerzen, die zunächst von ihrer eigenen lautstar-

ken Trommelei für die DGB-Aktion übertönt wurden. So schrieb doch die SPD-Zeitung „Westfälische Rundschau" zum 30.1.: *„Der amerikanische Präsident hat zum Sammeln geblasen. Die Gewerkschaften folgten ihm."* Für die „KPD" stellt sich nach dem 30.1. die Situation so dar: es *„haben die DGB-Führer kräftig dazu beigetragen, den 30. Januar in eine Propaganda-Show für das westliche imperialistische System, in eine Kampagne für die Konfrontationspolitik der Reagan-Leute u m z u f ä l s c h e n"* („Roter Morgen", 5.2.82).

Umfälschen kann man aber nur etwas, was vorher anders angelegt war, oder anders ausgedrückt: es werden der DGB-Spitze (und wer anders als die Führung hat den 30.1. geplant?) andere Ausgangsabsichten unterstellt. Waren die aber jemals anders?

Nun ist es sicher richtig, vom DGB internationale Solidarität, Klassensolidarität zu fordern. Wie wenig da läuft, zeigt seine Haltung zur Türkei, wo bis heute keine Unterstützung für die linke Gewerkschaft DISK geleistet wird; wo Kluncker in die Türkei reist, um festzustellen, daß es so schlimm nun auch wieder nicht sei. Wo bleibt die Hilfe für El Salvador, wo mit Ausnahme einer Sammlung der DGB-Jugend nichts gelaufen ist, die Spendenkampagne „Ein Stundenlohn für El Salvador" außer bei der IG Druck und Gliederungen der GEW ungehört blieb? Wo war der DGB beimUS-Fluglotsenstreik, den Reagan brutal zerschlug? Wo beim Streik der kolumbianischen Seeleute? – Auf der anderen Seite wissen wir doch, daß „Solidarität", „stille Hilfe" und viel Geld da waren, um die

Streik der kolumbianischen Seeleute? – Auf der anderen Seite wissen wir doch, daß „Solidarität", „stille Hilfe" und viel Geld da waren, um die

sozialdemokratischen Gewerkschaften in Portugal und Spanien aufzubauen, um den Einfluß der linken „Intersindical" und der „Comisiones Obreras" zu brechen. Wir wissen doch auch, daß es der DGB ist, der im Europäischen Gewerkschaftsbund Macht und Einfluß benutzt, unter Zuhilfenahme von Erpressung die Aufnahme von ‚eurokommunistisch' beeinflußten Gewerkschaften zu verhindern. Und schließlich wissen wir doch, und das nicht erst seit dem Neue HeimatSkandal (der hat das nur noch einmal deutlich in Erinnerung gerufen), daß es sich bei der Spitze des DGB um eine mit diesem kapitalistischen System und seiner Politik aufs engste verwobene Gemeinschaft handelt.

Solidaritätsaktionen des DGB sind da relativ unproblematisch, wo die Fronten klar sind (Beispiel: Nicaragua, da konnte zunächst einmal nicht viel schief gehen). Sie werden da problematisch, wo sie auf eine Spaltung und zumeist sozialdemokratische Ausrichtung hinauslaufen (Beispiele: Portugal, Spanien). Sie werden da besonders kompliziert, wo die politische Situation entsprechend kompliziert ist, wie heute in Polen: Wo heute eine Situation ist, daß Solidaritätsarbeit identisch ist mit den Interessen des Imperialismus. Es kommt nicht von ungefähr, daß es insbesondere die IG Bergbau ist, die nicht nur verbal, sondern auch praktisch die Trommel für Polen-Spenden rührt. Bei dieser Gewerkschaft besteht eine Identität zwischen praktischer Solidarität und politischen Absichten. Polen ist für sie der Fall, an dem sie ihren praktizierten Antikommunis-

Solidarität und politischen Absichten. Polen ist für sie der Fall, an dem sie ihren praktizierten Antikommunis-

mus, ihre Unterordnung unter die imperialistische Außenpolitik und ihre Propaganda von der ‚Überlegenheit des freien Westens' zu praktizieren und zu veranschaulichen versucht. Diese Gewerkschaft hat daher auch, ähnlich wie der AFL/CIO in den USA (außer daß dem der Reagan zu schwächlich gegenüber der SU ist), keinerlei Berührungsprobleme mit dem Imperialismus und der Reagan-Show, weil es der von ihr gewünschten Solidarität entspricht.

Die Linke muß doch zumindest dieses Problem erkennen, wenn sie nach mehr Solidarität des DGB ruft, und kann nicht hinterher erstaunt ausrufen: „Da sind ja Fälscher am Werk!", oder wie die GIM, die in ihrer Zeitung am 28.1.82 das erstemal auch erkennt, daß sich *„falsche Freunde"* an die Seite des DGB begeben könnten, und die den DGB beschuldigt, daß durch seine Zurückhaltung die Solidaritätsarbeit *„in die Hände der falschen Freunde der polnischen Arbeiterbewegung überzugehen droht"*. Da weiß der KBW schon genauer, wo die Crux liegt: in der Anlehnung der Gewerkschaften an die Entspannungspolitik der Bundesrepublik: *„Nur, ohne die konkrete Kritik des Sozialimperialismus und die umfassende Unterstützung der polnischen Arbeiterklasse bleibt die Sache ein Feld der Rechten, bleiben die Arbeiterbewegung und die Linke faktisch bewegungsunfähig"* („KVZ", 5.2.82). Wenngleich der KBW Hoffnungsschimmer ausgerechnet beim DGB-Rechten Kluncker von der ÖTV sieht, da dieser der einzige Kundgebungsredner war, der *„Afghanistan erwähnte, der die Sowjetunion angriff und dann in diesem Rahmen noch Analysen über die Frage von freien Gewerkschaften vorbrachte mit dem Gegensatz von Rosa Luxemburg und Lenin"* (ebenda). Daß Kluncker Rosa Luxemburg zitiert, ist ein starkes Stück. Daß er mit freien Gewerkschaften solche wie den DGB meint, ist sicher nicht im Sinne der Zitierten. Daß wir mit s o l c h e r Solidarität Bauchschmerzen haben, das kann doch keine Schande für einen Linken sein?

Ein Genosse der
Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Abgeschrieben

Ein lehrreiches Beispiel für die Arbeitsweise der antisowjetischen Propaganda bietet ein Artikel im „Roten Morgen" („Zentralorgan" der KPD/ML) vom 29.1.82. Unter der Überschrift „DieUrsachen für Polens Wirtschaftskrise bleiben" wird ökonomische Ausplünderung Polens durch die Sowjetunion als „einer der Hauptgründe für die Entwicklung zur Krise" dargestellt. Konkrete Quellen für die Behauptungen des Artikels werden nicht genannt. Es heißt lediglich unpräzise: *„Durch zahlreiche in den letzten Monaten veröffentlichte Dokumente wird ein ganzer Wust von Vorgehensweisen deutlich, mit denen die sowjetischen Sozialimperialisten ... die anderen Staaten des RGW ausplündern. Vor allem wird dies natürlich deutlich am Beispiel Polens, doch gilt diese Vorgehensweise für alle diese Länder".*

An anderer Stelle des Artikels wird ebenso unpräzise behauptet, es handele sich um *„konkrete Beispiele..., die in polnischen Zeitungsartikeln der letzten Jahre verstreut veröffentlicht worden waren und in den letzten Monaten gesammelt auch im Westen veröffentlicht oder zugänglich gemacht wurden."*

Dinge zu behaupten, ohne konkrete Quellen anzugeben, ist in der Propaganda dieser Art von Linken ein übliches Verfahren. In d i e s e m besonderen Fall ist es allerdings möglich, die Quelle auszuspüren: Der Artikel des „Roten Morgen" ist einfach eine stark verkürzte Abschrift eines Textes aus der „TAZ" vom 19.1.. Dieser Text war in der „TAZ" deklariert als Rede eines polnischen Parteifunktionärs, die er bereits im Mai 1981 gehalten habe und die erst jetzt „in den Westen geschmuggelt" worden sei (Ein Text, dessen Authentizität höchst zweifelhaft ist). Die Redakteure des „Roten Morgen" haben es zwar versäumt, den „TAZ"-Text als ihre Vorlage anzugeben, aber sie verwenden tatsächlich a u s s c h l i e ß l i c h dessen Daten.

In dieser Weise schreibt einer vom anderen ab, wobei darauf geachtet wird, die Spuren möglichst zu verwischen und durch allgemeine Umschreibungen („ ... zahlreiche in den letzten Monaten veröffentlichte Dokumente") Seriosität und Glaubwürdigkeit vorzutäuschen. Es ist exakt dasselbe Verfahren, nach dem viele Geschichten über die sowjetische Aufrüstung zusammengeklatscht werden.

Weltgeneralstreik gegen den Dritten Weltkrieg

– Rede von Petra Kelly (Sprecherin der Grünen, Mitinitiatorin des Krefelder Appells) anläßlich der Polen-Demonstration am 30.1.82 in Köln –

Meine lieben Freundinnen und Freunde!
Das Militärregime in Polen hat den offenen Krieg gegen die Gesellschaft erklärt – In Gefängnissen werden tausende von Solidarnosc-Mitgliedern zu Unrecht festgehalten.

Ingeborg Drewitz, eine Mitkämpferin in dieser Friedensbewegung, eine mutige Schriftstellerin, hat geschrieben: „Die Verweigerung, rings um die Erde, der Weltgeneralstreik, ist viel weniger vorstellbar, als das Antreten zum 3. endgültigen Weltkrieg."
Ich glaube, sie hat fast Recht ...
Während wir heute in Köln aufrichtig „Solidarität mit Solidarnosc" aussprechen und hoffen, daß der gewerkschaftliche Widerstand in Polen fortgesetzt wird und zugleich die Forderungen der Gewerkschaft „Solidarnosc" wie z.B. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung an unseren eigenen Gewerkschaftsbund im Lande, den DGB, richten, findet in den Vereinigten Staaten in 39 Sprachen Ronald Reagans Riesen-Propaganda-Spektakel statt: Dort heißt „Solidarität mit Solidarnosc", daß Ronald Reagan, der streikende Fluglotsen entläßt und bestraft, der die Mordjunta in El Salvador mit Waffen und Ausbildern unterstützt, als Schirmherr und „Master of Ceremonies" der polnischen Freiheit und der polnischen Gewerkschafter auftritt. Wenn es ein Land gibt, welches nicht das Recht hat, Sanktionen zu verhängen – dann sind es die Vereinigten Staaten unter R. Reagan. Unter dem Motto „Laßt Polen Polen sein" wirken in der größten US-Show zur Polen-Krise u.a. Frank Sinatra, Kirk Douglas, Margret Thatcher und Helmut Schmidt mit. Das Werk – per Satellit auf US-Regierungskosten in alle Welt überspielt – soll mindestens 300 Millionen Menschen in aller Welt vorgeführt werden. Sollten wir nicht hier und heute, am Tag der Solidarität mit Polen, diesen selben Zugang zu den Medien der Welt fordern – so daß alle Entrechteten, alle Verdammten, alle Unterdrückten dieser Erde, ob in Südkorea oder Afghanistan, ob in El Salvador oder Polen, ob in Pakistan oder in Bolivien, der Welt-Öffentlichkeit ihre Leiden, ihre Qualen und Ängste darstellen können! Ein einziges Mal – fordern wir ... und wissen doch, daß die heuchlerischen Kundgebungen und leeren Bekenntnisse und Worte weiterhin stattfinden werden. „Polen hätte zum Desaster für die Russen werden können", jammerte der Kolumnist G. Will, „stattdessen ist es zum Desaster für die USA geworden."

Als ich Anfang Dezember 1981 in den Vereinigten Staaten war, sprachen außenpolitische Superfalken der Reagan-Regierung schon händereibend von einem möglichen Einmarsch der Sowjetunion – eine Intervention, die ihnen willkommen gewesen wäre, um jede neue Hochrüstungs-Vorrüstungsanstrengung zu rechtfertigen.

Die Erregung über die Menschenrechtsverletzungen in Polen – unsere Verurteilung des Ausnahmezustands, des Kriegsrechts in Polen, unsere Forderungen für und zusammen mit dem polnischen Volk, können nur dann wirklich überzeugend sein, wenn wir die Heuchelei der neuen falschen Freunde der „Arbeiterklasse" – Franz Joseph Strauß mit Kerze und Herrn Albrecht auf einer Demonstration für radikale sozial-emanzipative Ziele – entblößen und wenn wir auch über die Militärjuntas und über die Internierungslager und über die ruinierten Wirtschaften in der Türkei, in Argentinien, in Chile, in Pakistan, in El Salvador sprechen. In den Hinterhöfen der atomaren Supermächte soll möglichst alles beim alten bleiben – sollen Reformen, emanzipative, alternative Bewegungen unterdrückt werden. Natürlich ist es widersinnig, ja sogar zynisch, Unterdrükkung und Verletzung der Menschenrechte auf dieser Erde gegeneinander aufrechnen zu wollen, um mit Fleiß den Splitter im Auge des anderen auszumachen, den Balken im eigenen aber zu übersehen. Das moralische Prinzip darf nicht Veranlassung sein, so schreibt Anton A. Guha, nun alle Verhältnisse über einen Kamm zu scheren – nirgendwo mehr zu unterscheiden. Doch es ist einfach unerträgliche Heuchelei, wenn gegenwärtig alle moralischen Zeigefinger nach Warschau und Moskau weisen, nicht aber nach El Salvador (wo im letzten Jahr über 12 000 Menschen grausam ermordet worden sind), nach Pakistan (wo Diktator Zia al-Hua freie Wahlen und demokratische Grundrechte für die Afghanen fordert – Rechte, die er seinem Volk vorenthalten hat), nach der Türkei.

Was Reagan und Company für Polen fordern – nämlich einen ehrlichen Dialog zwischen den Unterdrückten und der Staatsmacht, verweigert er und seine Regierung (unsere Bündnispartner) für El Salvador. „Im Keller des 'freien Westens' liegen im makabren Wortsinne ebenfalls viele Leichen. Während dem in den USA „als gütig und großväterlich" beschriebenen türkischen Junta-Chef General Evren weiterhin wirtschaftliche Hilfe versprochen und erteilt wird, werden amerikanische Sanktionen gegen Polen (gerade staatliche Nahrungshilfe usw.) verschärft – der Zorn der Reagan-Regierung über die Sowjetunion wird an den Polen ausgelassen. Wie weit ist es gekommen – wenn die türkischen Junta-Generäle die NATO-Texte unterschreiben und damit mit den anderen NATO-Ländern die Generäle in Polen verurteilen.

Die Frage, die wir an die herrschenden, etablierten Politiker richten müssen – ist: Wie leidenschaftlich haben sie gegen die Militärdiktaturen in Argentinien und Brasilien protestiert? Jede Form von Emanzipation innerhalb der lateinamerikanischen Gangster-Republiken legt Washington als kommunistisch gesteuerten Affront aus und treibt damit diese Staaten in Ecken, in die sie gar nicht hineingeraten möchten. Im Gespräch bleiben dann Blockaden der See- und Luftwege und die Verstärkung der sog. „Beratergruppen."

In der bekannten „Null-Option"-Rede von R. Reagan stand: „Es gibt keinen Grund, warum Menschen in irgendeinem Teil der Welt in ständiger Furcht vor dem Krieg oder dem Gespenst eines Krieges leben müssen." Doch wir, diese unabhängige Friedensbewegung, kennen den Grund – es ist die perverse Block-Logik, aus der wir ausbrechen müssen! Es hat ein Mitstreiter, aus dem Kaiserstuhl treffend, mir vor Tagen gesagt: „Unsere Sicherheit beruht in der Auflösung der Sicherheitssysteme NATO und Warschauer Pakt." Damit hat er Recht, denn es ist grotesk, wenn die Supermacht USA ihre Sicherheitsinteressen in El Salvador bedroht sieht und die UdSSR die ihrigen in Afghanistan, daß jeder Punkt der Erde für beide von „stragegischer Bedeutung" ist, daß „sie sich zu Ordnungsmächtigen aufwerfen, dabei aber um Einflußsphären raufen" (A. Guha/„FR", 22.1.82). Weder sind die USA die Wächter der Freiheit, noch werden die Sowjets der Menschheit die große Emanzipation bringen. Beide treiben Großmachtpolitik im schlechten Sinne! Ernst Bloch meinte einmal: „Die Rechten sprechen betrügend, aber zu den Menschen", die „Linken sprechen wahr, aber nur von Sachen." Diese Botschaft ist wichtig, denn – frei nach Bloch – Menschenrechte, Freiheit, Selbstentfaltung, Würde, Frieden, – sie alle gewinnen nur an Bedeutung, wenn wir konkret wirken und helfen und unterstützen – so wie heute unsere Freunde in der Solidarnosc, unsere Freunde in Polen. Wenn wir eines zu lernen haben von dem Wort, von der Erfahrung mit „Solidarnosc" – dann ist es das „Solidarisch sein" mit jedem Volk, das sich aus dem Griff und der Abhängigkeit von einer der beiden Supermächte befreien will – ohne Unterschied!

Aber um weiterhin konkret zu bleiben, müssen wir unseren Freunden in Polen, in der Solidarnosc mitteilen, daß wir aus ihrem gewaltfreien Kampf, aus ihrem Widerstand lernen, die Forderungen wie z.B. authentische Selbstverwaltung in den Unternehmen oder Selbstbestimmung auch hier zu stellen. Wir alle wissen hier, wie vergeblich man bei uns den Begriff „Selbstbestimmung" oder „Selbstverwaltung" in den Gesetzestexten der BRD und der übrigen EG-Länder sucht. Der Begriff „Mitbestimmung" bei uns setzt auch hier eine überkommene Autoritätsstruktur des Befehlens und Unterordnens voraus, und es wird wieder heuchlerisch, wenn ich von dem großen Widerstand vor einigen Tagen in Brüssel berichte, als ein EG-Richtlinienentwurf vorgelegt wurde, der nur die Informationsrechte und Anhörung der Arbeitnehmer in nationalen und multinationalen Unternehmen vorsieht. Nicht einmal dieses Grundrecht wollten die Arbeitgeberverbände den Arbeitern zubilligen.

Ich frage – wie stehen die Herren H. O. Vetter und A. Pfeiffer des DGB dazu? Und während man die Ziele der Solidarnosc bejubelt, beschneidet man zugleich die Rechte der Gewerkschaften im Westen. M. Thatcher und ihre Partei unternimmt gerade den Versuch, Maßnahmen zu verabschieden, die kritischen Gewerkschaftern bei Strafe von 12-25,000 E. Pf. untersagt, internationale Solidaritäts-Streiks durchzuführen. Wir müssen in unserem eigenen Lande, so wie im Sinne der Ablehnung der NATO-Nachrüstung, von unseren Gewerkschaftsleitungen fordern, daß sie die Ziele der Basis nicht länger ignorieren können – so wie in Polen, brauchen auch wir einen Erneuerungsprozeß – wir wollen nicht nur das WAS der Produktion entscheiden, aber auch das WIE! Alternative ökologische Produktion kann nicht durch geistestötende Produktionsverfahren hergestellt werden. Gesellschaftlich nützliche Produktion muß die Änderung der sozialen Verhältnisse einbeziehen.

Die Krefelder Initiatoren, zu denen ich gehöre, haben am 25.1.82 eine Erklärung veröffentlicht, aus der ich zitieren möchte:

„Polen helfen, heißt Bedingungen schaffen, die die NATO und den Warschauer Pakt ebenso unnötig machen wie fremde Truppen in den Ländern Ost- und Westeuropas".

Ferner hieß es:
„Darum dürfen wir nicht erlauben, daß die Tragödie des polnischen Volkes, für das wir eine aus schwerer Schuld entstandene geschichtliche Verantwortung tragen, dazu mißbraucht wird, die eigentliche Schicksalsfrage der europäischen Völker zu verdecken; nämlich die Frage, ob wir zulassen oder verhindern, daß mit immer mehr Nuklearwaffen in Europa der Untergang unseres Kontinents in einem nuklearen Krieg wahrscheinlicher wird".

Denn mehr Rüstung muß die Spaltung Europas in zwei gegeneinanderstehende Militärblöcke vertiefen. Nur durch Rüstungsverzicht und Abrüstung kann diese Blockbildung letztlich überwunden werden. Die Verweigerung neuer Nuklearwaffen auf unserem Boden ist nur ein erster, aber gerade darum unerläßlicher Schritt auf dem langen Weg zu diesem Ziel.
Für die Friedensbewegung ist 1982 ein sehr entscheidendes Jahr – das letzte Jahr vor der Stationierung der Pershing II und Cruise Missiles. Die Verhinderung eines atomaren Dritten Weltkrieges ist nach wie vor unser wichtigstes Ziel – das heißt, daß wir weiterhin durch gewaltfreie Aktionen, durch weitere Unterschriftensammlung als eine Art „Volksabstimmung" gegen die NATO „Nach (Vor)rüstung", durch weitere Mobilisierung die bedingungslose Zurücknahme des NATO-Beschlusses vom 12.12.81 fordern müssen. Doch können wir nicht an diesem Punkt stehen bleiben, denn wir sind weit mehr als eine Ein-Punkt-Anti-Raketen-Bewegung! Die Friedensbewegung in der BRD, in Europa, muß die Entspannungspolitik innerhalb der „Blöcke" überwinden. Diejenigen, die vor einer militärischen Intervention des Warschauer Paktes in Polen warnen, vergessen dabei, daß den NATO-Mächten in der BRD nach wie vor militärische Interventionsrechte verbürgt werden.

Und wir müssen weiterhin fordern, an die Adresse der UdSSR wie auch an die Adresse der Westmächte, jede Einmischung in Polen zu unterlassen, so daß die Polen ihre Angelegenheiten selbst regeln können.

Und ich appelliere an die Menschen innerhalb dieser Bewegung, die unter der Flagge der Verteidigung des „realen Sozialismus" in bezug auf die Unterdrückung in Polen einäugig argumentieren. Setzt Euch mit den Forderungen der Solidarnosc, dieser Demonstration auseinander – Seid aufrichtig und schweigt nicht länger zu den Vorgängen in Polen!!! Viele von Euch, die aktive Gewerkschaftspolitik machen, die in diesem Lande Streiks und radikale Veränderungen fordern – müssen auch in der Lage sein, folgendes mit uns zu fordern:

– Aufhebung des Kriegsrechts

– Sofortige Überprüfung der Haftbedingungen durch internationale Organisationen wie internationales Rotes Kreuz, Amnesty international, internationale Arbeitsorganisation (ILO)

– Freilassung aller Verhafteten und Internierten

– Beendigung der Repressalien gegen Solidarnosc. Wiedereinstellung der entlassenen Gewerkschaftsmitglieder

– Volle gewerkschaftliche und politische Freiheiten

– Wiederzulassung der unabhängigen und selbstverwalteten Gewerkschaft Solidarität

– Selbstbestimmungsrecht für das polnische Volk

Fortsetzung von voriger Seite

bis zum heutigen Tage nicht für nötig gehalten hat, eine solidarische Erklärung mit der unterdrückten Befreiungsbewegung in Polen abzugeben, geschweige denn an den Aufbau einer praktischen Polen-Solidarität gedacht hat.

Wird hier via facti denn doch bewiesen, daß der Krefelder Appell letztlich ein DKP-Werk ist, denn wie sonst soll man sich die Tabuisierung der Polenereignisse von einer Personengruppe erklären, die für die Friedenssicherung eintritt, über die akuteste Bedrohung des Friedens aber geflissentlich hinwegschweigt?

Wir sind selbstverständlich der Auffassung, daß wir nicht der allzu beliebten Diffamierung von Friedensinitiativen als DKP-unterwandert Vorschub leisten dürfen und demgemäß einen eklatanten Bruch mit dem Krefelder Appell auch nicht für sinnvoll, weil kaum vermittelbar halten. Gerade die jungen Teile der Friedensbewegung wollen mit dem alten Antikommunismus nichts, aber auch gar nichts zu tun haben, und das zu Recht.

Um so mehr aber müssen wir inhaltlich aufrecht und redlich sein, auch als Mittragende des Krefelder Appells und das gerade heißt, unsere Solidarität mit Polen laut zu verkünden, gerade auch in diesem Rahmen. Die Auseinandersetzung mit der DKP als Teil der Friedensbewegung, wenn sie über die Polen-Frage ihre Doppelbödigkeit so offen zeigt, muß von uns durch eine inhaltliche, offensiv geführte Kontroverse zur Abgrenzung führen. Diesen Weg wird die Friedensbewegung unserer Einschätzung nach sehr wohl zu verstehen und zu honorieren wissen.

Der Landesvorstand hofft, daß Ihr als Bundesvorstand in dieser von uns umrissenen Richtung in Zukunft die friedenspolitische Ausrichtung der Partei vorantreiben werdet.

Mit solidarischen Grüßen aus Baden-Württemberg

Der Landesvorstand"

Auszug aus dem Rundbrief 3/82 „An alle Kreisverbände in Baden-Württemberg":

„Wir halten die Frage Polen im Zusammenhang mit der Friedensbewegung für ein existentielles Problem, da die Bewegung der Solidarność unserer Ansicht nach objektiv die Funktion erfüllt hat, zum Zerbröckeln beizutragen. Machtergreifung durch das Militär ist der letzte friedliche Versuch, demokratische Entwicklungen aufzuhalten. Wir müssen daher in der Friedensbewegung wegkommen von allzu kurzfristigen Orientierungen auf 1983 und die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles, müssen wir eine inhaltliche Ausweitung der Friedensbewegung vorantreiben dahingehend, uns einzusetzen für eine atomwaffenfreie Zone, für die Auflösung der Blöcke. Letzten Endes ist die Haltung der Friedensbewegung zu Polen auch eine Frage der Glaubwürdigkeit und es fällt sehr schwer, mit Kräften zusammenzuarbeiten, die die Machtergreifung durch das Militär in Polen legitimieren mit fadenscheinigen Argumenten, wie beispielsweise, daß Solidarność CIA-gesteuert sei.

Wir haben daher beschlossen, im Rahmen der Landesberatung den Friedensinitiativen nicht mehr als Koordinationsstelle zu fungieren.

In diesem Zusammenhang haben wir auch den Vorstoß der DKP bzw. derDKP-nahen Gruppen diskutiert, an Ostern die Tradition der Ostermärsche wieder aufleben zu lassen. Wir sind zu der Auffassung gelangt, daß die Inszenierung der Ostermärsche ein erneuter Versuch der DKP ist, in die Offensive zu gehen. Jedoch sollte man auf Grund dieser Tatsache nicht der DKP das Feld überlassen, vielmehr sollten sich Grüne immer dort, wo diese Frage diskutiert wird, eindeutig zu Polen äußern. Zu Eurer Information übersenden wir Euch einen Programmauszug der Solidarność, der in einer Sondernummer der Zeitschrift „express" veröffentlicht wurde."

Die Auseinandersetzungen um das Erdgasgeschäft mit der UdSSR oder

Wer profitiert vom Abbruch des Ost-West-Handels?

Aufgrund der ständigen Bemühungen der USA, aber auch aufgrund seines Volumens steht das Erdgasgeschäft mittlerweile im Zentrum der Auseinandersetzung um die „Entspannungspolitik". Da dagegen insbesondere die Abhängigkeit der westeuropäischen Länder von der SU als Argument angeführt wird, soll im folgenden untersucht werden, ob dieses Geschäft zu einseitigen Abhängigkeiten führt und ob die Auseinandersetzungen zwischen den USA und der BRD um dieses Geschäft exemplarisch für die von den USA geforderte ökonomische Blockade der SU sind.

Bekanntlich verpflichtet sich die SU in diesem Geschäft 25 Jahre lang Erdgas aus Sibirien nach Westeuropa zu leiten. Eine hierfür zu bauende Pipeline soll mit den ersten Gaserlösen bezahlt werden. Beteiligt sind an dem Geschäft neben der BRD vor allem Frankreich und in geringerem Maße Italien, Österreich, die Niederlande, Belgien und die Schweiz. Bisher haben die BRD und Frankreich die Verträge unterzeichnet, woraufhin mit dem Bau der Pipeline begonnen wurde.

Da dieses Geschäft ein sogenanntes Kompensationsgeschäft ist, was bedeutet, daß die zu liefernde Pipeline mit den Gaslieferungen bezahlt wird, waren enorme Kredite als Vorleistungen notwendig. Diese sehen folgendermaßen aus:

— 1,2 Milliarden Mark bringen 14 Banken unter Führung der Deutschen Bank direkt auf. Für diesen Kredit wird über die Hermes-Kredit-Versicherung vom Bund gebürgt. Das heißt, falls die SU aus irgendwelchen Gründen nicht zurückzahlt, halten sich die Banken am Steuerzahler schadlos. Dieser Kredit soll 10 Jahre laufen. Die Bedingungen wurden nicht bekannt gegeben.

— Weitere 2,2 Milliarden Mark werden mit Hilfe der Ausfuhr-Kredit-Anstalt finanziert, an der die Großbanken mehrheitlich beteiligt sind. Die Bundesbank vergrößerte dazu deren Plafond (den Topf, aus dem geschöpft wird) um 3 auf 5 Milliarden Mark. Mit Hilfe dieser Gesellschaft erhalten Exporteure Zinsvergünstigungen für Exportkredite. Diese Konstruktion ist nötig geworden, da die SU sich weigert, die marktüblichen Hochzinsen zu zahlen. So erhalten sie die 2,2 Milliarden Mark für 9,1 % bei einer Laufzeit von 4 Jahren. Die handelsüblichen Zinsen liegen z. Zt. bei etwa 12 %.

Da das bisher vereinbarte Gesamtvolumen 4 Milliarden DM beträgt, zahlt die SU die noch fehlenden 600 Laufzeit von 4 Jahren. Die handelsüblichen Zinsen liegen z. Zt. bei etwa 12 %.

Da das bisher vereinbarte Gesamtvolumen 4 Milliarden DM beträgt, zahlt die SU die noch fehlenden 600 Millionen bar als Anzahlung.

Von einem ursprünglichen Volumen des Geschäftes von 20 Milliarden Mark und 2 Pipelinesträngen war schon nach Beginn der amerikanischen Hochzinspolitik abgerückt worden, und auch das restliche Volumen von 10 Milliarden wurde auf 4 Mrd. reduziert, indem die Finanzierung über die oben erwähnten verbilligten Lieferantenkredite von Mannesmann selbst getragen werden muß.

Alles in allem wird also von der BRD-Seite ein Kredit von 3,4 Mrd. gewährt. Einen vergleichsweise hohen Kredit von 3,5 Mrd. DM gibt Frankreich, deren Firmen auch entsprechend an dem Auftragsvolumen beteiligt sind.

Als Gewinn für eine derartige Kreditgewährung winken den EG-Ländern äußerst fette Aufträge, von denen bisher noch nicht alle abgeschlossen wurden.

Als Generalkontrakteure fungieren der westdeutsche Röhrenkonzern Mannesmann und der französische Stahlriese Creusot-Loire. Dies bedeutet, daß sie für die Lieferung der notwendigen Ausrüstung zu sorgen haben, was sie sich noch einmal mit ca. 20 Millionen Mark bezahlen lassen wollen. Generalabnehmer für alle westeuropäischen Staaten ist die Ruhrgas AG, die das angelieferte Gas weiterverkauft.

An westdeutsche Firmen wurden bisher Verträge über insgesamt 1,3 Milliarden vergeben, die sich wie folgt aufteilen:

— 700 Millionen an die AEG für Kompressoren und Turbinen;

— 300 Mill. an Liebherr für Rohrverlegungskräne;

— 200 Mill. als Einstieg für Mannesmann; im Laufe der nächsten drei Jahre soll dieser Konzern für insgesamt 6 Milliarden DM Rohre liefern.

An westeuropäische Firmen außerhalb der BRD wurden bisher folgende Aufträge vergeben:

— 1,6 Mrd. DM an den zum staatlichen italienischen Energiekonzern ENI gehörenden Nuovo Pignone für Kompressoren und Turbinen;

— 1 Mrd. DM an den französischen Thomson-CSF-Konzern für Pumpstationen und elektronische Steuerungsanlagen.

Weitere Aufträge gingen an den britischen Konzern John Brown für Turbinen und an den amerikanischen Konzern Caterpillar für Rohrverlegungskräne in Höhe von 700 Millionen DM.

Diese Zahlen zeigen sehr deutlich, daß dieses Geschäft für die westeuropäischen Firmen einen sehr hohen Stellenwert besitzt, da es für zahlreiche der beteiligten Firmen (vor allem AEG und Mannesmann) eine hohe und langfristige Auslastung ihrer Produktionskapazitäten garantiert.

Doch soll zur Beurteilung der Wichtigkeit des Gashandels auch die Bedeutung für die UdSSR kurz dargestellt werden.

Westliche Technologie gegen Rohstoffe

Wie schon erwähnt, soll 25 Jahre lang Erdgas im Umfang von 40 Milliarden Kubikmeter nach Westeuropa geliefert werden, was der SU — nach Schätzungen — pro Jahr 10 Mrd. DM Erlöse bringen wird, in 25 Jahren also 250 Mrd.. Nach Schätzungen der sowjetischen Geologen ist das Gasfeld ca. 200 Jahre lang ausbeutbar. Dementsprechend wird längs der Pipeline eine völlig neue Infrastruktur errichtet, von der Gründung völlig neuer Städte bis zur Erdgasversorgung bisher unversorgter Gebiete. Daß diese Pipeline aber gänzlich neue strategische Bedeutung hätte, kann nach einem Blick auf die vorhandenen Pipelines nicht behauptet werden. Sie ergänzt nur die schon in derselben Richtung verlaufenden Pipelines zur Versorgung von sibirischen und europäischen Gebieten der SU.

Offensichtlich ist die SU zur Erschließung ihrer riesigen Erdgasvorkommen in Sibirien auf technologische Importe aus den imperialistischen Staaten angewiesen. Die besonders harten klimatischen Bedingungen stellen die Gastransporte vor besondere Probleme und die verwendeten Materialien unter extreme Belastungen. Die Pipeline muß beispielsweise Temperaturschwankungen von +30 Grad C bis —60 Grad C aushalten. Die Kapazitäten zur Herstellung solcher Materialien sind in der SU begrenzt. Dieser rialien unter extreme Belastungen. Die Pipeline muß beispielsweise Temperaturschwankungen von +30 Grad C bis —60 Grad C aushalten. Die Kapazitäten zur Herstellung solcher Materialien sind in der SU begrenzt. Dieser Mangel an hochwertigem Material macht sich umso mehr bemerkbar, als diese Pipeline längst nicht die einzige ist, die im Rahmen der Erschließung der Erdgasvorkommen zur Zeit gebaut wird.

Das Erdgasgeschäft bedeutet für die SU sowohl eine Möglichkeit der raschen Erschließung neuer Energiequellen für den eigenen Bedarf als auch eine Einnahmequelle für dringend benötigte Devisen, um vor allem hochentwickelte Technologien in anderen Bereichen einführen zu können.

Die Entwicklung des Ost-West-Handels

Um zu verstehen, in welche wirtschaftlichen Beziehungen das Erdgasgeschäft eingebettet ist, wer an diesem Handel auch längerfristige Interessen hat oder umgekehrt mit Boykott drohen kann, sollen kurz Entwicklung und Perspektiven des Ost-Westhandels geschildert werden.

Der Anteil des Osthandels an der Ausfuhr der BRD lag 1980 bei 60 % gegenüber 5,5 % in 1979 und bei 5,1 gegenüber 5,5 % bei der Einfuhr. Eingeführt werdenm im wesentlichen Rohstoffe, bei der Ausfuhr überwiegen Industrieprodukte. Wichtigster Handelspartner ist nach wie vor die UdSSR mit 41,7 % des gesamten Osthandelsumsatzes. Die Struktur des Handels ist mit allen RGW-Ländern gleich. Generell beinhalten die Importe aus den RGW-Ländern in die westeuropäischen Länder zu 75 % Ölprodukte, Gas und Kohle. In die RGW-Staaten werden Investitionsgüter wie Maschinen und Fahrzeuge (33 %), Eisen und Stahl (15 %), chemische Erzeugnisse (12 %) und Nahrungsmittel je nach Ernte (10 - 12 %) geliefert.

Die aktuelle Situation ist durch eine chronische Devisenknappheit der RGW-Staaten und eine zunehmende Verschuldung gekennzeichnet. Ihre Nettoverschuldung stieg aufgrund von Handelsdefiziten, die mit Krediten finanziert werden mußten, in den siebziger Jahren auf 65 Mrd. Dollar für 1979 und auf über 70 Mrd. Dollar für 1980 an (vor 1970 gab es keine Verschuldung, bzw. nur eine äußerst geringe). Während die SU ihre Schulden durch Gold- und Ölverkäufe auf 13 Mrd. Dollar senken konnte, stiegen vor allem die Schulden Polens auf 23 Mrd. Dollar an.

Der Außenhandel der SU mit der EG und Japan erhöhte sich 1979-80 von 25,7 auf 31,5 Mrd. Rubel. Dagegen ging aufgrund des Getreideembargos der Handel mit den USA um 46 % auf 1,5 Mrd. Rubel zurück!

In Bezug auf die BRD verspricht der Osthandel noch einiges an Perspektive. Schon jetzt besteht ein Auftragsbestand über 13 - 14 Milliarden DM mit der SU.

Verhandelt wird seit einem Jahr über mehrere industrielle Erschließungsprojekte, für die eine westdeutsche Kooperation angestrebt wird:

— Beschleunigte Vorbereitung von Projekten zur Herstellung von Kraftstoff und Gas aus sowjetischer Kohle;

— Vorrang für die Herstellung von Methanol in Anlagen, die von der deutschen Industrie gebaut und zum großen Teil durch Gegenlieferungen von Methanol finanziert werden sollen;

— Beteiligung westdeutscher Unternehmen an der Modernisierung der Konsumgüterindustrien, des Maschinenbaus, des Eisenhüttenwesens, der Metallverarbeitung und verschiedener Baumaterial-Branchen in der SU;

— Gemeinsame Erschließung der Reichtümer Sibiriens, und zwar nicht nur von Energie sondern auch von Rohstoffen einschließlich Holzproduktion und Verarbeitung.

Über all diese Projekte ist noch nicht endgültig verhandelt worden, aber sie zeigen, welche Perspektiven sich für die BRD ergeben.

Die amerikanische Konfrontationspolitik auf ökonomischem Gebiet

Bekanntlich wird dieses Geschäft schon seit seinen ersten Anfängen von den USA torpediert.

Schon im Dezember 1980 verkündete ein Vertreter der Reagan-Administration im Wallstrett-Journal: *„Eine sowjetische Invasion in Polen wird der wahre Test für die Deutschen* den USA torpediert.

Schon im Dezember 1980 verkündete ein Vertreter der Reagan-Administration im Wallstrett-Journal: *„Eine sowjetische Invasion in Polen wird der wahre Test für die Deutschen* *sein."*

Dieses Zitat drückt eine wesentliche Argumentation gegen das Geschäft aus. Durch die enge wirtschaftliche Verbindung mit der SU sei die BRD nicht mehr Willens und in der Lage Boykottmaßnahmen als politisches Druckmittel einzusetzen. Es ist das erklärte Ziel der amerikanischen Konfrontationspolitik, die SU nicht nur militärisch zu bedrohen, sondern sie auch durch Druck zur Aufrüstung zu zwingen, bzw. sie zu zwingen wesentliche Mittel in die Rüstung zu stecken statt in Industrialisierungsprogramme. Ihre ökonomische Ergänzung soll diese Politik darin finden, den Ost-West-Handel auf Nahrungsmittel- und Rohstofflieferungen zu begrenzen und keinerlei hochentwickelte Technologie zu liefern. *„Das eigentliche Ziel ist es, die SU technologisch einige Jahre hinter dem Westen herhinken zu lassen"*, wie es ein amerikanischer NATO-Diplomat Mitte letzten Jahres formulierte. Darüberhinaus ist es Bestandteil der neuen amerikanischen Außenpolitik, die Nahrungsmittellieferungen je nach politischer Situation mit Boykotten zu belegen.

So wurde Anfang 1980 aufgrund der sowjetischen Invasion in Afghanistan ein amerikanisches Teilembargo für Getreidelieferungen verhängt. Da die SU aufgrund schlechter Ernten einen Netto-Getreideimport von 32 Mill. t Getreide hatte, versuchten die USA mit der Lieferung von nur 8 Mill. t, die schon vorher vertraglich vereinbart waren, die SU politisch unter Druck zu setzen. Das Embargo wurde aber durch Lieferungen aus Argentinien, Australien, Kanada, Frankreich durchbrochen. Im April 81 wurde das Embargo aus innenpolitischen Gründen wieder aufgehoben.

Neben den generellen Aspekten der amerikanischen Außenpolitik spielt für das Erdgasgeschäft noch das Interesse der amerikanischen Ölmultis eine Rolle, die ihren Absatzmarkt für Erdgas in Westeuropa bedroht sehen. Unverblümt drückte dies der Chef der westdeutschen Mobil Oil, Lewinsky, aus: *„Das Russengas blockiert für Jahre den europäischen Markt,"* den nun zweifellos die Ruhrgas wesentlich dominieren wird.

Zu direkten Boykottmaßnahmen in Bezug auf das Erdgasgeschäft schritten die USA bisher in zwei Fällen. Einmal stoppte General Electric die Lieferungen an die europäischen Turbinenfirmen die Lizenzaufträge ausführen, und verbot ihnen, eigene Produkte auf Lizenzbasis in die SU zu exportieren. Dieses trifft die AEG, John Brown in England und Nuovo Pignone in Italien. Die letzteren erklärten aber gleich, daß sie sich an diese Weisung nicht zu halten hätten, da sie eine generelle Erlaubnis für Lizenzproduktion besäßen.

Der Kranauftrag für Caterpillar über 700 Mio. DM wurde ebenfalls gestoppt, was zum Verdruß der USA prompt Japan einen entsprechenden Auftrag verschaffte.

Eine kurz nach den Boykottmaßnahmen einberufene Sitzung des Bankenkonsortiums stellte befriedigt fest, daß eine Gefährdung des Handels nicht bestünde und amerikanische Sanktionen das Geschäft nicht stoppen könnten.

Die westeuropäische Haltung zu einem Abbruch des Ost-West-Handels

Die westeuropäische Haltung zu einem Abbruch des Ost-West-Handels

Seit den ersten amerikanischen Störmanövern gegen das Geschäft war aus Finanz- und Industriekreisen der BRD ungewohnter Protest zu vernehmen.

Schon 1980 erklärte Otto Wolf von Amerongen für die beteiligten Stahl- und Röhrenkonzerne, daß die BRD sich einen Zusammenbruch des Ost-Handels nicht leisten könne. Ende 81 verpaßte er sogar Strauß mit der Bemerkung einen Rüffel, daß man nicht in bestehende Verträge hineinpfuschen dürfe.

Auch Rodenstock erklärte für den Industriellenverband mehrfach, daß man sich von den Amerikanern keine Vorschriften machen lasse. Die härtesten Töne waren bisher paradoxerweise aus französischem Munde zu hören. Beim Treffen Mauroy — Schmidt im Januar dieses Jahres erklärte Mauroy: *„Ein Abbruch der ökonomischen Beziehungen mit dem Osten und eine Annullierung des Gasgeschäftes, käme einer Wirtschaftsblockade gleich. Dies ist ein schwerwiegender Akt, ja sogar ein Kriegsakt!"*

Drastischer läßt sich die Position der EG kaum beschreiben und auch wenn sie etwas dick aufgetragen klingt, ist doch nicht zu verkennen, daß die beteiligten EG-Länder keinesfalls bereit sind, sich dieses einträgliche Geschäft aus der Hand schlagen zu lassen.

Wie oben geschildert, halten die USA aus politischen Gründen ihr Handelsvolumen mit der SU auf extrem niedrigem Standard. Zur gleichen Politik versuchen sie die EG und auch Japan zu bewegen. Ein Mittel, dies zu erreichen, ist die zur Zeit laufende Verhandlung über die Neufassung der sogenannten COCOM-Listen, das sind die industriellen Produkte, die nicht in RGW-Länder exportiert werden dürfen. Es ist aber kaum zu erwarten, daß die USA sich hierbei durchsetzen. Da die ökonomischen Interessen beim Erdgasgeschäft zwischen der SU und den westeuropäischen Staaten als ungefähr ausgeglichen bezeichnet werden können, ist es den beteiligten Industriekreisen auch immer sehr leicht gefallen, die beschworene Erpressungsmöglichkeit durch die SU zu widerlegen. Diese sind kurz zusammengefaßt:

— Die Energieimporte aus der SU würden nur 5 % der Gesamtimporte betragen;

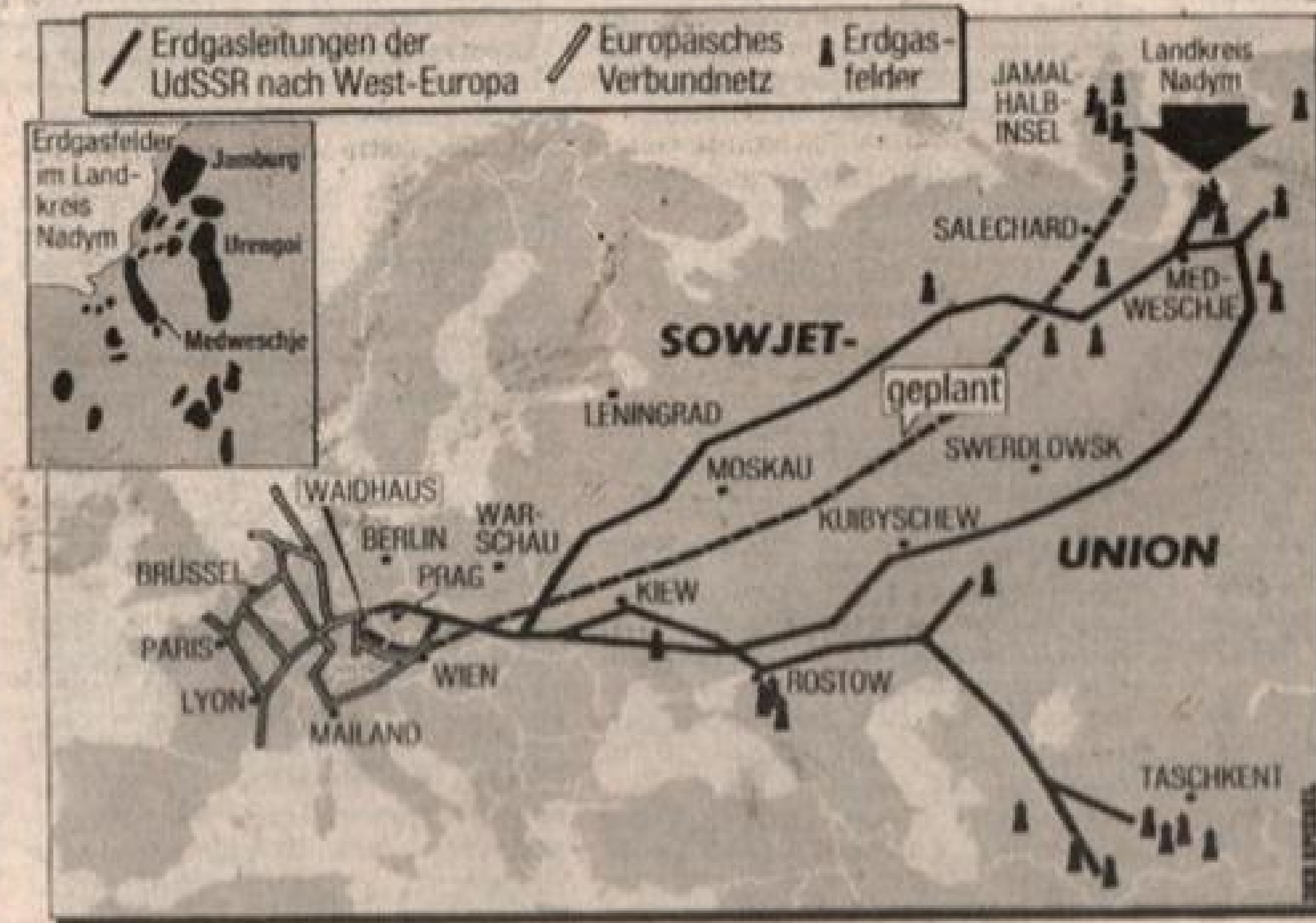
— ein Stop der Gaslieferungen hätte keinerlei Auswirkungen, da die Ruhrgas sich auch jetzt schon die Sperrung der Gaslieferung vorbehält (z. B. bei Lieferschwierigkeiten durch extrem niedrige Temperaturen);

— ein Bruch mit allen beteiligten westeuropäischen Staaten durch einen Stop der Gaslieferungen ist extrem unwahrscheinlich, denn die SU ist auf die Devisen aus dem Gasgeschäft angewiesen;

— zahlt die SU die Kredite nicht zurück, sind diese zur Hälfte wenigstens durch Bundesbürgschaften, also den Steuerzahler abgesichert.

Das heißt, alle Argumente, die eine drohende Erpressbarkeit oder Abhängigkeit beschwören, sind kaum zu halten. Eindeutig ist aber, daß die EG angesichts der sich verschärfenden Konkurrenz auf dem Weltmarkt ein großes Interesse am Ost-West-Handel hat. Hier liegt auch der entscheidende Gegensatz zur amerikanischen Politik. Die USA haben noch nie wesentliche ökonomische Interessen am Ost-West-Handel gehabt, und ihre aktuelle Politik zielt sogar darauf ab, die SU Gegensatz zur amerikanischen Politik. Die USA haben noch nie wesentliche ökonomische Interessen am Ost-West-Handel gehabt, und ihre aktuelle Politik zielt sogar darauf ab, die SU sowohl militärisch als auch ökonomisch unter Druck zu setzen. Daher läuft der Ost-West-Handel dieser Politik direkt zuwider, zumal durch einen Stop von hochentwickelter Technologie die SU für zahlreiche Projekte wesentlich längere Anlaufzeiten einkalkulieren müßte. Es ist kaum zu erwarten, daß die EG (speziell die BRD) die amerikanische Politik der ökonomischen Blockade mittragen wird.

Quellen:
FR, 27.7.81; 17.8.81; 21.11.81
FAZ, 4.1.82; NZZ, 21.1.82; LM, 31.1.82; SP, 48/81
Wirtschaft und Statistik, 1981/2
Antal, E.: Die Beteiligung der RGW-Länder am Welthandel unter besonderer Berücksichtigung ihres Agraraußenhandels, Berlin West, 1979



aus: „Der Spiegel", Nr. 48/1981

Vetternwirtschaft

Der hohe Anspruch des DGB, *„mit den gemeinwirtschaftlichen Unternehmen konkrete Mißstände auf Waren- und Dienstleistungsmärkten zu bekämpfen"*, hat durch die Enthüllungen des „Spiegel" über die privaten Geschäfte der Chefs der „Neuen Heimat" einen Knacks bekommen. Inzwischen mehren sich die Anzeichen, daß sich auch die DGB-Spitzen unter Ausnutzung ihrer Positionen persönlich bereichert haben.

Die Kommentatoren der bürgerlichen Presse erfüllt diese Entwicklung mit Sorge. So findet der Chefkommentator der „Welt", Wilfried Hertz-Eichenrode, ungewohnt gewerkschaftsfreundliche Töne: *„Es liegt im wohlverstandenen Interesse aller, daß die Arbeitgeber in den Gewerkschaften handlungsfähige Vertragspartner vorfinden – und umgekehrt. Das Gemein wesen nähme Schaden, wenn die Korruptionsaffäre die Gewerkschaften in einem Maße schwächte, daß sie unfähig würden, ihrem verfassungsmäßigen Auftrag gerecht zu werden"* (16.2.).

Auch der Kommentator der „FAZ" bemerkt: *„Zu Schadenfreude besteht allerdings kein Anlaß. Der DGB könnte nun in Turbulenzen kommen, die ihn politisch noch labiler machen"* (15.2.). Die DGB-Führung bemüht sich derweil, den Schaden zu begrenzen, indem sie den Neue-Heimat-Chef Vietor und zwei seiner Kumpane in die Wüste schickte. Doch damit ist die Kuh nicht vom Eis – zu tief ist die DGB-Führung selbst in die Affäre verstrickt.

Dies ist die eine Seite des Skandals. Die andere: Wochenlang mühten sich in großer Koalition die Bonner Parteien ab, den Millionen-Skandal der Parteienfinanzierung und der Parteienspenden zu vertuschen. Liegt es da so fern, daß es zum Kalkül bürgerlicher Machtpolitik gehört, prominente Steuerhinterzieher wie Walther Leisler-Dieb (CDU) mit seinem Unterschriften-Automaten und den Bonner FDP-Grafen Lambsdorff aus der Schußlinie zu ziehen, um den parteipolitischen Gegner, in diesem Fall die Sozialdemokratie vermittelt über die Gewerkschaften, in's Schußfeld zu bringen. Immerhin stehen in diesem Jahr wichtige Landtagswahlen an. Auch so läßt sich an einer christlich-liberalen Koalition arbeiten.

Letzteres nicht als Entschuldigung für das, was sich gewerkschaftlich und sozialdemokratisch nennt und was ganz schlichte kapitalistische Praktiken enthüllt, sondern nur als Differenzierung für den Kreis derer, die heute Empörung heucheln oder ehrlich empört sind. Letztere müssen für eine vor die Neue Heimat: Die GEW-Beschlüsse wurden vom DGB-Bundesvorstand *„uneingeschränkt zurückgewiesen"*.

Die Geschäfte des Herrn Vietor

Den Enthüllungen des „Spiegel" war nicht mehr so einfach zu begegnen. Vietor – so der „Spiegel" – habe seine Position bei dem Baukonzern genutzt, um ein „standesgemäßes Vermögen" anzuhäufen. Neben dem regulären Jahresgehalt von 524.000 DM verdiente Vietor an der „Wölbern Hausbau Gesellschaft", die er und seine Kumpane über Strohmänner betrieben. Die Gesellschaft ließ ihre Bauprojekte zu einem Freundschaftspreis von der Neuen Heimat betreuen, wodurch zahllose Mitarbeiter der Neuen Heimat an manchem Projekt mitarbeiteten, *„das vor allem der privaten Vermögensbildung ihrer obersten Vorgesetzten diente"*. Nicht schlechter gingen die Geschäfte bei der „Kommanditgesellschaft tele-therm", an der die NH-Manager ebenfalls über Strohmänner beteiligt waren. NH-Mieter mußten von dieser Firma Fernwärme beziehen und dafür (in Westberlin) 30 % mehr Heizkosten bezahlen, als in anderen Wohnbauten. Während so Sozialmieter zur Ader gelassen wurden, raffte Vietor ein stattliches Vermögen zusammen: eine Villa auf einem 5.000 qm Parkgrundstück im Klövensteen bei Hamburg; die Villa „Tesorito" (Schätzchen) am Lago Maggiore; 24 und eine halbe Wohnung in Hamburg sowie die Beteiligung an 217 Wohnungen in West-Berlin.

1. Der Vorstand der NH umfaßt sieben Mitglieder. Inzwischen wurden drei von ihnen (Vietor, Iden, Vormbrock) gefeuert und drei vorläufig beurlaubt (Dehnkamp, Dresel, Städter). Das siebte Vorstandsmitglied heißt Erich Frister. Frister war früher im Aufsichtsrat und ist erst seit dem Oktober 1981 als Arbeitsdirektor im NH-Vorstand vertreten. Aus der Vietor-Erklärung geht somit hervor, daß Frister schon während seiner Amtszeit als Aufsichtsrat der NH (als er noch hauptberuflich GEW-Chef war) von dem privaten Bauprogramm profitiert hatte. Damit gewinnt natürlich die Aussage, der Aufsichtsrat habe von den privaten Geschäften gewußt, eine zusätzliche Kraft. Frister soll wohl auch längerfristig zum Nachfolger Vietors aufgebaut werden und würde von den DGB-Führern nur ungern fallengelassen. Auf der DGB-Sitzung am 13.2. kam es zu einer längeren Diskussion, ob Frister auch beurlaubt werden solle. Dabei soll sich Frister *„standhaft geweigert haben, seine Stellung aufzugeben"* (FAZ, 15.2.). Zugute kam ihm, daß die indirekte Beschuldigung Vietors gegen ihn von der Presse nicht aufgegriffen worden war, er sich dort sogar als Saubermann profilieren konnte.

2. Bemerkenswert ist auch die Information, daß es ein „privates Bauprogramm" für Vorstandsmitglieder und Angestellte gegeben habe. Immerhin ist gesetzlich vorgeschrieben, daß Sanierungsobjekte einem weiten Kreis der Bevölkerung angeboten werden müssen. Wenn nun bei diesem „privaten" Programm 331 Gesellschafter aufgetreten sind, von denen 260 Angestellte oder Vorstandsmitglieder der NH waren, so fragt sich, wer denn sonst von diesem Programm profitiert hat. **Waren die restlichen 71 Gesellschafter Angestellte des DGB?**

Inzwischen hat hier der „Spiegel" (7/82) einige Informationen nachgeschoben. DGB-Vorsitzender und Aufsichtsratsvorsitzender der NH, Heinz-Oskar Vetter, sein designierter Nachfolger Alois Pfeiffer, der IGM-Vorsitzende Loderer und der Chef der Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft, Walter Hesselbach, waren danach als Bauherren am Berlin-Geschäft beteiligt. Heinz Oskar Vetter und Eugen Loderer sollten bei dem Bauvorhaben Schwerinstr. 3 - 5 durch Treuhänder („Strohmänner") vertreten werden. Die Neue Heimat sanierte nach dem Städtebauförderungsgesetz und unter Inanspruchnahme staatlicher Mittel und verkaufte die Objekte anschließend an Angestellte oder befreundete Gewerkschaftsführer („weite Kreise der Bevölkerung"), die dadurch beträchtliche Steuervorteile hatten. Die öffentlichen Gelder kommen von der Wohnungsbau-Kreditanstalt, die überdies die Differenz zwischen Kostenmiete und dem tatsächlich zu zahlenden Mietzins an den Bauherren begleicht. Was liegt da näher, als die Kosten etwas höher anzugeben, bzw. Kosten in Rechnung zu stellen, die noch gar nicht entstanden waren? Dies war bei der Neuen Heimat Berlin *„übliche Praxis"* („Spiegel", 7/82). Und da zu hohe Kosten abgerechnet wurden, hatten auch die privaten Investoren zu viel Zuschüsse aus der Staatskasse erhalten.

Doch die DGB-Führung sieht dies natürlich anders. Vetter erklärte, man könne seine Aktivitäten nicht mit denen Vietors vergleichen. Vietor habe *„aus einem ungehemmten Erwerbstrieb heraus"* gehandelt, während er seine Gelder in den sozialen Wohnugsbau *„als Maßnahme zur Steuerersparnis"* gesteckt habe (FR, 16.2.). Immerhin. Nur wenige Tage zuvor hatte die DGB-Führung noch festgestellt, Vietors selbstverständliche Äußerungen über die erklärte Absicht des Steuersparens (als Zweck einiger privater Beteiligungen) seien *„staatsbürgerlich ganz schlimm"* (FAZ, 12.2.). Außerdem stellte Vetter fest, daß die Investitionen in Westberlin *„nicht mit den Abschreibungsgesellschaften üblichen Formats, die auch von den Gewerkschaften kritisiert werden, in Verbindung gebracht werden können"* (Welt, 16.2.). Zu dumm für Vetter, daß der ebenfalls belastete ehemalige Chef der gewerkschaftseigenen Bank für Gemeinwirtschaft, Walter Hesselbach, ausplauderte, daß es einen Aufsichtsratsbeschluß der Bank für Gemeinwirtschaft gäbe, daß **„Beteiligungen an Abschreibungsgesellschaften keine unerlaubten geschäftlichen Betätigungen seien"** (FR, 16.2.). Der Vorsitzende des Aufsichtsrates der BfG ist nun wiederum: Heinz Oskar Vetter.

Da wird wohl noch einiges auf den DGB-Chef zukommen. Inzwischen hat er gestanden, mit 200.000 DM an den spekulativen Berlin-Geschäften beteiligt gewesen zu sein. IGM-Chef Loderer hat seine Beteiligungen mit 220.000 DM angegeben, während der designierte Nachfolger Vetters, Alois

Schaffe, raffe ...





... Häusle baue.
Neue Heimat-Betonsilos in Westberlin
und die Luxus-Villa des NH-Chefs bei Hamburg

„Ihre inneren Strukturen prädestinieren sie, in gewissem, sicher begrenztem Umfange Fehlentwicklungen zu korrigieren. Sie heben sich von privaten Unternehmen durch ihre besonderen Aufgaben und Funktionen ab: Bedürfnis- vor Gewinnorientierung; aktives Wettbewerbsverhalten, nicht Politik der Wettbewerbseinschränkungen; Unterstützung der Gewerkschaften, nicht ihre Bekämpfung. Ihr Auftrag wird bestimmt von einer großen demokratischen Organisation, nicht von kaum kontrollierbaren Großaktionären oder autonomen Managern"

(Aus: „Wir über uns – DGB", herausgegeben vom DGB-Bundesvorstand 1979).

Alternative zu den etablierten Parteien und für eine Systemveränderung gewonnen werden. Dafür muß insbesondere in der Arbeiterschaft geworben werden, der als Hauptbetroffener die Heuchler sich anzudienen versuchen.

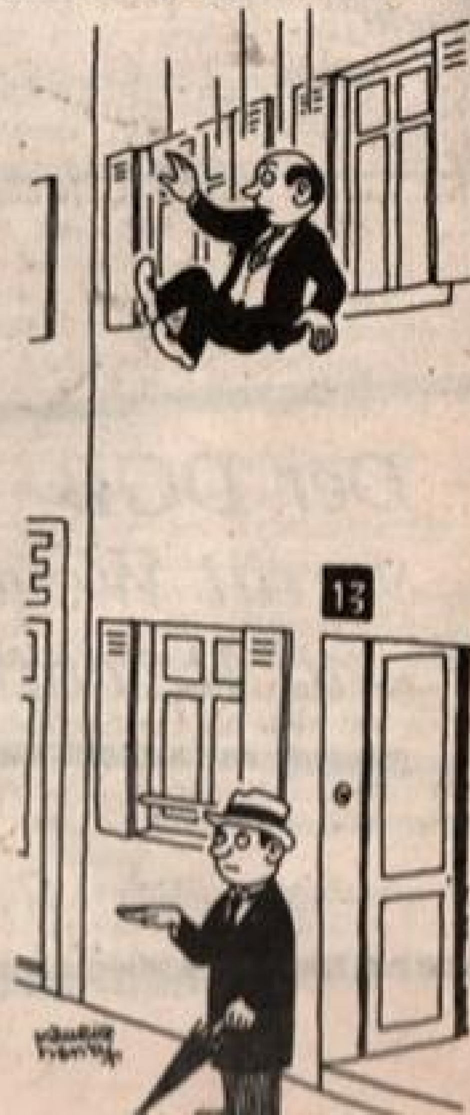
Schon so manchen Skandal hat die „Neue Heimat" unter der Leitung von „König Albert" unbeschadet überstanden. 1969 wurde als Ergänzung zur gemeinnützigen Neuen Heimat die streng kommerziell orientierte Neue Heinat Städtebau gegründet, die sich mit großflächigen Stadtteilsanierungen befaßte. 1971 verabschiedete der Bundestag unter dem damaligen Wohnungsbauminister und heutigen Lobbyisten der Neuen Heimat, Lauritz Lauritzen, das Städtebauförderungsgesetz, das die Stadtsanierung aus Steuergeldern subventionierte. Das von Kritikern „Lex Neue Heimat" genannte Gesetz bewirkte in bundesdeutschen Städten eine gewaltige Sanierungswelle und bescherte der Neuen Heimat Städtebau volle Kassen. Das Wort vom „Planierraupe-Sanierer" machte die Runde.

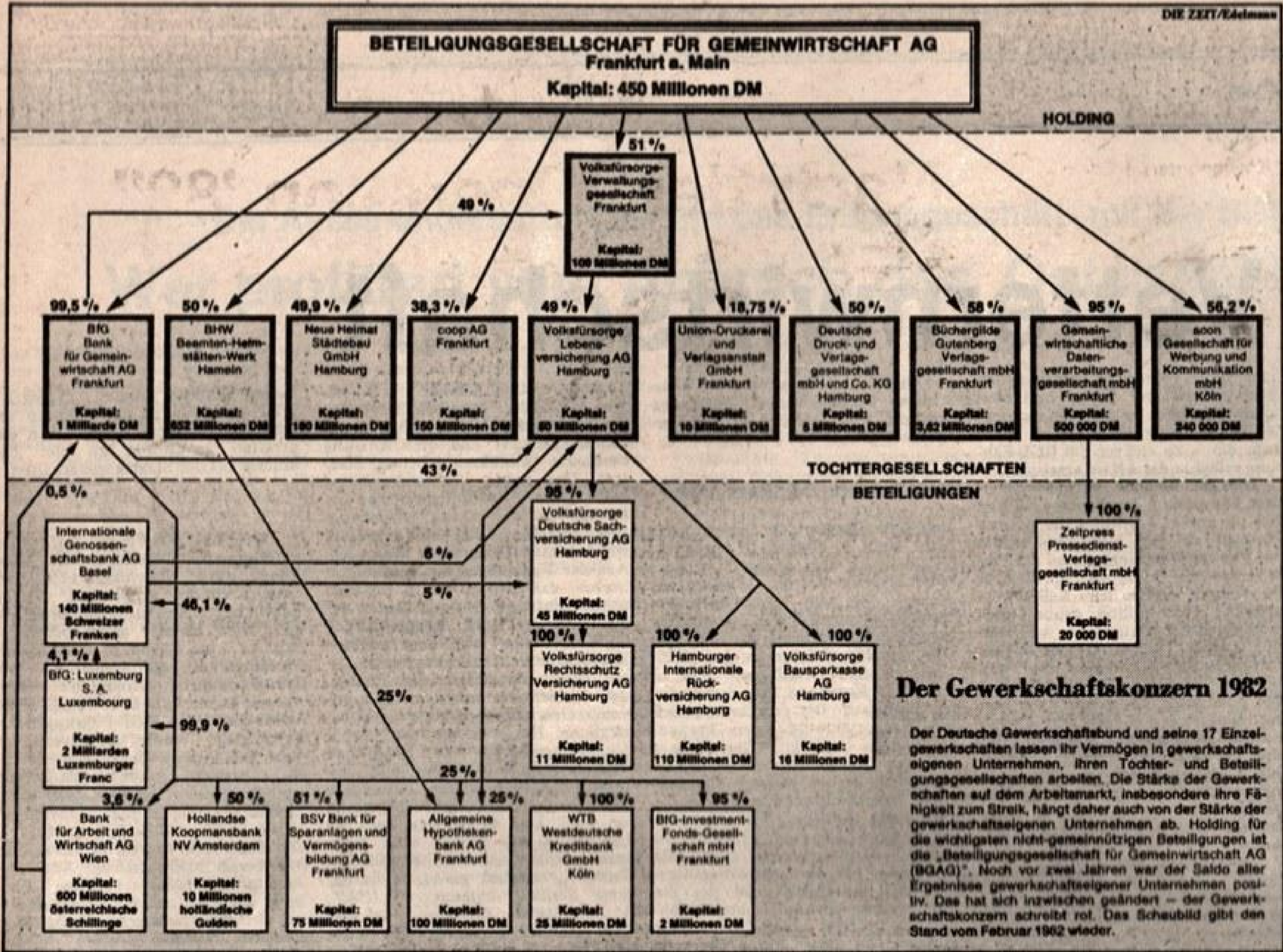
1980 enthüllte der „Stern" vermieterfeindliche Praktiken der Neuen Heimat („Stern" 11 u. 17/80), was den Gewerkschaftskonzern nur zu Gegendarstellungen bewegte. Die Räumungsanträge der Neuen Heimat führten im September 1981 zur Räumung besetzter Häuser in Westberlin, in deren Folge Klaus-Jürgen Rattay getötet wurde. Und als der GEW-Gewerkschaftstag im Oktober 1981 feststellte, daß sich die Neue Heimat durch ihre Praktiken in Westberlin zum Vorreiter einer Wohnungspolitik gemacht habe, *„deren wesentliche Nutznießer Spekulanten, Großverdiener und das Finanzkapital sind"*, stellte sich die DGB-Führung

Mit im Geschäft: Vetter, Loderer, Pfeiffer, Hesselbach ...

Für die nächste Enthüllung sorgte Albert Vietor selbst. Als erste Reaktion auf den „Spiegel"-Bericht erschien eine Stellungnahme der „Zentralabteilung Öffentlichkeitsarbeit" der NH, die – wie es später hieß – von Vietor allein gelassen wurde. Darin heißt es: *„Der Vorstand hat sich derartige Beteiligungen* (wie bei der Wölbern Hausbau Gesellschaft, Anm.) *grundsätzlich vom Aufsichtsrat genehmigen lassen"*. Einen Tag später ergänzte Vietor in einem „Bild"-Interview, daß der Aufsichtsratsvorsitzende Heinz Oskar Vetter *„selbstverständlich"* von den privaten Geschäften gewußt habe. Es sei gewünscht worden, diese über Strohnänner abzuwickeln. Mehr noch, als diese von Vetter wütend dementierte Aussage muß die DGB-Führung ein anderer Satz aus der NH-Erklärung betroffen gemacht haben: **„In Berlin umfaßte das private Bauprogramm für Vorstandsmitglieder und Angestellte 2.438 Wohnungen. Beteiligt sind 331 Gesellschafter, davon 253 Angestellte und sieben Vorstandsmitglieder der Neuen Heimat".**

Diese Aussage ist aus verschiedenen Gründen höchst bemerkenswert:





Der Gewerkschaftskonzern 1982

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine 17 Einzelgewerkschaften lassen ihr Vermögen in gewerkschaftseigenen Unternehmen, ihren Tochter- und Beteiligungsgesellschaften arbeiten. Die Stärke der Gewerkschaften auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere ihre Fähigkeit zum Streik, hängt daher auch von der Stärke der gewerkschaftseigenen Unternehmen ab. Holding für die wichtigsten nicht-gemeinnützigen Beteiligungen ist die „Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft AG (BGAG)". Noch vor zwei Jahren war der Saldo aller Ergebnisse gewerkschaftseigener Unternehmen positiv. Das hat sich inzwischen geändert – der Gewerkschaftskonzern schreibt rot. Das Schaubild gibt den Stand vom Februar 1982 wieder.

Pfeiffer nach eigenen Angaben mit 100.000 DM an einer Abschreibungsgesellschaft beteiligt war.

Bemerkenswert ist der Umfang der privaten Geschäfte von Walter Hesselbach, dem Chef der Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft. Diese Gesellschaft mit einem Stammkapital von 450 Mio. DM ist die Dachgesellschaft aller Gewerkschaftsunternehmen (BfG, coop, NH, Volksfürsorge etc.). Ihr Chef ist wohl der wichtigste Gewerkschaftsmanager. Hesselbach hat über die von der NH inszenierten Abschreibungsgesellschaften 1,4 Mio DM im Westberliner Wohnungsbau angelegt. Für das Bauvorhaben Schwerinstr. 15/18 war er mit 400.000 DM vorgemerkt. Zugleich verdiente Hesselbach, versteckt hinter einem Strohmann an der „tele-therm", die den Sozialmietern mit unklaren Heizkostenabrechnungen das Geld aus der Tasche zog. Wenn Vietor nun – wie Heinz Oskar Vetter sagte – aus einem ungehemmten Erwerbstrieb heraus gehandelt hat, was waren dann die Beweggründe für Hesselbachs Beteiligungen? Interessant ist auch die Auskunft Hesselbachs, er habe über seine Beteiligungen *„die Stellen unterrichtet, denen ich davon Kenntnis zu geben hatte"* (FR, 17.2.). Hesselbach hat sich nach eigenen Aussagen in der zweiten Hälfte der 60er Jahre bei „tele-therm" engagiert. Zu der Zeit war er Chef der BfG, deren Aufsichtsratsvorsitzender auch schon damals Heinz Oskar Vetter war. Wenn Vetter nun behauptet, von der Beteiligung Vietors an der „tele-therm" nichts gewußt zu haben, so fragt sich doch, ob er auch von Hesselbachs Beteiligung an der Firma nichts gewußt haben will, obwohl Hesselbach sagt, er habe die zuständigen Stellen unterrichtet?

Vermutlich stehen hier noch einige Enthüllungen ins Haus. Schließlich hieß es von Vietor, er wisse *„über die DGB-Oberen eben zuviel, als daß er gekippt werden könnte"* lich hieß es von Vietor, er wisse *„über die DGB-Oberen eben zuviel, als daß er gekippt werden könnte"* (Spiegel, 7/82). Jetzt, wo er gekippt ist, wird er ja vielleicht redseliger, zumal Vetter ihn recht unkollegial („ungehemmter Erwerbstrieb") öffentlich bloßgestellt hat.

„Hinzu kommt, daß die Gewinne, die bei den gemeinwirtschaftlichen Unternehmen entstehen, *gemeinwirtschaftlichen Unternehmen entstehen,* *nicht wieder privaten Eigentümern zufließen, so daß die gesellschaftspolitisch unerwünschte Einkommens- und Vermögensverteilung nicht weiter zugunsten weniger verschlechtert wird. Bei den gemeinwirtschaftlichen Unternehmen wird der Gewinn nämlich wieder in den Dienst allgemeiner oder öffentlicher Interessen gestellt"*

(Aus: „Materialien Gemeinwirtschaft", 1976).

Der Mythos vom Gemeinnutz

Der DGB verfolgt, so heißt es in den Chefetagen, mit seinen gemeinwirtschaftlichen Unternehmen das Ziel, als Korrektiv zu Fehlentwicklungen, die aus dem Gewinnstreben privater Unternehmen erwachsen, tätig zu sein. Speziell die NH hat dabei folgende Aufgaben (nach: Materialien Gemeinwirtschaft, 1976): *„Preisdruck auf den Wohnungsmärkten auszuüben; zu Qualitätsverbesserungen der Wohnungen beizutragen; lebenswichtige Bedürfnisse zu decken; den technischen Fortschritt zu forcieren; die Demokratisierung im Betrieb beispielgebend zu verwirklichen".*

Die Realität sieht anders aus, Mieter der NH klagen über zu hohe Mieten und Nebenkosten, mangelnde Instandhaltung, auch mit der Demokratisierung kann es angesichts der Geschäfte des Herrn Vietor nicht so weit hergewesen sein. Durch falsches Management und Fehlspekulationen im Ausland ist die NH tief in die Kreide geraten: Bei den Banken ist sie mit 4,5 Mrd. DM verschuldet („Stern", 16.7.81, auch für die weiteren Angaben); von 1973 bis 1979 wurde ein Verlust von 426 Mio. DM gemacht, der nur durch das Verscherbeln von Sozialwohnungen (Verkaufsgewinn 1979/80 rund 60 Mio DM) und Einsparungen bei den Ausgaben für Instandhaltungen (Ersparnis 1979/80 etwa 50 Mio DM) und andere Verkäufe von Immobilien ausgeglichen werden konnte. Angesichts dieser Misere offenbart sich der wahre Nutzen gemeinwirtschaftlicher Unternehmen.

Die Gewerkschaften als Träger der Gesellschaft und damit die Millionen von Beitragszahlern können beliebig zur Kasse gebeten werden. Undementiert meldete die „Welt" am 9.2.: *„Im vergangenen Jahr mußten die Gewerkschaften als Gesellschafter bei der Neuen Heimat Städtebau 220 Mill. DM neuer Mittel zu Bilanzsanierung zuschießen"* (Die Behauptung wurde in der „Welt" vom 12.2. wiederholt; am gleichen Tage meldete die „taz", die Gewerkschaften hätten der NH mit 120 Mill. DM unter die Arme greifen müssen). Die hoch durch die Streiks 1976 - 1978 verschuldete IG Druck und Papier mußt 1,6 Mill. DM aufbringen; Gelder, die natürlich bei Tarifkonflikten fehlen.

Die Gewerkschaftsmitglieder als willige Milchkuh im Hintergrund, die Gewerkschaftsführer, für die auch mal ein Happen vom großen Kuchen abfällt, auf ihrer Seite und im Kopf die Ideologie, für das Unternehmensziel Gemeinwohl zu arbeiten, in diesem Klima haben Leute wie Vietor und Hesselbach die Gewerkschaftsunternehmen groß gemacht und sich daran gemästet. Stürzen sie vom Sockel, so wackelt's auch in den Spitzen des DGB.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

„Die Vorwürfe gegenüber dem Management bestehen zumeist aus zwei Anklagen: Dem Management fehle erstens die rechte gemeinwirtschaftliche Gesinnung (Dienstgedanke), es handele wie das privatwirtschaftliche Management; Zweitens besäße besonders das Management der großen gemeinwirtschaftlichen Unternehmen seinen Trägern gegenüber eine zu dominante Stellung, die es im Eigeninteresse ausnutze ..

... Die Vorwürfe gegen das Management gemeinwirtschaftlicher Unternehmen übersehen zudem, daß der Machtzuwachs bei dem Management gemeinwirtschaftlicher Unternehmen weniger bedenklich ist, als bei dem Management privater Unternehmen. ***Die leitenden Mitglieder des Managements der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen sind in der Regel passionierte Verfechter gemeinwirtschaftlicher Ziele. Hinzu kommt, daß die Vorstände und das Management der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen durch die zumeist offen proklamierte humane Zielsetzung und die*** ***proklamierte humane Zielsetzung und die*** ***stärkere Kontrolle ihres Verhaltens durch die öffentliche Meinung stärker dazu angehalten werden, Mißstände abzubauen, als dies bei privaten Unternehmen der Fall ist"***

(Aus: Armin Loesch, „Die gemeinwirtschaftliche Unternehmung", Bund-Verlag des DGB, 1977).

Arbeiteraristokratie

Daß Vietor & Co., daß Hesselbach und noch eine Reihe andere schlichtweg kapitale Spekulationsgeschäfte betrieben haben und betreiben, wird nirgendwo mehr bestritten. Sie verhalten sich, wie man's vom Kapitalisten, vom kapitalistischen Manager gewohnt ist. Sie stehen Unternehmen vor, die wie die Neue Heimat und die Bank für Gemeinwirtschaft nach kapitalistischen Gesichtspunkten wirtschaften, und sie tun das, was der Lohn für dieses „Opfer" ist: sie versorgen sich und andere mit reichlich privaten Pfründen, hantieren mit Summen, von denen die meisten Mieter der Neuen Heimat, die Kontenführer der Bank für Gemeinwirtschaft und die Masse der fast 8 Millionen Mitglieder im DGB nur träumen. Sie stehen Unternehmen vor, die im Besitz und unter Kontrolle des DGB stehen, der größten Arbeitnehmerorganisation mit quasi-gewerkschaftlichem Monopol in der westdeutschen Arbeiterklasse.

Die Führer dieser großen Gewerkschaft, die „Arbeiterführer", sind am Geschäft beteiligt. Namen wie der des DGB-Vorsitzenden Vetter, seines im Mai zu kürenden Nachfolgers Pfeiffer sowie des IGM-Vorsitzenden Loderer sind im Zusammenhang mit zweifelhaften Geschäften gefallen. Man muß weder besonderer Kenner der Szene noch Wahrsager sein, um festzustellen, daß auch hier nur die Spitze des Eisbergs sichtbar geworden ist, daß diese Gewerkschaftsführer, die jährlich ein drei- bis viermal über dem Arbeitereinkommen stehendes Normalgehalt beziehen, (alle sonstigen „Verdienste" nicht gerechnet), Teil einer Hierarchie sind, die das, was an der Spitze passiert, auf jeweils verminderter Stufenleiter nach unten weitergibt. Vetters,

Fortsetzung nächste Seite

Der DGB verrät Wege zu Glück und Reichtum

Interview mit dem Chef der DGB-Beteiligungsgesellschaft

Hesselbach: Neue Heimat-auch Minister sind dabei

Von **WOLFGANG POLLACK**

BILD: Sie sollen in Berlin mit Projekten der Neuen Heimat 1,4 Millionen Mark an Abschreibungsgeschäften verdient haben...

Hesselbach: Das Geld habe ich angelegt, und daraus habe ich nie einen Hehl gemacht. In Berlin habe ich jährlich aus meinen Ersparnissen 80 000 bis 100 000 Mark investiert. Wenn Sie das 15 Jahre lang machen, dann haben Sie natürlich eines Tages 1,4 Millionen. Der Reiz liegt in der Steuerersparnis für einige Jahre. (Weiter S. 4)

aus: BILD, 16.2.82

Fortsetzung von voriger Seite

Pfeiffers und Loderers bekanntgewordene Praktiken wären in einer Klassengewerkschaft, bei Existenz einer Klassenmoral ein Grund, sie unverzüglich zum Deubel zu jagen. Nicht so hierzulande. Hier wird von oben der Rückzug angetreten, werden allzu offensichtliche Auswüchse eines „hemmungslosen Erwerbstriebs" durch Rücktritte „bekämpft". Nur ändern wird sich nichts.

Lenin hat im Zusammenhang mit der Imperialismustheorie geschrieben: *„Einträgliche und ruhige Pöstchen im Ministerium oder im Kriegsindustriekomitee, im Parlament und in verschiedenen Kommissionen, in den Redaktionen der ‚soliden' legalen Zeitungen oder in den Vorständen der nicht weniger soliden und ‚bürgerlich-folgsamen' Arbeiterverbände – damit lockt und belohnt die imperialistische Bourgeoisie die Vertreter und Anhänger der ‚bürgerlichen Arbeiterparteien'* " (Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus, Werke Band 23, S. 114). Lenin hatte die Entstehung einer „Arbeiteraristokratie" zurückgeführt auf die Möglichkeit der imperialistischen Bourgeoisie, aus der kolonialen Unterdrückung und Ausbeutung resultierende „Extraprofite" zur Bestechung einer Führungsschicht zu verwenden und diese Führer *„in Kettenhunde des Kapitalismus, in Verderber der Arbeiterbewegung* " zu verwandeln (ebenda, S. 107). Derbe, heute nicht unbedingt gebräuchliche Worte. Aber deshalb völlig falsch? Wem sind nicht beim Lesen aktueller Praktiken im Zusammenhang mit der Neuen Heimat noch derbere Schimpfworte eingefallen?

Nun sind die modernen Arbeiteraristokraten viel viel weiter mit dem System verwachsen, viel viel stärker eingebunden, die Anbindung an das System ist viel verwickelter, als dies zu Lenins Zeiten der Fall war. Aber wer will bestreiten, daß heutige Gewerkschaftsführer und Vertreter gewerkschaftlicher Aufgaben (wie die Manager der „gemeinwirtschaftlichen" Unternehmen) mit ihren Posten auch viel materielle Vorteile zu verlieren haben? Wer will bestreiten, daß es innerhalb der bürgerlichen Arbeitervereine, wie Gewerkschaften und SPD, l o h n t aufzusteigen, daß der materielle Anreiz es lohnender macht, eigene Interessen zu verfolgen (auch wenn sie sich gemeinwirtschaftlich nennen), als so wenig belohnte Ziele wie Klasseninteressen zu verfolgen? Daß hier das Sein das Bewußtsein bestimmt, dürfte keine Spekulation sein. Die alte leninistische Formel, daß es gilt.
Sein das Bewußtsein bestimmt, dürfte keine Spekulation sein. Die alte leninistische Formel, daß es gilt,
solche „Arbeiterführer" aus ihren Ämtern zu verjagen, bevor Arbeitervereine auch Arbeiterinteressen vertreten können, das wurde uns dieser Tage sehr anschaulich vor Augen geführt.

Zugegeben, diese Erkenntnis ist nicht modern, sie ist alt, aber nach wie vor zeitgemäß.

Klassenunterschiede

Ein durchschnittlich verdienender Arbeiter in der Bundesrepublik, verheiratet, ein Kind, verdient jährlich 36.000 DM. Er besitzt ein kleines Eigenheim oder eine Vierzimmerwohnung.

Ein prominenter gewerkschaftlicher Manager, Albert Vietor von der Neuen Heimat, verdient ohne sonstige „Neben"einkünfte 542.000 DM im Jahr, also brutto 15mal soviel wie der Arbeiter. Er besitzt zwei Villen sowie 24 1/2 Wohnungen in Hamburg und ist an 217 Wohnungen in Westberlin beteiligt. Er ist, wie es in einer DGB-Broschüre heißt, *„passionierter Verfechter gemeinwirtschaftlicher Ziele"*, eine Passion, die reich belohnt wird.

Ein ebenfalls prominenter gewerkschaftlicher Manager, Walter Hesselbach von der Bank für Gemeinwirtschaft, hat jährlich seine 100.000 DM im Westberliner Wohnungsbau angelegt (dafür muß der Arbeiter allein drei Jahre verdienen). Mittlerweile sind es 1,4 Millionen DM, weitere 400.000 DM ließ er für Anlagen vormerken. Für 1,8 Millionen DM Hesselbach'schen Überschuß muß ein durchschnittlich verdienender Arbeiter, verheiratet, ein Kind, 50 Jahre lang arbeiten und hat dann kaum etwas gespart.

Neue Heimat-Kritik? – Gewerkschaftsausschluß!

„– Bringt uns die Instandbesetzerbewegung nicht die bisher versäumte gewerkschaftliche Verpflichtung zur Erhaltung billigen Wohnraums als unser eigenes Interesse ins Bewußtsein – müssen wir uns nicht entschiedener auch gegen die herrschende Praxis von Luxusmodernisierung und Subventionsspekulation der NH wehren?

– Können wir zulassen, daß die gewerkschaftseigene NH eine Sanierungspolitik betreibt, die den vom DGB getragenen Grundsätzen der Sozialbindung von Eigentum, der Offenlegung von Unternehmergewinnen, der Abschaffung von Spekulation mit Grund und Boden widerspricht?

– Müssen wir als Gewerkschafter nicht offensiver angesichts einer solchen Wohnungspolitik die Grundsätze der gewerkschaftlichen Programmatik gegenüber den Praktiken der profitorientierten NH vertreten?"

Diese Fragen im Zusammenhang mit den Westberliner Häuserkampfauseinandersetzungen formulierte
Diese Fragen im Zusammenhang mit den Westberliner Häuserkampfauseinandersetzungen formulierte
ein gewerkschaftlicher „Aktionskreis für eine andere Wohnungsmitpolitik". Claus Wagner, Mitglied der IG Bau, Steine, Erden, arbeitet hierin mit. Seine Kritik an der Neuen Heimat brachte ihm den Gewerkschaftsausschluß wegen *„Schädigung der Interessen unserer Gewerkschaft"* ein (zitiert aus: „Die Neue", 27.10.81).



aus: TAZ, 19.2.82

Nach der „Operation '82" weiterer Sozialabbau mit dem Beschäftigungsprogramm

Wie macht man aus Scheiße Gold?

Man veranstalte ein wochenlanges Getöse um ein Beschäftigungsprogramm, steigere die Diskussion hierum bis zum möglichen Koalitionsbruch, verbinde all das dramatisch mit der „Vertrauensfrage" für den Bundeskanzler und präsentiere das, was hinterher herauskommt, als den großen Kompromiß. Erfolg: Um's Thema geht's nicht mehr, stattdessen um die Person Helmut Schmidt. Wir alle sind noch einmal aus der Krise herausgekommen. Ein Aufatmen geht um.

Um was es ging? Angesichts zwei Millionen Arbeitsloser (Arbeitslosenquote 8,2 %) mußte der sozialdemokratische Teil der Regierung handeln. Je weniger man als Lösung allerdings konkret zu bieten hat, desto mehr Getöse scheint vonnöten, um sich als Krisenmanager darzustellen. Die sogenannte *„Gemeinschaftsinitiative für Wachstum, Beschäftigung und Stabilität"* umfaßt ein Volumen von sieben Milliarden DM, mit denen die Arbeitslosigkeit bekämpft werden soll. Angesichts ihrer Ablehnung durch die CDU hat die SPD sie zu einem ihrer Hauptwahlkampfthemen für die kommenden Landtagswahlen erklärt (Willy Brandt am 7.2.). In einem SPD-Bürgerbrief, verteilt in Massenauflage, heißt es jetzt: *„Die Mehrheit ist für den Bundeskanzler – Gemeinsam gegen Arbeitslosigkeit – Mit ihrer Blockade-Politik schaffte die CDU/CSU neue Arbeitslose"*. Die SPD ist bemüht, aus einem Beschäftigungsprogramm, das nach der Spar-„Operation"82 einen weiteren Schritt zur Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums zugunsten des Kapitals darstellt, wahltaktische Vorteile zu ziehen.

Umverteilung über Investitionszulage

Kernpunkt der „Gemeinschaftsinitiative" ist eine 10%ige Investitionszulage. Mögliche Empfänger: Alle Betriebe, die im Jahre 1982 Investitionen vornehmen (die allerdings erst bis zum 1.1.84 realisiert werden müssen) und deren Investitionsvolumen über dem Durchschnitt der letzten drei Jahre liegt. Veranschlagt werden hierfür 4 Mrd. DM. Die Mindereinnahmen sollen durch eine einprozentige Mehrwertsteuererhöhung ab 1. Juli 1983 ausgeglichen werden (Einnahmen: 1983 3,2 Mrd. DM und 1984 8 Mrd. DM).

Hierzu die erste Anmerkung: Die Investitionszulage bedeutet, daß über staatliche Maßnahmen eine Umverteilung von 4 Mrd. DM stattfindet, die dem Kapital zugeschossen und über Steuererhöhung der Masse der Bevölkerung aus der Tasche gezogen werden.

Wie ist nun die beschäftigungspolitische Wirkung einzuschätzen? Das Münchener Ifo-Institut hat eine aller Realitäten bereinigte Modellrechnung aufgemacht. Danach würden beim derzeitigen Volumen des Programms in den nächsten drei Jahren:
- 91.000 Arbeitsplätze durch den sogenannten „Mitnehmereffekt" (daß die Zulage für eh geplante Investitionen gern mitgenommen wird)
- 175.000 Arbeitsplätze durch Steigerung der Investitionen
- 312.000 Arbeitsplätze durch Auslösung neuer Investitionen

geschaffen werden.

Das hört sich gewaltig an, würde das doch bedeuten, daß jährlich fast 200.000 neue Arbeitsplätze hinzukommen, genauso viele, wie nach optimistischen SPD-Berechnungen konjunkturunabhängig vernichtet werden (Wolfgang Roth in „FR", 6.2. 82). Andere Berechnungen gehen von jährlich 420.000 Arbeitsplätzen weniger aus (SOST in „Sozialismus extra", Nr. 7, Seite 33).

Wie realistisch ist das IFO-Modell? Dazu ein paar Fakten: ein mittelständischer Unternehmer kann sich beispielsweise einen neuen Wagen kaufen und bekommt den 10 % billiger. Bezahlen müssen diese Neu„investition" die Verbraucher, die über die Mehrwertsteuer höhere Preise zahlen (Manfred Coppik hat im Bundestag auf das Zahnarzt-Beispiel verwiesen, siehe seine nebenstehende Rede). Jörf Huffschmidt macht folgende Rechnung auf: Ein Unternehmer, der **in den letzten drei Jahren 100.000 DM investiert hat, braucht 1982 nur 102.000 DM zu investieren, um in den Genuß der Investitionszulage zu kommen. Real lag diese Summe unter Einberechnung der Inflation in den letzten drei Jahren bei 94.000 DM. 1982 wird sie aber nur bei 84.000 DM liegen, d.h. er investiert weniger und wird dafür noch mit 10 % belohnt!** („Neue", 12.2.82). Hier zeigt sich schon die Fragwürdigkeit der Berechnungen. Stellt man dann noch in Rechnung, daß die Investitionen nicht zweckgebunden sind, sondern zu einem großen Teil für Ersatz- statt für Neuinvestitionen ausgegeben werden, so dienen die staatlichen Gelder der weiteren Rationalisierung und Arbeitsplatzvernichtung. Huffschmidt weist auch daraufhin, daß in den Genuß der Zulage außer den „Mitnehmern" vorzugsweise alle jene Unternehmen kommen, die „schnell am Ball sind", die die besten Bankverbindungen haben und das sind allemal die großen Konzerne. Als Nebeneffekt wird die Zulage noch den wirtschaftlichen Konzentrationsprozeß fördern.

Maßnahme	Summe
1. Steuermindereinnahmen:	
– Zehnprozentige Investitionszulage für alle Betriebe die 1982 überdurchschnittlich investieren	4 Mrd. DM in 3 Jahren (1983—1985)
– Entlastung bei der Einkommenssteuer ab 1984	steht noch nicht fest
2. Mehrausgaben des Bundes:	2,1 Mrd. DM
– Zinssubventionen durch KfW-Kredite an kleine und mittlere Unternehmen	440 Mio. DM in 3 Jahren
– Zinssubventionen für Gemeinden über ERP-Fonds	465 Mio. DM in 3 Jahren
– Zinssubventionen für Gemeinden über ERP-Fonds	465 Mio. DM in 3 Jahren
– Investitionsnachfrage für öffentliche Gebäude (Energiesparmaßnahmen)	800 Mio. DM in 4 Jahren
– Mittel zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit	400 Mio. DM in 4 Jahren
3. Mehreinnahmen des Bundes (ca. 2/3) und der Länder (ca. 1/3): Erhöhung der Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt zum 1. Juli 1983	3,2 Mrd. DM in 1983 8 Mrd. DM ab 1984
4. Mehreinnahmen der Rentenversicherung: Vorgezogener Krankenversicherungsbeitrag für Rentner ab 1984	1,6 Mrd. DM pro Jahr

Maßnahmen für das Beschäftigungsprogramm

Gegen Rentner und Mieter

Die weiteren Bestandteile des Programms (Investitionen im Umweltschutz, Mittelstandsförderung und 400 Millionen DM auf vier Jahre für die Ausbildungsförderung) sind eher lächerliche Beigaben angesichts der in diesen Bereichen notwendigen Mittel. Viel krasser wirken sich zwei weitere unsoziale Maßnahmen aus: **Ab 1983 sollen alle Rentner (und nicht, wie ursprünglich geplant, Bezieher von Betriebs- und Zusatzrenten sowie Beamte) einen Krankenversicherungsbeitrag von 5,9 % zahlen. Im gleichen Umfang wird ein Zuschuß auf die Rente gezahlt, der allerdings ab 1984 jährlich um 1 % gekürzt wird. Anders ausgedrückt: Auf diesem Wege werden die Renten aller Rentenbezieher jährlich um 1 % gekürzt und werden 1989 6 % niedriger sein** (mal abgesehen davon, daß bis heute die jährliche Rentenanpassung nicht geklärt ist, also weitere Kürzungen möglich sind).

Der endgültige unsoziale Durchbruch ist beim Mietrecht geschafft, **das „liberalisiert" wurde und die Einführung regelmäßiger Mieterhöhungen** durch die Staffelmiete zuläßt. Angeblich sollen so Anreize geschaffen werden, daß es für das Kapital wieder lohnt, im Wohnungsbau zu investieren und damit die Formel „mehr Gewinn, mehr Investitionen, mehr Arbeitsplätze" zum Greifen komme. Dazu der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD, Wolfgang Roth: *„Ich bin der Auffassung, daß das vor allem Kapitalanlagen im Wohnungsbestand bringt und keinen zusätzlichen Bau. Ich muß sagen: Ich bedaure diesen Ablaß. Ich bezeichne dies als 'Ablaß' an den Koalitionspartner. Hier wurden sehr stark Interessen eines ganz bestimmten Gewerbes in den Vordergrund gestellt, des Versicherungsgewerbes"* („FR", 6.2.82).

Dieses Beschäftigungsprogramm wird mit Sicherheit weder das weitere Ansteigen der Arbeitslosigkeit verhindern, noch die Krise bereinigen. Seine Wirkung ist vor allem, die soziale Ungerechtigkeit in der Bundesrepublik zu steigern und den Umverteilungsprozeß zugunsten des Kapitals zu fördern.

CDU-Alternativen

Das Kapital ist mit den Maßnahmen trotzdem unzufrieden (Unternehmerumfrage: *„Die Investitionszulage läßt die Unternehmen kalt – Nur geringe Impulse erwartet – Weitere Entlassungen geplant"*, siehe „FAZ" vom 17.2.82). Das Kapital setzt zunehmend auf konservative Krisenlösungsmodelle, die da heißen: weniger Staat, Abbau sozialer Leistungen, **Reprivatisierung und freie Marktwirtschaft. Die CDU hat sich offensiv** hierzu bekannt und ein Programm vorgelegt, das auf viel Sympathie im bürgerlichen Lager stößt (*„Da stimmen die Schwerpunkte. Die Sprache beeindruckt. Da wird von vorn bis hinten die Grundlinie der marktwirtschaftlichen Orientierung eingehalten"*, „FAZ", 11.2.82). In dem Papier heißt es: *„Die Arbeitslosigkeit von fast zwei Millionen Menschen ist das Ergebnis einer ausufernden Staatsverschuldung, einer überzogenen Belastung durch Steuern und Abgaben und einer schrankenlosen Bürokratisierung. Steuererhöhungen sind kein Ausweg aus dieser Krise. Deshalb kommt eine Mehrwertsteuererhöhung nicht in Frage"* („FAZ", 10.2. 82). Im einzelnen fordert die CDU:
- *„Das Steuersystem soll wieder wachstums- und leistungsfreundlicher ausgestaltet werden"* (also Senkung der Unternehmenssteuern);
- Änderung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall (Einführung von 'Karenztagen');
- Schnellerer Kraftwerksbau, Ausbau der Kernenergie;
- Kürzung des Schüler-Bafögs um 800 Millionen DM;
- Einsparungen beim Arbeitslosengeld von 500 Millionen DM (durch unterschiedliche Behandlung von Ledigen/Verheirateten, Erhöhung der Zumutbarkeit, Kürzung des Arbeitslosengeldes von 68 auf 63 %);
- Lockerung des Mietrechts (identisch mit den jüngsten Regierungsbeschlüssen).

Als beschäftigungspolitische Maßnahmen denkt die CDU über Formen der Tarifrente nach und will das ‚job sharing" verbreiten.



Bauarbeiter in der Essener GRUGA-Halle Ende Januar. IG Bau-Vorsitzender Sperner gab Hausbesetzern, Ausländern und Bürgerinitiativen Mitschuld an der Arbeitslosigkeit.

Gewerkschaftliche Alternativen

Die Gewerkschaften sind mit ihrem umfassenden Beschäftigungsprogramm (40 - 50 Mrd. DM) und der Hoffnung, dieses über die derzeitige Bundesregierung ansatzweise durchsetzen zu können, gescheitert. Sie haben zähneknirschend das Regierungsprogramm begrüßt. Mit dem Scheitern der Alternativ-Wirtschaftler im DGB bekommt die Strömung der Sozialpartner neuen Aufwind und trommelt für ihre Ziele. Drei bemerkenswerte Ereignisse:

Der Textilgewerkschaftsvorsitzende Keller gab gegenüber der FAZ zu, daß der DGB bei seinen Krisengesprä-

kenswerte Ereignisse:
Der Textilgewerkschaftsvorsitzende Keller gab gegenüber der FAZ zu, daß der DGB bei seinen Krisengesprä-

chen mit „allen gesellschaftlichen Gruppen" den Unternehmern einen „Sozialpakt" angeboten habe, der u.a. vorsah: Senkung des Jahreseinkommens für eine Ergänzungsabgabe auf 48.000 DM (vorheriger DGB-Plan: 60.000), Beteiligung der Gewerkschaften an der Vermögensbildung (Keller gegenüber der FAZ vom 2.2.: *„Deshalb sei er bereit, den Unternehmen durch eine investive Verwendung von Einkommenszuwächsen zu helfen"*).

Der ebenfalls dem rechten DGB-Rand zuzurechnende Vorstand der IG Bau veranstaltete zwei Großkundgebungen (mit 3000 Bauarbeitern in München, 8000 in Essen), auf denen der Vorsitzende Sperner deftig-proletarisch forderte: *„Schafft Arbeit! Gebietet der zunehmenden Arbeitslosigkeit Einhalt."* Neben der Forderung nach Erfüllung der beschäftigungspolitischen Vorstellungen des DGB, stellte Sperner bemerkenswerte Forderungen auf, die durchaus im Einklang mit entsprechenden Forderungen des Kapitals und der CDU/FDP stehen. So trat er für die Verwirklichung der Investitionen im Kraftwerksbau, der Kernenergie und beim Autobahnbau ein und forderte wie die CDU den *„Abbau bürokratischer Hemmnisse"*. Er

tionen im Kraftwerksbau, der Kernenergie und beim Autobahnbau ein und forderte wie die CDU den „Abbau bürokratischer Hemmnisse". Er

pöbelte gegen Kernkraftgegner und Bürgerinitiativen (*„Zu große Nachgiebigkeit gegenüber Bürgerinitiativen und Hausbesetzern sind nach Sperners Worten weitere Gründe für die Blockierung von Bauvorhaben"*). Unter anderem kritisierte er einen *„überzogenen Mieterschutz"*, („FR", 25.1., und „FAZ", 26.1.82).

Scharfe Kritik übte Sperner auch daran, daß *„durch Sozialhilfe und Unterbringung von Asylbewerbern allein in Berlin, Hamburg, Stuttgart und Frankfurt fast 300 Millionen DM Investitionsmittel verlorengegangen seien"*.

Nun ist es das gute Recht gerade der Baugewerkschaft (über 200.000 Bauarbeiter sind arbeitslos) nach Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit zu rufen. Bemerkenswert an Sperners Auftritt ist allerdings, daß die Systemalternative, die ja im DGB-Beschäftigungsprogramm zumindest zu ahnen ist, bei ihm zurücksteht hinter der Behauptung, daß Bürgerinitiativen, Hausbesetzer und Ausländer schuld an der Krise sind und nicht etwa das Kapital.

Arbeitsamtsbezirke · mit der höchsten Arbeitslosigkeit in der BRD – in % (Januar 1982).

Passau	23,9
Leer	21,9
Deggendorf	21,7
Schwandorf	19,8
Vechta	19,4
Emden	17,7
Heide	16,4
Weiden	15,6
Flensburg	14,8
Bayreuth	14,5
Trier	14,3
Mayen (Saarland)	13,7
Uelzen	13,3

Auch das erneute Vordringen der tarifpolitischen Vorstellungen der „Sozialpartner" aus der NGG gehört **zu den Vorstößen aus dem rechten DGB-Lager. Ihr Vorsitzender Döding** kann mit Stolz darauf verweisen, daß sein Tarifrenten-Modell heute bei allen Bundestagsparteien offene Ohren findet und insbesondere von Arbeitsminister Ehrenberg gefördert wird. Dödings Modell sieht im einzelnen vor: Beschäftigte können vorzeitig (ab dem 58. Lebensjahr) in Rente gehen. Sie erhalten dann gestaffelt weniger Geld, als wenn sie voll arbeiten, nach Dödings Rechnung im Schnitt 75 %, von denen 50 % die Bundesanstalt für Arbeit trägt (die angeblich nicht zusätzlich belastet werden würde, weil ja auch die Arbeitslosigkeit abnähme) und 25 % von den Tarifparteien aufgebracht werden sollen. Durch Frührentner freiwerdende Arbeitsplätze sollen von Arbeitslosen besetzt werden. Milchmädchen-Rechnung von Döding: 500.000 Arbeitslose könnten so Beschäftigte werden. Realität: es gibt in der BRD nur etwa 360.000 Beschäftigte in der von Döding gemeinten Altersklasse!

Bemerkenswert an Dödings Modell ist vor allem zweierlei: es erklärt offen, daß die Kosten der Tarifparteien von den Löhnen abgezogen werden müssen (in der „Quelle" 1/82 drückte er es vornehm so aus, daß die Gewerkschaften bereit seien, einen Teil des Produktivitätsfortschrittes *„zu opfern, wenn die Arbeitgeber dies auch tun"*).

Die tarifvertragliche Frühverrentung soll nicht an die Rentenversicherung gekoppelt sein, sondern an die Bundesanstalt für Arbeit, *„um deutlich zu machen,* **daß dies eine vorübergehende Regelung sein soll, solange der Arbeitsmarkt so angespannt ist.** *Wenn eine solche Regelung an die Rentenversicherung gekoppelt würde, wäre schon rein psychologisch die Assoziation vorhanden, daß dies eine* **Dauerregelung** *ist.*

Und das würde bedeuten, daß ständig weitere Jahrgänge in solche Ansprüche *hineinwachsen. Doch das ist mit dem Plan nicht beabsichtigt"* (Interview in „Zeit", 18.12.81). An anderer Stelle betont er, *„daß dieses Angebot unter Beachtung der demographischen Daten zurückgenommen werden kann"* (Quelle 1/82) – (demographisch: Bevölkerungsentwicklung). Ehrenberg hat auch schon ausgerechnet, daß eine solche Frühverrentung wegen Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung spätestens 1990 auslaufen müßte.

Dödings Angebot läuft also darauf hinaus, ältere Arbeiter „konjunkturbedingt" als Krisenregulierer einsetzen zu lassen. Bezahlen sollen diese Form des kapitalistischen Krisenmanagements alle Beschäftigten. Zusätzlich läuft das Modell darauf hinaus, den schrittweisen Übergang aus dem Arbeitsleben zu einem weiter absinkenden Rentenniveau vorzubereiten. Wie der Beschäftigungseffekt garantiert werden soll, dazu sagt Döding nichts. Dies wird dann wieder der Verantwortung des Kapitalisten überlassen, so daß auch diese „beschäftigungspolitische" Maßnahme das Schicksal ihrer Vorgänger erleiden wird: sie vertieft die soziale Ungerechtigkeit und wird die Entwicklung der Arbeitslosigkeit nicht aufhalten.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Karenztage

Im sozialen „Musterländle" Schweden bringen die regierenden Christdemokraten aktuell ein Gesetz ein, das eine Neuregelung der Lohnfortzahlung vorsieht: Die bisherige Regelung, daß der erste Tag der Krankheit für Arbeiter unbezahlt ist, soll auf drei Tage ausgeweitet werden. Vom vierten bis neunzigsten Tag der Krankheit soll der Lohn statt bisher 90% nur noch 87% betragen. Gespart werden sollen so 1,4 Milliarden Kronen (567 Millionen DM). Die parlamentarische Zustimmung zum Gesetz gilt als sicher. Innerhalb der schwedischen Gewerkschaften wird über Generalstreik debattiert.

* * *

Die Landesvereinigung der Hamburger Arbeitgeberverbände hat einen Plan gegen die bisherige Lohnfortzahlung im Krankheitsfall vorgelegt. Dabei geht sie anders als eine Untersuchung des Bundesarbeitsministeriums von einem Krankheitsstand von 8,01% statt 5,2% aus. Alarmzeichen für die Kapitalisten: *„Zum erstenmal überhaupt stellen wir zur Zeit fest, daß der Krankenstand trotz anhaltender Wirtschaftskrise steigt"*. Da Krankheit am Arbeitsplatz ein Kardinalverbrechen ist, sollen geeignete Maßnahmen getroffen werden. Durch sie müsse *„der Leistungswille ebenso wiederbelebt werden wie die Bereitschaft der Arbeitnehmer, 'einen angemessenen Teil des Lebensrisikos selbst zu tragen'"*. Im einzelnen sieht der Plan vor:

– An den ersten drei Krankheitstagen wird kein Lohn gezahlt. Verlust bei einem Monatseinkommen von 2.833 DM: 393 DM.
– Vom vierten Tag bis nach sechs Wochen werden nur 95% des Lohns gezahlt. Dies bedeutet im Monat einen Verlust von 141 DM. Macht insgesamt im ersten Krankheitsmonat: 534 DM weniger! Begründung der Kapitalisten: *„Die Ersparnisse, die der erkrankte Arbeitnehmer zum Beispiel beim Fahrgeld oder bei den Verpflegungskosten hat, sollen pauschal abgezogen werden"*.
– Bei Krankenhausaufenthalt oder Kur sollen nur 90% des Lohns gezahlt werden.
– Zukünfitg soll auch die übliche Mehrarbeit (Überstunden, Akkord) geringer beim Krankengeld berücksichtigt werden (Zitate: „Hamburger Abendblatt", 31.1.82).

Rüstungskonversion bei Blohm + Voss

Die Hamburger Schiffswerft und Maschinenfabrik Blohm & Voss gehört zu den führenden Rüstungsbetrieben in der BRD. Gemessen am Umsatz rangiert B & V an zwölfter Stelle (vgl. „UZ", 8.1.82, Daten für 1980). In den vergangenen Jahren ist der Anteil der Rüstung gewaltig angewachsen. Gegenwärtig sind etwa die Hälfte der Beschäftigten mit Rüstung befaßt, sie erwirtschaften ca. 70 Prozent des Umsatzes. Gefertigt werden u.a. Wannen für den Kampfpanzer Leopard II, Türme für den Flak-Panzer Roland, Fregatten für die Bundeswehr, sowie im Exportbereich drei Fregatten für die argentinischen Faschisten; eine Fregatte für Nigeria ist vor einiger Zeit abgeliefert worden.

Vor etwa einem Jahr gründeten Vertrauensleute und Mitglieder der IG Metall einen Arbeitskreis „Alternative Fertigung". In Zusammenarbeit mit der „Innovations- und Technologie-Beratungsstelle" der IG Metall (IBS) wollten die Kollegen versuchen aufzuzeigen, daß es möglich ist, ohne Rüstungsproduktion auszukommen und trotzdem die Arbeitsplätze, beruflichen Qualifikationen, sozialen Umstände usw. zu erhalten. Der Parole „Rüstung schafft Arbeitsplätze" sollten konkrete Alternativen

plätze, beruflichen Qualifikationen, sozialen Umstände usw. zu erhalten. Der Parole „Rüstung schafft Arbeitsplätze" sollten konkrete Alternativen

entgegengesetzt werden.

Ende Januar dieses Jahres billigte bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen die Vollversammlung der IGM-Vertrauensleute eine vom Arbeitskreis ausgearbeitete Grundsatzerklärung, die wir nebenstehend abdrucken.

Was das Papier bemerkenswert macht, ist nicht etwa, daß hier neue Positionen im Rahmen der gewerkschaftlichen Diskussion entwickelt würden; die politischen Aussagen bewegen sich innerhalb der seit langem gültigen Beschlußlage der IG Metall. Bemerkenswert ist allerdings, daß hier der Versuch gemacht wird, diese Beschlußlage in der konkreten betrieblichen Diskussion umzusetzen, zumal in einem Rüstungsbetrieb. Bemerkenswert ist weiterhin, daß dies geschieht in einem Betrieb, dessen ehemaliger langjähriger Betriebsratsvorsitzende Werner Knödler, inzwischen zum Vorstandsmitglied der Blohm & Voss AG („Arbeitsdirektor") aufgestiegen, zum erlauchten Kreis derjenigen Betriebsräte gehörte, die unter dem Firmenschild „Arbeitnehmer aus wehrtechnischen Betrieben" in lobbyistischer Manier Bettelbriefe an Bundestagsabgeordnete und andere Politiker geschrieben haben, um für ihre Firmen mehr Rüstungsaufträge an Land zu ziehen und bestehende Exportbeschränkungen zu lockern. Obwohl nach wie vor IG-Metall-Mitglied, versucht Knödler weiterhin, gegen den Arbeitskreis „Alternative Fertigung" Stimmung zu machen, etwa auf Betriebsversammlungen, indem er die Furcht um den Arbeitsplatz schürt: mögliche Kunden würden ihre Aufträge woandershin geben, wenn sie den Eindruck bekämen, daß die B & V - Belegschaft keine Rüstungsgüter produzieren wolle.

Derartige Argumente haben in der Belegschaft durchaus einen nicht zu unterschätzenden Nährboden. Gerade in der Anfangszeit wurden die Kollegen des Arbeitskreises vielfach als „Spinner" und „Phantasten" angefeindet, die „unsere Arbeitsplätze gefährden".

Daß sich diese Situation zum Teil gewandelt hat, hängt vor allem damit zusammen, daß die Beschäftigungslage nach Abwicklung der Fregatten-Aufträge noch in 1982 völlig ungeklärt ist; auch das Auslaufen der Leopard-Produktion spätestens 1985 ist schon in Sicht.

Vor diesem Hintergrund dürfte – mehr noch als das Grundsatz-Papier – der erste konkrete Vorschlag des Arbeitskreises die Diskussion be-

Vor diesem Hintergrund dürfte – mehr noch als das Grundsatz-Papier – der erste konkrete Vorschlag des Arbeitskreises die Diskussion be-

flügeln. In einem siebenseitigen detaillierten und faktenreichen Papier entwickelte der Arbeitskreis Vorschläge zur Energieversorgung für Hamburg (Blockheizkraftwerke), die auf Produkten beruhen, die bei Blohm & Voss seit geraumer Zeit gefertigt werden und auch schon einmal verkauft worden sind (an die Stadtwerke Lünen), seitdem aber ein eher kümmerliches Dasein als Laborleichen fristen.

Nachdem dieses Papier über den Betriebsrat im Wirtschaftsausschuß vorgelegt wurde, entstand in den entsprechenden Fachabteilungen ein nicht unbeträchtlicher Wirbel. Abteilungsleiter und Projektingenieure konnten nicht verhehlen, daß sie beeindruckt waren.

Unabhängig davon, ob die Vorschläge, denen weitere folgen sollen, tatsächlich verwirklicht werden, dürfte es dem Vorstand nicht mehr so leicht fallen, die Kollegen des Arbeitskreises als Arbeitsplatzgefährder in die Ecke zu stellen. Die Debatte um Sinn – besser: Unsinn der Rüstungsproduktion könnte dadurch in der Belegschaft dieses Rüstungsbetriebes etwas erleichtert werden.

Ein Genosse der Kommission Betrieb und Gewerkschaft

Vertrauenskörper
der Blohm + Voss AG



Grundsatzerklärung
des Vertrauenskörpers der Blohm + Voss AG
zum Arbeitskreis "Alternative Fertigung"

Die Gewerkschaften haben sich immer zu antimilitaristischen und friedenspolitischen Zielen bekannt. Ihre Aufgabe ist es daher, auf der einen Seite zur Entspannung und Abrüstung beizutragen, auf der anderen Seite aber auch die Arbeitsplatzsicherheit der direkt betroffenen Kolleginnen und Kollegen in der Rüstungsindustrie zu beachten. Die Arbeitsplatzsicherung und die Wiederbeschäftigung der arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen bekommt vor dem Hintergrund von 1,7 Mill. Arbeitslosen (mit steigender Tendenz) einen zentralen Stellenwert gewerkschaftlicher Politik.

Fortsetzung von voriger Seite

Als Mittel zur Wiedererlangung der Vollbeschäftigung wird immer wieder die Ausweitung der Rüstungsproduktion, besonders des Rüstungsexports, ins Spiel gebracht. "Rüstung schafft Arbeitsplätze" heißt die simple Parole. Es ist aber erwiesen, daß durch Rüstungsproduktion mehr Arbeitsplätze gefährdet und zerstört, als neue geschaffen werden. Darüber hinaus gilt, daß ein hohes Rüstungsniveau die Möglichkeit und Bereitschaft fördert, soziale und politische Konflikte mit Waffengewalt zu lösen. Eine Ausweitung der Rüstungsproduktion erhöht das Rüstungsniveau und vergrößert somit die Kriegsgefahr.

Vor diesem Hintergrund waren die Auseinandersetzungen um die Chile-U-Boote bei HDW Kiel für den Vertrauenskörper bei Blohm + Voss der letzte Anstoß für die Gründung des Arbeitskreises "Alternative Fertigung". Wir wollen sichere Arbeitsplätze und sinnvolle Arbeit.

Blohm + Voss hat in den letzten Jahren den Anteil der Rüstungsproduktion an der Gesamtfertigung extrem ausgedehnt (z.Z. 70% des Umsatzes durch 50% der Belegschaft). Dabei täuschen die kurzfristigen und auf den eigenen Betrieb beschränkten arbeitsplatzerhaltenden Effekte über die mittelfristigen gesamtwirtschaftlich negativen Auswirkungen hinweg.

Arbeitsplätze im Rüstungsbereich sind aus folgenden Gründen unsicher:

- Sie hängen extrem von kurzfristigen politischen Entscheidungen ab. Besonders im Exportbereich können Aufträge von heute auf morgen gestoppt werden, z.B. die U-Boote für Chile und den Iran bei HDW, aber auch das Fregattenprogramm der Bundeswehr.
- Sie unterliegen starken Schwankungen, da die ungleichmäßige Auftragslage im Inland und die instabilen internationalen Märkte immer wieder zu erheblichen Beschäftigungsschwankungen in praktisch allen Bereichen der Rüstungsindustrie führen.
- Investitionen im Rüstungsbereich schaffen weniger Arbeitsplätze als in allen anderen Bereichen.
- Zusätzlich gefährdet Rüstungsproduktion Arbeitsplätze im zivilen Bereich, da durch Rüstung Mittel gebunden werden, die für notwendige Produkte im zivilen Bereich nicht mehr zur Verfügung stehen.

Neben den arbeitsplatzerhaltenden Überlegungen spielen aber auch soziale und moralische Aspekte eine Rolle:

- Staatliche Rüstungsausgaben wirken sich zwangsläufig – und aktuell besonders deutlich – zu Lasten der Sozialausgaben aus.
- Rüstungsproduktion wirkt sich inflationär und damit reallohnsenkend aus. Die für Rüstung ausgegebenen Gelder zirkulieren weiter, während die hergestellten Produkte nicht im wirtschaftlichen Kreislauf erscheinen.
- Den Rüstungsausgaben von über einer Billion D-Mark in der Welt stehen die jährlich 50 Millionen verhungerten Menschen gegenüber.

- Den Rüstungsausgaben von über einer Billion D-Mark in der Welt stehen die jährlich 50 Millionen verhungerten Menschen gegenüber.

- Rüstungsausgaben von Ländern der 3.Welt erhöhen durch Fehlleitung der finanziellen Mittel die sozialen Spannungen in diesen Ländern.
- Erhöhtes Rüstungsniveau macht Kriege wahrscheinlicher, da das Risiko eines Krieges geringer erscheint.
- Es kann uns als Gewerkschafter nicht gleichgültig sein, wenn bei uns produzierte Waffen in den Empfängerländern zur Unterdrückung von Arbeitnehmern und Gewerkschaftern benutzt werden, z.B. in der Türkei.

Aus diesen Gründen wendet sich der Vertrauenskörper von Blohm + Voss gegen eine Festschreibung und Ausweitung der Rüstungsproduktion.

Mit unserer Arbeit wollen wir nachweisen, daß es genügend Produkte im zivilen Bereich gibt, die wir bei uns herstellen können, ohne daß es zu Nachteilen wie Dequalifizierung und Lohn- und Arbeitsplatzverlust kommt. Dabei wollen wir die konkreten Produktionsbedingungen bei Blohm + Voss berücksichtigen.

Für alternative Produkte kommen Bereiche in Frage, wo gegenwärtig oder in Zukunft ungenügend befriedigter Bedarf vorhanden ist. Wir denken z.B. an Bereiche wie den Umweltschutz, die Rohstoffrückgewinnung, Energietechnik, Anlagen für die 3.Welt. Alternative Produktionsvorschläge sollen auch auf ihre soziale Konsequenz hin überprüft werden. Dazu gehören auch die Methoden, mit denen diese Produkte hergestellt werden, wie z.B. unsere Arbeitsbedingungen.

Die "Marktfähigkeit"unserer Vorschläge muß überprüft werden. Gleichzeitig muß aber auch festgestellt werden, daß Rüstungsproduktion auf künstliche Nachfrage zurückzuführen ist.

Es sind Steuergelder, die im In- und Ausland für Rüstungsprodukte ausgegeben werden. Nachfrage nach diesen Produkten entsteht also direkt durch politische Entscheidungen der Regierungen. Als Gewerkschafter fordern wir eine Veränderung der Schwerpunkte. Damit wird auch die Nachfrage verändert – weg von der Rüstungsproduktion, hin zu sozial notwendigen und ökonomisch und ökologisch sinnvollen Produktionen.

Die Durchsetzung unserer Vorstellungen ist nur über langfristige Arbeit möglich. Die Unterstützung durch die Belegschaft ist dabei vorrangig und ausschlaggebend.

Wir erwarten Zusammenarbeit mit dem Vorstand und den Führungskräften von Blohm + Voss. Wir sind uns allerdings darüber klar, daß Rüstungsproduktion hohe Gewinnspannen beinhaltet und somit zu einem großen Interesse der Unternehmer an diesen Produkten führt. Dies könnte die erwartete Zusammenarbeit erschweren.

Wir wollen Anregungen und Vorschläge erarbeiten, die wir dem Vorstand von Blohm + Voss unterbreiten werden.

Wir werden uns an die Öffentlichkeit wenden, wo es nötig und vernünftig ist.

Bei unserer Tätigkeit stützen wir uns auf die gewerkschaftliche Bewegung und suchen zusätzliche Unterstützung in anderen öffentlichen Bereichen.

Beschlossen auf der Vertrauenskörper-Vollversammlung am 27. Januar 1982

Vorsitzender | Stellvertreter
[Unterschrift] | [Unterschrift]



Schwere Polizei-Krawalle bei der Knast-Demonstration „1 Jahr Hausbesetzer-Prozesse" am 13. Februar 1982 in Westberlin
Foto:Peter Homann

Teurer wohnen — das „Solidaropfer" der Mieter

Sowas bringen wirklich nur hartgesottene Berufspolitiker der sozialdemokratischen Couleur zu Stande: ein Beschäftigungsprogramm zu verabschieden, das dem äußeren Anschein nach als Rezept gegen die wachsende Arbeitslosigkeit und somit als soziale Tat verkauft wird, dessen Herzstück und einzig tatsächlich wirksamer Bestandteil aber Veränderungen oder genauer gesagt die Abschaffung bisher noch bestehender Mietrechte sind. Unverhüllt wird zugegeben, daß also neue Arbeitsplätze, an die sowieso niemand glaubt, mit Mieterhöhungen finanziert werden sollen. *„In der jetzigen Zeit, wo die öffentlichen Kassen leer sind, kann auch von den Sozialmietern eine Art Solidaropfer gefordert werden."* So lautet die Interpretation von Wohnungsbauminister Haack. (Spiegel 7/82). Die neu verabschiedeten Maßnahmen an sich kommen nicht unerwartet, waren sie doch lange genug vorher angekündigt.



Nur die Methode ist dermaßen abgebrüht, daß selbst in sozialdemokratischen Reihen Bedenken angemeldet werden. *„Mir scheint es schwer verständlich, was eine Lockerung des Mietrechts zu tun haben soll mit einem Beschäftigungsprogramm"*, wundert sich der Mietexperte der SPD-Fraktion, Peter Conradi (Spiegel 7/82). Eine fürwahr berechtigte Frage. Und die Antwort ist doch so einfach: mit einer „Mieten-Liberalisierung" soll der Wohnungsbau wieder „lukrativer" gestaltet und das „Investitionsklima" verbessert werden.

Wie sich ja inzwischen herumgesprochen haben dürfte, waren die mit viel zu viel Rechten ausgestatteten Mieter Schuld daran, daß es kein Kapitalist mehr wagen mochte, sein Geld im Wohnungsbau anzulegen. Folglich müßten nun, nach der Beseitigung des Mieterschutzes als „Investitionsbremse" die überall fehlenden Wohnungen wie Pilze aus dem Boden wachsen. Weit gefehlt. Nicht einmal Oberexperte Haack glaubt es. *„Da wird jetzt viel nur abkassiert"* vermutet Haack (Spiegel 7/82) und meint damit die Miethausbesitzer, die mit Milliardenprofiten rechnen können. Denn wenn die Mieten im Schnitt ‚nur' um eine Mark pro qm steigen, beliefen sich die Mehreinnahmen der Vermieter auf runde 14 Milliarden DM jährlich! Ein respektables „Solidaropfer"...

Und diese Schätzung ist noch als äußerst vorsichtig zu bezeichnen. Der Mieterbund beispielsweise befürchtet Erhöhungen von drei Mark und mehr pro Quadratmeter, und das Münchner Ifo-Institut errechnete einen Erhöhungsspielraum zwischen 15 und 25 Prozent! (Spiegel 7/82)

Ohne lange zu zögern reagierten die Wohnungsunternehmen, sowohl die „gemeinnützigen" als auch die freien, und setzten die Mietenlawine unverzüglich in Bewegung. *„Schock für viele Mieter"* (Hamb. Abendblatt, 19.2.82), *„Bis zu 100 % höhere Mieten?"* (TAZ, 4.2.), *„Neuer Schock für Sozialmieter"* (FR, 10.2.82). So und ähnlich klärten die Schlagzeilen der Tagespresse die Mieter darüber auf, was mit dem verwirrenden Begriff „Mieten-Liberalisierung" gemeint ist.

Die gesetzlichen Neuregelungen im einzelnen:

- Der Mietenspiegel wird aktualisiert, bzw. angehoben, indem er nur noch Mietverträge berücksichtigt, die in den letzten fünf Jahren abgeschlossen wurden. Außerdem kann in Zukunft der Höchstwert und nicht mehr wie bisher der Mittelwert bei einer Mieterhöhung als Vergleichswert herangezogen werden;
- die Staffelmiete wird sowohl für Neu- als auch für Altbauten zugelassen. Danach hat der Vermieter das Recht, schon bei Abschluß eines Mietvertrages automatische Mietsteigerungen gestaffelt nach Jahren, in den Vertrag mit aufzunahmen. Zynischer Kommentar der Wohnungsunternehmen: die Staffelmiete liege im Interesse des Mieters, der sich damit auf die langfristige Mietpreisentwicklung einstellen könne;
- nicht verlängerbare Zeitmietverträge, auf maximal drei Jahre begrenzt, werden eingeführt. Sie gefährden, so sieht es auch der Mieterbund, insbesondere den Kündigungsschutz.

Die Aussichten für die kommenden Jahre faßt der Mieterbund in der nüchternen Erkenntnis zusammen: *„Wer seine Wohnung nicht mehr bezahlen kann, für den ist der beste Kündigungsschutz wertlos."*

Wohnungskommission

Der Staat und seine Nazis

In den vergangenen Monaten hat der Staatsapparat verschiedentlich spektakuläre Maßnahmen gegen neonazistische Banden unternommen, die den Eindruck vermitteln sollen, daß aus der langjährigen „Besorgnis" angesichts der Entwicklung neonazistischen Terrors nun die entsprechenden Taten folgen würden. Im Einzelnen handelt es sich bei diesem Eingreifen des Staates insbesondere um:

1. Die seit langem überfällige Verhaftung von Karl-Heinz Hoffmann im Juni 1981; er und seine Freundin Franziska Birkmann sind angeklagt im Zusammenhang mit dem Doppelmord vom Dezember 1980 an dem jüdischen Verleger Shlomo Levin und Frida Poeschke in Erlangen.
2. Die Schießerei vom 20. 10.1981 in München, bei der 5 bewaffnete Nazis der „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands" in eine Polizeifalle gelockt wurden und zwei von ihnen im Kugelhagel der Polizei ums Leben kamen.
3. Die Waffenfunde in der Lüneburger Heide Ende Oktober 1981 im Revier des Forstbeamten Lembke, der – ohne genaueres aussagen zu können – in seiner Zelle tot aufgefunden wurde.
4. Der als bisher größter Prozeß gegen Neonazis im berühmt-berüchtigten Stammheimer Gerichtssaal aufgezogene Prozeß gegen Roeder und seine „Deutschen Aktionsgruppen".
5. Das Ende Januar 1982 endlich ausgesprochene Verbot der „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands", des wichtigsten propagandistischen Sammelbeckens des Nazi-Terrorismus.

Niemand sollte sich der Illusion hingeben, dieser Staat sei nun plötzlich antifaschistisch geworden. Zum einen sind diese Maßnahmen schlicht und ergreifend Ausdruck der Tatsache, wie sehr der nazistische Terror in der BRD in den letzten Jahren zugenommen hat. In einem Maße nämlich, daß sich Ermittlungsbehörden und Gerichte genötigt sehen, tätig zu werden. Angesichts von 19 von Neonazis in den letzten Jahren ermordeten Menschen und angesichts einer gewachsenen Besorgnis in Teilen der Bevölkerung ließe sich vollständiges Nichtstun kaum länger rechtfertigen.

Zum anderen aber – und dies soll in den hier folgenden Artikeln belegt werden – wird gerade an diesen neuesten Fällen deutlich, in welcher Weise der Staat auf vielfältigste Weise Anteil am Wachsen, Blühen und Gedeihen dieser Banden hat.

- So tauchen in der Geschichte der verschiedensten Banden immer wieder direkte oder selbsternannte Agenten des Verfassungsschutzes auf, die oft jahrelang und an führender Stelle die Politik dieser Gruppen entwickelt und getragen haben.
- In den konkreten Maßnahmen gegen Neonazis wird in aller Regel der organisierte Charakter dieser Umtriebe geleugnet. Ausdruck davon ist die Tatsache, daß bis heute Anklagen gemäß Bandendelikten (kriminelle/terroristische Vereinigung) die Ausnahme sind. Wo sie dennoch vorgenommen werden, beschränkt sich der Vorwurf meist auf nur die unmittelbar Tatbeteiligten – und oftmals auch nur auf einen kleinen Teil davon.
- In diesen Verfahren werden die einzelnen Tatkomplexe in oft willkürliche Einzelkomplexe aufgelöst, die organisierte Vorgehensweise der Nazi-Banden wird atomisiert, die Taten individualisiert.
- Mit dem Bild vom „Einzeltäter" ausgestattet, der sich allenfalls mit anderen „Einzeltätern" zu einzelnen Aktionen zusammentut, gerät in den „Ermittlungen" der organisierte Hintergrund der Verbrechen völlig aus dem Blick.

Es ist aber nicht Blindheit, die die Ermittlungsbehörden unfähig macht, wirksam gegen diese Banden vorzugehen. Wenn – wie im Fall Lembke – nach den bislang umfangreichsten Waffenfunden wider besseres Wissen ein „Einzeltäter" der Öffentlichkeit präsentiert wird, wenn in diesem Fall die Herkunft der Waffen selbst nach einem Vierteljahr nicht der Öffentlichkeit bekanntgegeben wird, wenn Festnahmen u.a. von Bundeswehrangehörigen nach kurzer Zeit völlig im Dunkel des Vergessens versinken, und wenn Dutzende von Nazis zwar als Zeugen in den wenigen Prozessen vernommen werden, sich dort in aller Regel selbst belasten, dennoch aber nicht belangt werden, dann werden hier Mechanismen der Förderung und sogar des direkten positiven Eingreifens in die terroristische Nazi-Szene deutlich. Die Artikel in diesem ARBEITERKAMPF beleuchten unter verschiedenen Gesichtspunkten diese Beziehungen zwischen Staatsapparat und Nazi-Terrorismus. Sie stützen sich dabei im wesentlichen auf Material, das jedem Antifaschisten zugänglich ist. Wir fordern alle Antifaschist/inn/en auf, uns bei der Analyse der hier angeschnittenen Fragen zu unterstützen.

Antifa-Kommission

VSBD verboten — wie heißt der neue Verein?

Am 27.1. wurde die „Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit" (VSBD/PdA) von den Innenministern des Bundes und der Länder verboten. Bundesinnenminister Baum begründete dieses Verbot mit der „Signal- und Sogwirkung, die diese Organisation durch ihre zunehmend militante Haltung im rechtsextremen Lager ausgeübt habe" (NP, 28.1.82).

Fast wortwörtlich ist dies dieselbe Begründung, wie sie auch schon vor zwei Jahren anläßlich des Verbots der „Wehrsportgruppe Hoffmann" gegeben wurde, und es handelt sich bei Teilen der nun verbotenen VSBD auch um Gruppen, die noch bis Anfang 1980 als Stützpunkte der WSG-Hoffmann firmiert hatten und die sich im Laufe der letzten Jahre in der VSBD neu zusammengefunden hatten.

Bei der das Verbot begleitenden Polizeiaktion wurde das Vereinsvermögen der VSBD beschlagnahmt, 3 Pistolen, Munition sowie Propagandamaterial eingezogen. Insgesamt 28 Wohnungen wurden durchsucht. Verhaftungen wurden nicht vorgenommen. Insgesamt soll die VSBD nach offiziellen Angaben etwa 150 bis 200 Mitglieder gehabt haben, andere Angaben nehmen bis zu 1.000 Mitglieder an.

Bei den Durchsuchungen handelte es sich um 4 Wohnungen in Baden-Württemberg (davon 2 in Heidelberg), 15 in Bayern, 4 in Frankfurt und 5 in Niedersachsen. Auffallend ist, daß keine Durchsuchung in Nordrhein-Westfalen, Bremen und Schleswig-Holstein bekannt wurde, wo in letzter Zeit verstärkte VSBD-Aktivitäten zu beobachten waren bzw. wo die VSBD traditionelle Stützpunkte hatte. (Der Westberliner Landesverband der VSBD fällt nicht in den Zuständigkeitsbereich des Bundesinnenministers; in Westberlin war erst vor kurzem eine VSBD-Gruppe aufgeflogen).

Uns bekannt geworden sind Durchsuchungen bei folgenden Personen in Niedersachsen:

- **Volker Heidel**, Chef der VSBD-Norddeutschland, Herausgeber des „Niedersächsischen Beobachters" und „Nordlicht", bis 1977 NPD-Vorstandsmitglied in Hannover und später NSDAP-„Gauleiter" zusammen mit dem Verfassungsschutzagenten Lepzien in der Otto-Bande. Eine 33-monatige Haftstrafe wurde Heidel im März 1981 zur Bewährung erlassen – er baute prompt die VSBD auf.
- **Roland Bayer**, kürzlich aus dem öffentlichen Dienst entlassen;
- **Dirk Dreyer**, 18 Jahre (Im Hause seiner Eltern, Schulenburg, Ulmenstraße 10, fanden häufig VSBD-Treffen statt;
- **Dirk Sommerland** aus Osnabrück, sowie eine „unbekannte Frau", möglicherweise die presserechtlich Verantwortliche für die VSBD-Frauenzeitschrift „Die Kämpferin", Ingrid Naumann. In Hessen dürfte es sich bei den durchsuchten Wohnungen insbesondere um die **Walter Kexels** aus Frankfurt sowie **Sporleders** aus Gießen gehandelt haben, die als „Landesvorstand Hessen" der VSBD firmierten.

Zur Vorgeschichte des Verbots

Spätestens seit dem Anschlag auf das Münchner Oktoberfest im September 1980 hatte es – ausgehend von der bayrischen SPD-Fraktion – wiederholte Anträge auf Verbot der VSBD gegeben. Nach dem üblichen angeblichen Kompetenzwirrwarr zwischen dem bayrischen Innenminister Tandler und dem Bundesinnenminister waren sich Bund und Bayern im Oktober 1981 – unmittelbar nach der Schießerei vom 20. Oktober in München – darin einig, daß die VSBD als zugelassene politische Partei nicht ohne weiteres zu verbieten sei.

Was im einzelnen die Herren dazu bewogen haben mag, diese damals bekundete Handlungsunfähigkeit in ein Verbot zu verwandeln, bleibt unklar.

Unklar bleibt auch, was – außer dem Anschein der antifaschistischen Aktivität selbst – mit dem Verbot bezweckt wurde: Keine Verhaftungen, keine weiteren Anklagen.

Die VSBD ihrerseits nahm das Verbot auf ihre Weise zur Kenntnis: Am 27. Januar brachen VSBDler in Frankfurt in einen Kinderladen ein und hinterließen Schmierereien wie „Gegen alternativen Dreck"; in Hannover wurde bei Dirk Dreyer ein zünftiger Heimabend mit SA-Liedern etc. gefeiert. Eine antifaschistische Kundgebung dagegen wurde mit einer Anzeige seitens der Polizei beantwortet. In Nienburg/Weser überfiel die dortige VSBD-Gruppe am 10.2. die Stadtzeitung.

Angesichts der Gruppen, die bisher unter dem Namen VSBD firmierten, ist klar, daß das Verbot allein allenfalls eine gewisse hemmende Wirkung auf die Zentralisierung dieser Banden-Szene haben kann. Die Geschichte der VSBD zeigt eindeutig, daß die sie tragenden Gruppen Meister darin sind, nach derart wirkungslosen „Verfolgungsmaßnahmen" unter neuem Namen weiterzumachen.

10 Jahre VSBD

Die VSBD/PdA wurde 1975 von dem ehemaligen NPD-Funktionär Friedhelm Busse gegründet.

Vorläufer war die am 17. Juni 1971 in Krefeld gegründete „Partei der Arbeit – Deutsche Sozialisten". Die PdA wuchs allerdings nur auf 60 Mitglieder an, organisierte Kundgebungen und versuchte, linke Veranstaltungen zu stören.

Schon damals erklärte Busse, er habe den Parteistatus gewählt, um den „Einzelkämpfern" den Schutz einer Partei zu bieten.

Die VSBD/PdA wurde – wunschgemäß – vom Bundeswahlamt nach dem Parteiengesetz zugelassen. 1978 kandidierte sie erstmalig in München (es gibt eine 8-Jahresfrist, in der eine Partei wiederkandidieren muß, um den Parteienstatus nicht zu verlieren). Das Parteienprivileg hat den Vorteil, daß ein Verbot erschwert ist durch ein langwieriges Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht. Anfangs war die VSBD hauptsächlich im Münchner Raum, in Düsseldorf und Köln aktiv, so z.B. mit „Hitler-Gedenkfeiern" zum „Gedenken an die toten Helden" des Münchner Hitler-Putsches von 1923. Seit 1975 (Umbenennung in VSBD) und verstärkt seit 1977 entwickelte die VSBD immer offenere Beziehungen zu den übrigen Teilen der Nazi-Szene.

Busse war am 20. April 1977 Teilnehmer einer Nazi-Versammlung in Köln, auf der **Kühnen, Schönborn**, „Wiking-Jugend"-Chef **Nahrath** und ausländische Gruppen eine gemeinsame Presseerklärung herausgaben.

Aus der Original-VSBD-Szene stehen insbesondere die Namen **Klaus Ludwig Uhl** und **Wilfried Kraus** für die terroristische Linie: Beide wurden Ende der 70er Jahre zu Knast verurteilt bzw. mußten damit rechnen und setzten sich ins Ausland ab. Kraus, der über Belgien nach England zu Nazi-Freunden kam, sitzt mittlerweile dort in Haft und müßte – wenn alles rechtens zugeht – bald in die BRD abgeschoben werden; Uhl war vorwiegend in Frankreich bei Freunden der F.A.N.E., der „Schwesterorganisation" der VSBD, untergebracht, ehe er am 20. Oktober 1981 bei der Schießerei in München ums Leben kam.

Seit Mai 1978 tauchte die VSBD unseres Wissens zum ersten Mal in Frankfurt auf: Ein Aufruf zu einer Mai-Kundgebung (!) wurde gemeinsam von der „Kampfgruppe Großdeutschland", „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" Hamburg (Hansa-Bande), sowie der VSBD unterzeichnet.

Nach der weitgehenden Illegalisierung der Hansa-Bande 78/79 fanden sich die „Nationalrevolutionäre Arbeiterfront Bremen", die „Deutsche Bürgerinitiative" Roeders, Reste der Hansa-Bande, die „Volkssozialistische Einheitsfront" Kosbabs sowie die VSBD zur „Arbeitsgemeinschaft nationaler und sozialistischer Verbände" zusammen.

Einen starken Aufschwung nahm die VSBD nach dem Verbot der WSG-Hoffmann und der damit verbundenen Verschmelzung der Frankfurter Gruppe mit dem örtlichen WSG-Ableger „Sturm 7" unter der Führung von Arndt Marx, über den auch Kontakte zur Mainzer „NS-Kampfgruppe Müller" und zur BRD-Filiale des Ku-Klux-Klan bestanden.

Die VSBD wird zum Sammelbecken

Mitte 1981 gelang der VSBD der Sprung zum Sammelbecken „führungsloser" Nazi-Banden: Rasche Früchte trug der Aufruf der NSDAP von Mitte 1981, in dem sie ihre Anhänger auffordert, nicht mehr wie bisher Mitglied der NPD, des Bundes Heimattreuer Jugend, der Wiking-Jugend, der Deutschen Bürgerinitiative o.ä. zu bleiben. Stattdessen sollte jeder, der *„auch zu legaler Arbeit bereit ist"*, Mitglied der VSBD werden oder ihrer Jugendorganisation „Junge Front" beitreten. Diese sei *„die einzige ernstzunehmende legale Alternative zu den Systemparteien"*. Gleichzeitig reisten Friedhelm Busse und Walter Kexel durchs Land, um weitere Ortsgruppen aufzubauen. Nicht ohne Erfolg:

Enge Kontakte zu Gruppen aus Norddeutschland ergeben sich aus den Anwesenden beim Gründungsparteitag des VSBD-Landesverbandes Niedersachsen am 22. August 1981 in Hannover: Hier wurden 25 VSBDler (von 40 Anwesenden) bei einer nicht genehmigten Demonstration kurzfristig festgenommen: unter ihnen befanden sich 6 in Munster stationierte englische Soldaten, ein Franzose, 10 aus München, einer aus Neubiberg (Friedhelm Busse), sieben aus West-Berlin (u.a. Peter Busse), vier aus Braunschweig (von der dortigen NSDAP/Otte-Bande), drei aus Hannover, drei aus Frankfurt (darunter Walter Kexel, 2. Mann nach Busse), zwei aus Wiesbaden und je einer aus Despethal, Solingen, Celle und Lindau. Erkannt wurde auch ein Mitglied der hannoverschen „WSG-Jürgens".

Initiator war die VSBD West-Berlin; verantwortlich in Hannover war der Anführer des hannoverschen VSBD-Kreises, Volker Heidel (JN, Kampfbund für Rudolf Heß, Anti-

Fortsetzung nächste Seite



Friedhelm Busse auf einer VSBD-Veranstaltung

Fortsetzung von voriger Seite

kominternjugend, NSDAP-„Gauführer"/Otte-Bande), der im März 1981, vorzeitig aus dem Knast entlassen, sofort an den Aufbau der VSBD ging. (Er saß mit M. Kühnen zusammen im Knast).

Diese niedersächsische VSBD-Gruppe ist nichts anderes als die direkte Nachfolgerin der NSDAP-Gruppe um Paul Otte, deren wichtigste Personen zwar im Knast sitzen (Otte, Kühnen), deren ehemalige Freunde heute aber den Kern der ca. 50-köpfigen niedersächsischen Bande bilden. Aus der Otte-Bande kommen auch 3 der 4 im Oktober in Belgien festgenommenen VSBD-Mitglieder: Das Ehepaar Hewicker sowie Ernst Balke aus Celle, bei deren Festnahmen bei Nazi-Freunden in Belgien die VSBD-Mitgliederkartei gefunden wurde und die mittlerweile in die BRD abgeschoben worden sind.

Der vierte in Belgien festgenommene Nazi, Töpfer, sowie einer der bei der Münchner Schießerei festgenommenen, Fabel, entstammen der „Nationalrevolutionären Arbeiterfront" Bremen, die, vom späteren ANS-Mitglied Stubbemann gegründet, schon seit spätestens 1977 gemeinsame Aufmärsche mit Kühnen und Roeder veranstaltet hatte.

Weiteren Zulauf erhielt die VSBD aus einer „WSG-Ostholstein", aus Kiel und Timmendorfer Strand, aus Osnabrück (der dortige „Nationale Freizeitverein" soll zur VSBD übergegangen sein), aus Melle und aus Braunschweig.

Erst vor wenigen Monaten war in West-Berlin ein bis dahin unbekannter „Landesverband" der VSBD aufgeflogen.

Auch in Süddeutschland fanden neue Kräfte zur VSBD: Odfried Hepp, ehemals Führer des „Bund Heimattreuer Jugend" und Chef der „WSG Schlageter/Ortenau", mit organisatorischen Verbindungen zur WSG-Hoffmann, bekennt sich spätestens seit seiner Rückkehr aus dem Libanon zur WSG und steht in Briefwechsel mit Walter Kexel, der „rechten Hand" von Busse.

tens seit seiner Rückkehr aus dem Libanon zur WSG und steht in Briefwechsel mit Walter Kexel, der „rechten Hand" von Busse.

Die blutige Spur der VSBD

Nachdem schon früher die VSBD vor allem in München durch besonders provokatives Auftreten an Info-Ständen von sich reden gemacht hatte, sorgte im Januar 1980 ein bewaffneter Überfall der Frankfurter Gruppe auf Antifaschisten (u.a. mit Gaspistolen) für den ersten spektakulären Auftritt.

Im Frühherbst 1980 überfiel **Frank Schubert** (früher WSG-Hoffmann, zum damaligen Zeitpunkt „Adjutant" Busses in Frankfurt) im Südhessischen eine Bank, wobei die Komplizen bis heute angeblich nicht ermittelt sind. Am 24.12. 1980 erschoß Schubert zwei Schweizer Grenzbeamte beim Versuch, Waffen in die BRD zu schmuggeln; er selbst kam bei dieser Schießerei ums Leben. Walter Kexel, der noch Stunden vor der Tat in der Schweiz mit Schubert zusammen gesehen worden war, wurde dazu nur kurz polizeilich vernommen.

Im August 1981 wurde der VSBD-Bande unter Führung Busses ein Bankraub im Hohenlohischen angelastet, wenig später einer in Rennerod (dort unter Beteiligung von Klaus Ludwig Uhl).

Am 20. Oktober 81 schließlich geriet ein Quintett von VSBD-Leuten in München in eine Polizeifalle, als sie schwerbewaffnet zu einem erneuten Raub aufbrachen. In der Schießerei, bei der nur die Polizeibeamten schossen, wurden Uhl und Wolfgram (Ex-Banden-Mitglied der Gruppe um Otte) getötet; Hamberger, Fabel und der Franzose Coletta wurden verhaftet. Der ebenfalls verletzte Polizeibeamte war von Kollegen getroffen worden; die explodierende Handgranate eines Nazi, die die Schießerei auslöste, war – so der abschließende Untersuchungsbericht – „unabsichtlich" gezündet worden.

Das Verbot der VSBD Ende Januar 1982 war ein längst überfälliger Schritt. In seinem Kern aber bleibt das Verbot – ist es die einzige Maßnahme gegen diese Gruppen – wirkungslos; allenfalls verzögert es die weitere Zentralisierung der Nazi-Gruppen. Das Mindeste, was an staatlichen Verfolgungsmaßnahmen schon längst zu fordern wäre, ist die Ausschaltung eben jener Bande, die seit nunmehr mehr als 5 Jahren organisiert im ganzen Bundesgebiet operiert, die einzelne Nazi-Gruppen organisiert, und unter deren Regie einzelne Kommandos („Wehrwolfarmee" um Kühnen/Rohwer, Frank Schubert; Uhl/Busse etc.) ihre Anschläge, Raubüberfälle etc. begehen.



Frank Schubert Januar 1980 in Frankfurt beim Schlägereinsatz (oben) und mit WSG-Chef Hoffmann am 27.2.1978 in Hamburg (unten).



Friedhelm Busse im Sommer 81 in Hannover (oben) und beim Bankraub (unten)



Welches Spiel spielt der Staatsschutz?

Daß der Staatsschutz auf vielfältige Art und Weise seine „Fühler" in der Nazi-Szene hat, diese Erkenntnis pfeifen mittlerweise die Spatzen von den Dächern. Kaum eine spektakuläre Aktion der Nazis, kaum ein Prozeß gegen eine dieser Banden, bei der nicht mindestens eine dieser merkwürdigen Personen auftaucht, die irgendwo in dem zwielichtigen Feld zwischen Nazi-Szene und den diversen „Diensten" oder der Polizei „beheimatet" ist. Es lohnt sich, die bisher bekanntgewordenen Fälle dieser Art wie auch die verschiedenen Ungereimtheiten, die sich daraus ergeben, zusammenzustellen.

Die „Europäische Befreiungsfront"

Geradezu klassisches Muster für diese merkwürdigen Verfilzungen ist der Fall der „Europäischen Befreiungsfront". Der Kronzeuge im 1972 stattgefundenen Prozeß gegen die 1970 ausgehobene Bande, Krahberg, entpuppte sich als V-Mann des Verfassungsschutzes. Wie später Lepzien (siehe unten), so war auch Krahberg maßgeblich am Aufbau der EBF beteiligt und ließ sie auffliegen, als diese ihre ersten Aktionen in die Tat umsetzen wollte. Krahberg selbst – auch das eine Parallele zu späteren Fällen – war zuvor Mitglied der NPD gewesen und ging im Prozeß straffrei aus, obwohl er sich selbst als der aktionistische Einpeitscher der Bande betätigt hatte, während seine – mit Strafe belegten – Kumpane mehr „ideologisch orientiert" waren, wie Krahberg selbst aussagte, zu deutsch: Der VS wollte Aktionen, die Nazis wurden bestraft.

Die „Nationale Deutsche Befreiungsbewegung"

wurden bestraft.

Die „Nationale Deutsche Befreiungsbewegung"

Ein Jahr nach der EBF flog 1971 die „Nationale Deutsche Befreiungsbewegung" auf. Hier hieß der entsprechende V-Mann des Verfassungsschutzes J. Neumann. Über weitere Verbindungen des VS zur NDBB kann nur gemutmaßt werden: So war das Westberliner NDBB-Mitglied Horst Mach Inhaber einer Kneipe „Wolfsschanze", in der von der Polizei beschlagnahmte Pistolen – nach unwidersprochenen Veröffentlichungen des damaligen Westberliner „Extra-Dienstes" (Mai/Juni 72) – angeblich durch Spitzel wieder in Umlauf gebracht wurden.

Rüdesheim

In einem Prozeß gegen einen Rüdesheimer Neonazi, der 1976 Hakenkreuze geschmiert hatte, stellte sich heraus, daß der Verfassungsschutz schon im voraus von diesen Aktionen gewußt hatte. Man habe die Aktionen aber deshalb nicht verhindert, um die eigenen Leute nicht zu gefährden („Tat", 20.5.77).

Der Westberliner NSDAP-Prozeß

Im Prozeß gegen die Westberliner NSDAP-Gruppe um Wolfgang Rahl Ende 1979 wurden gleich mehrere recht eigenartige Beziehungen zwischen Verfassungsschutz und Nazi-Szene bekannt. Es stellte sich nämlich heraus, daß ein bundesweit bekanntgewordenes „Todesurteil" der NSDAP/AO gegen Linke gar nicht von Mitgliedern der NSDAP stammte, sondern vom Verfassungsschutz selbst. Ein VS-Mann hatte sich bei einem schon seit längerem mit dem VS zusammenarbeitenden NSDAP-Mitglied eine Schreibmaschine geliehen und das „Urteil" getippt.

Dieses NSDAP-Mitglied hatte seinerseits schon längere Zeit mit dem VS auf Honorarbasis zusammengearbeitet und umfangreiches Material gesammelt. Tatsächlich handelte es sich bei dieser Person um jemanden, der mit ziemlicher Sicherheit von Anfang an die Bande „hochgehen" lassen wollte. Der VS ließ diesen Informanten u.a. deshalb fallen, weil er das gesammelte Material, das dem VS bekannt war und das nicht zur frühzeitigen Aushebung der Gruppe genutzt wurde, der Presse weitergegeben/verkauft hatte. Auch Bundesjustizminister Vogel, der seinerzeit alle Länder-Justizminister aufgefordert hatte, schärfer gegen Nazis vorzugehen, erhielt von diesem freiwilligen „Grenzgänger" Einsicht in das Material, allerdings mit der Bitte, es geheim zu halten.

Und noch ein weiterer Nazi erhob in diesem Prozeß den Anspruch, für einen Geheimdienst gearbeitet zu haben (dieses Mal soll es der israelische gewesen sein): Er gab an, er habe Ortsgruppenleiter Rahl im Gefängnis in der DDR kennengelernt und sei dann von Grenzgänger Nr.1 „angeworben" worden. Das Material des 1.Grenzgängers allerdings enthält eine derartige Menge an Fakten, die sich im Nachhinein – soweit uns überhaupt überprüfbar – alle als wahr herausgestellt haben, sodaß die mit der Verfolgung der Nazis befaßten Stellen spätestens aufgrund dieses Materials nicht nur über die Nazi-Szene Westberlins, sondern auch ganz Norddeutschlands vollständig informiert gewesen sind.

Insbesondere gibt dieses Material auch Auskunft über die Umtriebe zweier Personen, die zumindest uns bis dahin kaum bekannt gewesen sind: über den Herrn Lepzien, der dort als „Sicherheitsbeauftragter" der NSDAP für Norddeutschland und Westberlin bezeichnet wird, sowie über Armin Peil, der bis heute eine recht dubiose Rolle spielt.

Der Otte-Prozeß und der Fall Lepzien

Eben dieser Hans-Dieter Lepzien, „Sicherheitsbeauftragter" der NSDAP und „Adjutant" des norddeutschen NSDAP-Chefs Paul Otte, stellte sich im Herbst 1980 als VS-Agent heraus, der seit Gründung der Gruppe um Otte dabei war und der in den Jahren zu einer der tragenden Säulen des Nazi-Terrorismus in Norddeutschland wurde.

Lepzien – schon seit längerem NPD-Mitglied und mehrfach geringfügig vorbestraft – hatte Otte 1976 in Hamburg auf einer NPD-Veranstaltung getroffen (NPD-„Deutschland-Treffen" im August?) – wahrscheinlich schon damals in direktem Auftrag des Verfassungsschutzes. Eine erste Aktion Lepziens führte ihn

land-Treffen" im August?) – wahrscheinlich schon damals in direktem Auftrag des Verfassungsschutzes. Eine erste Aktion Lepziens führte ihn

ein Jahr später mit Otte nach Dänemark, wo sie den US-Nazi Gary Rex Lauck trafen. Bei einem Zwischenaufenthalt übergab Lepzien eine Rohrbombe an den Nazi Eisermann, die dieser wenig später vor dem Amtsgericht Flendsburg zündete. Ob schon vorher oder unmittelbar danach, ist unklar, jedenfalls fand um diese Zeit eine Fahrt Lepziens und Ottes in die Schweiz statt, wo Sprengstoff beschafft wurde. Am 1. 10.77 trafen sich mehrere Nazis in Lepziens Wohnung (Otte, Kühnen, Tibor Schwarz, die Hannoveraner Kirchmann und Schreiber, ein Ströse aus Mainz u.a.). Mehrere Rohrbomben (an Kühnen und Kirchmann) wurden von Lepzien und Otte verteilt, und – so das Urteil im Otte-Prozeß – es wurde auch auf Initiative Lepziens an diesem Abend offiziell die sogenannte „Braunschweiger Gruppe" gegründet. „Gegründet", wenn dieses Wort überhaupt zutrifft, wurde also damals die zentrale Nazi-Bande Norddeutschlands – unter Geburtshilfe des VS!

Im November 1977 traf Lepzien gemeinsam mit Otte und Kühnen in Schwarzenborn/Knüll mit der Gruppe um Roeder zusammen. Im Mai 78 trafen sich Lepzien, Worch, Kühnen, Udo Budig (Hamburg), Klaus Wentzel (Göttingen) mit mehreren Hundert anderen in Schwarzfeld (Harz); das Treffen wurde von der Polizei gestört. Im Juni 78 schließlich trafen sich ca. 80 Personen in Mainz („NS-Kampfgruppe" Mainz um die Familie Müller), darunter Lepzien, Kühnen, Otte, Hewicker etc.pp.

Erst im Dezember 78, also n a c h der Übergabe der diversen Rohrbomben und n a c h den Überfällen der „Wehrwolfgruppe" um Kühnen/Rohwer meldete Lepzien seinen Vorgesetzten, die Otte-Bande verfüge über Sprengstoff. Es kann also keine Rede davon sein, daß das konkrete Wissen Lepziens in irgendeiner Weise dazu beigetragen habe, auch nur eine einzige Bande auffliegen zu lassen. Selbst als Lepzien im Bückeburg-Prozeß gegen Kühnen und Co. als Zeuge vernommen wurde, schwieg er (und wurde dafür bestraft). Seine Rolle als VS-Agent kam erst im Herbst 1980 zur Sprache, als der Prozeß gegen Otte begann.

Die zuständigen Behörden allerdings waren weniger „überrascht" von dem, was Lepzien im Prozeß alles enthüllte. Empört waren sie allein über die Tatsache, daß Lepzien zugab, er sei VS-Agent. Lepzien wurde zwar zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, blieb aber auf freiem Fuß und meldete sich im Sommer 1981 in einem Leserbrief in der Nazi-Presse zurück: Es tue ihm leid, daß er ausgesagt habe, er gehöre aber immer noch zu ihnen.

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung nächste Seite

Ahmed Famili und der 20. Oktober

Als am 20. Oktober 1981 5 schwerbewaffnete Nazis vom Haus des VSBD-Chefs Busse in München losfuhren, angeblich um einen Banküberfall zu unternehmen, war die Polizei längst informiert. Schon seit langem hatte sie den ehemaligen iranischen Drogenhändler Ahmed Famili als Untermieter in das Haus von Busse einquartiert, und es war Famili gewesen, der dem Quintett auf Anweisung seiner Agentenführer das Auto besorgt hatte, mit dem sie losfuhren. Die 5 fuhren in eine vorbereitete Polizeifalle, die so angelegt war, daß der Tod mehrerer Nazis von vornherein einkalkuliert war. Daß dabei ein Polizist von seinen Kollegen schwer verletzt wurde – die Nazis gaben keinen einzigen Schuß ab – spricht nur für den Zynismus der verantwortlichen Stellen.

Ahmed Familis Rolle – ein Chef-
nen einzigen Schuß ab – spricht nur für den Zynismus der verantwortlichen Stellen.

Ahmed Familis Rolle – ein Chef-Nazi wird wohl ohne „Referenzen" keinen Untermieter aufnehmen, und erst recht keinen Ausländer – wurde von der Polizei verschwiegen. Raus kam die Sache erst, als Famili seine Geschichte vermarkten wollte und die Polizei ihm die geforderten 30.000,- DM nicht geben wollte.

So unklar die wahre Rolle Familis innerhalb der VSBD bisher auch geblieben ist, so scheint doch unwahrscheinlich, daß er die einzige Verbindungsstelle der Behörden zu Busses Bande gewesen sei. So sprach Bundesanwalt Rebmann unmittelbar nach der Schießerei von einer koordinierten Aktion – was ja auf vorheriges Wissen mehrerer Dienststellen schließen läßt. Möglich sind dabei mehrere Versionen:

1. Obwohl per Haftbefehl gesucht, lebte der dann in München erschossene Ludwig Uhl völlig offen in Paris – mehrere Interviews mit ihm waren in Illustrierten erschienen. Der VS oder das BKA waren also über Uhl bestens informiert, zudem nur kurz vor dem 20. Oktober das Bundesinnenministerium Uhl als Autor in NSDAP-Zeitschriften (Pseudonym: Werdink) orten konnte.
2. Der am 20. Oktober festgenommene Peter Hamberger war wenige Monate zuvor aus dem Libanon zurückgekehrt und hatte vor der Staatsanwaltschaft seinen damaligen Chef Hoffmann schwer belastet; auch mehrere andere Nazis, darunter Arndt Marx, waren für den geplanten Überfall vom 20. Oktober angeworben worden, hatten aber abgelehnt. Es ist durchaus möglich, daß aus diesem Kreis ein oder mehrere Informanten gekommen sind. Speziell gegen Hamberger scheint sich in der Nazi-Szene der Vorwurf des Verrats festgesetzt zu haben.

Merkwürdiges um Armin Peil

Diese bekannt gewordenen Fälle von eindeutigen VS- und anderen Agenten bei den Nazis werden ergänzt durch eine Reihe weiterer zwielichtiger Gestalten, deren Zuordnung nur sehr schwer möglich ist. Als Beispiel für diese Art merkwürdiger Figuren sei hier der „Fall Armin Peil" genannt:

Armin Peil (36) aus Peine ist bekannt aus der JN/NPD-Szene in Hannover (bis 1977). Bald zählte er auch zur Otte-Bande aus Braunschweig, die Sprengstoffanschläge plante und durchführte. Ebenfalls war er Mitglied eines „Kuratoriums zur Förderung historischer Waffen"(„Neue Presse", 14.2.80), eine Organisation, die sich der Beschaffung von Waffen (auch von der Bundeswehr!) widmete („konkret" 5/79, S.23).

Aus bisher unbekannten Gründen tauchte Peil 1977/78 unter. Unterschlupf fand er bei der Tönninger NS-Gruppe. Ende 78/Anfang 79 sind Peil und Eisermann gemeinsam nach Südtirol gefahren, um sich Waffen zu besorgen. Diese (zwei Pistolen) wurden später bei Eisermann auf Hinweis von Peil gefunden. Auf dem Rückweg über Wien war Peil an einer NS-Sprühaktion beteiligt. Peil war es auch, der mit Töpke den Klau von Nato-Papieren organisierte und bei den damit verbundenen Erpressungsversuchen seine Finger im Spiel hatte. Ebenfalls war er mit von der Partie, einen Sprengstoffanschlag vorzubereiten. Festzustellen bleibt, daß Peil in der Bande nicht gerade eine passive Rolle gespielt hat, um es vorsichtig auszudrücken.

Sein Motiv als „Aussteiger" oder "Überläufer" bleibt im Dunkeln: Zum einen soll er Schulden gehabt und sich deswegen erhofft haben, beim Verkauf von Informationen an die „konkret" Geld zu bekommen, zum anderen will er bei der Planung des Anschlages erkannt haben, daß der Nazi-Weg nicht der richtige ist.

Wie dem auch sei – fest steht, daß Peil trotz seiner aktiven Rolle in beiden Fällen nicht angeklagt wurde, sondern „Kronzeuge" wurde.

Ebenfalls nicht unerwähnt bleiben soll seine eigene Angabe, Kontakte zum Verfassungsschutz gehabt zu haben. Er habe Informationen zu dem

soll seine eigene Angabe, Kontakte zum Verfassungsschutz gehabt zu haben. Er habe Informationen zu dem

Komplex Otte-Lepzien angeboten. Fest steht wiederum, daß Peil im „Otte-Prozeß" am 17.10.80 gegen Eisermann, Otte und Lepzien ausgesagt hat. Peil ließ Anfang 1980 noch eine andere Gesellschaft auffliegen: das oben bereits erwähnte „Kuratorium ...". Bei drei Mitgliedern wurden Hausdurchsuchungen durchgeführt und auch Waffen gefunden („NP", 14.2.80).

Während Peil immerhin noch selbst von sich behauptet, VS-Agent zu sein, werden in weiteren „merkwürdigen Fällen" die Verhältnisse noch komplizierter:

Da kommen im Juni 1981 erst 4, dann auf unterschiedlichen Wegen weitere 5 Neonazis aus dem Libanon zurück. Sie werden von der Bundesanwaltschaft vernommen und aufgrund ihrer Aussagen wird ein Haftbefehl gegen Hoffmann erlassen, wegen „terroristischer Vereinigung". Dieser Haftbefehl wurde zwar in der Zwischenzeit vom BGH aufgehoben, doch keiner der 9 wurde wegen seiner unzweifelhaften Mitgliedschaft in eben dieser „Wehrsportgruppe Hoffmann - Libanon" mehr als nur kurzfristig in Haft genommen oder anderweitig belangt. Immerhin – und das scheint über die Existenz der Gruppe hinaus Fakt zu sein, wurde im Libanon der Nazi Kai-Uwe Bergmann von seinen Kumpanen ermordet! Einer dieser Rückkehrer, Peter Hamberger, taucht dann wieder als Aktivist bei der VSBD auf; der erste Anschlag mit ihm mißlingt und Hamberger selbst sieht sich dem Vorwurf des Verrats ausgesetzt. Auch Odfried Hepp, ebenfalls einer der Libanon-Heimkehrer, gehört zu diesem Kreis „dubioser" Fälle:

Nur wenige Monate nach seiner Aburteilung im Oktober 1981 ist er wieder auf freiem Fuß. In einem Brief Hoffmanns aus dem Knast schließlich wird einer dieser Libanon-Heimkehrer – vermutlich Arndt Heinz Marx – als Chef des dortigen WSG-Camps bezeichnet, der verantwortlich gewesen sei für die Ereignisse dort, d.h. den Mord an Kai-Uwe Bergmann.

Nimmt mensch all diese Fälle von direkten Agenten irgendwelcher Dienste zusammen, berücksichtigt dann noch all die Fälle a la Armin Peil und all die, in denen zentrale Figuren der Nazi-Szene unter merkwürdigen Umständen zwar in Haft genommen, aber nicht effektiv verurteilt (Hamberger/Hepp usw.) wurden, so drängt sich zwingend die Frage auf, welches Spiel hier von Seiten der Ermittlungbehörden eigentlich getrieben wird. Es ist heute davon auszugehen, daß die verschiedenen Dienste einen in der Tat umfassenden Einblick in die terroristische Nazi-Szene haben, und daß dieses Wissen aus einer äußerst dubiosen Grauzone von VS-Mitarbeitern, Informanten und ähnlichen Grenzgängern zwischen Nazi-Terroristen und staatlichen Stellen gespeist wird. Diese Grauzone weiter aufzudecken wird eine zentrale Aufgabe aller Antifaschisten sein.

Was wird mit WSG-Chef Hoffmann?

Seit Mitte Juni 1981 sitzt Karl-Heinz Hoffmann, Chef der „WSG-Hoffmann", in Untersuchungshaft. Er war zusammen mit seiner Freundin Franziska Birkmann festgenommen worden, als mehrere seiner Anhänger, darunter Odfried Hepp und Peter Hamberger, aus dem Libanon zurückgekommen waren und ihn in Aussagen noch in der Beiruter BRD-Botschaft belastet hatten.

Hoffmann selbst spricht von insgesamt 9 Personen, die – aus dem Libanon zurückgekehrt – ihn nun belasten würden.

Gegen Hoffmann und Franziska Birkmann waren gleich zwei Haftbefehle erlassen worden. Der eine wegen des Mordes an dem jüdischen Verleger Shlomo Levin und dessen Lebensgefährtin Frida Poeschke im Dezember 1980 in Erlangen; der andere lautete gegen Hoffmann auf Gründung einer terroristischen Vereinigung und bezog sich auf eben die Gruppe von WSG-Anhängern, die unter Hoffmanns Regie sich im Libanon ausbilden ließ.

In diesem Zusammenhang entschied nun der Bundesgerichtshof, daß diese Haftbefehle außer Kraft zu setzen seien. Eine Anklage wegen § 129a StGB (terroristische Vereinigung) sei nur dann zulässig, wenn zumindest eine „Teilorganisation" auf westdeutschem Boden existiere. Dies aber sei bei der „Wehrsportgruppe Hoffmann/Auslandsorganisation" nicht der Fall. Nun ist es zwar eindeutig so, daß eine „Teilorganisation", eben Hoffmann, Birkmann und Behrendt (siehe unten) in der BRD organisiert tätig war , aber vor deutschen Gerichten ist eben vieles möglich.

Nach wie vor aufrechterhalten wird der Haftbefehl gegen Hoffmann wegen Beteiligung am Erlanger Doppelmord: Unumstritten ist mittlerweile, daß am Tatort eine Brille von Franziska Birkmann gefunden worden ist und daß die tödlichen Schüsse aus einer Pistole der WSG kamen.

Von Hoffmann und Birkmann wird dazu jetzt die Version aufgetischt, daß die Morde ohne ihr Wissen von Uwe Behrendt verübt worden seien; Behrendt habe zur fraglichen Zeit bei Hoffmann gewohnt, dort sei auch der Schalldämpfer gebaut worden; die Tat aber sei von B. allein ausgeführt worden.

Hoffmann selbst war aber noch in der Mordnacht gemeinsam mit Behrendt in einer Kneipe gesehen worden. Da – so Hoffmann – habe Behrendt ihm die Tat gestanden und er habe ihm mit einer größeren Summe zur Flucht in den Libanon verholfen.

Somit scheint alles darauf hinzudeuten, daß Hoffmann auch in diesem Verfahren mit einem blauen Auge davonkommen wird (Verdunkelung, Fluchthilfe etc.).

Wo Behrendt sich zur Zeit aufhält, ist unklar. Vermutungen gehen dahin, daß er (ebenso wie zwei weitere mittlerweile festgenommene WSG-Hoffmann/AO-Mitglieder) sich in Italien aufhält.



Kontaktadressen

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1

Lübeck
Postlagerkarte 082 314 A
24 Lübeck 1

Ostholstein
(Eutin, Plön, Malente)
Postamt Eutin
Postlagerkarte A 022853
2420 Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Bremerhaven
KB c/o arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel.: 0471/47597

Bremen

B. Möller
Postfach 103141
28 Bremen 1

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig

Emden
Postlagerkarte 0674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte 019182
3200 Hildesheim

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890

Postlagerkarte 019182
3200 Hildesheim

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890

314 Lüneburg

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Bielefeld
Vertriebsbüro
Buddestraße 9
48 Bielefeld

Bochum
Postlagerkarte A 056011
463 Bochum

Dortmund
KB c/o Bücherstube
Große Heimstraße 62
46 Dortmund 1

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Köln
KB/Gruppe Köln
c/o BULI-Büro
Jülicher Straße 22
5000 Köln 1

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006 745
4050 Mönchengladbach

Münster
Postlagerkarte Nr. 029033 B
4400 Münster

Darmstadt
Hauptpostlagernd
Postlagerkarte Nr.: 018640 B
61 Darmstadt

Frankfurt
S. Lissner
Rödelheimer Str. 13
6 Frankfurt 90

Kassel
Florian Rohs
Kirchweg 77
3500 Kassel

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz
c/o Kommunistischer Bund
Wilhelmstraße 15

Heidelberg
Postlagerkarte 071089 A
Postamt Leimen

Karlsruhe
Postlagerkarte 053599 B
75 Karlsruhe

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
85 Nürnberg

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg

Trier
Postlagerkarte Nr. 031078 B
5500 Trier

Redaktion des ARBEITERKAMPFES
Lindenallee 4
c/o Hamburger Satz- u. Verlags-Kooperative GmbH
2000 Hamburg 19
Redaktion: 040/43 53 20
Abonnement-Verwaltung: 040/43 53 46

Gegen Ausländerfeindlichkeit:
Der Widerstand organisiert sich

Über 4.000 Menschen kamen am 30. Januar in Hamburg trotz strömenden Regens zusammen, um gegen die neuesten ausländerfeindlichen Erlasse des Hamburger Senats zu demonstrieren. Der Senat hatte – ebenso wie die meisten anderen Länderregierungen – Ende letzten Jahres drastische Einschränkungen für den Familiennachzug von Ausländern verfügt (s. AK 217, S. 7). Desweiteren soll nun auch in Hamburg dazu übergegangen werden, Asylbewerber in „Sammellagern" zu internieren.

Zu der Hamburger Aktion aufgerufen hatte ein für bisherige Verhältnisse einmalig breites Bündnis ausländischer und westdeutscher Organisationen, Vereine, Initativen usw., das sich Ende letzten Jahres gebildet hatte und bis zur Demonstration noch erheblich anwuchs. Zuletzt hatten über 60 (!) Gruppen den Aufruf unterzeichnet; während auf ausländischer Seite insbesondere türkische und spanische Organisationen und Initiativen stärker vertreten waren, hatten auf westdeutscher Seite u.a. die Alternative Liste, die Grünen, KB, DKP, VVN, SB, Gruppe „Z" usw. aufgerufen.

Abwesend blieben, mit Ausnahme des Ausländerausschusses der GEW, der Hamburger DGB und die ihm angeschlossenen Einzelgewerkschaften. Während der DGB für den gleichen Tag zu einer vergleichsweise schwach besuchten Polen-„Solidaritäts"-Demonstration aufgerufen hatte (mit Bürgermeister v. Dohnanyi und CDU-Leisler-Kiep), wurde die Ausländer-Demonstration von dieser Seite schlichtweg ignoriert. Die IG Metall, die auf Initiative spanischer Kollegen durch das Aktionsbündnis schriftlich zur Teilnahme aufgefordert worden war, hielt es nicht einmal für nötig, ihre Ablehnung offiziell zu begründen ...

Eine Woche zuvor hatte eine Veranstaltung des Aktionsbündnisses stattgefunden, die mit ca. 600 mehrheitlich ausländischen Teilnehmern ebenfalls gut besucht war. Allerdings zeigten Veranstaltung wie auch Demonstration, daß – ungeachtet des breiten Unterzeichnerkreises – bislang nur ein geringerer Teil der westdeutschen demokratischen und linken Bewegung bereit ist, sich auch aktiv gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus zu engagieren. Insofern sind die gelaufenen Aktionen auch nur als ein e r s t e r – wenn auch gelungener – Schritt hin zum Aufbau einer breiten Front gegen die Ausländerunterdrückung zu werten.

Das „Deutsch-ausländische Aktionsbündnis" in Hamburg wird in diesem Sinne weiterarbeiten. Als nächstes ist u.a. die Veröffentlichung eines „Offenen Briefes" an den Senat geplant, der als Anzeige in einer nächstes ist u.a. die Veröffentlichung eines „Offenen Briefes" an den Senat geplant, der als Anzeige in einer Hamburger Tageszeitung erscheinen soll. Das „Deutsch-ausländische Aktionsbündnis" trifft sich jeden Montag um 19 Uhr in den Räumen der AWO, Nernstweg 32 in Hamburg-Altona.

Andernorts tut sich ebenfalls einiges gegen die um sich greifende Ausländerfeindlichkeit: So demonstrierten in München am 6.2. über 2.000 Menschen gegen die neuen Ausländererlasse; in Kiel will ein Aktionsbündnis für den 27.2. ebenfalls zu einer Demonstration aufrufen.



Auf Initiative verschiedener in der Ausländerarbeit tätiger Verbände, u.a. VIA (Verband der Initiativgruppen in der Ausländerarbeit e.V.) und IAF (Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten deutschen Frauen e.V.), wurde für den Frühsommer die Vorbereitung eines bundesweiten Ausländerkongresses in Angriff genommen. Desweiteren ist in diesem Kreis, dem zahlreiche weitere Gruppen angehören, eine nationale Demonstration für den Herbst im Gespräch.

Die Koordination für die weitere Vorbereitung hat die IAF übernommen. Das nächste Vorbereitungstreffen findet am 6. März in Frankfurt statt. Weitere Einzelheiten sind zu erfragen bei:
IAF, Tiberiusstraße 50,
6000 Frankfurt 50,
Tel.: 0611 73 78 98

AG Ausländer



Auch in München demonstrierten über 2000 Menschen

Frankfurt: Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit gegründet

Ende Januar fand in Frankfurt ein erstes Koordinierungstreffen ausländischer und westdeutscher Initiativen und Organisationen statt, woran sich rund 150 Menschen beteiligten.

„Ausländerpfarrer Leuninger wies in seinem Einstiegsreferat darauf hin, daß die neue Ausländerpolitik der Bundesregierung der NPD ‚den Wind aus den Segeln nimmt', was heißt, daß sie inzwischen ähnlich schlimme Ansichten vertritt wie die NPD. Die Medien tragen diese Ausländerpolitik mit, indem sie die Volksmeinung durch tendenzielle Berichterstattung dahingehend beeinflussen, daß ein verschärftes ausländerfeindliches Klima entsteht. Personen und Organisationen, die sich für die ausländische Bevölkerung einsetzen, haben kaum eine Möglichkeit, sich gegen diese Entwicklung zur Wehr zu setzen. Die neue politische Richtung wird von Politikern legitimiert, die sie zwar nicht wollten, aber durch ihr Zögern, eindeutig für die Ausländer Stellung zu beziehen, mitverursacht haben. Fazit: Die augenblickliche Lage in der Bundesrepublik gleicht in erschreckendem Maße der von 1933" (aus der öffentlichen Erklärung).

Beschlossen wurde, in Hessen eine Informationsbörse aufzubauen (in Zusammenarbeit mit der IAF und dem „Initiativausschuß ausländischer Mitbürger in Hessen"). Dringend wurde zum Aufbau eines breiten Bündnisses aller aufgerufen, die gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit eintreten, ungeachtet unterschiedlicher sonstiger politischer Anschauungen.

Für die zweite Hälfte des Jahres 1982 wird eine überregionale Demonstration geplant, die einen deutlichen Bezug auf 1933 nehmen wird.

E., KB-Gruppe Frankfurt

(Für die Frankfurter Leser/innen: das nächste Treffen findet am 6. März um 15 Uhr statt, Ort: Bürgerhaus Riederwald, Max Hirsch Str. 34).

*Gerard Metselaar —
Marcel van Herpen*

Die NATO-„Nachrüstung"

Etappe auf dem Weg zu einer europäischen Atommacht?



Westdeutschland wird wieder in die Gemeinschaft der Völker aufgenommen (Karikatur von Opland aus „De Groene Amsterdammer" vom 8.1.1955)

Teil 1: Das Unvermögen der Bündnispartner

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges hat es mehrere Versuche gegeben, ein selbständiges europäisches Verteidigungssystem herauszubilden. Diese Versuche sind jedoch bisher sämtlich gescheitert; teils weil sie mit USA-Interessen kollidierten, im wesentlichen aber weil die Initiatoren dieser Versuche fürchteten, daß die BRD im Rahmen eines europäischen Verteidigungssystems die Mitverfügung über Atomwaffen erlangen könne.

Mit dem jetzigen „Nachrüstungs"beschluß ist die BRD nach Auffassung der Autoren dieses Artikels, Gerard Metselaar und Marcel van Herpen, in ihrem Bemühen, selbst über Atomwaffen verfügen zu können, einen wesentlichen Schritt weiter gekommen.

Im ersten Teil ihres Artikels (in diesem AK) stellen die Autoren die Bestrebungen zur Bildung einer übernationalen europäischen Verteidigungsgemeinschaft dar und die Versuche, eine französisch-deutsche bzw. französisch-britische Atommacht (als Kern einer europäischen Verteidigung) zu bilden. Im zweiten Teil des Artikels (im nächsten AK) behandeln die Autoren den Versuch zur Bildung einer britisch-westdeutschen Atommacht sowie die Rolle, die die „Nachrüstung" für die Herausbildung einer Atommacht BRD spielen kann.

Der Artikel erschien erstmals in der niederländischen Universitätszeitung „intermediair" (am 11. u. 18.12.81). Wir danken den Autoren, Marcel van Herpen und Gerard Metselaar, sowie der Redaktion von „intermediair" für die freundliche Genehmigung zur Übernahme dieses Artikels in den ARBEITERKAMPF.

Die Frage, ob Europa eine gemeinsame Verteidigung haben soll, datiert schon aus der Periode nach dem Zweiten Weltkrieg. Die westeuropäischen Länder hatten aus der jüngsten Geschichte die Lehre gezogen, daß keines von ihnen in der Lage war, sich aus eigener Kraft gegen eine Geschichte die Lehre gezogen, daß keines von ihnen in der Lage war, sich aus eigener Kraft gegen eine Aggression von außen zu verteidigen. 1948 schließen Großbritannien, Frankreich, die Niederlande, Belgien und Luxemburg den **Vertrag von Brüssel**, womit sie eine einheitliche militärische Vertragsorganisation gründen, die die fünf teilnehmenden Länder zu a u t o m a t i s c h e m militärischen Beistand verpflichtet, wenn eines von ihnen angegriffen werden würde. Der Vertrag war vor allem darauf gerichtet, ein Wiederaufleben des deutschen Militarismus zu verhindern.

> **Marcel van Herpen** (1945) studierte Soziologie an der Katholischen Universität Nijmegen. Er ist Stabsmitarbeiter beim Europahuis in Nederland te Cadier en Keer und Mitarbeiter der Wochenzeitung „De Groene Amsterdammer". Van Herpen ist Mitglied der Auslandskommission der sozialdemokratischen Partei (PvdA) und Mitglied des PvdA-Komitees gegen die Berufsverbote.
>
> **Gerard Metselaar** (1952) studierte Soziologie an der Vrije Universiteit Amsterdam und war bis April 1981 bei der Tageszeitung „NRC Handelsblad" tätig. Er ist jetzt wissenschaftlicher Mitarbeiter der Fachgruppe Internationale Beziehungen am Politologischen Institut der Katholischen Universität Nijmegen.

Im folgenden Jahr – am 4. April 1949 – wird die **Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft** (NATO) gegründet. Dies bedeutet nicht nur, daß die westeuropäischen Länder zu ihrer Verteidigung dauerhaften Schutz bei den Vereinigten Staaten suchen, sondern auch, daß der Schwerpunkt der Zusammenarbeit bei der Verteidigung verlegt wird. Ungeachtet der kurzen Zeitspanne, die zwischen beiden Verträgen liegt, sind die ihnen zugrunde liegenden Motivationen sehr verschieden. Der Vertrag von Brüssel war ein rein europäischer Vertrag, der gegen Deutschland gerichtet war; das Atlantische Bündnis hingegen richtete sich gegen die Sowjetunion.

Übernational

Übernational

Die Perspektive einer autonomen europäischen Verteidigung war damit nicht von der Tagesordnung verschwunden. Nach dem Ausbruch des Korea-Krieges 1950 übten die Amerikaner starken Druck aus auf die europäischen Bündnispartner, die Bewaffnung der Bundesrepublik zuzulassen. Nach anfänglichem Widerstand der Franzosen erklärt sich der NATO-Ministerrat am 16. September 1950 einverstanden. Frankreich lanciert kurz darauf den sogenannten Pleven-Plan für die Gründung einer **Europäischen Verteidigungsgemeinschaft** (EVP), in die die neu zu gründenden westdeutschen Streitkräfte aufgenommen werden müßten. Um von Anbeginn jede Form eines westdeutschen militärischen Alleingangs auszuschließen, muß diese Europäische Verteidigungsgemeinschaft einen ü b e r n a t i o n a l e n Charakter erhalten. Kein einziges der teilnehmenden Länder (lies: die Bundesrepublik Deutschland) darf mehr die Möglichkeit haben, sich unabhängig von den anderen – und evenutell auch gegen die anderen – in militärische Abenteuer zu stürzen.

Weil auch Frankreich sich diesem „Ausverkauf der nationalen Souveränität" unterwerfen mußte, schlossen Gaullisten und Kommunisten im französischen Parlament einen Monsterverband und stimmten am 30. August 1954 gegen die Antrag, die Ratifizierung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft zu behandeln. Dies bedeutete jedoch in keiner Weise, daß auch die Pläne für eine deutsche Wiederbewaffnung aus dem Weg waren. Unter amerikanischem Druck wurde 1955 die **Bundeswehr** gegründet. Im selben Jahr trat die Bundesrepublik – zusammen mit Italien – in die NATO ein.

Jetzt ist die NATO eine i n t e r g o u v e r n e m e n t a l e Organisation (Organisation zwischen Regierungen - Anm. des Übers.), in der die Mitgliedsstaaten letztendlich die vollständige Souveränität über ihre nationale Verteidigung behalten. Gerade wegen dieses intergouverne mentalen Charakters, der zu wenig Garantien gegen einen westdeutschen Alleingang bot, hatte die französische Regierung den Pleven-Plan lanciert. Um doch noch einigermaßen den französischen Beschwerden entgegenzukommen, wurde auf Antrag der Briten der Vertrag von Brüssel aus der Mottenkiste geholt. Der mit diesem Vertrag geschaffene Verband wurde durch die Verträge von Paris vom 23. Oktober 1954 zur **Westeuropäischen Union** (WEU) umgebildet, in die auch die Bundesrepublik und Italien sofort eintraten. Der westdeutsche Bundeskanzler Adenauer beantwortete die französischen Bedingungen für die Zulassung zur WEU – ein Verbot der Produktion aller Waffen in der Bundesrepublik – mit dem Angebot zu freiwilliger Enthaltung von der Produktion atomarer, biologischer und chemischer Waffen (ABC-Waffen).

Dies war der Preis, den Bonn bezahlen wollte für die Aufhebung des inländischen Besatzungsregimes und für die militärische Integration in den westeuropäischen und den atlantischen Verband. Daneben mußte sich Bonn vorerst noch strengen militärischen Beschränkungen unterwerfen, deren meiste inzwischen aufgehoben sind. Die Produktion von Langstrekkenraketen und strategischen Bom- deren meiste inzwischen aufgehoben sind. Die Produktion von Langstrekkenraketen und strategischen Bom-bern ist jedoch bis zum heutigen Tag für die Bundesrepublik verboten. Adenauer zufolge war der Preis, den er für den Eintritt in die WEU zahlen mußte, niedriger als bei der EVP, obschon die angestrebten Ziele gleich waren: das wiederbewaffnete Westdeutschland im Zaum zu halten (1).

Nach dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft ist das Thema Verteidigungs-Zusammenarbeit jahrelang tabu gewesen. Das Europa der Sechs konzentriert sich auf wirtschaftliche Zusammenarbeit, zuerst in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und von 1958 an auch in der EEG. Der EEG-Vertrag zählt Verteidigungsangelegenheiten ausdrücklich zu den nationalen Kompetenzen, die nicht Gegenstand des Vertrages sind.

Erst 1961 lanciert Frankreich erneut einen Plan für die politische und militärische Einigung von Westeuropa, den **Fouchet-Plan**. Unter ausdrücklicher Wahrung der nationalen Selbständigkeit sollte man sich innerhalb eines S t a a t e n b u n d e s zur Entwicklung einer gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik verpflichten. Unterstützt von seinem belgischen Kollegen Spaak bekam der niederländische Außenminister Luns den Antrag vom Tisch, indem er die Forderung stellte, daß Großbritannien in die Beratungen einbezogen werden müsse und daß eine europäische Verteidigungs-Zusammenarbeit nicht zu Lasten des NATO-Bündnisses gehen dürfe.

Vergebliche Bemühungen

In den sechziger Jahren ist die Möglichkeit einer übernationalen westeuropäischen Verteidigung weiterhin nicht Gegenstand der Debatte. Nur der belgische Premier Tindemans plädiert 1976 in seinem Rapport „De Europese Unie" („Die Europäische Union" - Anm. d. Übers.), den er im Auftrag der EG-Regierungsführer zusammengestellt hat, öffentlich für ein europäisches Zusammengehen auf dem Gebiet der Verteidigung. Außer im Europäischen Parlament fallen seine Bemühungen auf unfruchtbaren Boden. So nimmt das Parlament 1978 einen Rapport über die Koordinierung der europäischen Waffenproduktion von dem westdeutschen Christdemokraten Klepsch an, in dem Tindemans Antrag zur Gründung eines EG-Büros für Bewaffnung übernommen wird. Klepschs Vorhaben hingegen, dem EG-Ministerrat einen ständigen Verteidigungsstab hinzuzufügen, gelang nicht.

Ein anderes europäisches Forum, in dem die gleiche Diskussion geführt wurde, ist die **Parlamentarische Versammlung der WEU**. Hier plädierte im Juni 1979, direkt nach den ersten Wahlen zum Europäischen Parlament, der niederländische christdemokratische Ex-Staatssekretär für Verteidigung, Mommersteeg, für eine jährliche Beratung über Verteidigungsangelegenheiten zwischen WEU-Versammlung und Europäischem Parlament. Der Vorsitzende der WEU-Versammlung, der westdeutsche Christdemokrat Kai-Uwe von Hassel – der in seiner Eigenschaft als Parlamentsmitglied früher eine ebensolche Beratung empfohlen hatte – meinte bei derselben Gele- schaft als Parlamentsmitglied früher eine ebensolche Beratung empfohlen hatte – meinte bei derselben Gele-genheit, *„daß das Europäische Parlament und die WEU-Versammlung einander ergänzen müßten"* (2). In einem Rapport für die Westeuropäische Union (3) machte er im Herbst 1980 ebenfalls den Vorschlag, daß alle derzeitigen und zukünftigen Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft in die WEU eintreten sollten. (Momentan sind Dänemark, Irland und Griechenland sowie die EG-Kandidaten Spanien und Portugal nicht Mitglied der WEU). Die zivile EG sollte auf diese Weise eine militärische Entsprechung bekommen.

Als militärische Organisation hat die WEU potentiell eine größere Reichweite als der europäische Zweig der NATO. Erstens ist Frankreich Mitglied der WEU, nicht aber Teil der militärischen Organisation der NATO in Europa, wodurch diese im Unterschied zur WEU-Struktur in zwei geografisch getrennte Flanken auseinanderfällt. Zweitens enthält der WEU-Vertrag im Gegensatz zum NATO-Vertrag die Verpflichtung zu automatischer militärischer Beistandsleistung. Über seine Absichten läßt von Hassel in dem Rapport keinen Zweifel bestehen. Der Austausch von WEU- und EG-Parlamentariern muß *„am Ende dieser Dekade deutlich zu einem Aufgehen der beiden Versammlungen in einem einzigen europäischen Parlament führen, das fähig ist, das wirkliche Parlament eines Europas zu sein, das seine Geschicke meistert. Der gegenwärtige Vorschlag ebnet den Weg für diese Lösung"* (i. Orig. engl. - Anm. d. Übers.).

Das deutsche Problem

Als wie realistisch muß nun die Option auf eine übernationale europäische Verteidigung eingeschätzt werden? Noch abgesehen von der Frage, ob es wünschenswert ist, daß ein solcher europäischer Verteidigungsapparat entsteht, ist eine solche Entwicklung auch sehr unwahrscheinlich. Selbst wenn die Europäische Verteidigungsgemeinschaft 1954 gegründet worden wäre ist es noch sehr die Frage, ob sie nicht in einem späteren Stadium zum Scheitern verurteilt gewesen wäre, weil dieses Konzept eine weitgehende politische Integration in Form der Europäischen Gemeinschaft unterstellt, wozu Westeuropa in dem Moment noch nicht reif war. Unter heutigen Umständen ist die Gründung einer solchen übernationalen Verteidigung noch viel problematischer geworden. Die Bildung eines übernationalen europäischen politischen Zentrums – eine gemeinsame Regierung eines westeuropäischen Blocks – ist jetzt nämlich noch viel unwahrscheinlicher als in den fünfziger Jahren. Darüberhinaus haben Frankreich und Großbritannien sich inzwischen zu m i t t e l g r o ß e n A t o m m ä c h t e n entwickelt.

Bei den Plänen für eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft zu Beginn der fünfziger Jahre ging es noch ausschließlich um die Integration des k o n v e n t i o n e l l bewaffneten Heeres. Eine ü b e r n a t i o n a l e militärische Integration Europas kann unter den heutigen Umständen jedoch per Definition nicht mehr auf die konventionelle Umständen jedoch per Definition nicht mehr auf die konventionelle Bewaffnung beschränkt bleiben. Man würde dann eine Situation bekommen, die mit einem Zustand vergleichbar ist, in dem die amerikanische Bundesregierung in Washington nur über ein konventionell bewaffnetes Heer verfügen könnte, während die Bundesländer New York und Kalifornien über eigene Atomstreitkräfte verfügen würden.

Der Wunsch nach „Europäisierung" der französischen und britischen Atommacht würde jedoch mehr Probleme hervorrufen als lösen. Erstens sind die Hände der Briten durch ihre Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten auf atomarem Gebiet gebunden, sodaß sie ihre Atommacht nicht ohne amerikanische Zustimmung in einen europäischen „Pool" einbringen können. Zweitens taucht hier sehr konkret das stets vorhandene deutsche Problem wieder auf.

Die Bundesrepublik hat beim Eintritt in die Westeuropäische Union davon abgesehen, eine Atommacht zu werden. Wenn jedoch eine übernationale europäische Atommacht zustande kommt, dann wird auch die Bundesrepublik einen Finger am Atomabzug haben. Manche behaupten sogar, daß dies für die Sowjetunion ein casus belli (Kriegsgrund - Anm. d. Übers.) sein würde. Das mag etwas übertrieben scheinen, in jedem Fall steht fest, daß die direkte Teilnahme der Bundesrepublik an einer europäischen Atommacht das Verhältnis zu Osteuropa, das sehr mißtrauisch ist gegenüber dem westdeutschen Streben nach Wiedervereinigung, schwer belasten würde.

Darüberhinaus würde der Umstand, daß die Bundesrepublik Zugang zu Atomwaffen bekommt, auch von den anderen EG-Mitgliedsstaaten nicht mit ungeteilter Begeisterung begrüßt werden. Anstatt die europäische Sicherheit zu vergrößern würde durch die Gründung einer europäi-

schen Atommacht also gerade eine neue Instabilität entstehen und neue Unsicherheiten würden eingebaut.

Französisch-deutsche Zusammenarbeit

Eine zweite Option, die vor allem in den letzten Jahren stark in die Publizität gekommen ist, ist das Streben nach einer europäischen Verteidigung auf der Basis französisch-westdeutscher atomarer Zusammenarbeit. Im „EG-Magazin" vom April 1979 enthüllte Alfred Frisch, daß der damalige französische Präsident Giscard d'Estaing eine Arbeitsgruppe eingerichtet hatte, die die Möglichkeiten untersuchen sollte, schrittweise eine europäische Streitmacht aufzubauen, einschließlich einer europäischen Atommacht. Als Gründe der Initiative nannte Frisch die großen finanziellen Anstrengungen, die Frankreich für die Modernisierung und Vergrößerung seiner Atommacht unternehmen muß. Als Partner würde Giscard an die kapitalkräftige Bundesrepublik denken, wobei Paris, um Probleme mit anderen EG-Staaten zu vermeiden, die Zusammenarbeit vorläufig außerhalb der EG aufnehmen wollte.

Das erste französische Vorspiel in Richtung einer atomaren Zusammenarbeit mit Bonn datiert vom August 1979. In der Wochenzeitung „Le Nouvel Observateur" bekundeten Alexandre Sanguinetti, Ex-Vorsitzender der Verteidigungskommission des französischen Parlaments und George Buis, Ex-General, daß die force de dissuasion (Abschreckungsmacht - Anm. d. Übers.) für ihr Weiterbestehen in Zukunft finanzieller und technologischer Unterstützung von der Bundesrepublik bedürfe. Von westdeutscher Seite wurde hierauf unmittelbar eingegangen von dem Verteidigungsspezialisten der tonangebenden konservativen „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", der zwei Bedingungen für eine französisch-deutsche Zusammenarbeit formulierte.

Frankreich würde seine exklusive Verfügung über seine Atommacht aufgeben müssen: *„Eine gemeinsame Atomstreitmacht müßte uns am Entscheidungsprozeß beteiligen; ein Element der Abschreckung, das nicht hoch genug eingeschätzt werden kann"* (4). Weiter würde Paris anerkennen müssen, daß die Bundesrepublik einen aktiven Teil der militärischen Organisation der NATO ausmacht. Die französisch-deutsche Zusammenarbeit dürfe *„nicht als Ersatz für die NATO und das amerikanische atomare Engagement begriffen werden. Es wäre eine Ergänzung, eine zusätzliche Hilfe"* (5). Frankreich selbst dagegen würde erneut in die integrierte NATO-Kommandostruktur aufgenommen werden und das Konzept der „Vorwärtsverteidigung" unterstützen müssen durch die Stationierung mit taktischen Atomwaffen

der militärischen Organisation der NATO ausmacht. Die französisch-deutsche Zusammenarbeit dürfe *„nicht als Ersatz für die NATO und das amerikanische atomare Engagement begriffen werden. Es wäre eine Ergänzung, eine zusätzliche Hilfe"* (5). Frankreich selbst dagegen würde erneut in die integrierte NATO-Kommandostruktur aufgenommen werden und das Konzept der „Vorwärtsverteidigung" unterstützen müssen durch die Stationierung mit taktischen Atomwaffen

ausgerüsteter französischer Divisionen auf westdeutschem Boden (6).

Gaullistischer Widerstand

In einer Rede vor dem Institut des Hautes Etudes de Defense National hatte Präsident Giscard schon im Juni 1976 für eine Koordination der französischen Atomstrategie mit dem Aufgabenbereich der taktischen NATO-Atomwaffen in der Bundesrepublik plädiert. Nach den beiden Supermächten war auch Frankreich nun soweit, daß es taktische Atomwaffen herstellen konnte, wodurch die Anzahl atomstrategischer Optionen vergrößert war. Giscard wollte sich nicht mehr auf eine Strategie der massiven Vergeltung festlegen. Eine Meinung, die der De Gaulles geradewegs entgegensteht, der 1964 den Aufbau einer französischen strategischen Atommacht mit der Stationierung amerikanischer taktischer Atomwaffen in der Bundesrepublik gerechtfertigt hatte, die seiner Meinung nach die Gefahr eines Atomkrieges in Europa stark vergrößerte. Zum Schutz des französischen Gebietes vor atomarer Kriegsführung wünschte er eine autonome Vergeltungsmacht und zog seine Truppen aus der europäischen NATO-Organisation zurück.

Die gaullistischen Koalitionspartner von Giscard widersetzten sich daher scharf einer neuen Strategie, die mit auf atomare Kampfwaffen gegründet ist. Sie forderten, daß Frankreich anstelle taktischer Atomwaffen mehr strategische Waffen für eine konsequente Abschreckungspolitik bekommt.

Zwei taktische Atomwaffen, die Frankreich selbständig produziert hat, sind die Neutronenbombe und die Plutonrakete. Bei der Präsentation der Neutronenbombe 1980 erklärte Giscard d'Estaing die französische Atompolitik als spezifisch für die Anwendung in europäischen Nachbarländern. Die Einführung der Waffen erhielt dadurch einen besonderen politischen Akzent, daß die Vereinigten Staaten 1978 von der Stationierung der Neutronenbombe in Europa abgesehen hatten, obwohl es um einen zentralen Bestandteil des „Modernisierungs"-Programms der taktischen NATO-Atomwaffen in Europa ging.

Als 1975 das „Modernisierungs"-Werk der NATO begann, stationierte Frankreich die Plutonrakete, die im Unterschied zur Neutronenbombe als „schmutzige" Waffe bezeichnet wurde. Daher drängt eine Person wie Franz-Josef Strauß auf westdeutsche Mitbestimmung über den Einsatz dieser Schlachtfeldwaffe: *„Im Falle eines Angriffs würden die Franzosen von ihren Atomwaffen Gebrauch machen. Vom deutschen Boden aus und mit Sicherheit bevor die Truppen der Warschauer-Pakt-Staaten zum Rhein vordringen und auf Ziele in der Bundesrepublik. Kann eine Regierung als verantwort-*

als „schmutzige" Waffe bezeichnet wurde. Daher drängt eine Person wie Franz-Josef Strauß auf westdeutsche Mitbestimmung über den Einsatz dieser Schlachtfeldwaffe: *„Im Falle eines Angriffs würden die Franzosen von ihren Atomwaffen Gebrauch machen. Vom deutschen Boden aus und mit Sicherheit bevor die Truppen der Warschauer-Pakt-Staaten zum Rhein vordringen und auf Ziele in der Bundesrepublik. Kann eine Regierung als verantwort-*

lich für Sicherheit und Überleben des eigenen Volkes sich dazu bereit erklären, wenn sie auf diese Vorgänge keinen gleichberechtigten Einfluß hat?", fragte sich Strauß in einem Interview mit „Die Zeit" vom 25. Juni 1976.

Die Angst vor einem westdeutschen Finger am Atomabzug ist jedoch nicht nur in Moskau, sondern auch in Paris noch sehr lebendig. Angesichts der unterschiedlichen Auffassungen, die bei den westdeutschen und französischen Fürsprechern einer Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Atomwaffen bestehen, dürfen die Chancen einer solchen Zusammenarbeit dann auch nicht zu hoch veranschlagt werden. Die französischen Fürsprecher sehen die Bundesrepublik vornehmlich als Mitfinanzier einer vergrößerten und modernisierten Force de Frappe. Als Gegenleistung bietet Frankreich dann eine atomare Garantie an für das Gebiet der Bundesrepublik, sofern diese sich aus der militärischen Organisation der NATO zurückzieht. Die souveräne Verfügungsmacht über die Force de Frappe soll unbeschnitten in französischen Händen bleiben.

Deutsche Forderungen

Die westdeutschen Fürsprecher eines atomaren Arrangements mit Paris sehen die Force de Frappe vorläufig nur als eine Ergänzung der amerikanischen Atommacht – und wollen deshalb die NATO nicht verlassen. Zu einer finanziellen Teilnahme an der Modernisierung der Force de Frappe sind sie bereit, aber dem müssen dann deutliche französische Konzessionen gegenüberstehen, die weitergehen als ein französischer atomarer Schutz des westdeutschen Gebietes. Diese Garantie mag zwar zuverlässiger scheinen als die der Vereinigten Staaten, da Frankreich und die Bundesrepublik nicht geografisch voneinander getrennt und dadurch bei einem eventuellen bewaffneten Konflikt in Europa im Guten wie im Bösen miteinander verbunden sind, dennoch hat die französische Atommacht eine viel geringer abschreckende Wirkung.

Die Glaubwürdigkeit der französischen atomaren Abschreckung ist nur dem Bestehen des amerikanisch-sowjetischen ABM-Vertrages zu danken, in dem die Supermächte darauf verzichtet haben, Anti-Raketenraketen („anti-ballistic missiles") zu stationieren, die wegen der Massivität der gegenseitigen Abschreckung („overkill") sinnlos geworden waren. Gegenüber einer beschränkten französischen Atommacht würde eine solche Abwehr jedoch ihren Sinn haben. Westdeutsche Fürsprecher der Zusammenarbeit mit Frankreich verlangen weiter die Teilnahme der westdeutschen Industrie an der Entwicklung und Produktion von neuen Atomwaffen, Raketen und Atom-U-Booten. Auch wird gefordert, daß die restriktiven Bestimmungen des erneu-

der gegenseitigen Abschreckung („overkill") sinnlos geworden waren. Gegenüber einer beschränkten französischen Atommacht würde eine solche Abwehr jedoch ihren Sinn haben. Westdeutsche Fürsprecher der Zusammenarbeit mit Frankreich verlangen weiter die Teilnahme der westdeutschen Industrie an der Entwicklung und Produktion von neuen Atomwaffen, Raketen und Atom-U-Booten. Auch wird gefordert, daß die restriktiven Bestimmungen des erneu-

erten Vertrages von Brüssel aufgehoben oder erleichtert werden.

Letztendlich wird die Bundesrepublik mit ihrer untergeordneten und von Frankreich abhängigen Position kein Genügen nehmen können. Ein französisch-westdeutsches atomares Zusammengehen scheint in der nahen Zukunft deshalb wenig wahrscheinlich; die Franzosen werden nicht zulassen, daß die Bundesrepublik einen Finger an den Atomabzug bekommt, schon gar nicht, wenn dieser Abzug der der französischen Force de Frappe ist.

Französisch-britische Zusammenarbeit

Auf den ersten Blick bestehen hier weniger Probleme. Beide Länder haben bereits eine gleichwertige, mittelgroße Atommacht. Sie würden diese zu einer gemeinsamen, integrierten Atommacht zusammenführen können, über die sie paritätisch bestimmen könnten. Weiter haben beide Länder in der internationalen Politik einen vergleichbaren Status als Ständiges Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Darüberhinaus verfügen sie über ein abgegrenztes Territorium, so daß keiner von beiden Gefahr läuft, in eventuelle territoriale Ambitionen des anderen ungewollt hineingezogen zu werden – etwas, das bei der Bundesrepublik mit ihrem Streben nach Wiedervereinigung stets ein unsicherer Faktor bleibt für jeden bilateralen militärischen Verband zur Zusammenarbeit.

Schon zu Beginn der siebziger Jahre plädierten die britischen Autoren B. Burrows und C. Irwin in ihrem Buch „The Security of Western Europe" für ein britisch-französisches atomares Zusammengehen. Sie standen damit nicht alleine, denn auch der Führer des konservativen Schattenkabinetts Edward Heath propagierte zu dieser Zeit eine Fusion der französischen und britischen Atommacht als Kern eines zukünftigen europäischen Verteidigungssystems. Auch der französische Präsident Pompidou schloß eine französisch-britische atomare Zusammenarbeit nicht aus, vorausgesetzt, daß Frankreich nicht in die militärische Organisation der NATO zurückzukehren brauchte. Als Regierungsführer ließ Heath später wissen, daß das Vereinigte Königreich diese Forderung tatsächlich nicht stellen würde. Der amerikanische Präsident Nixon ließ auf einer Spitzenkonferenz mit beiden Regierungsführern im Mai 1973 ebenfalls durchschimmern, daß er einer französisch-britischen Atomwaffen-Vereinbarung wohlwollend gegenüber stünde und keine schwerwiegenden Vorbehalte gegen den französischen Erwerb britischer Kenntnisse von bestimmten amerikanischen Atomgeheimnissen habe. Der gaullistische Altgediente Michel Debre, der damalige französische Verteidigungsminister, sorgte jedoch dafür, daß diese Besprechungen nicht fortgesetzt wurden, indem er öffentlich lautstark gegen die NATO-Strategie der atomaren Abschreckung wetterte.



Dr. Adenauer: „Wir werden nie kapitulieren!" (Karikatur von Opland aus „De Groene Amsterdammer" vom 2.4.1949)

Amerikanischer Schwenk

Die britisch-französische Annäherung entstand aus der Neuorientierung ihrer Atommächte auf eine ausdrücklich europäische Aufgabenstellung. Zuvor galten sie vornehmlich als Symbole nationaler Unverletzlichkeit. Die neue gleichgerichtete Zielsetzung machte innerhalb des beschränkten europäischen Raumes die wechselseitige Abstimmung der atomaren Operationspläne im strikt militärischen Sinne unvermeidlich. Neben den Möglichkeiten operationeller Koordination boten sich auch vielversprechende Chancen für technologische und finanzielle Zusammenarbeit. Ausschlaggebend blieb jedoch die amerikanische Haltung, weil die Vereinigten Staaten zum Aufbau der britischen Atommacht einen entscheidenden Beitrag geliefert hatten. Das Urteil der amerikanischen Regierung über die britischen und französischen Atomstreitmächte lautete 1962 noch: *„gefährlich, teuer, der Veraltung preisgegeben und nicht glaubwürdig als Abschreckungsmacht"* (7). 1974 aber schien diese Haltung verändert zu sein. Die Vereinigten Staaten unterstrichen jetzt die *„eigene Abschreckungsrolle"* der britischen und französischen Atomwaffen (8).

Ungeachtet der fast rituellen Betonung des nationalen Charakters der Force de Frappe hat das europäische

lautete 1962 noch: *„gefährlich, teuer, der Veraltung preisgegeben und nicht glaubwürdig als Abschreckungsmacht"* (7). 1974 aber schien diese Haltung verändert zu sein. Die Vereinigten Staaten unterstrichen jetzt die *„eigene Abschreckungsrolle"* der britischen und französischen Atomwaffen (8).

Ungeachtet der fast rituellen Betonung des nationalen Charakters der Force de Frappe hat das europäische

atomare Modernisierungsproblem auch in französischen Militärkreisen zu einer erneuten Erwägung der Möglichkeiten zur Integration von britischer und französischer Atommacht geführt. So erschien 1979 ein Buch mit dem Titel „Euroshima", verfaßt von einem Wissenschafter und zwei Offizieren des französischen Militärs. Sie plädierten für das Zusammengehen von französischer und britischer Atommacht. Frankreich und Großbritannien würden dann ihren europäischen Bündnispartnern den atomaren Schutz ihrer Territorien anbieten müssen (9).

Daß es hier nicht nur um Ideen geht, die von Wissenschaftlern und militärischen Fachleuten vorgebracht werden, wird aus Äußerungen von Personen aus der Umgebung Giscard d'Estaings deutlich. Hieraus kann man ableiten, daß auch in dem vorigen französischen Regierungszentrum über die Möglichkeiten einer britisch-französischen Zusammenarbeit ernsthaft nachgedacht wurde. So meinte am 25. Januar 1980 Michel Poniatowski, der Sicherheitsberater von Giscard, in einem Interview mit der Zeitung „L'Expansion", daß eine französisch-britische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Atombewaffnung wohl einmal notwendig sein könnte, um sich dem *„Selbstmord der Supermächte"* zu entziehen.

Am 20. Mai 1980 erschien in „Le Monde" ein Artikel eines anderen politischen Geistesverwandten von Giscard, Jean-Francois Pintat, Vize-Vorsitzender der liberal-demokratischen Fraktion im Europäischen Parlament. Pintat plädierte hier für den Aufbau einer europäischen Verteidigung, deren Kern von der französischen und britischen Atommacht gebildet werden sollte. Hierin sei keine aktive atomare Rolle für die Bundesrepublik enthalten. Diese dürfe lediglich die Funktion eines wissenschaftlichen Stand-by und Finanziers einnehmen. Auch von britischer Seite wurde in letzter Zeit mehrfach auf eine solche französisch-britische Zusammenarbeit angespielt, namentlich nachdem die Labour-Regierung von Callaghan der konservativen Regierung unter Margaret Thatcher Platz machen mußte (10).

Vertrag von Nassau

Aber wenn auch der Wille zur Zusammenarbeit auf beiden Seiten in deutlich zunhmendem Maße gegeben ist, bedeutet das noch nicht, daß diese Zusammenarbeit auch einfach zustande kommen kann. Großbritannien ist an einen Vertrag gebunden, den es 1958 mit den Vereinigten Staaten schloß (11). Aufgrund dieses Vertrages erhielt Großbritannien die Verfügung über amerikanischen Spaltstoff und Know-how, wodurch es in schnellem Tempo zu relativ niedrigen Kosten zu einer mittelgroßen Atommacht heranwachsen konnte. Die Kehrseite war jedoch, daß es Großbritannien verboten war, von den Vereinigten Staaten erhaltene Informationen und Spaltstoffe ohne ausdrückliche Zustimmung der Vereinigten Staaten an Dritte weiterzugeben.

Hinzu kommt, daß die britische Atommacht seit dem Vertrag von Nassau vom Dezember 1962 in die Verfügung der NATO gestellt ist. Die Amerikaner hatten Großbritannien zuvor die Skybolrakete versprochen, die aus Flugzeugen abgefeuert werden kann. Als die Amerikaner in letzter Stunde von der Produktion dieser Waffe absahen, kamen der britische Premier MacMillan und Präsident Kennedy in Nassau überein, daß die britische Atommacht die Verfügung über die Polarisrakete erhalten solle, die von Unterseebooten aus abgeschossen wird. Der Umstand, daß diese Polarisraketen feindlichen Angriffen gegenüber fast unverletztlich sind, bedeutete eine wesentliche qualitative Verstärkung der britischen Atommacht.

Sowohl der Umstand, daß die britische Atommacht im NATO-Verband untergebracht ist, wie das Embargo, Spaltstoff und Informationen an Dritte weiterzugeben, das den Briten aufgrund des Vertrages mit den Vereinigten Staaten auferlegt ist, macht eine exklusive französisch-britische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Atomwaffen wenig wahrscheinlich.

Anmerkungen:

(1) Vgl. Konrad Adenauer: Erinnerungen 1953-1955, S.363 f. Stuttgart 1966
(2) zit. n. „NRC Handelsblad", 19.6.79
(3) Summary of the explanatory memorandum on the Future of European Security, prepared by mr. Von Hassel, Rapporteur, 5th September 1980
(4) Adelbert Weinstein: Atomare Signale aus Paris, „FAZ", 30.8.79
(5) ebd.
(6) ders.: Nochmals die Force de Frappe, „FAZ", 7.9.79

Anmerkungen:

(1) Vgl. Konrad Adenauer: Erinnerungen 1953-1955, S.363 f. Stuttgart 1966
(2) zit. n. „NRC Handelsblad", 19.6.79
(3) Summary of the explanatory memorandum on the Future of European Security, prepared by mr. Von Hassel, Rapporteur, 5th September 1980
(4) Adelbert Weinstein: Atomare Signale aus Paris, „FAZ", 30.8.79
(5) ebd.
(6) ders.: Nochmals die Force de Frappe, „FAZ", 7.9.79

(7) US-Verteidigungsminister Robert McNamara in einer Rede am 16.6.62
(8) Vgl. Atlantische Charta vom 26.6.74, die u.a. von Henry Kissinger entworfen wurde
(9) R. Cagnat, G. Doly, P. Fontaine: Euroshima – construire l'Europe de la defense, S.139, Paris 1979
(10) Vgl. M. Thatchers Erklärung in „Le Monde", 4.1.77. S.a. ebd., 21. u. 22.9.80
(11) 1946 wurde von den USA der McMahon Act ausgefertigt, der die Weitergabe von atomarem Know-how an Dritte auf ein Minimum beschränkte. 1954 wurde diese Bestimmung durch den Atomic Energy Act ersetzt, der die Weitergabe an Bündnispartner für die Übung im Gebrauch von Atomwaffen zugestand. 1958 wurde der Atomic Energy Act geändert, wodurch es möglich wurde, spaltbares Material und Informationen für die Produktion von Atomwaffen an verbündete Länder weiterzugeben, die *„substantielle Fortschritte bei der Entwicklung von Atomwaffen erzielt haben"*. Einen Tag später wurde schon ein Vertrag mit Großbritannien geschlossen. Beide Länder beschlossen den Informationsaustausch über die Konstruktion von Atomköpfen und Reaktoren für Atom-U-Boote, während die Vereinigten Staaten Großbritannien einen kompletten Reaktor einschließlich angereichertem Uran lieferten.

Einleitung und Übertragung ins Deutsche: Niederlande-Kommission


Im Westen nichts Neues

Anmerkungen zum „Friedensmanifest"

Zwei Tage vor der Bonner Aktionskonferenz, zu der Vertreter der gesamten Friedensbewegung eingeladen waren, erschien das „FRIEDENSMANIFEST '82", das wir nebenstehend dokumentieren. Da mit diesem Manifest *„politisch und organisatorisch die Richtung"* für die Friedensbewegung angegeben werden soll, mußte es natürlich verwundern, daß von den zahlreich anwesenden Unterzeichnern auf der Bonner Konferenz mit keinem Wort auf dieses Manifest eingegangen wurde und auch dazu geäußerte Kritiken übergangen wurden. Immerhin gehörte mit Volker Deile und Kurt Scharf als Unterzeichner die Spitze von Aktion Sühnezeichen dazu, die Mitausrichter der Bonner Konferenz waren. Josef Leinen, ebenfalls Unterzeichner, vom BBU-Vorstand gehörte zum Kreis der fünf „Moderatoren" der Konferenz.

Es lohnt sich, den Hintergrund mehr zu beleuchten, wenn in dem Manifest z.B. für den Herbst 1982 *„eine zentrale gesamteuropäische Friedenskundgebung"* angekündigt wird, die in England und Holland schon diskutiert wird, aber auf der Bonner Konferenz davon auch bei interessierten Nachfragen nichts zu hören war.

Das Manifest schlägt vor, neben der notwendigen Vielfalt der Aktionen *„von Zeit zu Zeit ausdrucksstarke und zahlenmäßig unübersehbare zentrale Manifestationen"* zu organisieren. Dies unbedingt zu unterstützende Ziel muß aber, wie es auch im Manifest heißt, so erreicht werden, daß **„stets die gemeinsame Sache vor jedes Gruppeninteresse zu stellen"** ist. Daran muß sich auch dieses Manifest messen lassen.

In einem Brief von Andreas Buro und Klaus Vack (SB) an die Mitunterzeichner wird sogar ganz direkt von *„Fraktionierungsgefahren"* für die Friedensbewegung gesprochen und davon, daß *„einseitig oder parteilich ausgerichtete Organisationen ‚das Erbe' "* der großen gemeinsamen Demo vom 10.10. antreten wollten. Doch was sie selbst vorschlagen, ist dann ein ganz platter Fraktionsvorschlag, nämlich daß *„eine Gruppe von Personen von friedenspolitischer Kompetenz und hoher moralischer Autorität ... am ehesten"* in der Lage sei, *„Focus und Ausdruck des Konsens in der Friedensbewegung"* zu werden. Offenbar wollen sie mit diesem *„personalen und politischen Orientierungspunkt ... Initiator einiger weniger zentraler Aktionen"* werden. Beginnen sollte es mit dem Friedensmanifest, dem Aufruf zu zentralen Großkundgebungen (am Ostermontag) und eventuell einer Friedenszeitung. Doch neben der vagen Ankündigung einer internationalen Herbstaktion (s.o.) blieben auch die anderen Ziele in Bonn im Dunkeln. Das Projekt der zentralen Osteraktionsabschlüsse war dann auch schon in Bonn am Ende. Man hatte diesen Vorschlag (der durchaus diskutierenswert war) ganz offensichtlich nicht mit dem KOFAZ (Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit) abgesprochen, das die bislang laufenden dezentralen Planungen wesentlich bestimmt, und lief dann mit diesem Vorschlag in Bonn voll auf. Man könne den jetzt angelaufenen Planungen nicht solche Aktionen „von oben" aufstülpen, erklärte Gunnar Mathiesen (KOFAZ) in Bonn.

Es wäre schlecht für die Friedensbewegung, wenn tatsächlich ein solcher Personenkreis seine Autorität in der Friedensbewegung mißbrauchen wollte, die Frage der „Konsens"-Klärung stellvertretend zu „klären". Da dürfen wir nicht *„alles vermeiden, was nach Organisation riecht"*, (so Vack/Buro), sondern da muß es m e h r Organisierung und Koordinierung geben. Die zahlreiche Kritik an einzelnen Dingen bei der Demo zum 10.10. sollte gerade dazu dienen, daß weniger h i n t e r den Kulissen gezaubert wird, sondern vor der Friedensbewegung diskutierbare Vorschläge gemacht werden. Es wäre zu hoffen gewesen, daß zumindest die Veranstalter der Demo es in Zukunft besser machen würden. Bei Aktion Sühnezeichen war das sogar ausführlicher Gegenstand ihrer Verbandstagung.

Das mit dem Manifest eingeschlagene Verfahren kann sich die Friedensbewegung keinesfalls bieten lassen.

Moratorium bei einseitiger Abrüstung der Sowjetunion?

Es *„muß die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen verhindert werden"*, heißt es in dem Manifest; das ist selbstverständlich derzeit d a s gemeinsame Ziel der Friedensbewegung. Die herrschenden Politiker versuchen deshalb in die Friedensbewegung einen Keil zu treiben, indem ihr nahegelegt wird, dies an einseitige Bedingungen und an Vorleistungen der Sowjetunion zu knüpfen. Im Manifest wird zwar Reagans (und Helmut Schmidts) „Nullösung", d.h. der Forderung nach einseitiger Verschrottung der sowjetischen Mittelstreckenwaffen, eine klare Absage erteilt, aber genau dieser NATO-Gedanke wird trotzdem in einen Moratoriumsvorschlag des Manifests eingeschmuggelt. Es heißt dort: *„Wir schlagen vor, daß die beiden Weltmächte sich bis zum Ende der Verhandlungen auf ein Moratorium verständigen"* (soweit so schön) **„und die Sowjetunion schon im Zuge dieses Moratoriums die Zahl ihrer auf Mittelstreckenraketen montierten Sprengköpfe auf den Stand vom 6.5.1978 verringert. An diesem Tag stellten der Bundeskanzler und der Generalsekretär der KPdSU gemeinsam fest, in Europa gäbe es ein militärisches Gleichgewicht".**

Dieser Vorschlag wurde ursprünglich von Oskar Lafontaine (SPD-Chef im Saarland und auch Mitunterzeichner dieses Manifests) in die Welt gesetzt; damit will er (unter Verzicht auf eine Abstimmung gegen die „Nachrüstung") mit Eppler, Günter Gaus, Ulrich Klose, Klaus Matthiesen und anderen (so lt. FR, 2.2.82) gegen Helmut Schmidt auf dem SPD-Parteitag im April in München antreten (s. dazu Artikel in diesem AK).

Dieser Vorschlag erweckt den Eindruck, als habe die SU seit 1978 zumindest bei den Mittelstreckenwaffen einseitig zu ihren Gunsten aufgerüstet. Nun haben etwa Gerd Bastian (ebenfalls Mitunterzeichner dieses Manifests) und Juso-Vorsitzender Piecyk in einer Broschüre dargelegt, daß auch heute allemal ein Gleichgewicht bei den Mittelstrekkenwaffen besteht, daß die NATO mit ihrer „Nachrüstung" zu einer atomaren Ü b e r l e g e n h e i t im eurostrategischen Bereich rüstet, die die Gefahr eines auf Europa ‚begrenzten' Atomkrieges heraufbeschwört. Auch wenn dies leider nicht im Manifest steht, wird wohl kaum jemand aus dem Unterzeichnerkreis dem offen widersprechen wollen. Andere prominente Rüstungsexperten, wie etwa Anton Andreas Guha, behaupten sogar, daß der Westen *„im Mittelstrekkenbereich, d.h. für die eurostrategische Verteidigung, mehr Sprengköpfe auf Raketen zur Verfügung (hat) als die SU – ohne ‚Nachrüstung' "* (zit. nach „Konkret" 1/82).

Auch auf Breschnew kann sich dieser Vorschlag nicht berufen. Zwar hat Breschnew 1978 in der BRD von einem „Gleichgewicht" gesprochen, ebenso aber 1980 und auch heute wiederum. Er hat lediglich immer wieder angeboten, daß „als Zeichen des guten Willen" beim Zustandekommen eines Moratoriums (1979/ 1980/ und 1981 angeboten) die SU bereit sei, im europäischen Bereich Mittelstreckenbasen zu reduzieren. Die NATO hat dazu vermerkt, daß es ihr nicht ausreiche, weil dann die SU ja immer noch diese Raketen in Reserve halten, bzw. hinter den Ural abziehen könne. Kern ihrer Forderung ist, daß die SU für ein Abkommen zumindest einen Teil ihrer Raketen v e r s c h r o t t e n müsse; darunter laufe nichts. Begründet wird das mit der angeblichen Vorrüstung der SU, da die NATO seit 1979 keine neuen Mitelstreckensysteme installiert habe. Es ist zwar richtig, daß der Großteil der entsprechenden Programme erst (ab 1982) anläuft, aber unterschlagen wird dabei trotzdem einiges: Großbritannien hat bereits ein U-Boot von 3-fache auf 6-fache Mehrfachsprengköpfe umgerüstet (macht 48 Sprengköpfe mehr) , ein zweites ist fast umgerüstet, Frankreich hat ein Atom-U-Boot (das 5.) neu in Dienst gestellt (+ 16 Sprengköpfe), ein weiteres liegt bereits auf der Werft, das 7. ist beschlossen.

Die cleveren Manifest-Schreiber fordern aber nicht nur einseitig von der SU die Rücknahme ihrer Aufrüstung auf den Stand von 1978, sondern sie schließen zudem lediglich die USA und die SU („die beiden Weltmächte") in diesen Moratoriumsvorschlag ein. Immerhin rüstet Großbritannien sämtliche 64 seegestützten Raketen auf 6-fach-Sprengköpfe um (+ 182); ab 1984/ 85 werden die gesamten britischen und französischen Raketen bis 1990 auf eine noch höhere Zahl von Mehrfachsprengköpfen umgerüstet (jeweils dann auf insgesamt über 500 Sprengköpfe), ganz abgesehen davon, daß die USA ihre seegestützten Systeme inzwischen nicht mehr als „Mittelstreckenwaffen" bezeichnen, und es damit unklar ist, ob der Moratoriumsvorschlag diese einbeziehen würde. In diesem Bereich läuft derzeit ebenfalls ein gigantisches atomares Aufrüstungsprogramm des Westens an. Von der SU verlangt der Manifest-Vorschlag zwar nicht, sie solle alle inzwischen seit 1978 installierten SS-20 zugunsten der alten SS-4 und SS-5 Raketen (aus den Jahren 59/61) abbauen, sondern spricht lediglich davon, sie solle die Zahl der Atomsprengköpfe auf den Stand von 1978 reduzieren. Bis auf einige ganz wilde Ausnahmen rechnet die NATO für 1978 mit 600 Mittelstreckenraketen der SU, davon rund 50 SS-20 (so etwa „FAZ" vom 23.11.81). Derzeit gibt die SU an, 496 Mittelstreckenraketen (SS-4/SS-5 und SS-20) für Europa zu besitzen; die NATO (so eine Reagan-Rechnung) gibt für die SU 350 SS-4 und SS-5 sowie 250 SS-20 Raketen an (s. den „Spiegel"-Vergleich vom 7.12.81). Das kommt ungefähr auf dasselbe heraus, wenn man berücksichtigt, daß die NATO ihrerseits immer damit rechnet, daß 1/3 der SS-20 jenseits des Ural stationiert sind und auch Ziele in China und Japan hätten.

Dann verlangt der Moratoriumsvorschlag des Manifestes immer noch (unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die SS-20 3-fach-Sprengköpfe besitzt) von der SU als Preis für ein Moratorium (also nicht einmal für einen Vertrag) die Abrüstung von maximal 200 Atomsprengköpfen (folgt man der NATO-Rechnung), während den SU-Angaben zufolge kaum eine Veränderung bei den Atomsprengköpfen stattgefunden haben dürfte.

Die NATO und auch Helmut Schmidt und die gesamte SPD-Spitze (s. ihren Leitantrag für den SPD-Parteitag) haben immer wieder betont, daß die Abrüstungsverhandlungen mit dem Ziel geführt würden, der Sowjetunion erst einmal einseitige Zugeständnisse abzufordern (weil sie angeblich im Mittelstreckenbereich vorgerüstet habe). Der Moratoriumsvorschlag im Manifest ist ein schwerwiegendes Zugeständnis an diese NATO-Logik. Die NATO pokert dabei mit der Drohung von Rüstungsprogrammen für eine noch größere atomare Überlegenheit. Die Friedensbewegung hat keinen Grund, sich in irgendeiner Weise an diesem Poker zu beteiligen.

Wir halten diesen Punkt für den entscheidenden Fehler des Manifestes, der unbedingt durch die Friedensbewegung (einschließlich der Mitunterzeichner) korrigiert werden sollte.

Doch auch darüber hinaus enthält der Text manche Aussagen, die keinen Konsens der Friedensbewegung darstellen. Wieso der Rüstungswettlauf der *„politischen Kontrolle vollends zu entgleiten"* droht, d.h. quasi in Eigendynamik einem Aufrüstungsfanatiker wie Reagan aus den Händen gleitet, mögen die Autoren ihrerseits erklären. Da formuliert selbst der SPD-Leitantrag sachlicher.

Es kann nicht Konsens der Friedensbewegung sein, über „alternative Sicherheitskonzepte" nachzudenken oder sie gar zu entwickeln. Wir – und das tun ebenso viele radikale Pazifisten – bestreiten der NATO bzw. der BRD jeden Verteidigungsanspruch; ihre Rüstung ist es, die den Frieden bedroht.

Wir bestreiten ebenso, daß es Aufgabe der Friedensbewegung sein soll, dem Freiheitskampf in El Salvador u.a. die *„Unversehrtheit des Andersdenkenden"* vorschreiben zu wollen; genausowenig kann dieser Maßstab an den Widerstand angelegt werden, wie er sich gegen die Nazi-Besatzung im 2. Weltkrieg gerichtet hat. Ein Widerstandsrecht gegen knüppelnde Polizei oder Notstandsverordnungen heute kann ebenfalls nicht generell „die Unversehrheit des (und damit jedes) Andersdenkenden" sich auf die Fahnen schreiben lassen.

Im Wortlaut:

aus „FR", 4.2.82

Wie es mit dem Frieden weitergeht

Nach der Friedensdemonstration im Oktober in Bonn herrscht in vielen Gruppen und Organisationen eine gewisse Ratlosigkeit, wie es weitergehen soll. Im Zusammenhang mit der Aktion Sühnezeichen, der Heinemann Initiative e. V. und dem Komitee für Grundrechte und Demokratie haben namhafte Persönlichkeiten ein „Friedensmanifest '82" verfaßt, mit dem politisch und organisatorisch die Richtung angegeben werden soll, in die die Friedensbewegung in der Bundesrepublik ihrer Meinung nach weitergehen soll. Das „Friedensmanifest" hat folgenden Wortlaut:

I. Die Friedensbewegung wächst. Viele Gruppen verbreitern ihre Basis. Aus allen Lagern stoßen erwachende Bürger dazu. Folgende Grunderkenntnisse führen sie — bei allen Unterschieden im einzelnen — zusammen:

Der Rüstungswettlauf droht politischer Kontrolle vollends zu entgleiten.

Die Gefahr der Austilgung wächst durch eine neue Generation atomarer Kriegführungswaffen und die Fortentwicklung der chemischen und bakteriologischen Waffen.

Eine Sicherheitskonzeption, die mit dem Selbstmord ganzer Nationen droht, bringt keine Sicherheit.

Niemand kann verantworten, daß die Staaten des Nordens weiterhin die natürlichen Ressourcen der Erde für ihr Wettrüsten vergeuden, während Armut und Hunger die Völker im Süden zur Verzweiflung treiben.

Friede ist nicht als Geschenk einer Obrigkeit zu erwarten, er ist nur noch als gemeinsame Anstrengung der Völker erreichbar.

Die endlose Folge angeblicher Nachrüstungen muß ein Ende haben. Deswegen muß die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen verhindert werden.

Darüber hinaus müssen alternative Sicherheitskonzepte diskutiert und schließlich durchgesetzt werden, die statt der Aufrüstungsdynamik die der Abrüstung in Gang setzen.

Unser aller Fernziel ist die totale weltweite Abrüstung, zu der wir konkrete Ansätze in Mitteleuropa schaffen wollen.

II. Wenn unsere Ziele auch weit über das, was in Genf zur Verhandlung steht, hinausgehen, so begrüßen wir doch, daß jetzt in Genf verhandelt wird. Wir befürchten allerdings, daß ein Festhalten der USA an Präsident Reagans Version einer Null-Lösung die Verhandlungen blockieren müßte. Daß die eine Seite alles verschrottet, was sie in 20 Jahren aufgebaut hat, damit die andere Seite auf eine von mehreren zukünftigen Rüstungsmaßnahmen verzichtet, ist kein ernst zu nehmender Kompromißvorschlag.

Wir bedauern, daß der Vorschlag des Generalsekretärs der KPdSU, Leonid Breschnew, ein Moratorium in der Aufstellung von Mittelstreckenraketen zu verbinden mit einseitiger Reduzierung auf sowjetischer Seite, bisher von der Sowjetunion nicht präzisiert und vom Westen ohne stichhaltige Gründe abgelehnt wurde. Wir schlagen vor, daß die beiden Weltmächte sich bis zum Ende der Verhandlungen auf ein Moratorium verständigen und die Sowjetunion schon im Zuge dieses Moratoriums die Zahl ihrer auf Mittelstreckenraketen montierten Sprengköpfe auf den Stand vom 6. 5. 1978 verringert. An diesem Tag stellten der Bundeskanzler und der Generalsekretär der KPdSU gemeinsam fest, in Europa gäbe es ein militärisches Gleichgewicht.

Wir betrachten die Ereignisse in Polen mit Betroffenheit und mit Sympathie für den Freiheitswillen des polnischen Volkes. Der Wille von uns Westeuropäern, einen eigenen Weg zum Frieden zu suchen, ist eng verbunden mit dem Willen der Polen, ihren eigenen Weg in der Ordnung ihrer inneren Angelegenheiten zu finden. Die Ereignisse in Polen sind deshalb auch kein Argument gegen, sondern für die Friedensbewegung. Nur in einem durch Abrüstung befriedeten Europa können die Völker ihre Freiheit erringen und bewahren. In den Ländern des Warschauer Pakts hoffen viele Menschen, daß durch die Friedensbewegung ihr Spielraum für eigenständige Friedensarbeit sich erweitere. Der Kongreß der Schriftsteller in Ost-Berlin war dafür ein erstes Zeichen.

III. Friedensbewegung muß ansteckend sein, innerhalb unseres Landes und über seine Grenzen hinaus. Sie wird dies, wenn sie Frieden ausstrahlt, auch in ihren Methoden. Nicht ist wichtiger als der Frieden. Das erfordert aber, für den Frieden nur mit friedlichen Mitteln einzutreten, die die Unversehrtheit des Andersdenkenden achten. Darauf beruhen die starken Wirkungen der Bonner Friedensdemonstration des 10. Oktober und die große Mobilisierung der Friedenswochen im November 1981.

Wir appellieren an alle Gruppen, die sich zur Friedensbewegung zählen, sich nicht gegeneinander ausspielen zu lassen und stets die gemeinsame Sache vor jedes Gruppeninteresse zu stellen. In der Friedensbewegung muß es eine Vielfalt an Meinungen, Aufgaben, Nahzielen, Ausdrucksformen und Organisationsmustern geben. Dies ist solange ihre Stärke, wie jeder die Arbeit des anderen nicht nur duldet, sondern als eine legitime Form von Friedensarbeit will und bejaht.

Die Basisorientierung und die Tag-zu-Tag-Arbeit der Friedensbewegung ist unverzichtbar und ihre große Stärke. Darüber hinaus bedarf es von Zeit zu Zeit ausdrucksstarker und zahlenmäßig unübersehbarer zentraler Manifestationen.

Wir rufen auf: Ostern 1982 soll ein Fest des Friedens werden. Überall, lokal und regional und durch mehrere Großkundgebungen, wollen wir zeigen, daß der Friede eine zu wichtige Sache ist, als daß man ihn den Verhandlungsdelegationen in Genf oder anderswo überlassen könnte. Laßt uns gemeinsam die anstoßende und anstößige Unruhe um den Frieden in die Städte und Dörfer der Bundesrepublik Deutschland tragen!

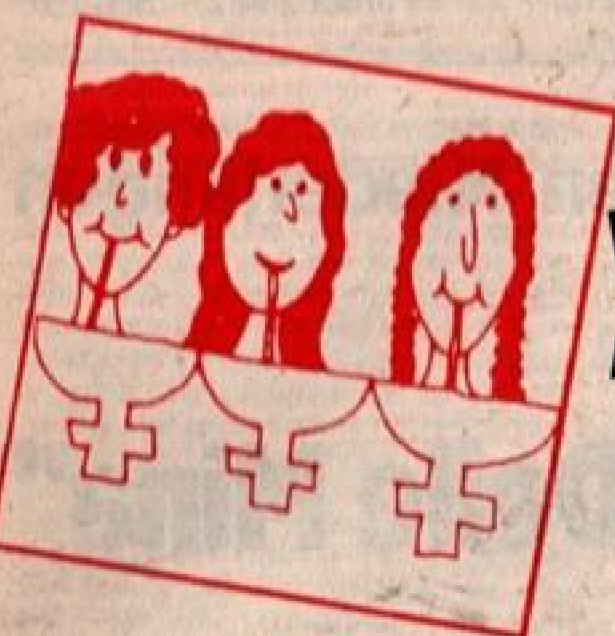
Wir folgen der Absicht des DGB, auch in diesem Jahr den 1. September zum Antikriegstag mit Veranstaltungen überall in der Bundesrepublik zu machen.

Wir unterstützen den Vorschlag, der bereits in England und Holland diskutiert wird, im Herbst 1982 eine zentrale gesamteuropäische Friedenskundgebung zu veranstalten."

Die Gruppe, die dieses Manifest unterzeichnet hat, ist (alphabetisch):

Inge Aicher-Scholl, Heinrich Albertz, Ulrich Albrecht, Gert Bastian, Heinrich Böll, William Borm, Andreas Buro, Volkmar Deile, Walter Dirks, Ingeborg Drewitz, Berndt Engelmann, Erhard Eppler, Helmut Gollwitzer, Walter Jens, Robert Jungk, Petra Kelly, Ulrich Klug, Horst Krautter, Oskar Lafontaine, Josef Leinen, Alfred Mechtersheimer, Wolf-Dieter Narr, Martin Niemöller, Horst-Eberhard Richter, Dorothee Sölle, Kurt Scharf, Klaus Vack, Hildegard Zumach.





Hearing zum Anti-Diskriminierungs-Gesetz

Hat die Bundesregierung doch ein Herz für Frauen?

Vorgeschichte: In den Katalog der Koalitionsvereinbarungen zwischen SPD und FDP nach den letzten Bundestagswahlen gehörte die Übereinkunft, zu überprüfen, *„ob durch ein Anti- Diskriminierungsgesetz tatsächlich vorhandene Benachteiligung der Frauen gegenüber den Männern beseitigt werden könne ."* Herr Schmidt bekräftigte dies in seiner Regierungserklärung. Herr Baum (wegen der Verfassungswirklichkeit) und Frau Huber (weil Frauen nun mal zu Familie, Jugend und Gesundheit gehören) nahmen sich dieser Vereinbarung an. Gemeinsam entwarfen ihre Ministerien einen 86-punktigen Fragenkatalog, der zur Stellungnahme an 20 Verbände (u. a. Deutscher Frauenrat, bürgerliche Parteien, DGB, Arbeitgeberverband, Kirche, Rechts- und Arbeitswissenschaftler, sowie als Vertreterin der Frauenbewegung „Courage" und „Emma") verschickt wurde. Erbeten waren Beiträge über wirksame Maßnahmen gegen Benachteiligung von Frauen in Beruf, öffentlichem Dienst, Wohnungsvergabe, in der Werbung und beim Wahlrecht. Heikle Themen, wie u. a. der Paragraph 218, Vergewaltigung in der Ehe, unbezahlte Hausarbeit tauchten in dem Fragenkatalog gar nicht erst auf.

Am 21./22. Januar durften dann im Rahmen eines Hearings in Bonn die Stellungnahmen öffentlich erörtert werden.

Alle wollen nur das eine?

Fast übereinstimmend erklärten alle Teilnehmer/innen des Treffens, daß sie selbstverständlich dafür seien, die Grundrechte für Frauen sicherzustellen. Bloß das „Wie" fiel dann ziemlich unterschiedlich aus. Eine putzige Ablehnungs-Koalition gegen ein Anti-Diskriminierungsgesetz (ADG) formierte sich. Der DGB fand sich aus Sorge um die Tarifautonomie an der Seite des Unternehmerverbandes, der wiederum die Vertragsfreiheit bedroht sah, dazu gesellten sich katholische Verbände, die fürchteten ein *„Instrument einseitiger gesellschaftspolitischer Vorstellungen über Rolle und Stellung der Frau in Familie und Gesellschaft"* sei in Vorbereitung. Die CDU-Frauenvereinigung wünschte sich statt ADG ein *„Frauen- und Familien-Kabinett"* und *„Gleichberechtigungsräte"* auf Grundlage freiwilliger Übereinkunft. Das geistreichste Argument aller ADG-Gegner präsentierte der Deutsche Beamtenbund. Frauen zeigten, daß sie ihre Rechte auch ohne neue Institutionen wahrnehmen könnten, als Steuerfahnderinnen beherrschten sie ihr Geschäft besser als männliche Kollegen, da sie *„durch jahrhundert alte Tradition gelernt hätten, wie man einen Mann aufs Kreuz legt."* (Welt, 25.1.82).

Zu den „Angehörten", die sich mehr oder weniger für ein ADG aussprachen, gehörte u. a. die ASF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen), die sich aber lieber *„auf das in dieser Legislaturperiode Machbare konzentrieren"* wollte. Sie forderte eine Novellierung des EG-Anpassungsgesetzes zur „Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz" und konkrete Gesetzesänderungen, durch die Frauen in den Betrieben gezielt gefördert werden. Ähnliches ließ die DAG verlauten. Die FDP forderte ein umfassendes ADG versehen mit einer Generalklausel, deren Durchsetzung von einer Kommission gefördert und überwacht werden soll. Diese „Frauenfreundlichkeit" hat nur den kleinen Schönheitsfehler, daß wir es der FDP zu verdanken haben, daß das eh nur halbherzige „EG-Anpassungsgesetz" noch einmal zugunsten der Unternehmer entschärft wurde. Frauen für blöd zu halten gilt in diesen Kreisen offensichtlich nicht als Diskriminierung.

„Emma" und „Courage" legten Stellungnahmen zu allen Bereichen der Frauenunterdrückung vor, verbunden mit einem genauso umfassenden Forderungskatalog. Sie schlagen Maßnahmen vor wie: Einführung eines Bußgeldes bei diskriminierenden Stellenanzeigen, kostenlose Einbeziehung der Hausfrauen in die gesetzliche Unfallversicherung, Verschärfung der Vergewaltigungs-Paragraphen, Streichung des Paragraphen 218 und des Paragraphen 175, gezielte Bevorzugung und Förderung von Frauen in Ausbildung und Beruf, sowie die Einrichtung eines „Bundesamtes für Frauenrechte".

Kommen jetzt die Jahre der Frauenfreundlichkeit?

Vor dem Hintergrund der frauenfeindlichen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der Bundesregierung, nämlich offensive Verdrängung der Frauen vom Arbeitsmarkt, erscheint das Unterfangen, die Gleichberechtigung der Frau in der BRD per Gesetz einzuführen, noch fragwürdiger (siehe Kasten).

Die BRD, ein Land von internationalem Verruf wenn es um die Verbesserung der Lage der Frauen geht, erweckt auch nicht den Anschein eines reuigen Sünders. Verschämt wurde während des Hearings verschwiegen, daß die BRD gerade vor dem Europäischen Gerichtshof verklagt wurde, wegen der ungenügenden Gleichbehandlung von Frauen und Männern am Arbeitsplatz im Rahmen der EG-Anpassung.

Folgende Punkte werden kritisiert:

— Die geschlechtsneutrale Stellenausschreibung ist nur eine Kann-Vorschrift,

— Die Nichterfassung mittelbarer Diskriminierungen, wie zum Beispiel, daß es nur Mutterschaftsurlaub und keinen Elternurlaub gibt,

— Nichteinbeziehung bestimmter Berufe in den Geltungsbereich des Gesetzes. Auch die bis 1984 geforderte Anpassung an die soziale Gesetzgebung der EG für Frauen wurde nicht zur Diskussion gestellt. Einflußnahme auf ernsthafte Gesetzesvorhaben ist nicht so erwünscht wie die Teilnahme an einem folgenlosen Hearing.

Auch der stolze Hinweis von Frau Huber, daß sich gegenwärtig sieben Ausschüsse des Bundestages mit den Ergebnissen der Enquête-Kommission „Frau und Gesellschaft" befassen, verspricht nun wirklich keine konkrete Verbesserung für die Lage der Frauen. Mensch darf nur auf die Gesetzesvorlage der Bundesregierung zur Ratifizierung eines UN-Abkommens gespannt sein, die in den nächsten Wochen auf den Tisch gelegt werden soll. Dieses Übereinkommen betrifft die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frauen. Jedenfalls hat die Bundesregierung die seit fast zwei Jahren anstehende Gesetzesvorlage so lange zur Ratifizierung hinausgezögert, daß der Stichtag als Voraussetzung, um in die entsprechende UN-Kontrollkommission aufgenommen werden zu können, verpaßt werden wird. Wenn mensch weiß, was die BRD auf dem Gebiet der Frauenbefreiung anzubieten hat, ist das vielleicht für die Diskussion noch nicht einmal das schlechteste.

Vor diesem Hintergrund erscheint das Hearing zum ADG wie eine inszenierte Pflichtübung im Rahmen der Koalitionsabsprachen. Als praktisches Ergebnis wird sicher nicht mehr herauskommen als die zwangsweise Anpassung an EG-Normen. Um die nur auf dem Papier stehende Zustimmung zu den UN-Richtlinien dürfte es auch noch einigen Heck-Meck geben, aber ändern dürfte sich wenig.

Bestenfalls können wir Frauen uns damit trösten, daß unsere Unterdrückung und Benachteiligung zumindest mal wieder in der öffentlichen Diskussion war. Aber dafür können wir uns weder etwas kaufen noch sonst was besonders tolles anfangen. Angesichts dieser „Bedeutung" des Hearings erscheint der sehr konstruktive und konzentrierte Einsatz von „Emma" und „Courage" mit ausgeklügelten juristischen Stellungnahmen ein klein wenig überzogen. Sollte frau der Stolz, endlich mal hoffähig zu sein, zu einer gewissen Selbstüberschätzung verleitet haben?

In einem Interview mit der taz vom 26.1.82 setzt Sybille Plogstedt von der „Courage" zu wahren Höhenflügen an. Sie zeigt sich beeindruckt von dem Hearing, ihre Erwartungen seien übertroffen worden. Zuversichtlich erhoffte sie sich Druck durch die verschiedensten Initiativen der Frauenbewegung zur Durchsetzung eines ADG. Nur war es leider gar nicht so, daß die Frauenbewegung in der letzten Zeit massenhaft ihre Forderungen auf die Straße getragen hat oder kämpfend gesichtet wurde. Doch selbst dafür hat Sybille eine gute Erklärung: *„....Die Frauenbewegung funktioniert nicht darüber, daß da mit Transparenten herumgestanden wird, so und nun macht mal, sondern darüber, daß überall Frauen isoliert sind, überall mit einer furchtbaren Realität konfrontiert sind, und wenn sie mit der Situation zurechtkommen wollen, etwas ändern müssen. Deshalb ist auch oft für Außenstehende oder auch Linke die Frauenbewegung viel unsichtbarer, während sie eigentlich partiell in Bereiche kommt, wovon die Linke nur träumen kann."* So kann frau sich natürlich gut mit der inzwischen unübersehbaren Bewegungslosigkeit der Frauenbewegung arrangieren! Bloß ist diese Politik sicher keine Alternative für die Frauen, die am schärfsten unter der offensiven staatlichen Benachteiligung zu leiden haben.

Verdrängung von Frauen vom Arbeitsmarkt

Veränderungen des Arbeitsförderungsgesetzes benachteiligen auch insbesondere die Frauen:

— das Unterhaltsgeld für Umschulung und Weiterbildung wurde erheblich gekürzt. Da Frauen sowieso ca. ein Drittel weniger verdienen als Männer, liegen die neuen Bezüge oft unter dem Existenzminimum. Dadurch müssen viele Frauen gezwungenermaßen auf eine Umschulung verzichten.

— Hausfrauen haben keinen Anspruch mehr auf ein Unterhaltsgeld bei Umschulung oder Fortbildung. D. h. sie haben kaum noch eine Chance für einen qualifizierten Wiedereintritt ins Berufsleben.

— Bund, Länder, Gemeinden und andere öffentlich-rechtliche Arbeitgeber streichen alle Arbeitsbeschaffungsstellen. Dazu gehören Büro- und Verwaltungsaufgaben der Öffentlichen Hand und alle sozialen Dienste der Kommunalverwaltungen. 70 - 90 % aller Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Frauen lagen bisher in diesem Bereich. Ersatz wird keiner geschaffen.

— Das Anrecht auf Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe wurde eingeschränkt. Reichte bisher ein 6-monatiges versicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis, um Anspruch auf Arbeitslosengeld zu haben, müssen es jetzt 12 Monate sein. Die Anwartzeit für Arbeitslosenhilfe wurde von 70 auf 150 Tage erhöht. Das bedeutet für die ca. 190.000 Frauen, die in Arbeitsverhältnissen unter 3 Monaten Dauer vermittelt werden, sie „dürfen" in den nicht ganz drei Monaten Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zahlen, ohne jemals einen Pfennig Unterstützung dafür zu sehen.

— Für eine Umschulung/Fortbildung wird nur noch das kostengünstigste Angebot finanziert. Das läuft in der Praxis darauf hinaus, betriebliche Bildungsmaßnahmen zu favorisieren. Diese Qualifikation ist meist derart fest an die Produktionsbedingungen des ausbildenden Betriebes gebunden, daß sie nach Verlust dieses Arbeitsplatzes praktisch wertlos ist.

§ 218-Kurzinfos

Vergleich zwischen Abtreibung und Auschwitz gerichtlich untersagt

Das wurde aber auch Zeit! Pfarrer Winfried Pietrek, bekannt für seine besonders perfiden Diffamierungen gegen die Odenwaldklinik in Lindenfels und dessen Arzt Dr. Zwick, der dort Schwangerschaftsabbrüche vornimmt, wurde vom Darmstädter Amtsgericht wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe von 400 DM verurteilt.

Pietrek hatte im September 1980 ein Flugblatt herausgegeben, in dem er *„die von Dr. Zwick vorgenommenen Abtreibungen ... mit den von Lagerkommandant Rudolf Höss in Auschwitz verübten Morden"* verglich. Über eine einstweilige Verfügung hatte er sich hinweggesetzt und weiterhin diese widerliche Diffamierung verbreitet. Das Gericht, das einer Strafanzeige von Dr. Zwick nachging, befand nun, *„daß der fragliche Satz allein durch die darin hergestellte Verbindung zwischen einem Massenmörder und dem legal handelnden Arzt eine Beleidigung darstelle, die Ruf und Ansehen des Klägers gefährdeten"*. Wegen Wiederholungsgefahr wurde die (nicht gerade sehr hohe!) Geldstrafe nicht zur Bewährung ausgesetzt: Pietrek zeigte auch während des Prozesses, daß er sich nicht so schnell „einschüchtern" läßt: „Mein Anwalt ist Gott" — einen anderen Rechtsanwalt hatte er sich tatsächlich nicht genommen. Unbeirrt begründete er in seinem Plädoyer, bei dem er mal wieder seinen in ein selbstgebautes Holzkreuz eingelassenen konservierten Embryo aus der Tasche holte, den von ihm angestellten „Vergleich": *„In Auschwitz und in Dr. Zwicks Klinik seien die Opfer ahnungslos, in beiden Fällen seien sie am Ende tot."*

Pietrek ist übrigens Mitarbeiter der „Neuen Bildpost", der reaktionären katholischen Wochenzeitung aus Lippstadt, in der auch Ursula Zöller mitarbeitet, unlängst bekannt geworden durch ihre erfolgreiche Klage vorm Dortmunder Sozialgericht gegen die Finanzierung von Abtreibungen durch die gesetzlichen Krankenkassen (s. AK 210).

Mitangeklagt und ebenfalls zu einer Geldstrafe verurteilt war Walter Ramm, Vorsitzender der einschlägig bekannten „Bewegung für das Leben" mit Sitz in Abtsteinach. Die „Bewegung"... kündigte gleich am Tag nach der Gerichtsentscheidung Berufung an. (Zitate aus „Darmstädter Echo" vom 17.12.81)



Abtreibungsgegner beim Protestgebet vor der Linderfelsklinik

Zensur im „Deutschen Ärzteblatt" — selbst bei Stellenanzeigen!

„Rechtlich nicht einwandfrei" ist offensichtlich in den Augen der Bundesärztekammer die Tätigkeit einer(s) Ärztin/Arztes, die/der l e g a l Schwangerschaftsabbrüche durchführt.

Abgelehnt wurde von ihr nämlich die Veröffentlichung einer Stellenanzeige der Hamburger Pro Familia, die für das von ihr und der Arbeiterwohlfahrt getragene Familienplanungszentrum eine Ärztin oder einen Arzt sucht, die/der Erfahrung im Schwangerschaftsabbruch hat. In dem Zentrum, das am 1. April eröffnet und vom Hamburger Senat mit über 400.000 DM bezuschußt wird, sollen Verhütungsberatung, Schwangerschaftsabbruch und Schwangerenberatung „unter einem Dach" angeboten werden.

Die Stellenanzeige, die im „Deutschen Ärzteblatt", dem Organ der Bundesärztekammer, erscheinen sollte, wurde mit der Begründung abgelehnt, man wolle den Lesern *„nur Informationen über rechtlich einwandfreie Arbeitsplätze zukommen lassen"*. Außerdem erwecke die Anzeige den Eindruck, *„als wäre ‚die Familienplanung ein zu rechtfertigender Grund für einen Schwangerschaftsabbruch'."* („FR", 2.2.82).

Paragraph 218 und Startbahn West

Einen Zusammenhang zwischen der geplanten Startbahn West und dem Paragraphen 218 sieht erstmals der Mainzer Bischof, Hermann Kardinal Volk:

Anläßlich des Urteilsspruches des Hessischen Staatsgerichtshofes gegen die Zulassung des Volksbegehrens rief er seine Schäfchen dazu auf, ja keine Aktionen mehr gegen die Startbahn West zu unternehmen, denn die seien jetzt *„gegen den Rechtsstaat gerichtet"*. *„Man soll nicht so tun, als ob die Welt erst in Unordnung gerät durch den Bau der Startbahn ..."*, schließlich werde in der BRD jährlich *„die Tötung von etwa 100.000 ungeborener Menschenkinder"* legalisiert. Regelrecht *„gespenstisch"* mute ihn der Vergleich zwischen *„dem Lärm um die Startbahn und das tiefe Schweigen um die Tötung menschlichen Lebens in solchem Ausmaß"* an ... („Darmstädter Echo", Januar 82).

Paragraph 218—Zensur im ZDF

Wegen der Ausstrahlung zweier Sendungen des Jugendmagazins „Direkt" zum Thema Paragraph 218 erteilte der Fernsehrat des ZDF dem zukünftigen Intendanten Stolte eine Rüge.

Die beiden Fernsehbeiträge der „Direkt"-Redaktion waren vor dem Hintergrund neuester Untersuchungsergebnisse des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit über jährlich 13.000 ungewollte Schwangerschaften von minderjährigen Mädchen erstellt worden, um über Verhütungsmittel, Auswegmöglichkeiten aus einer ungewollten Schwangerschaft und die erforderlichen Schritte für eine Abtreibung zu informieren. Dabei verfuhr die Redaktion äußerst pluralistisch: sie ließ sowohl Beraterinnen der Arbeiterwohlfahrt als auch katholische Beraterinnen, sowohl Mädchen, die sich für das Kind, und Mädchen, die sich für einen Abbruch entschlossen, zu Wort kommen.

Aber: der stärkeren CDU-Fraktion im Fernsehrat waren die Sendungen

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von voriger Seite

trotzdem ein Dorn im Auge. Zum einen widersprächen sie den Richtlinien des ZDF, wonach das Programm *„den einzelnen die eigene Urteilsbildung ermöglichen"* und *„das Gewissen schärfen"* soll. Zum zweiten verstießen sie gegen den ebenfalls in Richtlinien festgehaltenen Grundsatz, *„daß das Programm des ZDF ‚einen wesentlichen Beitrag zur allgemeinen Anerkennung der vom Grundgesetz geschützten sittlichen Wertordnung leisten' soll"*, wozu besonders die *„Ehrfurcht vor dem menschlichen Leben"* zähle. Kurzum: die Sendungen hätten *„den Schwangerschaftsabbruch verharmlost oder wenigstens veralltäglicht"*. Eine neue Sendung wird gefordert (und ist bereits zugesagt), in der diese „Verharmlosung" richtiggestellt werden soll.

Die im Fernsehrat in der Minderheit vertretene SPD milderte die Rüge zwar etwas ab, unterschob der Redaktion aber gleichfalls die Mißachtung des Schutzes ungeborenen Lebens. (zit. nach „FAZ", 19.1.).

In anrüchiger Gesellschaft befindet sich der Fernsehrat mit seinem öffentlichen Protest und den administrativen Zensurmaßnahmen gegen die Paragraph-218-Sendungen:
Auch das deutsche Büro der „Europäischen Ärzteaktion", repräsentiert von Dr. Siegfried Ernst, als fanatischer Abtreibungsgegner hinlänglich bekannt, möchte Aufklärung vom Bildschirm gebannt wissen. *„Massenanstiftungen zur Begehung eines Verbrechens"* nennt er das „Vergehen" der „Direkt"-Redaktion, das er bei der Mainzer Staatsanwaltschaft anzeigte. Die „Europäische Ärzteaktion" warf dem Jugendmagazin vor, mit den Sendungen *„genau jene Unmenschlichkeit"* provoziert zu haben, *„die im Dritten Reich zur Ermordung von Geisteskranken und Juden geführt habe."* („Spiegel", 6/82).

Ambulante Abbrüche in Niedersachsen jetzt endlich möglich

Die CDU/CSU-regierten Bundesländer sind bekannt dafür, daß sie mit ihrer frauenfeindlichen Haltung zum Paragraph 218 selbst die geringen Möglichkeiten des „reformierten" Paragraphen 218 unterlaufen. Ein wichtiges Mittel ist ihnen dabei die Möglichkeit, die Genehmigung für ambulante Abbrüche nicht zu erteilen.

So gibt es in Bayern, Baden-Württemberg, im Saaland und in Rheinland-Pfalz keine Möglichkeiten für Frauen, in einer Arztpraxis einen ambulanten Abbruch zu bekommen.
für Frauen, in einer Arztpraxis einen ambulanten Abbruch zu bekommen.
Entweder sind einfach keine Richtlinien für die Zulassung „ambulanter Einrichtungen" (Frauenarztpraxen oder Schwangerschaftskonfliktzentren) erlassen, die Voraussetzung für die Erlaubnis eines Frauenarztes für die Durchführung ambulanter Abbrüche sind. Oder aber die Richtlinien stehen lediglich auf dem Papier. Das letztere trifft auch auf Niedersachsen zu. Dort hatte der CDU-Sozialminister in den Richtlinien die harmlos klingende Klausel „Wenn Bedarf besteht" eingebaut. Mit der Begründung „kein Bedarf" wurden dann auch tatsächlich alle Anträge von Frauenärzten auf Erteilung der Genehmigung für ambulante Abbrüche abgelehnt. Verwiesen wurde immer auf die „ausreichende Bettenzahl" in den Krankenhäusern. Außerdem seien die Frauen in Kliniken auch besser aufgehoben. Jetzt hat ein Frauenarzt, der schon 1977 — mit Zustimmung des Gesundheitsamtes und der Ärztekammer! — einen Antrag gestellt und abgelehnt bekommen hatte, das Recht auf ambulante Abbrüche eingeklagt: Das Verwaltungsgericht Hannover, vor dem der Musterprozeß geführt wurde, befand: *„Auffassung von Bezirksregierung und Sozialministerium sind falsch"*. („Hann. Presse", 26.1.). Begründung: Der Verweis auf den (angeblich!) gedeckten Bedarf durch die Klinikbetten schränke den Gynäkologen in seiner Berufsfreiheit ein.

Die Tatsache, daß Abbrüche oft gar nicht stationär durchgeführt werden müssen, und daß viele Frauen keine große Lust haben, für eine Abtreibung sich oft schikanösen Bedingungen im Krankenhaus unterwerfen zu müssen (lt. Pro Familia-Umfrage wollen 47 % der Frauen einen Abbruch lieber ambulant vornehmen lassen), fand leider keinen Eingang in die Urteilsbegründung.

Das Sozialministerium will wahrscheinlich in Berufung gehen, da *„... Schwangerschaftsabbrüche nicht in den Kernbereich der Berufsausübung eines Gynäkologen fallen."* („HAZ", 27.1.).

Die feministisch-sozialistische Bewegung in den Niederlanden

Teil 1:

"Mann-Frau-Gesellschaft" und "Dolle Mina"

Im Unterschied zur neuen bzw. autonomen Frauenbewegung der BRD in den siebziger Jahren hatten große Teile der niederländischen neuen Frauenbewegung fast von Anbeginn den Anspruch, eine Verbindung von „Feminismus und Sozialismus" zu schaffen. Dieser Anspruch beherrschte durchweg die Diskussion von „Dolle Mina" – hier mit dem Schwerpunkt auf „Sozialismus" – wie die der späteren feministisch-sozialistischen Bewegung – hier mit dem Schwerpunkt auf „Feminismus"; die bekannteste und meistgelesene theoretische Schrift in der niederländischen Frauenbewegung trägt den Titel „Feminismus und Sozialismus" (Autorin ist Anja Meulenbelt).

Im ersten Teil des Artikels (in diesem AK) stellen wir die beiden wichtigsten Gruppen der neuen niederländischen Frauenbewegung in der ersten Hälfte der siebziger Jahre vor: die „Mann-Frau-Gesellschaft" und die „Dolle Mina"; im zweiten Teil (im nächsten AK) behandeln wir Entstehung, Entwicklung und Niedergang der feministisch-sozialistischen Bewegung in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre. (Ein späterer Artikel soll die neuerlichen Bestrebungen zur Wiederbelebung bzw. Neugründung dieser Bewegung darstellen.)

Das (uns bekannte) Material zu diesen Gruppen bzw. Bewegungen ist weder besonders reichhaltig noch sehr genau; hinzu kommt, daß die Darstellungen der verschiedenen Autorinnen über ein und denselben Vorgang häufig recht unterschiedlich ausfallen. Wir beschränken uns daher auf eine allgemeiner gehaltene Darstellung. Eine weitere Schwierigkeit (wohl jeder „Geschichtsschreibung") ist, daß auch in der Frauenbewegung Kongresse, Erklärungen etc. „papierene Spuren" hinterlassen, während von den Aktionen und Aktivitäten selbst häufig nur die Parolen und Ziele überliefert sind.



Dolle Minas stürmen einen Gynäkologen - Kongreß und geben bekannt: Wir sind "Chef im eigenen Bauch"!

Die „Mann-Frau-Gesellschaft"

Die „Mann-Frau-Gesellschaft"

Ebenso wie in den USA und in vielen Ländern Europas entwickelt sich aus den Protestbewegungen der sechziger Jahre auch in den Niederlanden eine neue Frauenbewegung, dort – zur Unterscheidung von der (ersten) Frauenbewegung zu Beginn des Jahrhunderts – die „zweite feministische Welle" genannt. (Der Begriff „Feminismus" und seine Ableitungen werden in den Niederlanden gemeinhin mit „Frauenbewegung", „Frauenemanzipation" u.ä. gleichgesetzt, bezeichnen also nicht eine bestimmte Strömung der – neuen – Frauenbewegung.)

Im Oktober 1968 wird die erste Emanzipationsgruppe gegründet: die Man-Vrouw-Maatschappij (MVM), die Mann-Frau-Gesellschaft, in der sich, wie im Namen schon betont, Frauen und Männer organisieren. Die weiblichen Mitglieder sind im allgemeinen *„schon etwas ältere Frauen, die arbeiten wollen; mit einer guten Ausbildung, oft verheiratet und mit ein paar Kindern"* (1,608 – siehe Anm. am Ende des Artikels).

Die MVM versteht sich als *„Lobby mit dem Ziel, die Politik der jeweiligen Regierung zu beeinflussen"*, und fordert: Gleichen Lohn für gleiche Arbeit, gleiche Ausbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten für Frauen und Männer, Teilzeitarbeit, Fortbildung, bessere Sexualaufklärung, Kinderkrippen.

MVM belegt mit sorgfältigen Untersuchungen die Diskriminierung der Frau und trägt so dazu bei, daß die Frauenemanzipation zu einem öffentlich und breiter diskutierten Thema wird. Gegenüber den Anfang bis Mitte der siebziger Jahre entstehenden Gruppierungen verliert MVM jedoch an Bedeutung und ist heute eine der weniger relevanten Gruppierungen innerhalb der niederländischen Frauenbewegung.

„Wie eine Dampfwalze rollte Dolle Mina über das Land"

Januar 1970: Einige Frauen, die sich „Dolle Minas" nennen, besetzen ein renommiertes Ausbildungsinstitut,
„Dolle Minas" nennen, besetzen ein renommiertes Ausbildungsinstitut,
das den männlichen Sprößlingen der „besseren" Leute vorbehalten ist. Zu dieser Aktion haben die Dolle Minas Kameraleute angeheuert. Der Film wird im Fernsehen gesendet. *„Von diesem Augenblick an"*, erinnert sich eine der ersten Dolle Minas, *„stand das Telefon bei uns nicht mehr still"* (3, 4).

Einige Monate zuvor hatte sich eine politisch recht heterogene Gruppe zusammengefunden, die „etwas für die Frauenbefreiung" tun wollte: unorganisierte Linke waren dabei wie auch Kader der marxistisch orientierten Socialistiese Jeugd (Sozialistische Jugend).

Die Aktionen von Dolle Mina werden von Anbeginn mit der Absicht geplant und durchgeführt, *„möglichst große Publizität"* zu erreichen. Öffentliche – also: nur Männern zugängliche – Toiletten werden mit rosa Schleifen zugebunden, öffentliche Toiletten auch für Frauen gefordert. Dolle Minas pfeifen Männern auf der Straße hinterher und kneifen ihnen auch mal in den Hintern.

„Dolle Mina nahm die Straßen und Plätze Amsterdams mit kurzen, schnellen Aktionen in Besitz" heißt es in einer Erinnerung anläßlich des fünfjährigen Bestehens, *„taucht hier und da auf und läßt fast niemanden gleichgültig bleiben. Man war dafür, dagegen oder amüsiert"* (2,1). Dolle Minas verteilen vor einer Sekretärinnenschule Präservative und fordern per Flugblatt bessere Sexualaufklärung; Dolle Minas ziehen auf einen der verkehrsreichsten Plätze Amsterdams, stellen dort Laufställchen auf und setzen ihre Kinder hinein.

Viele Frauen, die zum ersten Mal aus Presse oder Fernsehen von Dolle Mina erfahren, fühlen sich spontan angesprochen.

Auch die bürgerliche Journaille zeigt sich – wenn auch in der ihr eigenen Weise – an dem „Phänomen" Dolle Mina interessiert: *„Zahllose Journalisten aus dem In- und Ausland kamen, die dann ganze Reportagen über die Toilettenaktion und das Hinter-den-Männern-Herpfeifen schrieben; vom Kampf um glei-*
und das Hinter-den-Männern-Herpfeifen schrieben; vom Kampf um glei-
chen Lohn und anderen Dingen aber schwiegen" (2, 19).

Von den Aktionen unmittelbar angesprochen, wollen viele Leute bei Dolle Mina sofort mitmachen, gründen Dolle Mina-Gruppen, obwohl es eine Mitgliedschaft im eigentlichen Sinn bei Dolle Mina gar nicht gibt.

Der erste Dolle Mina-Kongreß

Der unerwartet große Zustrom von Anhänger/inne/n macht der „Gründergeneration" die Notwendigkeit klar, daß die zum *„tausendköpfigen Wesen"* gewordene Dolle Mina sich als *„erkennbare Bewegung für die Befreiung der Frau"* (2, 31) manifestieren und die Möglichkeit kontinuierlichen Arbeitens schaffen muß.

Im April 1970 wird ein nationaler Kongreß einberufen, „auf dem die Ziele im Namen aller Abteilungen formuliert" werden sollen. 450 Dolle Minas (davon mehr als ein Viertel Männer) nehmen an dem *„polnischen Landtag"* (eine Teilnehmerin) teil.

35 Punkte stehen auf der Tagesordnung: Erziehung und Unterricht; die Beziehung zwischen Mann, Frau und Kindern; Geschlecht und Arbeitsmöglichkeiten; Beseitigung der Diskriminierung unverheirateter Mütter auch in den Gesetzen, usw.

Während der Debatten zeichnen sich *„grob zwei Strömungen ab: für und gegen ein bindendes Programm"* (2, 31). Die allgemeine Tendenz jedoch ist: *„kein Programm, nur eine allgemeine Zielsetzung; eine äußerst minimale Organisationsform"* (2, 31). Der Übergang von *„spielerischen Aktionsformen zu einer fundamentaleren, lies: sozialistischen – Herangehensweise an das Frauenproblem"* (2, 32) scheint für viele Abteilungen noch zu groß zu sein.

Ganz im Sinne einer weitgehenden Ablehnung von verbindlicher Programmatik und Organisierung kann sich der Kongreß auch nur auf eine äußerst allgemein gehaltene Entschließung einigen: *„Davon ausgehend, daß eine Rollenverteilung zwischen Mann und Frau nicht mit biologischen Unterschieden zu rechtfertigen ist, setzt Dolle Mina sich eine Gesellschaftsveränderung zum Ziel, die gleiche Entwicklungschancen für jeden und unabhängig vom Geschlecht möglich macht. Dies kann verwirklicht werden durch sozialen Kampf, Bewußtwerdung und Mentalitätsveränderung und dadurch die Beendigung der sozialökonomischen Unterordnung sowohl des Mannes wie der Frau"* (2, 33).

Der Kongreß entscheidet sich zwar für die Einrichtung eines nationalen Koordinationsrates, der in seinen (öffentlichen) Sitzungen Aktionen vordiskutiert und beschließt, die örtlichen Abteilungen sind hieran jedoch nicht gebunden und *„können völlig selbst bestimmen, auf welche Weise und an welchen Themen oder Gebieten sie Aktionen machen wollen"* (2, 33).



Die Amsterdamer Dolle Minas organisieren nach dem Kongreß eine Aktion gegen die Unterbezahlung von Frauen in einem Industriebetrieb, rufen den „Muttertag für unverheiratete Mütter" aus, prangern gefährliche Haushaltschemikalien an, verkaufen Äpfel zur Unterstützung der „Stiftung für medizinisch verantworteten Schwangerschaftsabbruch" (STIMEZO) und führen als erste europäische (Frauen-)Emanzipationsgruppe eine Solidaritätskundgebung für Angela Davis durch.

Die Differenzen um die Organisationsform setzen sich auch nach dem Kongreß fort. Eine Gruppe will nur *„eine Art Koordinationsrat, in dem Delegierte der Aktionsgruppen sitzen und außerdem jeder, der Interesse hat"* (2,63). Eine andere Gruppe hält eine *„etwas straffere Form"* für nötig; sie fordert, daß die allgemeine Versammlung von Amsterdam einen ständigen Ausschuß wählt, der die Beschlüsse des Koordinationsrates ausführt, rechenschaftspflichtig und absetzbar ist.

Zwischen diesen Gruppen kommt es fortwährend zu Zusammenstößen, vor allem, weil die Beschlußfassung des Koordinationsrates, dessen Teilnehmer von Woche zu Woche andere sind, völlig undurchschaubar bleibt. Hinzu kommen Emotionen und Fru-

strationen, wie sie *„nun einmal während des Emanzipationsprozesses auftreten"* (2, 63). In der so entstandenen Atmosphäre des *„Mißtrauens untereinander und der Angst vor Manipulation"* (2, 63) machen einige Amsterdamer Dolle Minas *„den Vorschlag, in kleinen Gruppen weiterzuarbeiten. Sie bildeten die Grundlage für eine neue Strömung in der niederländischen Frauenbewegung: die Selbsterfahrungsgruppen"* (2, 63). Dieser Vorschlag zielt, mit den Worten einer der Initiatorinnen, darauf, für ein *„gutes Verständnis"* zu sorgen, *„für eine Atmosphäre des Vertrauens, in der man über alles reden kann"* (2, 64). Ebenfalls wird kritisiert, daß in Dolle Mina Frauen und Männer unmittelbar zusammenarbeiten.

Der Vorschlag findet bei Dolle Mina (vorerst) wenig Zustimmung und wird als „radikal-feministisch" und als „Nabelschau" abgetan (2, 63).

Feminismus oder Sozialismus?

Auf dem zweiten Kongreß in Vught im April 1971 verschärfen sich die internen Gegensätze weiter. Unter den rund zweihundert Teilnehmer/inne/n zeichnen sich zwei Strömungen ab: Eine Gruppe, die sich *„gegen die feministische Strömung innerhalb von Dolle Mina"* (2, 65) absetzt und als *„radikal-linke Lobby"* bei der linken Bewegung Anschluß sucht; eine andere Gruppe, die sich für die Bewußtwerdung der eigenen, weiblichen Mitglieder ausspricht, dabei anmerkt, daß es auch für die männlichen Minas nützlich wäre, sich ihrer Situation als Mann bewußter zu werden.

In Diskussionspapieren, die die *„antifeministische Strömung"* (2, 66) vorlegt, heißt es u.a.: *„Wir entscheiden uns für die linke Strömung (Neue Linke, CPN, PSP), denn nur diese will eine wirklich bessere und nicht-kapitalistische Gesellschaft, in der a l l e Frauen und a l l e Männer erst die gleichen Möglichkeiten erhalten werden. Die feministischen Gruppen führen einen verkehrten, sogar einen sehr schädlichen Kampf. Denn nicht das Geschlecht des Menschen ist bestimmend für ihre/seine sozialen Möglichkeiten, sondern ihre/seine Klassenlage".* Dolle Mina wird faktisch die Funktion eines „Durchlauferhitzers" zugewiesen: *„Naturgemäß wird Dolle Mina in den Niederlanden keine strukturellen Veränderungen bewerkstelligen können. Aber sie kann dazu beitragen, daß Menschen ihren Weg bewußt zur links-sozialistischen und kommunistischen Strömung in den Niederlanden finden"* (2, 66).

Dem halten die Fürsprecherinnen *„kleiner Gruppen"* entgegen: *„Wir richten uns an alle Frauen und Männer, die bereit sind, ihre Rolle und Situation zur Diskussion zu stellen. Die einsehen wollen, daß die Anmeldung als 'Mitglied' von Dolle Mina eine Sache ist, aber daß eigene Emanzipation, eigenes politisches Bewußtsein, eigenes politisches Vermögen*

Mit dem Pferdewagen übers platte Land – Dolle Mina propagiert die Legalisierung der Abtreibung und die Entscheidungsfreiheit der Frau

Demonstration für die kostenlose Vergabe der Anti - Baby - Pille

dung als 'Mitglied' von Dolle Mina eine Sache ist, aber daß eigene Emanzipation, eigenes politisches Bewußtsein, eigenes politisches Vermögen

nicht automatisch daraus folgen" (2, 67). Auch die niederländische Spezialform neuer Frauenbewegung, die Zusammenarbeit von Frauen und Männern in einer Gruppe, wird erneut problematisiert: *„Wenn sie* (die Männer) *hier nur für den Klassenkampf sitzen, können sie vermutlich bei den linken Gruppen wie CPN, KEN, PSP usw. bessere Arbeit machen. Wenn sie bei Dolle Mina sitzen, um den Frauen von ihrer natürlichen männlichen Überlegenheit aus zu erzählen, was sie tun müssen und den Frauen dabei im Wege sind, selbst, wie unvollständig auch immer, Ideen oder auch nur Kritiken zu entwickeln, dann bedeutet das, daß sie selbst in hohem Maße unemanzipiert sind"* (2, 67).

Demonstration für die kostenlose Vergabe der Anti - Baby - Pille

Obwohl ein großer Teil des Kongresses zwischen diesen beiden Positionen steht, wird mit 3/4 Mehrheit eine Entschließung angenommen, daß sich Dolle Mina *„als Teil der linken Strömung betrachtet"* (2, 67), ohne sich jedoch an eine bestimmte Partei zu binden. In der Entschließung wird weiter festgestellt, daß Unterdrückung und Diskriminierung der Frau durch die Klassenstruktur *„mit"* instand gehalten werde, daß der hauptsächliche Gegensatz zwischen den sozialen Klassen und nicht zwischen Frau und Mann bestehe.

Nach dem Kongreß ziehen sich die Anhängerinnen der „kleinen Gruppen" aus Dolle Mina zurück und bilden Selbsterfahrungsgruppen („praatgroepen" – Redegruppen, wobei Reden auch im Sinne von „sich ausquatschen" zu verstehen ist).

Dolle Mina hat sich für einen *„Feminismus als Teil des Klassenkampfes"* (2, 68) entschieden. Ungeklärt bleibt für die bei Dolle Mina verbliebenen Frauen die fragende Parole: *„Kein Penisneid, sondern Klassenkampf – aber wer holt inzwischen die Haarbüschel aus dem Abfluß?"* (3, 5).

Abortus vrij!

Die Aktionen und Kampagnen von Dolle Mina in den folgenden Jahren zielen vor allem auf Verbesserungen der Lage der außerhalb des Hauses arbeitenden Frauen. Hier arbeitet Dolle Mina verschiedentlich auch mit anderen Gruppierungen, u.a. mit der Mann-Frau-Gesellschaft und Gewerkschaftsfrauen, zusammen.

Neben den Aktionen für gleiche Bezahlung, bessere Ausbildung der Schulabgängerinnen, kostenlose Kinderhorte ist, wie eine Dolle Mina rückblickend feststellt, *„der beständige Kampf für freie Abtreibung zweifellos der wichtigste gewesen"* (3, 16).

Acht Dolle Minas stürmen im März 1970 den Sitzungssaal eines Gynäkologenkongresses, liften ihre Pullis und zeigen ihre nackten Bäuche, auf denen kundgetan wird: *„Baas in eigen Buik"* (Chef im eigenen Bauch).

Dolle Mina kämpft für die Einrichtung von Abtreibungskliniken, richtet einen Abtreibungs-Notruf ein, dokumentiert das Abtreibungselend in einer Broschüre und demonstriert zu Lande und zu Wasser für die Legalisierung der Abtreibung.

Als ein Entwurf zur „Reform" der Abtreibungsgesetzgebung zur Verabschiedung ansteht, der die bereits erkämpften Möglichkeiten empfindlich einengen würde, zieht eine Gruppe Dolle Minas im Frühjahr 1972 mit einem Pferdewagen durch die ganzen Niederlande. So wird nicht mehr nur in den großen Städten, sondern auch auf dem flachen Land über Verhütung und Abtreibung infomiert und diskutiert. Die während der Fahrt durchs Land gegen den Gesetzentwurf gesammelten Unterschriften werden dem Parlament übergeben.

Als 1974 der damalige Justizminister Andries Maria van Agt (*„Gottes eigener Sexist"*) die Abtreibungsklinik Bloemenhoeve schließen lassen will, gründen einige Dolle Minas zur Abwehr dieses Übergriffs die Aktionsgruppe „Wij Vrouwen Eisen" (Wir Frauen fordern), die sich in der Folge zum Dachverband aller Befürworter/innen der Legalisierung der Abtreibung entwickelt. „Wij Vrouwen Eisen" arbeitet über Jahre hinweg und durchaus erfolgreich auf der Minimalplattform: Abtreibung raus aus dem Strafgesetzbuch – die Frau entscheidet – Abtreibung auf Krankenschein.

Von der Mitte der siebziger Jahre an verliert Dolle Mina, ähnlich wie die Mann-Frau-Gesellschaft, an Bedeutung und ist heute eine nur noch sehr kleine Gruppe. Dolle Mina hatte jedoch zu Beginn der siebziger Jahre und insbesondere durch ihre massenwirksamen Aktionen nachhaltig auf Frauendiskriminierung und Frauenunterdrückung aufmerksam gemacht; Dolle Mina war auch – im Sinne eines Lernens aus den Erfolgen wie den Fehlern dieser Gruppierung – bestimmend für die weitere Entwicklung der niederländischen Frauenbewegung, die von der Mitte der siebziger Jahre an wesentlich von der feministisch-sozialistischen Bewegung geprägt wird.

Anmerkungen:

Die erste Zahl in den Anm. klammern bezeichnet die Quelle, die zweite Zahl die Seitenzahl innerhalb der Quelle.

Anmerkungen:

Die erste Zahl in den Anm. klammern bezeichnet die Quelle, die zweite Zahl die Seitenzahl innerhalb der Quelle.

(1) Selma Leydesdorff, Anja Meulenbelt, Joyce Outshoorn: Feminisme in Nederland 1968 - 1975. In: Te Elfder Ure, 18/1975.
(2) Marjo van Soest: „Meid, wat ben ik bewust geworden" – Vijf jaar Dolle Mina. Den Haag 1975.
(3) Aukje Holtrop: „Dames, wilt u hier uw spandoek neerzetten" – Tien jaar Dolle Mina. In: Vrij Nederland (Beilage), 15.3.1980.

Niederlande-Kommission

Teil 2 – Die feministisch-sozialistische Bewegung 1975-79 – erscheint im AK 219

Die vaterländischen Frauenvereine vor 1914 Friedensfrauen oder Heimatkämpferinnen?

Frauenmobilisierung im 1. Weltkrieg

„Frauen helft den Krieg gewinnen!" – so hieß die Parole zu Beginn des 1. Weltkrieges, mit der die Frauen aufgefordert wurden, massenhaft soziale Hilfsarbeit zu leisten, sich freiwillig in Wohlfahrtseinrichtungen und in der Krankenpflege zu betätigen: Aufgabengebiete und Tätigkeiten also, für die wir Frauen heute, zumindest dem Inhalt der Gesetze folgend, von der BRD-Regierung auch wieder eingeplant sind: im „Verteidigungsfall".

Die Aufforderung damals wurde ausgegeben vom „Nationalen Frauendienst", in Zusammenarbeit mit dem preußischen Ministerium für Inneres und in Absprache mit dem Roten Kreuz. *„Heimatdienst"*, so Gertrud Bäumer (Vorsitzende des BDF und Initiatorin des „Nationalen Frauendienstes"), *„ist für uns die Kriegsübersetzung des Wortes Frauenbewegung"* (Jahrbuch des BDF, 1916). Bereits im Juli 1914, also einen Monat nach Kriegsbeginn, hatte Gertrud Bäumer mit der Organisierung dieses „Nationalen Frauendienstes" begonnen. Stützen konnte sie sich dabei auf die Kriegsbegeisterung großer Teile der Bevölkerung – auch der Frauen. Viele (bürgerliche) Frauenverbände schlossen sich dem „Nationalen Frauendienst" an, oder aber lösten sich zu dessen Gunsten auf. Auch etliche sozialdemokratischen Frauenvereine folgten. Gerade dies wurde in der Propaganda der BDF-Frauen natürlich freudig aufgegriffen. Sie bezeichneten es später als Bestätigung dafür, daß die „deutschen Frauen", gleich welcher Herkunft und politischen Haltung, eine gleichermaßen „deutsch-nationale Gesinnung" hätten.

Als ein Hebel, die Frauen für die sog. „Kriegshilfe" zu mobilisieren, diente die Zeitschrift „Die Frauenfrage – Zentralblatt des Bundes Deutscher Frauenvereine". Neben Jubelmeldungen über „Rekrutierungserfolge" aus einzelnen Orten und Leitartikeln, die den Patriotismus und die Vaterlandsliebe der Frauen beschwören sollten, gab es eine ständige Rubrik „Wirtschaftliche Kriegshilfe deutscher Hausfrauen". Da hieß es dann beispielsweise: *„Das eine wissen wir Frauen mit aller Bestimmtheit: daß es unsere Pflicht ist, im Haushalt dem Staat zu dienen, d. h. den Haushalt so zu gestalten, daß nicht wirtschaftliche Nöte den Friedensschluß mitbestimmen. Auch unser Kriegsdienst ist uns vorgeschrieben..."* (Nr. 21, Feb. 1915).

„Sollte es jemals ein Denken und Tun der Frauen gegeben haben, das einseitig dem Wohle des eigenen Geschlechts zu dienen bestimmt war, so ist unzweifelhaft, daß jetzt dieses Denken abbrechen, dieses Tun verschwinden mußte vor den Forderungen der Zeit... Nichts liegt uns heute begreiflicherweise näher als der Wunsch, all unser Tun in irgendeiner Form in Parallele zu stellen mit den Leistungen der Männer im Kriege." (Nr. 18, Dez. 1914). Mit derlei Vaterlandsliebe setzten sich die maßgeblichen Frauen vom BDF sicherlich an die Spitze der „Nationalheldinnen". Im Gegensatz aber zu den „Hurra-Patriotinnen" der ersten Kriegsmonate, schwammen sie schon seit Gründung des BDF (1894) kräftig im nationalistischen Fahrwasser

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von voriger Seite

des deutschen Imperialismus. Die Entwicklung des BDF endete später konsequenterweise mit einem geschlossenen Eintritt in die ,,Frauenschaften'' des Hitler-Faschismus.

Diese Kontinuität, deren Anfänge und Entwicklung im Folgenden etwas näher aufgezeigt werden sollen, wird m.E. in geschichtlichen Darstellungen über die Entwicklung der (bürgerlichen) Frauenbewegung zu wenig beachtet, bzw. bewußt ignoriert. So entsteht dann letztlich auch ein falsches Bild: damals wie heute wurden bestimmte (politische) Aufgabenbereiche für Frauen propagiert: gemäß dem ,,Wesen der Frau'': Kultur und Soziales. Die systematischen Versuche aber, eben auch von dieser Seite eine breite Unterstützung für die wachsenden Kriegsvorbereitungen zu gewinnen – beispielsweise durch den BDF unter der Fahne der "Neutralität" – werden dadurch verkannt.

Politische Aufgaben der Frau – Kultur und Soziales ?

Der ,,Bund Deutscher Frauenvereine'' wurde seit Ende des 19. Jahrhunderts zur bestimmenden Dachorganisation des rechten Flügels der bürgerlichen Frauenverbände. Die erklärten Ziele dieser Frauen waren durch ihre eigenen Standesinteressen bestimmt: beispielsweise die Schaffung besserer Bildungsmöglichkeiten für Frauen oder das Recht auf Berufstätigkeit. Forderungen also, die an den meist unmenschlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen der Masse der Frauen, den Arbeiterinnen, vorbeigehen mußten. Wenn auch verbal betont wurde sich für die Rechte aller Frauen einsetzen zu wollen – zu einer tatsächlichen Zusammenarbeit aber kam es von beiden Seiten aus, nie. Im Gegensatz zur proletarischen Frauenbewegung ging es den Frauen vom BDF, wie auch vielen anderen bürgerlichen Frauenverbänden, nie um eine volle politische Gleichberechtigung aller Frauen – eine gesellschaftspolitische Beteiligung sollte ihrer Meinung nach auf kulturelle und soziale Aufgabenbereiche beschränkt bleiben. Die "natürlichen Aufgaben der Frau" beschrieb Alice Salomon (im Vorstand des BDF) so: *"Es ist der Sinn für das Ganze des Volksorganismus, der soziale Gedanke, der aus der mütterlichen Bestimmung der Frau herauswächst und ihr die besondere Fähigkeit gibt, über die*

"Es ist der Sinn für das Ganze des Volksorganismus, der soziale Gedanke, der aus der mütterlichen Bestimmung der Frau herauswächst und ihr die besondere Fähigkeit gibt, über die

eigenen Interessen und die ihres nächsten Kreises hinaus zu empfinden und zu handeln... Die Frau ist ihrer Natur nach nicht am Machtkampf interessiert ... die Frau stellt das Menschliche über das Sachliche, die Seele über die Materie ... sie findet ihre Kulturaufgabe darin, das Leben zu pflegen und zu erhalten, der Vergeudung und Zerstörung lebendiger Kräfte entgegenzuwirken.'' (Alice Salomon, ,,Die deutsche Frau'', 1919).

Das Flottenbauprogramm von 1898 – Frauen im Dienst des deutschen Imperialismus

Mit ,,Rücksicht'' darauf, die Interessen der Frauenbewegung nicht gefährden zu wollen, hatte es sich der BDF formal zum Prinzip gemacht, sich in politischen Fragen neutral verhalten zu wollen. Was sie aber tatsächlich darunter verstanden, zeigte sich sehr schnell im Publikationorgan des BDF, der Zeitschrift ,,Die Frau'', die sie frühzeitig voll in die Dienste des deutschen Imperialismus stellten. Wegen angeblicher Bedrohung der ,,deutschen Interessen'' durch die ebenfalls imperialistischen Mächte Frankreich und England wurde 1898 von Admiral Tirpitz ein großangelegtes Flottenbauprogramm gefordert. Bereits 1900 erschien ein Artikel von Helene Lange (ebenfalls im Vorstand der BDF und Herausgeberin der "Frau") unter dem Titel "Flottenbewegung und Friedenssicherung". Sie beschwor darin die *,,Notwendigkeit''*, die *,,naturgemäße Einheit''* zwischen militärischer Aufrüstung und Friedenssicherung herstellen zu müssen. Dieser Artikel war m.E. der Anfang für den vom BDF systematisch betriebenen ideologischen Feldzug zur ,,Rettung des Vaterlandes''. Zugegebenermaßen, so der Artikel, würde der Flottenausbau – wie jede andere Stärkung des Militarismus – auch eine ideologische Aufrüstung des Bewußtseins in der Bevölkerung bedeuten können. Aber dennoch wäre *,,das nicht Wünschenswerte oft das Gebotene. ... Die Völker sind eben ... noch nicht in dem Stadium, in dem sie den drohenden Hinweis auf Machtmittel, mit denen dem Rechtsbruch gegenüber getreten werden kann, zu entbehren vermögen.''* Als eifrige Verfechterin der imperialistischen ,,Friedenspolitik'' zieht sie denn folgenden Vergleich: *,,Auch in der Pädagogik sind Machtmittel ethisch bedenklich. Und doch gibt es Perioden in der Kindererziehung, in denen man sie nicht zu entbehren vermag.''* Zur weiteren Legitimation muß dann noch das ,,Volksbewußtsein'' herhalten, dem angeblich dreierlei klar wäre: *,,...daß wir nicht dreißig Jahre Frieden gehabt hätten ohne ein starkes Heer..., daß eine Blockade unserer Häfen eine unendlich größere Schädigung des Nationalwohlstands bedeuten würde, als die Beschaffung der Mittel für die Flotte ..., daß die Millionen, die die Flotte kosten wird, nicht ... den Kulturaufgaben entzogen wird, denn für diese würden sie einfach nicht flüssig gemacht.''*.

In derselben Ausgabe der Zeitschrift ,,Die Frau'' wurde ein Aufruf des (ebenfalls bürgerlichen) ,,Allgemeinen Deutschen Frauenvereins'' abgedruckt. Hierin wurden die Frauen aufgefordert, durch Unterstützung des Flottenprogramms zur Erhaltung der ,,naötionalen Selbständigkeit Deutschlands'' beizutragen. Denn, so heißt es in dem Aufruf, *,,wie die Dinge heute liegen, können sich unsere Friedenshoffnungen nur an die volle Kriegsbereitschaft knüpfen. Nur diese Kriegsbereitschaft kann die Entwicklung deutscher Kultur auch jenseits der Meere wahren, in den fernen Ländern* (gemeint sind die sog. ,,dt. Schutzgebiete, d.h. die Kolonien – d.V.), *auf die uns stetig steigende Bevölkerung unseres Landes, die hohe Blüte unseres Handels, unserer Industrie, die neue Bezugsquellen und neue Absatzgebiete sucht, mehr und mehr hinweisen. Das große Friedenswerk, das für uns Hand in Hand geht mit der Verbreitung deutscher Kultur und Sitte, kann nur seinen Fortgang erfahren, wenn ein mächtiger Schutz die Vergewaltigung hindert, den Frieden sichert... Den Frieden sichert heute nur noch die starke Hand, und darum wollen wir... mit dahin wirken, sie in unserem Lande zu schaffen... Und dazu rufen wir heute die deutschen Frauen auf!''* Unverhohlen rassistischer und kriegslüsterner hätte selbst die Kriegshetze der deutschen Imperialisten kaum sein können.

Diese beiden Artikeln in der ,,Frau'' fällt m.E. unter verschiedenen Gesichtspunkten eine grundlegende Bedeutung zu: zum einen wird deutlich, daß eine Spaltung in der Frauenbewegung sich nicht erst an der Frage der Bewilligung der Kriegskredite entzündete, sondern daß es in der Haltung gegenüber einer Verteidigung des imperialistischen ,,Vaterlandes'' zu keiner Zeit ein gemeinsames Vorgehen hat geben können – zumindest nicht zwischen dem nationalistischen Flügel der Frauenbewegung und den Sozialdemokratinnen. Bis 1914 hat es eine solche Zusammenarbeit auch tatsächlich nicht gegeben. Eine mögliche Erklärung für die spätere gemeinsame ,,Kriegshilfe'' breitester Teile der Frauenbewegung, sehe ich aber gerade darin, daß eine Auseinandersetzung um diese vaterländischen Strömungen innrhalb der Frauenbewegung nur mangelhaft und in ungenügender Schärfe geführt worden ist. Sowohl von den radikal-bürgerlichen, als auch erst recht von den Sozialdemokratinnen.

In verschiedenen Darstellungen über die geschichtliche Entwicklung der Frauen(-friedens)bewegung wird die spätere, extrem nationalistische, Ausrichtung des BDF vor allem mit dem Einfluß Gertrud Bäumers verknüpft. Sicherlich hat sie, bis in den Hitler-Faschismus hinein, eine Vorreiterrolle eingenommen — wie tief verbreitet der nationalistische Sumpf aber schon lange Zeit vorher war, zeigten eben u.a. der Artikel von Helene Lange (die oft als etwas gemäßigter bezeichnet wird), wie auch diverse andere Artikel verschiedenster BDF-Damen.

Die eigentliche Absicht aber, die mit diesen beiden Artikeln verfolgt wurde, liegt darin, daß sie eine Ausrichtung (vor allem der bürgerlichen) Frauenbewegung bewirken sollten. Auch wenn auf bürgerliche Kreise beschränkt, waren die Einflußmöglichkeiten, di der BDF über seine Organe hatte, sicherlich recht hoch (allein die Mitgliederzahl — über die ihm angeschlossenen Verbände — betrug 1901 70.000 und erhöhte sich bis 1919 auf 833.900. Demgegenüber betrug die Auflagenhöhe der ,,Gleichheit'' 1914: 124.000 (Juli) bzw. 58.000 (Dez.) und sank auf 19.000 (1917).

,,Auch Friedensfreundinnen sind Patrioten''...?

Nach verschiedenen internationalen Friedenskongressen 1889 (Paris) und 1899 (Den Haag) entwickelten sich starke Friedensbewegungen in den einzelnen Ländern. Gleichzeitig mit der Friedenskonferenz in Den Haag wurden in 18 Ländern Friedensveranstaltungen von Frauen organisiert. Solche Entwicklungen paßten natürlich nicht ins Konzept der systematischen ideologischen Kriegsvorbereitungen seitens des BDF. Um sich aber nicht von vornherein eine mögliche Einflußnahme auf seine (friedliebenden) Mitglieder zu verbauen, sahen sich die BDF-Vorstandsdamen 1899 gezwungen, die internationale Friedensarbeit mit als Bestandteil in ihr Programm aufzunehmen — dies ging aber nie über den rein legitimatorischen Charakter hinaus.

Um dennoch möglichen Vorbehalten von Seiten der Regierung vorzubeugen, hieß es denn auch später: *,,Um gleich eines der häufigsten Mißverständnisse auszuschalten: die Friedensbewegung ist nicht gleichbedeutend mit Antimilitarismus. Im Gegenteil. Auch der Friedensfreund greift zu den Waffen, wenn das Vaterland ihn ruft.''* Offensichtlich aus Angst,

verständnisse auszuschalten: die Friedensbewegung ist nicht gleichbedeutend mit Antimilitarismus. Im Gegenteil. Auch der Friedensfreund greift zu den Waffen, wenn das Vaterland ihn ruft.'' Offensichtlich aus Angst,

vom Kriegsministerium immer noch nicht restlos akzeptiert zu werden, heißt es weiter: *,,Auch die Friedensfreunde sind Patrioten. Im Gegensatz zu der Vaterlandsliebe der Nationalisten ist aber die ihrige mehr innerlicher Art. Auch sie wünschen ihrem Volke die erste Stelle in der Welt, die Führerschaft im geistigen und sittlichen Leben.''* (Mathilde Planck, in: ,,Die Frau'', 1910, S. 559).

Rückbesinnung auf ,,germanisches Volkstum''

Als Vertreterinnen von Fraueninteressen hatten die Vaterländlerinnen innerhalb der Frauenbewegung sicherlich zunehmend einen schweren Stand bekommen: Abgrenzungen gegenüber bürgerlichen Frauenrechtlerinnen einerseits, und andererseits erst recht gegenüber der proletarischen Frauenbewegung. Sie gingen von daher in die Offensive und entwickelten eine Theorie und Ideologie über *,,Nationalbewußtsein und die Wesenszüge germanischen Volkstums in der deutschen Frauenbewegung.''* Ihre grundlegenden Gedanken dazu breitete Gertrud Bäumer bereits 1913 in einem Artikel ,,Frauenbewegung und Nationalbewußtsein'' (,,Die Frau'', 1913) aus — beinahe überflüssig zu bemerken, daß sie sich damit für den Hitler-Faschismus ihre ,,Karriere'' gesichert hatte. In dem Artikel geht sie der Frage nach, warum sich die Frauenbewegung in den einzelnen Ländern so unterschiedlich entwickelt hat — warum die Frauenbewegung insbesondere in Deutschland vergleichsweise schwach entwickelt war.

Oberflächlich betrachtet, so behauptet sie, wäre die Frauenbewegung in den romanischen Ländern zwar sehr stark gewesen, nach kurzer Zeit aber wieder *,,in Nichts''* zusammengefallen. *,,Entweder [ist] die Bewegung auf einzelne hervorragende Trägerinnen beschränkt, oder sie bedarf des Elans irgendeiner anderen nationalen oder sozialen Erregung ... In Italien etwa sind es einerseits die politischen Einheitskämpfe, mit denen die Frauenbewegung erstarkt, oder es ist der Sozialismus, der sie mitreißt und ihr über eigene Lebenskraft hinaus Stetigkeit und geschichtliche Kraft gibt.''*

Die *,,eigene Lebenskraft''* der Frauenbewegungen dieser Länder sieht sie in einem stark *,,sexuell gefärbten Geschlechtsbewußtsein''* der Frauen — eine ähnliche Hetze betreibt sie im übrigen auch gegen die deutschen Sozialdemokratinnen. Die Frauenbewegung in den germanischen Ländern dagegen wäre *,,weit konsequenter, straffer und einheitlicher entwickelt... Ist es doch ein Wesenszug germanischer Kultur und germanischen Volkstums von jeher gewesen, daß die Beziehungen der Geschlechter weniger durch das rein sexuelle Empfinden als durch persönlichere, geistigere, mehr im Gemüt wurzelnde Momente bestimmt wurden.''* Anderen Gegnern der Frauenbewegung, die in einer möglichen Beteiligung der Frauen am politischen Leben eine ,,Verweiblichung'' der Politik und einen Hemmschuh für die Durchsetzung des geplanten imperialistischen Krieges befürchteten, hielt die Super-Patriotin entgegen: *,,Die grausige Notwendigkeit des Blutvergießens, wenn es sich um vaterländische Ehre und Selbsterhaltung handelt, hat [Frauen] niemals geschreckt.''* Auch wenn die Frauen in erster Linie in *,,schützender, pflegerischer, kultureller und sozialer''* Hinsicht in die Politik einbezogen werden sollten. *,,Was wir im Sinne des nationalen Charakters der Frauenbewegung wünschen müssen, ist, daß sich die praktische Anteilnahme der Frauen am Staat mehr auf dieser Beziehung als auf dem Gedanken bloßer egoistischer Interessen und Rechtsvertretung aufbaut.''*

In dieser Richtung sehr zuversichtlich äußerte sie sich in einer Auswertung des ,,Internationalen Frauenkongresses'' (1904 — nur unter Beteiligung der bürgerlichen Frauen). Als *,,krönenden Abschluß der Frauenkonferenz''* schilderte sie ein paar noble Empfänge, die den eifrigen Damen bereitet wurden: *,,Sicher gehört diese im Palais des Reichskanzlers und des Grafen Posadowsky dargebotene Gastlichkeit ebenso zu den Erfolgen des Kongresses, wie der Empfang des Vorstandes bei der Kaiserin und die glänzende Festtafel der Stadt Berlin im Rathause... Die Frauenbewegung [würde damit] als eine im Prinzip berechtigte Äußerung des Volkslebens [anerkannt] und damit ist unendlich viel gewonnen''* — jubilierte Frau Bäumer.

Und dennoch: Vorwürfe wegen mangelnden Nationalbewußtseins

Und dennoch: Vorwürfe wegen mangelnden Nationalbewußtseins

Trotz aller Bekenntnisse und Beteuerungen zum ,,vaterländischen Geist'' und ihren ständigen Versuchen, diesen Stempel auch der Frauenbewegung aufzudrücken, sahen sich die nationalgesinnten Frauen immer wieder gezwungen, sich gegenüber Angriffen wegen ,,antinationaler, undeutscher Gesinnung'' behaupten zu müssen. Vorwürfe — die absurder nicht sein könnten. Den BDF-Frauen war es dennoch um so unangenehmer, als mit dem ebenfalls vorgeworfenen Begriff des ,,Internationalismus'' vor allem der ausdrücklich gegen den deutschen Imperialismus gerichtete Antikriegskampf (des konsequenten Teils) der Sozialdemokratie verbunden wurde.

In einem 1913 erschienen Artikel *,,Frauenbewegung und Nationalbewußtsein''* (,,Die Frau'', 20. Jg., S. 387 - 390) ging Gertrud Bäumer denn auch folgendermaßen darauf ein: Vorwürfe dieser Art wären zwar vollkommen unberechtigt, dennoch müsse man sich aber Gedanken machen, *,,über die innere Beziehung der Frauenbewegung zu nationalen Empfindungen, Tendenzen [und] Aufgaben... Wir werden doch zugeben, daß in der Frauenbewegung etwas steckt, das über die Grenzen, die spezifisch nationale Kulturinhalte umschließen, hinaus weist.''* Gemeint sind damit *,,geistige Triebkräfte''* zur Verbreitung *,,deutscher Geisteskultur''*. Im wesentlichen nutzte sie die Vorwürfe aber, um mal wieder gegen die sozialdemokratischen Frauen holzen zu können: *,, ... in dem Vergleich mit der Arbeiterfrage, bekommt der Vorwurf des Internationalismus, der gegen die Frauenbewegung erhoben wird, seine eigentliche Schärfe. Niemals ist die Frauenbewegung in dem gleichen Sinne international gewesen wie die Arbeiterbewegung... Die deutsche Frauenbewegung ist deutsch: sie ist von Frauen begründet, die ganz erfüllt waren von spezifisch deutschem Wesen und deutscher Bildung... Daneben gibt es natürlich die farblosen, menschlich dürftigen und darum oft starr doktrinären Menschen, in denen die persönliche Physiognomie ebenso charakterlos und flach ist wie die nationale. Aber es wäre ungerecht zu sagen, daß es in der Frauenbewegung besonders viele von ihnen gäbe.''* Daß es von ihnen allerdings viel zu wenige gab, damit hatte sie leider recht!

Presseerklärung

Am vergangenen Wochenende trafen sich Vertreterinnen der antimilitaristischen Frauengruppen Norddeutschlands in Bremen.
Angesichts der immer bedrohlicher werdenden Kriegsgefahr stand im Mittelpunkt der Diskussion die Planung und Koordination weiterer antimilitaristischer Aktionen. Bereits im letzten Jahr wurden in zahlreichen Städten um den 8. März – dem internationalen Frauentag – Frauenfriedenswochen durchgeführt. In den Aufrüstungsbestrebungen der Bundesregierung nehmen die Frauen eine immer stärkere Rolle ein. Dazu gehören: die bereits für 1984 zunächst noch auf freiwilliger Basis geplante Einbeziehung der Frauen in die Bunddneswehr, die Dienstverpflichtung von Frauen im "Verteidigungsfall", die vom Bundesverteidigungsministerium finanzierten Schwesterhelferinnenkurse, bei denen Frauen sich bereits heute für zivile Hilfsdienste im Kriegsfall verpflichten müssen. Gegen diese fortschreitende Verplanung und Einbeziehung der Frauen in einem kommenden Krieg richtet sich unser Protest. Schwerpunkt der Aktionen in der diesjährigen Frauenfriedenswoche werden darum massenhaft öffentliche Verweigerungen jedlicher Art von Kriegsdiensten. insbesondere auch zivile Hilfsdienste sein.

Wir erklären:
An das Zivilschutzamt
Betr. Verweigerung der Zwangsverpflichtung gem. Art. 12a, 4 u.6
(Kann im Verteidigungsfall der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Basis gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten 18.bis zum vollendeten 55. Lebensjahr durch Gesetz zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf gar keinen Fall Dienst mit der Waffe leisten. (Art.12a,4)
Kann im Verteidigungsfall der Bedarf an Arbeitskräften für die ... genannten Bereiche auf freiwilliger Basis nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder einen Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes eingeschränkt werden ... (Art. 12a, 6)).

die ... genannten Bereiche auf freiwilliger Basis nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder einen Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes eingeschränkt werden ... (Art. 12a, 6)).

Ich teile Ihnen hiermit mit, daß ich im "Verteidigungsfalle", die für mich vorgesehenen Aufgaben im Rahmen einer Zivilverteidigung nicht wahrnehmen werde.
Zivile Hilfsdienste gehören zur militärischen Planung einer Kriegsführung. Das bedeutet, daß ich mich als Betroffene im "Verteidigungsfalle", nicht mit der Sache des Friedens, dem Kampf gegen den Krieg, widmen könnte. Ich müßte indirekten Kriegsdienst leisten, einen Mann ersetzen, der dafür zum "echten Kriegsdienst" herangezogen werden kann. (Frauen im Lazarett, in den Rüstungsfabriken ...).
Kriegsdienste tarnen sich in vielseitiger Form, sie finden überall dort statt, wo Dienst am Kriege geleistet wird, und dieser Dienst beginnt nicht erst beim Ausbruch der militärischen Feindseligkeiten. Kriegsdienste können sowohl in der Kaserne, wie auch im Labor in der Rüstungsproduktion oder im Sanitätswesen geleistet werden. Aber auch überall dort wo die Bevölkerung auf die Notwendigkeit von Kriegsvorbereitungen eingestimmt wird: in den Medien, in den Schulen durch Wehrkundeunterricht, durch Kriegsspielzeug...
Krieg ist kein Naturgesetz, sondern das Ergebnis menschenfeindlicher Politik. Rüstung und Krieg zerstören nicht nur Menschenleben, sondern verschwenden Rohstoffe unserer Erde in verbrecherischem Ausmaß und zerstören damit die lebensnotwendigen Grundlagen der nachfolgenden Generationen.
Die Rüstungsproduktion und der Ausbau der Zivilverteidigung wächst drastisch. Beides dient einer systematischen Kriegsvorbereitung, wobei die Zivilverteidigung dazu dient, der Bevölkerung vorzugaukeln, es gäbe ein Überleben garantierenden Schutz in einem Atomkrieg.
Ich widersetze mich, Bestandteil dieses militärischen Kalküls zu sein. Selbstverständlich lehne ich alle Pläne, die Bundeswehr weiter für Frauen zu öffnen, ab. Diese Pläne sind für mich ein eindeutiges Zeichen, die Militarisierung der Bevölkerung immer stärker voranzutreiben. Ich will weder das gleiche Recht haben, mich im Militärapparat kaputtmachen zu lassen, noch die gleiche Pflicht, die Zerstörung von Leben zu unterstützen.
Die Teilnehmerinnen des Norddeutschen–Treffen der antimilitaristischen Frauengruppen.

i.A. Andrea Kolling/Andrea Faschina
Frauen gegen Krieg/Göttingen
Nicolaistr. 25 3400 Göttingen
Tel. 0551/47465

Ehrenrunde ohne Applaus

Einen Tag nach der großen Startbahn-Demonstration vom 30.1. im Mönchbruchwald griff die Polizei, vorbereitet durch Zivileinsätze, Bürger direkt in Walldorf mit Wasserwerfer- und Schlagstockeinsatz an. Offenbar sollte die direkte Einschüchterung der Bevölkerung vor Ort probiert werden. Dieser Test schlug fehl. Als sich immer mehr aufgebrachte Bürger einfanden und gegen das Vorgehen der Polizei hell empört protestierten, zogen die Bullen wieder ab. Umso „stimmungsvoller" war am Abend eine Bürgerversammlung mit über 1.000 Leuten in Walldorf. Einmütig verlangten die Anwesenden, daß die Terrorisierung durch ständig herumfahrende Zivilfahrzeuge sofort beendet werden müsse. Bürgermeister Brehl erklärte, die lokalen Behörden seien bei diesem Einsatz total übergangen und nicht einmal informiert worden. Er selbst war vor Ort mit eindeutiger Drohgebärde zurückgewiesen worden, als er Aufklärung über das Geschehen verlangte. Schlimmer noch erging es dem Umweltpfarrer Oeser. Er, der einem niedergeschlagenen Startbahngegner zur Hilfe geeilt war, um ihm „kirchlichen Beistand" zu leisten, wurde selbst mit dem Schlagstock geschlagen. Er handelte sich eine Anzeige wegen „versuchter Gefangenenbefreiung" ein, weil er einen Polizisten *„von hinten angesprungen"* habe. So lächerlich die Sache klingt, so ernst ist der Hintergrund. Nachdem die Bundesanwaltschaft Alexander Schubart beharrlich vorwirft, am „Flughafensonntag" (15.11.81) auf der Autobahn Barrikaden gebaut zu haben, obwohl er erschöpft vom Vortag (Wiesbadener Demo) zuhause saß, wird nun erstmals ein prominentes SPD-Mitglied beschuldigt, mit einer ebenso absurden Behauptung. So wird gezielt versucht, mit der Kriminalisierung immer weitere Kreise zu erfassen.

Zum Ablauf der Ereignisse am 31. 1. gibt es eine hübsche Geschichte, die zeigt, wie die Zwischenfälle planmäßig von der Polizei herbeigeführt wurden. Fast könnt' sie echt sein, oder was ...?

Bü Be Po
Bürger beobachten die Polizei
So., den 31.1.82, frühmorgens:

Ja, zu Ihrer Kenntnis, in dem evangelischen Gemeindezentrum, wo sich z. Zt. ein ... Gottesdienst abgehalten wird, und anschließend der Spaziergang unternommen wird. ... - - Diemel 102, können Sie mir sagen, wieviel Personen sich dort aufhalten? - - - Kann derzeit nicht gesagt werden. - - - Ja, verstanden. Es wäre wichtig, das zu äh, wissen. - - - Ich spreche die Obskräfte an und spreche Sie danach wieder an. - - - Verstanden.

112, Diemel 102, bitte kommen. - - - Diemel 112 für Diemel 102 kommen. - - - Hört. - - - Frage: Können Sie sagen, wieviel Personen an dem Gottesdienst teilnehmen, oder ist das möglich zu recherchieren? - - - Nein, das ist nicht möglich, da es einen schlechten Eindruck macht, wenn man die Nase am Kirchenfenster plattdrückt. - - - Habe Sie verstanden.

Eines unserer Obs-Fahrzeuge vorm SKG-Heim tätlich angegriffen und zwar hat eine Person mit dem Hammer darauf eingeschlagen. - - - Konnten Sie mich aufnehmen? - - - Ich konnte Sie aufnehmen, hatte die Frage gestellt, ob die Person festgenommen worden ist? - - - Person ist nicht festgenommen worden, weil zuviel Volksauflauf. - - - Ich hab' Sie verstanden. - - - Die Entsendung von Kräften ist nicht erforderlich. - - - Verstanden.

... Zu Ihrer Kenntnis, es wurden bereits mehrere Obs-Kräfte von uns vorm SKG-Heim angegriffen, die dortigen Kollegen bitten uns um Unterstützung von Seiten S-Kräften. - - - Verstanden. Äh ... 23-13, fahren Sie SKG-Heim, fahren Sie SKG-Heim. Haben Sie Kanal 3-5-3 mitgehört? Kommen. - - - Haben nicht mitgehört. Kommen. - - - Ja, fahren Sie äh, SKG-Heim, äh ... da gibt es Schwierigkeiten mit Kollegen, äh .. gucken Sie, ob da was für uns drin ist. Kommen, ob verstanden. - - - Was für Schwierigkeiten? - - - Ja, da werden Obs-Kräfte belästigt, da werden Obs-Kräfte belästigt. Kommen, ob verstanden. - - - Ja, verstanden. ... müßten insgesamt etwa 40 Personen dort anwesend sein, wobei 10 einer gewissen Militanz gegenüber den Kräften gezeigt haben. - - - 102, Zusatzfrage: Sind die Kräfte noch in Gefahr, oder ist die Situation bereinigt? - - - Eine Unterstützung ist nicht mehr notwendig. Nur läßt sich derzeit ohne Hinzuziehung von Kräften von Ihnen dort durch unsere Kräfte keinerlei Aufklärung mehr betreiben, weil die Aufklärungskräfte sofort angegriffen werden, d. h. die Fahrzeuge.

502 von Blüte kommen. - - - 502 hört. - - - Haben Sie das mitgehört? - - - Richtig. - - - Wie lautet unter dem Aspekt der genaue Auftrag für uns? - - - Ja, ein Moment warten.

Diemel 140 von 23-19. - - - Hier ist 140. Kommen. - - - ... aber der 23-19 ist grade vorm SKG-Heim von 30 Personen angegriffen äh, worden, wir konnten mit dem Fahrzeug aber durchfahren, höchstwahrscheinlich nur leichte Beschädigungen am Fahrzeug. - - - Ich habe Sie verstanden.

500 kommen. - - - 500, Blüte dringend, äh, die Kräfte Diemel, SKG-Heim, Mörfelden werden dort tätlich angegriffen. Eilmarsch, äh, die Lage bereinigen und sich mit den Kräften Diemel zurückziehen, gegebenenfalls dort Festnahmen. Kommen. - - - Ja, 500, das ent- äh, -sprach nicht der letzten Schilderung von Diemel, die Kräfte sind nicht mehr in Gefahr, die sind draußen, der Diemel 102 sagte nur, daß sie keine Aufklärung mehr betreiben können dort, ohne in Gefahr zu geraten. - - - Können Kräfte, die angegriffen worden sind, mal über Draht kommen und 'ne klare Lagemeldung geben, was sind das für Personen, was ist das für 'ne Größenordnung, wie sind die angegriffen worden, mit was, mit Stöcken, mit Steinen, kommen. - - - Veranlaßt.

Hier schaltet sich der 20-19 ein, das ist folgender Sachverhalt gewesen: Wir sollten da feststellen, ob für uns was äh, vorliegt, vorm SKG-Heim. Wir sind dann mit'm Fahrzeug, äh, vorgefahr'n und sind sofort angegriffen worden. Das sind etwa 30 Personen gewesen, wir konnten aber mit'm Fahrzeug durchbrechen. Die haben dann versucht, Flaschen auf uns zu werfen, einer war vorne auf's Auto geklettert. - - - Eh, ich hab Sie verstanden, wo ist diese Gruppe jetzt, der 30 Störer. Kommen. - - - Vor dem, äh, SKG-, äh, -Heim. - - - Ich hab Sie verstanden. Danke. - - - Am Container steh'n die. - - - Ja, danke, Ende.

500 von Blüte kommen. - - - Hier ist 500, Blüte, kommen. - - - 500, wenn Sie nichts dagegen haben, hätte ich vor, die Kräfte trotzdem mal durch Walldorf durchfahr'n zu lassen, 'ne Runde über die 486, dann Rüsselsheim Ost zurück zum Flughafen. - - - Ja, ich wär' für die Ehrenrunde sehr dankbar, ich werde dennoch den Groß Gerau PD verständigen, daß die von sich aus mal mit ihren Streifenfahrzeugen da durchfahren, denn deren originäre Zuständigkeit wäre zunächst gegeben, dennoch fahren Sie ruhig mal diese Runde. Ende mit Blüte. - - - Ende.

... das würd' ich sagen, wir sind also auf sie, äh, ziemlich, äh, hier verbrannt und das bringt also mit zivilen Fahrzeugen nichts mehr, zumal die aggressiv hier, eh, werden, schon vorne am, an der Hauptstraße, also nicht in der Stichstraße und nicht auf den Parkplätzen zum SKG-Heim. - - - Verstanden. Ende. Abbrechen. Zurückkommen.

... eine Ehrenrunde durch Walldorf. Kommen. - - - Keine direkten Aktionen geplant, sondern eine Ehrenrunde. - - - Ja, um mal 'n bißchen Stärke zu zeigen. Kommen. - - - Verstanden.

140 hört. - - - Ja, 140, klären Sie doch mal ab, warum die Hundertschaft am SKG-Heim, eh, vorbeigefahr'n, äh, ist. Wir hätten die ganzen Kameraden rausgreifen können, die uns angegriffen haben. - - - Ja, ich habe hier mitgehört, daß die Anweisung haben, 'ne Ehrenrunde zu drehen. - - - Ja, verstanden. Ende von 23-19.

- - - ... wir fahr'n also jetzt wie abgesprochen, in größerem Abstand ab und beziehen die Positionen. Ich gebe dann Startsignal. - - - Die PKW's bestiegen, abgefahren. Wir haben da eigentlich im Augenblick keine Probleme feststellen können. Ich re ..., äh, ... rege an, mal an, mal vorauszufahren, sich das anzusehen. Da scheint jetzt 'ne ganz andere Lage vorzuherrschen. Kommen. - - - ... dem steht nichts entgegen, da einfach mal demonstrativ durchzufahren, dann wenn die Lage klar ist. Wenn Sie angegriffen werden, dann wird der Auftrag so durchgeführt, wie Sie ihn erhalten haben. Kommen. - - - Verstanden.

Ja, Mönus, ich habe da mitgehört, daß Bewegungen am SKG-Heim dort gemeldet werden. Folgendes: nach hiesigen Erkenntnissen sammeln sich dort Einwohner von Raunheim, um mit Omnibussen zum Gardetag nach Rüsselsheim zu fahren. Dürften also nichts mit Demonstranten zusammen zu tun haben. Kommen. - - - Ja, verstanden. - - - Äh, ... können Sie das nochmal bestätigen mit dem Sammelpunkt SKG-Heim hinsichtlich des Gardetages in Rüsselsheim, daß sich dort am SKG-Heim die Kräfte sammeln, dort Busse besteigen, da nämlich äh, ZAK (Ziviles Aufklärungskommando), Diemel, äh, diese Angaben anzweifelt. - - - Ja, richtig, nach neuesten Erkenntnissen waren dort mehrere maskierte Kinder, ca. 50 Stück, die von ihren Eltern dorthingebracht wurden und mit einem Bus nach Rüsselsheim gefahren wurden, zum Gardetag. - - - Ich habe Sie verstanden, Diemel...

... so, schön langsam weiter in Richtung zu den Sportplätzen, äh, wir sind jetzt auch am Ortseingang Walldorf, wir werden dann wahrscheinlich dort unten zusammentreffen.

Mönus 502 für Gerau 4-0-8. - - - 502 hört. - - - Ja, 502, der Gerau 4-11 meldet vom SKG-Heim ca. 50 Personen, alles ruhig und sowie 100 geparkte Fahrzeuge. - - - Äh, kann der Gerau 4-0-11 Zuordnung machen? - - - Verstanden.

Die die Ehrenrunde dort gedreht haben, bitte wegfahren, und halten Sie sich in einer Entfernung von etwa 1/2 Kilometer auf. Wir wollen mal sehen, wie die Reaktion ist, auf unser Fahrzeug. Wir haben da jetzt unsere Zivilkräfte in der Nähe stehen, sodaß wir unseren Kollegen zur Hilfe eilen können. Ich würde sie dann nachziehen. - - - ... hier auf dem Parkplatz bereits mit Kräften stehen.

Wir stehen hier am Parkplatz SKG-Heim, offenbar wurde das von der Hundertschaft mißverstanden, wir haben hier nämlich einige Wagen eingekreist und stehen auf dem Parkplatz SK ... SKG-Heim. Unser Zielfahrzeug steht etwa 20 Meter daneben...

... hier ist der 103, zu Ihrer Kenntnis, der Blüte geht jetzt, äh, zum SKG-Heim, ein Zug wird sich jetzt mit dem Wasserwerfer in Richtung SKG-Heim machen, und mit entsprechender Unterstützung Festnahmen machen.

23-19, 23-19, hier fährt einer mit 'nem Megaphon durch und ruft die Bürger auf, zum SKG-Heim zu kommen.

... bei dem Eingang SKG-Heim, und dortigem Container, Sie möchten doch bitte mal Kontakt mit ihm aufnehmen, der erwartet Sie. - - - das haben wir bereits zum dritten oder vierten Mal durchgegeben, der Kollege, der die Identifizierung vornehmen soll, ist außerhalb des Fahrzeuges, hat keinen Zug und hat bereits mit S-Kräften Kontakt. - - - Ich habe Sie verstanden, wir fragen uns nur wo.

Bitte nochmal Standort durchgeben, damit wir Sie zur Unterstützung kommen können. - - - 100 Meter SKG-Heim, in Richtung Flughafen. Auf der Okrifteler Straße. - - - Verstanden. Fahrzeuge kommen von mir nach dort.

Mönus 502 für Gerau 4-0-8. - - - 502 hört. - - - Ja, 502, der Gerau 300 fragt an, ob Sie auf dem SKG-Platz Verstärkung brauchen oder was, da müßte 'ne größere Menschenansammlung sein. - - - Uns ist von einer größeren Menschenansammlung nichts bekannt. Ich werde das abklären. - - - Ja, verstanden.

103, hier ist die Blüte 103, Durchsage an die eingesetzten Führungskräfte. Versuchen Sie innerhalb Ihrer Kräfte festzustellen, wer die Festnahme getätigt hat, die bei uns im BefKaWe (Befehlskraftwagen) gelandet ist. - - - Blüte 103 wiederholt, versuchen Sie festzustellen, wer die Festnahme getätigt hat, die bei uns im BefKaWe gelandet ist. - - - Hier ist die Blüte 11, die Festnahme wurde von meinem Zug veranlaßt. - - - Nochmals kommen. - - - Hier ist die Blüte 11, die Festnahme wurde von meiner Hundertschaft getätigt, ich war selbst dabei. - - - Ich habe Sie verstanden, wie gesagt, wenn die Lage beruhigt, brauche ich die üblichen Daten.

...SKG ein Wasserwerfereinsatz haben. Wer hat Ihnen denn den Auftrag gegeben, nach Mörfelden zu fahren. Kommen. - - - 500, zeitgleich mit dem Moment, wo Sie mir den Auftrag gaben, wegzuverlegen, war die Aktion hier abgeschlossen, die Überprüfung der Kripo war negativ. Wir wollten versuchen, wegzufahren, es kam bei der Hundertschaft zu Behinderungen, es wurde eine Person festgenommen und es hat eskaliert. Wasserwerfereinsatz habe ich nicht mitbekommen, da ist solange ich unten war, keiner gelaufen, wir haben jetzt eine Hundertschaft aus Walldorf draußen in Richtung ...8, die zweite Hundertschaft ist noch in Walldorf mit dem Auftrag ...... zu ...... verlegen ... Wasserwerfereinsatz kann also nur bei denen erfolgt sein. - - - Also, ich lege jetzt den größten Wert darauf, diese Aktion alsbald zu beenden, denn ich sehe net ein, daß wir da einen Aufstand in Mörfelden von uns aus zur Folge kriegen. ...

Politik und Militanz am Beispiel der Startbahn West

Am 30.Januar führte die Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung Rhein-Main ihre letzte Großaktion im Mönchbruchwald durch. Nach der Abweisung des Volksbegehrens und nach der Inangriffnahme weiterer Rodungsarbeiten im Wald – diesmal in ganz großem Stil – sollte demonstriert werden, daß der Widerstand weitergeht. Ziel der Aktion war es, den Platz des zweiten Bauabschnitts (Baulos 2) für ein Wochenende zu besetzen und ihn so herzurichten (Vernageln der Bäume, Errichtung von Barrikaden usw.), daß die Abholzungen erschwert werden. Dazu gab es einen bundesweiten Aufruf, wirklich systematisch wurde jedoch nicht über das Rhein-Main-Gebiet hinaus mobilisiert. 25 000, wahrscheinlich sogar etwas mehr, nahmen an der Aktion teil. Beachtlich war dabei, daß das gesamte Spektrum der Bewegung, insbesondere auch der örtliche Widerstand vertreten war.

Die Polizei beharrte anfangs zurückgezogen vor der Mauer des Bauloses 1, sodaß Baulos 2 ohne Mühe besetzt werden konnte. Lediglich ein bis zwei Hundertschaften wurden an vorgerückter Stelle und scheinbar ohne irgendeine Funktion postiert. Dies diente dem alleinigen Zweck, Auseinandersetzungen mit Startbahngegnern zu provozieren, die auch prompt eintraten. So war für die Polizei ein pressewirksamer Anlaß gegeben, um am frühen Nachmittag das gesamte besetzte Gelände mit beispielloser Gewalt wieder zu räumen. Plötzlich und unvermutet stürmten massive Trupps, von drei Richtungen aus dem Wald kommend, ununterbrochen vor, Spezialeinsatzkommandos mit langen Schlaghölzern vorneweg, und trieben die Startbahngegner in die Flucht.

Darunter muß man sich allerdings etwas anderes vorstellen als im freien Gelände vor einem Atomkraftwerk. Die Flüchtenden mußten, hinter sich und an beiden Flanken die angreifende Polizei, durch tiefen Schlamm, über wild durcheinander liegende gefällte Bäume und dichtes Gestrüpp von Ästen.

Es wäre logisch und bitter notwendig, daß in der Öffentlichkeit über diesen brutalen Polizeieinsatz stärker diskutiert würde:

– über den Versuch, durch eine Zangenbewegung den Demonstranten den Fluchtweg abzuschneiden;
– über den hemmungslosen Gebrauch des Schlagstocks;
– über in Gesichtshöhe abgeschossene Tränengasgranaten;
– über den erneuten Einsatz von Blend-Schock-Granaten (mindestens an einer Stelle);
– über den Gebrauch der Schußwaffe (es wurde beobachtet, wie ein Polizist über die Köpfe der Demonstranten in den Wald schoß!);
– schließlich auch über die heimtükkische Taktik, die Demonstranten zunächst ihr Ziel erreichen zu lassen, um sie dann nach einem von vornherein feststehenden und offensichtlich bis ins Detail vorbereiteten Plan wieder zu vertreiben.

Doch dies erfahren diejenigen, die nicht selbst teilgenommen haben, nicht. Für sie gibt es nur eine Debatte über gewaltsame Gegenwehr von Startbahngegnern. Daß dies so ist, liegt natürlich an der obrigkeitshörigen Presse, was aber nichts Neues ist. Das Besondere an diesem Samstag war, daß das polizeiliche Konzept praktisch in jeder Hinsicht aufgegangen ist, und das heißt: auch in psychologischer Hinsicht. Die Polizei hat diesmal – aufgrund ihrer anfänglichen scheinbaren "Zurückhaltung" – kaum "Legitimationsprobleme", obwohl ihre Brutalität maßlos war.

Dies hat neben vielem anderen eben a u c h eine Ursache in der Militanz von Teilen der Demonstration. Die geworfenen Knüppel, Leuchtraketen, die (nicht zündenden) wenigen Molotow-Cocktails gegen das ganze Arsenal der an diesem Tage zum Einsatz gekommenen staatlichen Gewalt aufrechnen zu wollen, wäre nur lächerlich. Psychologisch haben sie jedoch eine Rolle gespielt. Die Polizei kam zu den Fernsehaufnahmen, die sie brauchte.

Bekanntermaßen hat es eine achtwöchige Debatte innerhalb der Bürgerinitiativen über diese Platzbesetzungsaktion gegeben. Die gemeinsame Durchführung war nur aufgrund eines Kompromisses möglich geworden. Dieser lautete: *"Die BI schließt eine Besetzung des Geländes des Bauloses 1 (ummauert, gerodet) aus. Die Stirnmauer des Bauloses 1 wird nach erfolgter Platzbesetzung nicht angegangen"*. Nur wenn die Platzbesetzung n i c h t gelingen sollte, sollten *"Alternativaktionen"* (gegen die Mauer) stattfinden. Dies war auf allen Flugblättern sowie in einem BI-Extrainfo, das am selben Tag an die Demonstranten verteilt wurde, enthalten. Im letzten AK appellierten wir aus gutem Grund dafür, *"diesen wackligen Konsens zu stabilisieren"*, und warnten vor *"unbedachten Alleingängen"*. Es ist jedoch gar nicht zu bestreiten, daß es Gruppen gab, die sich an diesen (übrigens mit grosser Mehrheit beschlossenen) Konsens nicht hielten – und zwar n i c h t aus Unwissenheit.

So war beschlossen (und angekündigt) worden, die Platzbesetzung von Baulos 2 mit einer gemeinsamen Kundgebung im Wald zu eröffnen. Doch schon vorher setzten sich mehrere hundert Mann (Jawohl: Mann) starke Gruppen in Richtung Baulos 1 und Mauer ab. BI-Mitglieder, die noch auf dem Hinmarsch an das gewaltfreie Konzept erinnerten, wurden aus einzelnen Blöcken heraus grob als "Startbahnbefürworter" angepöbelt. Und schließlich war die "Kampfbereitschaft", ja das chauvinistische Gehabe einer Reihe von Männern (sic!), lange bevor auch nur die erste Uniform in Sichtweite war, gar nicht zu übersehen. Durch diesen Alleingang hin zu Baulos 1 wurde die eigentliche Platzbesetzung von Anfang an auch noch weit auseinandergerissen, viele rückten nach, um zu sehen, was "vorne los" war, die verschiedenen Pole des Geschehens lagen weit auseinander und waren insbesondere in dem unübersichtlichen Gelände nicht mehr zu koordinieren. Im Grunde genommen trat genau das ein, was vermieden werden sollte und bei Brokdorf III auch vermieden werden k o n n t e.

Der BI wird zurecht vorgeworfen, auf dem Platz über keine Organisation mehr verfügt zu haben. Andererseits: Wer würde heute noch die vielbescholtenen Ordnerketten von Brokdorf bilden???

Nun läuft alles nach bekannten Ritualen. Die Sprecher der BI haben sich distanziert. Linke kämpfen gegen diese Distanzierung an. Die Debatte ist von gegenseitigen Vorwürfen und Verdächtigungen beherrscht. Ergebnis: Die BI macht weiter, wenn auch flügellahm. Vorerst keine Aktionen im Wald, vorerst keine überregionalen Großdemonstrationen. Dieses Ergebnis war aber vorhersehbar!

Es geht nun beileibe nicht darum, für jede Situation ein Verhalten als für alle verbindlich festzuschreiben, das dem einer Viehherde gleicht, die zur Schlachtbank geführt wird. Verteidigung gegen den barbarischen Sturm der Polizei war allemal notwendig und die k o n n t e in dieser Situation einfach nicht mit gewaltfreien Methoden (Hinsetzen, Unterhaken) erfolgen. Solche beherzten Notwehraktionen haben vielen Menschen erst das Entkommen ermöglicht und sie vor den Schlagstöcken der Polizei bewahrt.

Doch es fällt schwer, diese Erkenntnis in der BI zu verbreiten. Allzu sehr haben sich a n d e r e Situationen im Bewußtsein eingeprägt, bei denen, noch v o r dem Sturm der Polizei, Scharmützel ohne Sinn eingegangen wurden. Der Denkprozeß läuft nun rückwärts und nicht vorwärts. Das ist es, was den 30.1. zur Niederlage werden läßt.

"Wir müssen die Polizei bekämpfen" – richtig! *"Wir lassen uns nicht die Verhaltensnormen dieses Staates vorschreiben"* – auch richtig. Richtige, aber leider auch b e l a n g l o s e Aussagen, wenn diese Erkenntnis auf u n s, d.h. auf die radikale Linke a l l e i n beschränkt bleibt. Wobei man mit dem Begriff "radikale Linke" vorsichtig sein muß. Was macht denjenigen, der an einem Wochenende 'auf Besuch' ein Beispiel der Militanz abgibt, eigentlich "radikaler" als Leute vor Ort, die gegen jede Einschüchterung über Jahre hinweg diesen Kampf führen? Die Straßenkampferfahrung a l l e i n jedenfalls nicht. Wenn Militanz zum Angebot von Linken an eine Volksbewegung wird, "wir helfen euch mal gegen die Polizei" (ggf. auch gegen euren Willen), dann ist sie schon in der Sackgasse. Wie lange noch soll die Gewaltfrage ausschließlich als Ritual, also in Form von Glaubensbekenntnissen dafür oder dagegen, abgehandelt werden? Der allgemeine linke Grundsatz, daß alle Startbahn-, (AKW-), Kriegs-Gegner zusammenarbeiten sollten, unabhängig von ihren jeweiligen Vorstellungen über die Formen des Protests, gibt noch keine Antwort darauf, was in einer konkreten Situation angebracht und vor allem k l u g ist. Aber K l u g h e i t zu fordern, das gilt ja unter manchen Militanzlern glatt als "Abwiegelei". Wer nicht begreift, daß die Militanzfrage zuallererst eine Frage der Überzeugungsarbeit in der Bevölkerung ist, wer die Anwendung von Militanz permanent mit der Diskreditierung von Militanz verwechselt, der hat die Bedeutung des Problems der Selbst(!)-Befreiung der Massen nicht begriffen. Der kann sich vielleicht selbst für "mutig" halten, ist aber in Wirklichkeit recht hilflos und für d i e s e n Staat jedenfalls keine Gefahr.

de. / Frankfurt

Ob Hessen, Bayern oder Rheinland-Pfalz Wer WAA sät, erntet Widerstand

Wie kein Zweiter hat sich Ernst Albrecht um die Losung „ Gorleben ist überall " verdient gemacht, als er im Mai 79 die Pläne für das Entsorungszentrum Gorleben aus dem Verkehr zog und damit der Dezentralisierung des Entsorgungsprogramms den Weg ebnete.

Wie die Pilze schießen seitdem Bürger-Initiativen überall dort aus dem Boden, wo nach neuen WAA-Standorten Ausschau gehalten wird. Dies gilt derzeit für Hessen, Bayern und Rheinland-Pfalz. Ebenfalls im Rennen ist Niedersachsen, wo der alte DWK-Antrag nach wie vor zur Genehmigung vorliegt, sowie Schleswig-Holstein, dessen Wirtschaftsminister seit Jahresbeginn für eine landeseigene WAA wirbt.

Auf der anderen Seite zielt die „neue" Entsorgungspolitik darauf ab, das Widerstandspotential der Anti-AKW-Bewegung zu zersplittern - war es doch in erster Linie die g e b a l l t e Kraft der BI-Bewegung, die bundesweit auf Gorleben reagiert hatte und schließlich mit dem Treck auf Hannover Albrecht' s Kurskorrektur erzwang.

Diese geballte Kraft wird auch in Zukunft zur Vereitelung der WAA-Pläne nötig sein. Insbesondere gilt dies für das derzeit akuteste Projekt in Wackersdorf/Bayern. Dort zeigt sich F. J. Strauß wild entschlossen, „ im Durchmarsch " die bundesweit erste und mit 1000 Tonnen Jahresdurchsatz weltweit größte WAA (deren Technik allein zur Produktion von Atombomben als ausgereift gilt...!) aus dem Boden zu stampfen. Im folgenden ein Überblick über die Situation in den betroffenen Bundesländern.



Selbst Vorstandsmitglieder der „Gesellschaft für Kerntechnik" bezeichneten die Wiederaufarbeitung als den " *strategisch günstigsten Angriffspunkt gegen die Kerntechnik* ". In der Tat: Ein Störfall in einer großen WAA würde nach Angaben des Instituts für Reaktorsicherheit in diesem Land den sicheren Tod für 30,3 Mio. Menschen bedeuten. Allein bei Normalbetrieb verbreitet sich eine im Vergleich zu AKWs bis zu 1000-fache Strahlendosis über den 200 m hohen Schornstein in der Umgegend. Die Menge des anfallenden Atommülls wird durch die Wiederaufarbeitung verdoppelt, der Plutoniumbestand der Brennelemente soweit gestreut, daß mindestens 1 % des anfallenden Bombenstoffs unkontrollierbar verschwindet. Weltweit gibt es keine funktionierende WAA für die Aufarbeitung von Brennelementen aus Leichtwasserreaktoren.

Dennoch wird besonders in den stark von Energieimporten abhängigen imperialistischen Metropolen unablässig an weiteren WAA-Programmen gebastelt - nicht allein zu Atombombenzwecken, sondern auch um das bei einmaligem AKW-Betrieb nur zu 4 % nutzbare Uran rentabler einsetzen zu können; um den Rohstoff für die Brutreaktoren anzuhäufen und um im internationalen WAA-Geschäft konkurrenzfähig zu bleiben.

setzen zu können; um den Rohstoff für die Brutreaktoren anzuhäufen und um im internationalen WAA-Geschäft konkurrenzfähig zu bleiben.

Gemessen an seinen Hauptkonkurrenten steht der BRD-Imperialismus in Sachen WAA kläglich da; die Abhängigkeit von der französischen Anlage in La Hague ist nicht nur politisch schmerzhaft sondern auch verdammt teuer: derzeit läßt sich Frankreich allein die Atommüllagerung in La Hague 6,15 Mrd. kosten...

All dies wird in absehbarer Zukunft die Herrschenden zu einer sehr viel schärferen Gangart zur Durchsetzung ihres WAA-Programms veranlassen. Dieses sieht fürs erste eine Wiederaufarbeitungskapazität von 1.400 Tonnen jährlich vor (für die derzeit jährlich anfallenden Brennelementbestände würde ein Jahresdurchsatz von 264 t reichen), wobei sich nach neusten, von der DWK ausdrücklich bestätigten Informationen, Strauß den Mammutanteil von 1050 Tonnen an Land ziehen will. Fest eingeplant ist derzeit außerdem eine 350-t-Anlage in Hessen, die sich problemlos auf eine 700-Tonnen-Kapazität umstellen ließe.

Bezüglich Rheinland Pfalz heißt es bei der DWK:" *Erst wenn das hessische Projekt, das allein an Planungskosten 50 Mio. Mark verschlungen hat, das Gorlebener Schicksal ereilen und sich als ' politisch nicht durchsetzbar ' erweisen würde, könnten nach dem Stand der Dinge die Rheinland-Pfälzer zum Zuge kommen.*" (FAZ, 9.6.81) Dennoch (oder deshalb ?) bezeichnet aktuell die DWK ihre Rheinland-Pfalz-Vorhaben als *„reale Option"*, d.h. es muß auch dort mit weiteren konkreten Schritten gerechnet werden.

Hessen – 2. Anlauf

Nach der Pleite von Wethen/Volkmarsen wurden von der DWK als neue Standorte Merenberg (Westerwald) und Wangershausen/Frankenberg vorgeschlagen. Die Landesregierung will deren „Eignung" noch im ersten Halbjahr 1982 geprüft haben; die endgültige Auswahl überläßt sie der DWK. Nach Einleitung des Genehmigungsverfahrens soll die endgültige Entscheidung „frühestens 1985" gefällt werden; die Inbetriebnahme der WAA ist für 1993/94 vorgesehen.

Aber noch ist man bis zur Einleitung des Genehmigungsverfahrens nirgendwo in der BRD gekommen – die Landesregierung konzentriert sich deshalb vorerst darauf, *„aus den Erfahrungen der vergangenen eineinhalb Jahre zu lernen, als man den Kernkraftgegnern weitgehend das Feld überließ und zusehen mußte, wie sich recht schnell eine feste Ablehnungsfront herausbildete"* („FAZ", 19.1.82).

Tatsächlich erreichte bei freiem Lauf der Dinge die Kommunalwahlliste der WAA-Gegner in Volkmarsen aus dem Stand über 42% der Stimmen; in Wethen kam es am Tag der Standortbekanntgabe zu einer 3000-köpfigen Demonstration, der sich eine Bauerndemonstration mit 500 Schleppern sowie ein Autokonvoi der „Wethen-Frauen" anschloß. Nach einem Monat Aufklärungsarbeit bewies eine „Bürgerbefragung" die hundertprozentige Ablehnung einer WAA in Wethen.

In Zukunft dürfte man also, so das Resümee der Landesregierung, *„die Diskussion in der Bevölkerung ... sich nicht selbst überlassen..."*! Doch da beginnen bereits die Probleme:

Die fahrende Info-Zentrale der DWK, in Gorleben mehrfaches Opfer bäuerlicher „Kuhmist-Attacken", wird den gewünschten Stimmungsumschwung gewiß nicht bewirken, ebensowenig die eilends von DWK und Landesregierung eingerichteten „Informationsbüros", die in Frankenberg bezeichnenderweise im Katastrophenschutzzentrum Stellung bezogen haben. Nein, die in Hessen unter der Bezeichnung „Landesregierung" firmierende Atommafia wird selbst nicht daran glauben, argumentativ etwas erreichen zu können. Und so setzt man in erster Linie auf die spezielle Bestechung und Beackerung der örtlichen Mandatsträger: in beiden betroffenen Gemeinden erhielten die Kommunalpolitiker bereits „hohen Besuch" von Börner und seiner SPD-Landtagsfraktion; in Merenberg, dessen Bürgermeister Meuser (SPD) vergeblich seine La-Hague-Reise als „selbst bezahlt" zu verkaufen sucht, reichen sich hessische Landesminister bereits die Klinke von Hand zu Hand.

Starker Widerstand in Wangershausen/Frankenberg...

Im 200-Seelen-Dorf Wangershausen soll es nur WAA-Gegner geben; etwas anders sieht es im benachbarten CDU/FDP-regierten Frankenberg (30.000 Einwohner) aus, wo die CDU bereits präventiv zur Distanzierung von radikalen WAA-Gegnern aufrief (gleichzeitig aber auch der „friedlichen" BI sämtliche öffentlichen Räume sperrte), und wo sich SPD und FDP in Schweigen hüllen. Dennoch zogen hier am Tag der Standortbekanntgabe 500 WAA-Gegner mit Fackeln durch die Stadt; eine inzwischen 400-köpfige BI wurde aus dem Stand aufgebaut. Eine rein regionale Demo aus Anlaß des bevorstehenden Börner-Besuchs am 23.1. übertraf mit 10.000 Teilnehmern alle Mobilisierungserwartungen und vermittelte erste Erfahrungen mit dem Atomstaat: verboten war jegliche *„Vermummung"*, sowie das Mitführen von *„Tragetaschen, in denen Wurfgegenstände versteckt werden könnten"*; die veranstaltende BI wurde für alle, auch *„im Umfeld der Protestaktion von Dritten"* verübte Schäden haftbar gemacht, was – so ein Gießener Jurist – *„ein absolutes Novum in der bundesrepublikanischen Rechtsgeschichte darstellt"* („TAZ", 22.1.).

Börner mußte sich einige Tage darauf von Leibgardisten umsäumt, seinen Weg durch eine über 200-köpfige aufgebrachte Menge bahnen.

Besonders fix war in Frankenberg der BBU, der binnen acht Tagen eine BBU-Außenstelle eröffnete und (offenbar mal wieder völlig im Alleingang) über die „FR" eine *„bundesweite Großdemo"* im Frühjahr ankündigen ließ.

... und Merenberg

Von den hier lebenden 2.400 Einwohnern demonstrierten bereits am Tag der Standortbekanntgabe 1.000 gegen die WAA. Laut Bürgermeister Meuser sind 90% der Einwohner gegen die WAA, was weder ihn noch die örtliche CDU/FDP/SPD (also vermutlich die restlichen 10%) davon abhält, für eine WAA einzutreten, wenn deren Sicherheit bewiesen sei...

Börner wurde anläßlich seiner Visite bereits am frühen Morgen von einer 500-köpfigen wütenden Menge empfangen.

Hessen-SPD unter Börners Fuchtel

Hessen-SPD unter Börners Fuchtel

Noch im Februar 1981 beteuerten die hessischen Jusos, den Börner-Atomkurs zum zentralen Thema des im Herbst 1982 stattfindenden Wahlkampfs machen zu wollen. U.a. sollten alle SPD-Kandidaten an der Bereitschaft gemessen werden, sich *„gegen den Atomkurs in Hessen zur Wehr zu setzen"*. Zudem versprach man, *„auch in Zukunft alles zu tun, um bestehenden Bürgerinitiativen zu unterstützen und neue Bürgerinitiativen ins Leben zu rufen"* („FR", 18.2.81). Tatsächlich versuchten sich noch in Wethen Teile der SPD als Atomgegner zu profilieren: 2 Tage nach Standortbekanntgabe organisierten die Jusos einen Protestmarsch auf Wethen, SPD-Bürgermeister auch aus umliegenden Orten zeigten *„der DWK die Zähne"*.

Daß sich jetzt, wo (weil!) Landtagswahlen anstehen, Jusos und andere SPD-Verbände jeglicher offizieller Stellungnahme enthalten, sticht demgegenüber ins Auge. Die „FAZ" vom 15.1.82 erklärte hierzu, daß man derzeit alle umstrittenen Punkte innerhalb der SPD als *„Randprobleme"* unter den Tisch fallen lassen wolle, weshalb auch über das Thema WAA *„jetzt auffallend wenig gesprochen"* werde.



Rheinland-Pfalz

Auch in Rheinland-Pfalz könnte das Thema WAA den im Sommer 1983 anstehenden Landtagswahlkampf beherrschen.

Außerordentlich heftig waren jedenfalls die Reaktionen auf die über Hintermänner erfolgte Bekanntgabe möglicher Standorte für eine 700-t-WAA. Es handelt sich hierbei um Saarburg bei Trier (das bereits vom AKW Cattenon in Frankreich bedroht wird und auch Endlagermöglichkeiten vorzuweisen hat), Cochem an der Mosel und Meisenheim am Glan.

Obwohl die die DWK mit offiziellen Standortvorschlägen noch bis Mitte des Jahres warten will, kam es in den genannten Orten zu massiven Protesten der Kommunalpolitiker, die allerdings einen besonderen Unterton hatten: „Ruhe und Ordnung" sei jetzt die erste Bürgerpflicht. Doch damit war es vorbei. Innerhalb kürzester Zeit wurden auf Initiative der „Landesweiten WAA-Koordination" in allen drei Orten BIs mit jeweils dreistelligen Mitgliederzahlen gegründet. In Anbetracht dieser Proteste sah sich die Landes-SPD genötigt, mit einer „Nein, aber"-Position hausieren zu gehen: *„Vor Klärung aller offenen Fragen hält der Landesverband der SPD die Errichtung von Wiederaufarbeitungsanlagen für nicht verantwortbar und lehnt sie bis dahin ab"* („Saarburger Kreisblatt", 8.2.82).

Diese „offenen" Fragen sollen offensichtlich bei dem öffentlichen Anhörungsverfahren am 18./19. März im Mainzer Landtag geklärt werden. Im Rahmen des „Bürgerdialogs" und als vorbereitende Maßnahme zum WAA-Bau wird eine allein von den Landtagsparteien organisierte pro/

Im Rahmen des „Bürgerdialogs" und als vorbereitende Maßnahme zum WAA-Bau wird eine allein von den Landtagsparteien organisierte pro/

Bayern vorn !

Auf die Frage nach der Reihenfolge der WAA-Errichtung antwortete die DWK:" *Gebaut wird dort, wo zuerst entschieden ist.* "Anerkennenswerterweise, so DWK-Chef Scheuten, habe die bayrische Staatsregierung *" als erste Landesregierung konkret erklärt, Bau und Betrieb einer Wiederaufarbeitungsanlage zuzulassen."* (Nürnberger Nachrichten,NN,8.12.81) Tatsächlich hatten sich bislang die CDU- und SPD-regierten Bundesländer gescheut, öffentlich einen Blankoscheck für die DWK auszustellen und lediglich die Einleitung von Genehmigungsverfahren für die DWK zugelassen.

Bereits im April 1980 meldete sich die DWK mit ihren Plänen bei Strauß, da sie in Bayern eine *" besondere Stabilität der politischen Verhältnisse "* vermutete.(FAZ, 24.4.80) Strauß hielt sich jedoch damals vor der Bundestagswahl noch zurück, um die Entsorgungsmisere der Bundesregierung anlasten zu können. Intern wurde jedoch dafür gesorgt, daß die DWK bereits ab Dezember 1980 unter strengster Geheimhaltung erste Bodenuntersuchungen bei Schwandorf, dem vorgesehenen WAA-Standort durchführen konnte. Ende Februar tauchte erstmals öffentlich die Oberpfalz (Schwandorf) als Standortfavorit für eine 700-Tonnen-WAA auf und am 27.7. meldete die gewiß gut unterrichtete München-Redaktion von Springer ' s Welt:

" Die überraschende Ausrüstung der bayrischen Polizei mit dem Reizgas CS steht in unmittelbarem Zusammenhang mit den bayrischen Kernenergieplänen, da nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes künftig auch in Bayern gewalttätige Demonstrationen gegen derartige Großanlagen zu erwarten sind."

Ende Oktober bekannte die bayrische Staatsregierung, daß sie in Sachen WAA vorzupreschen gedenkt und *" sogar zu Schrittmacherdiensten bereit ist.* "(NN,28.10.81)Nachdem der DWK seitens der Staatsregierung der Standort Schwandorf *" zugewiesen und empfohlen "* wurde, (so enthüllte später SPD-MdL Zierer, „NN", 8.2.82) erklärte sie Anfang November 81 das Gebiet östlich dieses Standorts für *„grundsätzlich geeignet"*, weshalb es nunmehr *„mit Vorrang geprüft"* werde, was von der Staatsregierung im Februar 1981 dann definitiv bestätigt wurde:

„Wenn wir die Anlage in Schwandorf nicht durchsetzen können, dann nirgendswo in Bayern". („NN", 3.2.81). Am 8.2. schließlich erhöhte die DWK ihren Einsatz und erklärte, daß die bayrische WAA *" zunächst 350 Tonnen, im Endstadium jedoch 1000 Tonnen Kernbrennstoffe jährlich aufbereiten soll."* Man sei *" aufgrund der 'idealen geologischen Voraussetzungen' und zum anderen wegen der Entschlossenheit der Landesregierung und der CSU-Landtagsfraktion in München zuversichtlich, in Bayern rasch zum Zuge zu kommen"* („Rhein-Zeitung", 9.2.82).

Von " idealen geologischen Voraussetzungen " zu sprechen, nachdem kürzlich in Stulln, unmittelbar bei Schwandorf eine Chemiefabrik im Erdboden verschwand, ist schon dreist. In Wahrheit wurde Schwandorf in der Hoffnung gewählt, " daß die Bevölkerung in einem Notstandsgebiet eine solche Anlage leichter schlucke ", so ein SPD-Sprecher (lt. SZ,19.2.82).

Warum gerade Wackersdorf ?

Östlich von Schwandorf kommen drei mögliche Standorte in Betracht, der meistgenannte liegt bei Wackersdorf. Am 18.2. hat die DWK das Raumordnungsverfahren für alle drei Flächen beantragt, um der Staatsregierung einen Auswahlspielraum zu lassen.Dieses soll, so der oberpfälzische Regierungspräsident Krampol *" so schnell wie möglich abgewickelt werden. "* (SZ, 19.2.82) Aus der Standortauswahl wird ersichtlich, daß Strauß zur Durchsetzung der WAA in erster Linie auf die Karte Arbeitslosigkeit setzt. Das gesamte, hinreichend katastrophengeschüttelte Wackersdorf wurde 1945 dorthin " verlegt " , wo man plötzlich ein Braunkohlevorkommen und damit Arbeit fand. Die seitdem dort angesiedelte staatliche "Bayrische Braunkohlenindustrie" (BBI) stellt Ende 1982 ihren Betrieb ein, neue Arbeitsplätze in der geplanten WAA werden sinnigerweise über die BBI-Chefetage vermittelt. Tatsächlich wird dies für 1000 Bergleute angesichts einer Arbeitslosenquote

WAA werden sinnigerweise über die BBI-Chefetage vermittelt. Tatsächlich wird dies für 1000 Bergleute angesichts einer Arbeitslosenquote

von 20 % ab Ende 82 der einzige Stohhalm sein. Die absehbare Betriebsschließung eines Stahlwerks und einer "Triumpf-Adler" - Niederlassung verschärfen dieses Problem. Bereits jetzt wird davon berichtet, daß über 50 % der Einwohner Wackersdorfs Verbindung mit einer Pro-BI haben. BBI-Arbeiter sollen auf AKW-Veranstaltungen bereits als organisierte Jubeltruppe der DWK aufgetreten sein. Daß derartige Dinge systematisch geschürt werden, liegt auf der Hand.

So hat sich die DWK nicht nur per Büro in Schwandorf, sondern auch innerhalb der BBI-Werke eingenistet. Auch der " Aktionskreis Energie" hat sich unter Leitung eines KWU-Angestellten in Schwandorf festgesetzt und bereits die Fäden zur IG Bergbau und Energie sowie dem BBI-Betriebsrat geknüpft. Auch Vertreter der BBI selbst haben *" in Wackersdorf damit begonnen, den von der bevorstehenden Zechenstillegung betroffenen Arbeitskräften einen Arbeitsplatz in der künftigen atomaren Aufarbeitungsanlage schmackhaft zu machen...Der Vertreter der Gewerkschaft Bergbau und Energie, Adolf Fabry, betonte, seine Organisation werde für die Wiederaufarbeitungsanlage kämpfen."* (SZ, 8.12.81) Selbstverständlich gehört der von Strauß persönlich angeleierte *" Dialog über Energiepolitik"* mit dem bayrischen DGB genauso in das Konzept zur Durchsetzung der WAA wie die hemmungslose Lügenpropaganda der Staatsregierung, die binnen Wochen aus vormals *" 1500 höchstwertigen Arbeitsplätzen"* in einer WAA im Handumdrehen *" 2500 Arbeitsplätze (davon 80 % für Arbeiter aus dieser Gegend) "* zu machen versteht.

Andere „Vorzüge" des Standorts seien kurz erwähnt:

So ist die *" Landschaft durch den Kohleabbau so stark beeinträchtigt, daß durch den Bau der Aufarbeitungsanlage keine zusätzliche Belastung entstehen würde, und die Gegend gilt als eine der strukturschwächsten in Bayern, weshalb eine milliardenschwere Investition aus landesplanerischen Gründen wünschenswert ist"* („Welt", 22.7.81). Zudem verdichten sich die Anhaltspunkte, daß im Granitfels der nördlichen Oberpfalz nach einem Atommüllendlager gesucht wird. Ebenfalls in dieser Region liegt Mitterteich, wo eine der-

daß im Granitfels der nördlichen Oberpfalz nach einem Atommüllendlager gesucht wird. Ebenfalls in dieser Region liegt Mitterteich, wo eine der-

zeit noch schwer umkämpfte Atommüll-Landessammelstelle für 50.000 stahlummantelten Betonfässer (= 100 Hiroshima-Bomben) eingerichtet werden soll: Die gesamte Oberpfalz soll zur Atompfalz werden !



Schraffiert. Mögliche WAA-Standorte bei Schwandorf

Widerstand gegen die Bayern WAA

Bereits am 15.10. 81 wurde die Schwandorfer BI gegen die WAA gegründet, die mittlerweile mit 5000 Mitgliedern (bei 20.000 Einwohner!) die absolut größte der BRD sein dürfte. Seitdem sprießen auch in der näheren Umgebung die BIs aus dem Boden. Die BI Regensburg z. B. zählt über 1.000 Mitglieder und verteilt Flugblätter in 100.000er Auflage.

Eine erste Großveranstaltung in Schwandorf fand mit 3.000 Teilnehmern Anfang Dezember '81 statt. Veranstalter war der BUND, dessen Sprecher Weinzierl den *„härtesten Widerstand der gesamten deutschen Umweltbewegung gegen die Bayern-WAA"* ankündigte. Mit *„lauten Schmährufen und ohrenbetäubenden Pfeifkonzerten"* empfingen Ende Januar 3000 Demonstranten die Teilnehmer einer CSU-Mandatsträger-Konferenz in Schwandorf. Die örtlichen Parteigliederungen in Schwandorf haben sich alle gegen eine WAA ausgesprochen, wobei es den CSU-Mandatsträgern aber in erster Linie darauf ankam, ihre Stadt vor den *" Radaubrüdern, Krakeelern, Schlägern und Kriminellen"* der Anti-AKW-Bewegung zu behüten. Der Bezirksparteitag der SPD von Niederbayern/Oberpfalz hatte am 7.2. mit großer Mehrheit die geplante WAA in Schwandorf abgelehnt. Anders sieht es in der SPD-Führung aus: Um nicht *„seinen Parteifreund Holger Börner in Hessen zu desavouieren"* hat sich SPD-Chef Rothemund bislang hinter die WAA-Pläne von Strauß gestellt (vgl. „Die Zeit", 20.11.81).

Anläßlich der bevorstehenden Kommunalwahl hat sich die Schwandorfer BI für einen Boykott der CSU ausgesprochen. In der Diskussion ist noch, ob eine eigene Liste aufgestellt wird. Während innerhalb der BI anfangs noch das St.Florians-Prinzip vorherrschte, wird zunehmend die überregionale Bedeutung der WAA gesehen. So wird aus Anlaß des nun eingeleiteten Raumordnungsverfahrens von den bayerischen BIs zu einer landesweiten Demonstration aufgerufen; der Termin soll auf der Regionalkonferenz am 27.3. in Schwandorf festgelegt werden.

Ein durchschlagender Erfolg war bereits der am 13.2. durchgeführte landesweite Aktionstag. Neben zahlreichen Demonstrationen wurden landesweit die Ortsschilder mit „Schwandorf ist überall" überklebt – andere Plakate fordern bis in die letzte Ecke Bayerns hinein:

„Keine WAA in Schwandorf und auch nicht anderswo!"

Genoss/inn/en aus Trier, Nürnberg und Lüneburg



Großdemo in Frankenberg am 23.1.1982

Die 100.000-Demo

Die 100.000-Demo von Wethen ...

Es ist eine spezielle "Stärke" des BBU Termin und Teilnehmerzahl kommender Großdemonstrationen aus dem Ärmel schütteln zu können.

Jüngste Spitzenleistung in dieser Hinsicht ist die Ankündigung Jo Leinens, daß 1983 im Raum Bonn/Köln eine *"zentrale Großdemonstration mit rund 500.000 Teilnehmern"* gegen die Nachrüstungsbeschlüsse geplant sei. (TAZ, 9.2.82)

Aber auch nach Bekanntgabe der WAA-Pläne in Wethen (9.6. 81) war der BBU schnell zur Stelle und kündigte eine Großdemo bereits für den 27.6. mit etwa 100.000 Teilnehmern an - die für den 13.6. vorgesehene BI-Landeskonferenz wollte man offenbar nicht abwarten. Jene verschob jedoch die Demonstration mit Rücksicht auf die um ihre Ernte bangenden Wethener Landwirte auf den 19.9.81.

Am 18.8. gab die hessische Landesregierung die Aufgabe Wethens aus "geologischen" Gründen bekannt. In Wirklichkeit handelte es sich um ein abgekartetes Spiel: Dem Wethener Anti-Atom-Büro wurde bereits im Juni gesteckt, *"daß zwischen dem Wirtschaftsministerium in Wiesbaden und der DWK in Hannover Einvernehmen darüber bestehe, daß Wethen als Standort nicht in Frage kommt. In einem Gespräch sei man jedoch überein gekommen, die Überraschungsbombe erst zu einem taktisch günstigen Zeitpunkt platzen zu lassen: drei Wochen vor der für den 19. September* **geplanten Großkundgebung gegen die geplante Anlage in Wethen, ... Zweck der Information**sverzögerung: *Die Bürgerinitiativen in organisatorische Schwierigkeiten zu bringen oder gar lächerlich zu machen."*(HAZ, 22.8.81) Obwohl zuvor von den BIs vorsorglich der Beschluß gefaßt wurde, die Demo *"trotz Tricks auf jeden Fall in Wethen zu machen"* (Hess. Umweltschutzbote Nr. 20), folgte dem Beschluß der Landesregierung unter Umgehung sämtlicher BI-Strukturen sofort erneut ein Gemauschel zwischen BBU und anderen, dessen Ergebnis der Verzicht auf die Demo war; lt. „TAZ" (20. und 21.8.) wurde noch vor einem für den 21.8. vorgesehenen Demo-Leitungstermin der Antrag auf Demogenehmigung zurückgezogen. Mit ausschlaggebend für diese Entscheidung war der Druck des SPD-Bürgermeisters von Diemelstadt sowie anderer BI-Größen vor Ort, die die Demo nunmehr für überflüssig erklärten und die vehement davor warnten, daß *"die Horden von außen hier einfallen."* (AE Nr. 26)

Ausgerechnet SPD-Kräfte waren es dann ebenfalls, die als Hauptredner das ersatzweise für die Großdemo angesetzte und mit 500 Teilnehmern mäßig besuchte Standorttreffen in Wethen zu prägen wußten. Börners Kalkül war aufgegangen, die geplante Großdemonstration war vom Tisch. Sie war darauf angelegt gewesen, unter Anwesenheit vieler tausender Startbahngegner eine Manifestation gegen die WAA-Pläne, gegen die Startbahn West, gegen die umweltfeindliche Politik der Landesregierung insgesamt zu werden.

Darüberhinaus spricht einiges dafür, daß Wethen von Anfang an nur als Täuschungsmanöver bzw. Testballon von der Börner-Regierung ins Spiel gebracht worden ist. Seit den Vorfällen in Volkmarsen war der Widerstandswille der Bevölkerung in dieser Region bekannt und über die angeblich neu entdeckten geologischen Besonderheiten wurde bereits 1926 berichtet. Zudem wurde Wethen seitens der DWK ausdrücklich *"auf Geheiß der hessischen Landesregierung"* benannt (s. AK 205). Der "Nordhessische Umweltbote" Nr. 20 schrieb: *"Die Benennung zu Anfang und nicht zu Ende des Juni, (wie ursprünglich vorgesehen) war sinnvoll, um die Erpressung der eigenen Partei durch Börner mit der Vertrauensfrage auf dem SPD-Sonderparteitag abzudecken. Der WAA-Konflikt sollte eingedämmt werden; was lag da näher, als einen Ort in einem für die Betreiber sowieso schon "verlorenen" Gebiet zu benennen, um die übrigen Orte zu beruhigen? ...Dann wundert es auch nicht mehr so, daß der Bürgermeister von Diemelstadt sechs Monate vor der Benennung zuletzt mit der DWK zu tun hatte."*

Tatsächlich konnten, noch während Wethen als Standort galt und sich alle Welt darauf konzentrierte, die DWK an anderen Orten, wie z.B. in Merenberg ihre Arbeiten weiter vorantreiben.

Auch mit Merenberg und Frankenberg braucht noch nicht das letzte Wort gesprochen zu sein – Aufmerksamkeit ist an allen ursprünglich vorgesehenen WAA-Standorten Hessens geboten!

El Salvador
Der US-Imperialismus sucht eine Entscheidung



In den letzten Monaten ist es der Befreiungsfront FMLN gelungen, ihre militärische Schlagkraft erheblich auszubauen, was durch einige spektakuläre Aktionen unter Beweis gestellt wurde. Die Zerstörung von 70 % der salvadorianischen Luftwaffe am Boden durch einen äußerst exakt geplanten und durchgeführten Anschlag auf den schwerbewachten Flughafen von Ilopango im Januar und die Sprengung der ,,Goldenen Brücke'' über den Rio Lempa (im vorigen Jahr), wodurch einer der wichtigsten Nachschubwege des Militärs zerstört wurde, sind nur die hervorstechendsten Beispiele. Die FMLN konnte außerdem die von ihr kontrollierten Zonen konsolidieren, sie gegen großangelegte Offensiven der Armee verteidigen und teilweise sogar erweitern. Sie war gleichzeitig in der Lage, bedeutende militärische Aktionen auch außerhalb dieser ,,befreiten Gebiete'' durchzuführen.

Anfang Dezember startete die Armee eine lang vorbereitete Offensive, deren Ziel es war, die Guerilla in der nordöstlichen Provinz Morazan entscheidend zu schlagen und ihren dort stationierten Sender, Radio Venceremos, zu zerstören. Insgesamt etwa 4.000 Soldaten wurden mit Hubschraubern und Lastwagen zu Stellungen rund um die von der Guerilla kontrollierten Zone gebracht, von wo aus sie ein regelrechtes Kesseltreiben begannen.

Die FMLN konnte diesen Ring durchbrechen und zog sich zusammen

gen rund um die von der Guerilla kontrollierten Zone gebracht, von wo aus sie ein regelrechtes Kesseltreiben begannen.
Die FMLN konnte diesen Ring durchbrechen und zog sich zusammen

mit einem Großteil der dort lebenden Bevölkerung aus dem umkämpften Gebiet zurück. Gleichzeitig gingen andere große Guerillaverbände in die Offensive und griffen die Provinzhauptstadt von Morazan und die Hauptstädte der beiden südlich von Morazan gelegenen Provinzen San Miguel und Usulutan an. Sie konnten diese zum Teil kurzfristig besetzen und fuhren mit Lautsprecherwagen durch die Straßen, um die Bevölkerung zu informieren. Die Armee mußte ihre Kräfte aufsplittern und konnte noch im Dezember vollständig aus den ,,befreiten Gebieten'' Morazans vertrieben werden.

Trotz ihres großen Aufgebots hatte die Armee keines ihrer Ziele erreicht: ,,Radio Venceremos'' hatte nur für einige Tage sein Programm unterbrochen und nahm schon Mitte Dezember seine Sendungen wieder auf. Die Behauptung der Junta, der Sender sei zerstört und das Sendepersonal verhaftet worden, wurde fallengelassen. Die Pressekonferenz, auf der Teile des Senders vorgeführt werden sollten, wurde kurzfristig abgesagt. Inzwischen wurde sogar ein zweiter Sender, Farbundo Marti, installiert und hat seine Sendungen begonnen. Von den Zivilisten, die zusammen mit der Guerilla vor der Armee zurückgewichen waren, wurde keiner verletzt. Danach konnte die FMLN Angriffe auf Städte und Kasernen fast auf das gesamte Land ausdehnen.

Das Militär rächte sich an der Bevölkerung einer kleinen Zone, die zur protestantischen Minderheit gehört, sich als neutral im Kampf verstand und deshalb keinen Grund sah, sich mit der Guerilla vor dem anrückenden Militär zurückzuziehen. Etwa 1.000 Menschen — Männer, Frauen und Kinder — wurden hier auf bestialische Weise ermordet. Am bekanntesten wurde das Massaker in dem Dorf El Mozote. Hier starben über 400 Menschen, davon 280 Kinder unter 14 Jahren. Nach Aussagen einer überlebenden Bäuerin wurde das Dorf von Soldaten des Atlacatl-Bataillons besetzt, das von US-Militärberatern trainiert wird. (Zynischerweise ist dies Bataillon nach einem Freiheitskämpfer aus der Kolonialzeit benannt.) Anfang Februar wurden in einem Vorort von San Salvador über 20 Arbeiter, Jugendliche und junge Mädchen von einer Armee-Einheit ermordet. Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums bezeichnete die Operation als ,,Erfolg'', weil 20 Guerilleros getötet worden seien (,,taz'', 4.1. und 14.1., ,,FR'', 8.2.82).

Die Flüchtlinge

Der Krieg in El Salvador, insbesondere die Massaker und Bombardements der Armee haben dazu geführt, daß über eine halbe Million Menschen auf der Flucht sind. — Das sind etwa 12 % der Gesamtbevölkerung. Ein Großteil davon ist ins Landesinnere, vor allem

Armee haben dazu geführt, daß über eine halbe Million Menschen auf der Flucht sind. — Das sind etwa 12 % der Gesamtbevölkerung. Ein Großteil davon ist ins Landesinnere, vor allem

in die Nähe der Hauptstadt geflohen. Etwa 300.000 flohen in andere mittelamerikanische Länder. Die meisten Flüchtlinge leben unter menschenunwürdigen Bedingungen in riesigen Lagern.

Am schlimmsten ergeht es den etwa 30.000, die über die Grenze nach Honduras geflüchtet sind. Die Armeen von El Salvador und Honduras haben schon zweimal Massaker veranstaltet, um die Flüchtlinge am Überqueren der Grenzflüsse zu hindern. Am 14. Mai 1980 am Rio Sumpul wurden 600 und am 14. März 1981 am Rio Lempa über 1.000 Menschen durch MG-Feuer von beiden Seiten der Flüsse aus niedergemetzelt.



Die Flüchtlinge, die die hondurenische Seite erreicht haben und dort von den ebenfalls sehr armen Bauern aufgenommen und sehr solidarisch unterstützt werden oder in notdürftig aufgebauten Lagern der kirchlichen Hilfsorganisationen leben, sind sich ihres Lebens längst noch nicht sicher. Ständig werden sie von den hondurenischen oder salvadorianischen Soldaten oder den Todeskommandos terrorisiert. Die Militärs und ihre US-Berater möchten diese Flüchtlinge beseitigen, denn die Lager befinden sich genau in dem Aufmarschgebiet für die geplante Aktion ,,Iron Triangel'', eine große gemeinsame Militäroperation der drei Armeen von Honduras, Guatemala und El Salvador gegen die FMLN. Deshalb werden die Flüchtlinge seit einiger Zeit aus den Lagern getrieben bzw. es ist ihnen ein Ultimatum gestellt worden, diese bis Ende Februar zu verlassen (Informationen nach ,,SZ'', 23.1.82).

Persilschein für Duarte

Persilschein für Duarte

Unbeirrt von jeglicher Realität in El Salvador bescheinigte US-Präsident Reagan der Junta Ende Januar eine Verbesserung der Menschenrechtssituation. Reagan wollte eine weitere Erhöhung der Militärhilfe durchsetzen und war deswegen — seit dem Kongreßbeschluß vom Dezember '81 — verpflichtet, einen Bericht des Präsidenten über die Einhaltung der Menschenrechte und das Bemühen der Regierung um Demokratie zu liefern.

Dies bereitete Reagan keinerlei Mühe: Die Regierung Duarte habe ,,*aufrichtige Anstrengungen bei der Achtung der Menschenrechte*'' unternommen und ,,*trotz einiger Mißbräuche*'' habe sie ,,*nachweislich die Kontrolle über die Streitkräfte erlangt*'' (,,SZ'', 30/31.1.82).

Auf Grundlage dieses Persilscheins beantragte die US-Regierung beim Kongreß die Aufstockung der El Salvador-,,Hilfe'' auf 220 Mio Dollar im laufenden Haushaltsjahr.

Unabhängig davon hatte der Präsident bereits 55 Mio Dollar Militärhilfe aus dem Sonderfonds des Präsidenten für ,,Sicherheits-Notfälle'' zur Verfügung gestellt. Dieser Sonderfonds kann vom Präsidenten unabhängig von Bewilligungen des Kongresses weltweit eingesetzt werden und beträgt 75 Mio Dollar. 20 Mio hatte Duarte bereits erhalten. Die restlichen 55 Mio sind unter anderem für den Ersatz der salvadorianischen Luftwaffe vorgesehen, die bei dem Überfall auf den Flughafen Ilaponongo durch die FMLN weitgehend zerstört wurde.

Bereits Anfang Februar wurde mit den Waffenlieferungen begonnen: leichte Bomber, Truppentransporter, Aufklärungsflugzeuge und Militärhubschrauber. Damit wird El Salvador über die modernsten Kampfflugzeuge in Mittelamerika verfügen (,,NZZ'', 9.2.82).

Geplant ist weiter, die Karibikflotte zu verstärken. Zwei Flugzeugträger sollen in die Karibik entsandt werden. Und im Gespräch ist die Einrichtung einer ständigen Karibikflotte, wie es sie Anfang der 70er Jahre schon gab (,,FAZ'', 7.1.82).

Die Lüge von der kommunistischen Manipulation

Schon wenige Tage, nachdem Reagan der Duarte-Regierung die Einhaltung der Menschenrechte bescheinigt hatte, wurde ein Massaker an 20 Menschen in der Hauptstadt bekannt.

Dies irritierte die Reagan-Administration allerdings ebensowenig wie

der Menschenrechte bescheinigt hatte, wurde ein Massaker an 20 Menschen in der Hauptstadt bekannt.
Dies irritierte die Reagan-Administration allerdings ebensowenig wie

die anderen Terrormaßnahmen der Militärs. Denn solche Meldungen werden in der Regel als kommunistische Manipulation abgetan:

- Originalton Haig vor dem Auswärtigen Ausschuß des Kongresses: Berichte über Massaker können das ,,*Ergebnis weltweiter linker Manipulation sein, die schon zu Zeiten des Vietnam-Krieges die öffentliche Meinung in den USA verwirrt habe*'' (,,FR'', 4.2.82).
- Dean Hinton, Botschafter der USA in El Salvador: ,,*Er habe keinen Anlaß, die amerikanischen Zeitungsberichte (über Massaker) für wahr zu halten. Derartige Meldungen seien häufig politisch gefärbt*'' (,,SZ'', 30/31.1.82).
- Romberg, ein Sprecher des Außenministeriums: An Berichten über Massaker sei vermutlich ,,*nichts wahres*'', sie seien erheblich übertrieben. ,,*Zwar seien einige Zivilpersonen getötet worden, aber es gebe keine Beweise für ein systematisches Massaker*'' (,,FAZ'', 3.2.).
- El Salvadors Präsident Duarte selber sagte, Medien und Kongreß in den USA behinderten den Kampf gegen die Rebellen. Wörtlich (man beachte das unfreiwillige Eingeständnis über die Stärke der FMLN): ,,*Wir verlieren den Kampf gegen die Guerilleros nicht nur im Lande, sondern auch in den Spalten der New York Times und Washington Post*'' (,,SZ'', 10.2.82).

Noch ein letztes Beispiel aus den Federn der ,,NZZ'': ,,*Man wird sich vor Augen halten müssen, welche Virtuosität die Linksextremisten seit dem Vietnamkrieg in der Manipulation der nordamerikanischen Massenmedien erworben haben*'' (,,NZZ'', 4.2.82).

Auf der gleichen Ebene liegt der neue Report der Menschenrechtskommission der US-Regierung - der erste Jahresbericht, der von der Reagan-Administration vorgelegt wird. (Die US-Regierung ist seit den 70er Jahren verpflichtet, einen solchen Bericht jährlich zu erstellen.) ,,*Die US-Politik der Menschenrechte wird keine Politik der ausgewählten Empörung sein...*'', aber Heuchelei und doppelte Moral müßten aufhören, die in der Vergangenheit dazu geführt hätten, daß verschiedene lateinamerikanische Länder diskriminiert worden wären, während man Verstöße der SU und ihrer Verbündeten mit Gleichgültigkeit betrachtet habe. So verzeichnet der neue Bericht Verschlechterungen der Menschenrechtssituation in der SU, natürlich Polen, Nicaragua, Cuba, Vietnam und Afghanistan, während früher häufig kritisierte Länder Fortschritte attestiert bekommen, wie El Salvador, China, Südkorea, Argentinien, Chile und auch Südafrika. In El Salvador seien Ende 1980/Anfang 1981 noch monatlich 800 Menschen durch politisch motivierte Gewalttaten ums Leben gekommen, während die Zahl gegen Ende 81 ,,*nur noch zwischen 200 und 400 Opfern monatlich gelegen habe*'' (,,SZ'', 9.2.82).

Ebenso seien die Zahlenangaben von kirchlichen Stellen und amnesty falsch, die die Zahl der Todesopfer mit etwa 12.000 für das Jahr 1981 angegeben. Die US-Botschaft habe ,,*nur 6.116 gewalttätige Todesfälle*'' vermerkt (,,SZ'', 9.2.82).

Kurzum, eine ,,*ernstgenommene Verpflichtung zur Stärkung der Menschenrechte verlangt eine Zurückweisung sowjetischer Vorstöße, weil deren Erfolg die Ausweitung ... menschenunwürdiger Systeme zur Folge hätte*'' (,,NZZ'', 10.2.82).

schenrechte verlangt eine Zurückweisung sowjetischer Vorstöße, weil deren Erfolg die Ausweitung ... menschenunwürdiger Systeme zur Folge hätte'' (,,NZZ'', 10.2.82).

,,Untermauert'' wird dieses propagandistische Vorgehen durch die hinlänglich bekannten Enthüllungen über die subversive Rolle Cubas und Nicaraguas in der Region. Der Waffenschmuggel von Cuba und Nicaragua nach El Salvador habe wieder erheblich zugenommen (,,NZZ'', 4.2.82). Außerdem wird die aus allen bisherigen Cubakrisen bekannte Argumenta-


Täglich werden Opfer der Folterungen gefunden.


Salvadorianische Soldaten bei der Ankunft im Ausbildungslager Fort Benning (USA).

tion aufgewärmt, daß Cuba zum Atomstützpunkt der Sowjetunion ausgebaut werde. Die seit Jahren auf Cuba stationierten und natürlich ab und zu erneuerten MIG-23 Flugzeuge (die Cuba von der SU bekommt und die nicht atomar bestückt sind) werden schon wieder aus der Mottenkiste geholt, um die atomare Bedrohung der USA durch die SU zu belegen (vergl. dazu ausführlich AK 180).

Es wird ernst

Vor diesem Hintergrund wird die Möglichkeit einer direkten Intervention der USA in El Salvador massiv vorbereitet und die Propaganda darauf zugespitzt. Zwar hatte Reagan schon bei seinem Amtsantritt angekündigt, daß die USA sich in Mittelamerika alle Möglichkeiten offenhalten müssen, um den Einfluß des Weltkommunismus in der Region zurückzudrängen; zwar wurde schon im letzten Jahr eine Studie beim Pentagon in Auftrag gegeben, die konkrete Methoden für ein direktes militärisches Eingreifen entwickeln sollte, aber die propagandistische Offensive für ein neues Vietnam hat seit Ende Januar/Anfang Februar eine neue Stufe erreicht.

Die Anhörung vor dem außenpolitischen Ausschuß des Senats anläßlich der notwendigen Bewilligung weiterer Kriegshilfe für Duarte kennzeichnet diesen neuen Höhepunkt der US-amerikanischen Kriegshetze.

Thomas Enders, zuständiger Staatssekretär für lateinamerikanische Angelegenheiten und seinerzeit stellvertretender Missionschef an der US-Botschaft in Pnom Penh, die die Bombenangriffe auf Kambodscha koordinierte, machte die Sache klar: *„Es gibt keine Zweifel mehr: Die Entscheidungsschlacht um Mittelamerika ist in El Salvador im Gang. Wenn auch dieses Land — nach Nicaragua — von einer gewalttätigen Minderheit erobert würde, wer in Mittelamerika*

dieses Land — nach Nicaragua — von einer gewalttätigen Minderheit erobert würde, wer in Mittelamerika

lebte dann nicht in Furcht? Wie lange würde es dauern, bis große strategische Interessen der USA — der Panamakanal, die Seewege — dann gefährdet wären'' („FAZ'', 4.2.82). Die berüchtigte Dominotheorie — wenn die USA ein Land preisgeben, dann fällt die ganze Region in kommunistische Hand — die auch für die Eskalation des Krieges in Vietnam herangezogen wurde, wird wieder offen propagiert. Derselbe Enders bestätigte eine Bemerkung von Haig, daß unter bestimmten Umständen Kampftruppen nach El Salvador entsandt werden könnten („SZ'', 6.2.82).

Verhandlungen werden weiter kategorisch abgelehnt, weil das bedeuten würde, *„den Aufständischen das Land auszuhändigen''*. Die einzige politische Lösung bestehe in der Durchführung der für den 28.3. geplanten Wahlen („SZ'', 6.2.82).

Und immer wieder wird Cuba als Drahtzieher ins Spiel gebracht.

Die USA werden *„entschlossen auf eine fortgesetzte cubanische Subversion Lateinamerikas reagieren''* (Speaks, stellvertretender Pressesprecher). Die Regierung erwäge eine Reihe von Möglichkeiten, um auf das Eingreifen Cubas in die Hemisphäre zu antworten (Haig). Und schließlich Haig über seinen Chef: Der Präsident habe *„erhebliche Bedenken''* gegen eine militärische Intervention in El Salvador, aber Washington befinde sich in einer *„äußerst dynamischen, sich entwickelnden Lage''* („FAZ'', 4.2. und 5.2.82).

Tatsache dürfte sein (wie die meist wohlinformierte „NZZ'' auch explizit festhält), daß mit den bisherigen Mitteln der Wirtschafts- und Militärhilfe El Salvador zwar „zu halten'', d.h. ein Sieg des Volkes vorerst zu verhindern ist, daß man das Land so aber nicht „befrieden'' und stabilisieren kann.

Die Wahl

Daß die Wahlen zu einer verfassunggebenden Versammlung im März überhaupt keine Lösung bringen können und ein pures Scheinmanöver darstellen, ist natürlich auch der Reagan-Mannschaft klar.

Es werden nur Parteien an den Wahlen teilnehmen, die auch jetzt schon direkt oder indirekt an der Junta beteiligt sind. Alle anderen Parteien von gemäßigten Rechten über die Sozialdemokraten bis hin zu radikalen Linken können schon aus Sicherheitsgründen nicht kandidieren. Erst im Januar wurde Rodriguez Gonzales, Vorsitzender und Kandidat der PCN, einer „gemäßigten'' konservativen Partei, auf offener Straße erschossen. Die Drahtzieher dieses Mordes vermutet man in rechtsradikalen Kreisen um General Medrano, der sich als Gründer der Terrororganisation ORDEN einen Namen gemacht hatte („taz'', 11.2.82).

Also selbst konservative Kräfte können eine Kandidatur für diese Wahlen kaum lebend überstehen.

Der zentrale Wahlausschuß hat festgelegt, daß die Durchführung der Wahl in weiten Gebieten des Landes „nicht möglich'' sei. Dies sind die befreiten Zonen und die Gebiete, in denen die Opposition ihre größte Anhängerschaft hat. Es wird außerdem — oder deswegen — nur 1 Mio. Stimmzettel geben, obwohl mehr als 2 Mio. Menschen wahlberechtigt sind.

Die FDR lehnt nach wie vor eine Wahlbeteiligung ab und fordert Verhandlungen. Die FMLN hat nochmals in einem Brief an Reagan gefordert, Verhandlungen ohne jede Vorbedingungen aufzunehmen und in Gegenwart von Vertretern anderer Regierungen zu führen (was die US-Regierung ablehnt, siehe oben). Die Ablehnung oder zumindest skeptische Beurteilung der Wahlen hat inzwischen zugenommen.

Helmut Frenz, Vorsitzender von amnesty in der BRD, hat nach seiner kürzlichen El Salvador-Reise deutlich gemacht, daß Wahlen in einem Land, das sich im Kriegszustand befindet, überhaupt nur eine Farce sein können. Der ehemalige Präsident, Oberst Majano, Chef der Junta der jungen Offiziere, die den Diktator Romero 1979 stürzte, hat aus dem Exil in Mexiko die Wahlen kritisiert. Die nordamerikanische Bischofskonferenz hat sich gegen Wahlen ausgesprochen. Kanada hat die Zusage, Beobachter zu den Wahlen zu entsenden, nach den letzten Massakern zurückgenommen und Kritik an der US-Unterstützung für die Duarte-Regierung angekündigt. Die Sozialistische Internationale hält die Wahlen für aussichtslos und möchte eine Verhandlungslösung. Und selbst die BRD hat, wie es hieß, im Einvernehmen mit den europäischen Partnern, beschlossen, keine Beobachter zu den Wahlen zu schicken, um nicht in irgendeiner Weise Partei zu ergreifen für eine *„in El Salvador das politische Spektrum bestimmende*

um nicht in irgendeiner Weise Partei zu ergreifen für eine *„in El Salvador das politische Spektrum bestimmende*

Gruppe'' („SZ'', 13./14.2.82). Der westdeutsche Botschafter, den Genscher Ende letzten Jahres wieder auf seinen Posten in El Salvador zurückgeschickt hatte, ist im Eiltempo in die BRD zurückgekehrt, vermutlich, weil er sich dort seines Lebens nicht sicher fühlen konnte („Ides'').

In Italien, dem letzten europäischen Land, das noch einen Botschafter in El Salvador hat, haben die Sozialische Partei und die KP den Rückruf des Botschafters und die Unterstützung Italiens für die französisch-mexikanische Erklärung gefordert.

Am drastischsten haben — wie immer — die skandinavischen Länder die US-Politik verurteilt. Der schwedische Regierungschef Palme und sein Außenminister verurteilten in einer Parlamentsdebatte neben den Ereignissen in Polen das *„Terrorregime''* in El Salvador. *„Wer in El Salvador Frauen und Kinder umbringt, kann nicht für sich in Anspruch nehmen, Kommunismus und sowjetischen Einfluß bekämpfen zu wollen''*. Mit Hilfe der USA seien dort 16.000 Menschen ermordet worden und die Ereignisse in Polen dürften nicht benutzt werden, um die Türkei und El Salvador vergessen zu machen („FAZ'', 5.2.).

Und schließlich meldete sich die CDU mit einem Antrag an die Bundesregierung zu Wort. Kernstück des Antrages ist die Aufforderung an die Regierung, ein eigenes Gesamtkonzept für die Karibik und Mittelamerika zu entwerfen, andere EG-Staaten für ein solches Konzept zu gewinnen und es in Abstimmung mit den USA, Kanada, Mexiko und Venezuela (die bereits im vorigen Jahr den sogenannten Mini-Marschallplan für die Karibik beschlossen haben) umzusetzen. Die Mittel für eine solche Hilfe sollen aus anderen Regionen (vor allem Afrika) abgezogen werden. Die BRD solle dabei nicht als *„Vollzugsgehilfe der USA, sondern als Partner''* auftreten („FAZ'', 2.2.82). Eine eigenständige Initiative der BRD sei wichtig, weil die wachsende Einflußnahme von Cuba und der Sowjetunion die Konfrontation der Supermächte verschärfe und dies mit Gefahren für Europa verbunden sei („SZ'', 2.2.82). Der Antrag der CDU solle zur Entschärfung der Situation beitragen. Eine kritische Stellungnahme zur US-Militärhilfe für die Duarte-Regierung wurde bei der Vorstellung des Antrags nicht abgegeben, vielmehr glaubt die CDU, daß die USA durchaus dazugelernt hätten, die US-Regierung glaube nicht mehr, Krisenherde allein machtpolitisch lösen zu können.

Die Erklärung der SPD zur Interventionsdrohung und Massakern drukken wir nebenstehend ab. Auch in den USA selber hat die Regierungsoffensive gegen Mittelamerika deutlichere Proteste als bisher hervorgerufen.



Neben der recht breiten Solidaritätsbewegung rührt sich jetzt Kritik im Kongreß. Einige Abgeordnete haben den Antrag gestellt, Reagans Unbedenklichkeitserklärung für das Duarte-Regime für null und nichtig zu erklären. Die US-Regierung sei wohl die einzige Institution der Welt, die an eine Verbesserung der Menschenrechtslage in El Salvador glaube. Der Präsident des Kongresses will eine eigene Untersuchungskommission nach El Salvador schicken. Die Bürgerrechtsunion fordert die Einstellung der Militärhilfe, die Bischofskonferenz ebenfalls und sie kritisiert zugleich die Scheinwahlen.

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen forderte Ende Dezember Verhandlungen für eine Friedenslösung in El Salvador, sie ermahnte die Junta zur Respektierung der Menschenrechte und richtete einen Appell an alle Staaten, jede Einmischung sowie jede militärische Unterstützung der kämpfenden Parteien zu unterlassen. Der von Mexico und Frankreich eingebrachte Resolutionsentwurf wurde mit 68 gegen 22 Stimmen bei 53

sen. Der von Mexico und Frankreich eingebrachte Resolutionsentwurf wurde mit 68 gegen 22 Stimmen bei 53

Enthaltungen angenommen.

Nicht so die lateinamerikanischen Länder: Die OAS (Organisation amerikanischer Staaten), nahm auf ihrer Dezembersitzung eine von El Salvador eingebrachte Resolution an und unterstützte damit die Duarte-Regierung und ihr Wahlprojekt. Nur Mexico, Nicaragua und Grenada stimmten gegen die Resolution; Panama, Surinam, Trinidad Tobago und Santa Lucia enthielten sich der Stimme (wobei von diesen Ländern nur Panama etwas politisches Gewicht hat), die restlichen 22 Staaten stimmten zu („NZZ'', 26.12.81).

Ähnliche diplomatische Aktivitäten wurden bei der Amtseinführung des neuen Präsidenten von Honduras im Januar entfaltet. Honduras und Kolumbien unterzeichneten bei dieser Gelegenheit eine Erklärung gegen die angeblich von Cuba betriebene Aufrüstung in Mittelamerika. Ähnliche Erklärungen unterschrieben die USA und Venezuela. Wichtiger war aber die Gründung einer sogenannten „Demokratischen Gemeinschaft Mittelamerikas'', die von den Außenministern von Honduras, El Salvador und Costa Rica vollzogen wurde. Neben wirtschaftlicher Zusammenarbeit geht es bei dieser Gemeinschaft um die Abgrenzung von *„Terrorismus und Subversion''* und um *„gegenseitige Solidarität im Falle einer Aggression von außen oder internationaler Pression''* („FAZ'', 22.1.82). Dies ist nicht nur ein Versuch, den Mittelamerikanischen Gemeinsamen Markt (MCCA), der durch die Revolution in Nicaragua und den Bürgerkrieg in El Salvador weitgehend zusammengebrochen ist, wiederzubeleben, sondern es geht vor allem um die politische Stärkung gemäßigter Regime, die den „linken Terrorismus'' entschieden bekämpfen,

wiederzubeleben, sondern es geht vor allem um die politische Stärkung gemäßigter Regime, die den „linken Terrorismus'' entschieden bekämpfen,

sich aber zugleich von den ultrarechten Militärflügeln abzugrenzen versuchen und sich durch „freie Wahlen'' und einige demokratische Spielregeln legitimieren wollen. So wurden die demokratischen Länder der Region aufgefordert, der Gemeinschaft beizutreten. Von vornherein ausgegrenzt wurden nur Nicaragua („marxistische Diktatur'') und Guatemala als Prototyp der menschenverachtenden Militärdiktatur. Von der Presse wurde die Gründung der Gemeinschaft wohlwollend als Schritt in die richtige Richtung, zur Stabilisierung und Stärkung der demokratischen Kräfte gegen Ultra-Rechte und Linke aufgenommen.

Lateinamerika-Kommission

Gegen eine Intervention in Mittelamerika

Für März rufen die Solidaritätskomitees zu einem bundesweiten „Kongreß gegen die Intervention in Zentralamerika" auf. Neben dem Aufruf, den wir nebenstehend abdrucken, gibt es bereits eine sehr informative Materialsammlung mit verschiedenen Aufsätzen über die US-Politik, die Entwicklung der zentralamerikanischen Länder, die Politik der Sozialistischen Internationale in der Region und mit einer Zusammenstellung von Zeitungsartikeln usw. Die Mappe (Edition Nahua, DM 10,–) kann über Buchläden bezogen werden.

Aufruf der Solidaritätskomitees in der BRD und West-Berlin zu Zentralamerika zum

Kongress gegen die Intervention in Zentralamerika

vom 18. bis 21. März 1982 in Münster/Westf.

„In den USA wird wieder öffentlich über militärische Eingriffe zur „Befriedung" revolutionärer Bewegungen und Staaten in Zentralamerika diskutiert. Die in solchen Überlegungen enthaltenen Drohungen sind bisheriger Höhepunkt im Umgang der Reagen-Administration mit dem Zentralamerikanischen Raum und der Karibik.

Die Intervention ist bereits Realität. Die USA versuchen nicht nur auf militärischer Ebene, sondern auch mit wirtschaftlichen und politischen Mitteln dem Kampf um eine selbstbestimmte Entwicklung entgegenzutreten. Die Strategie der Reagan-Regierung, soziale Ursachen von Konflikten zu leugnen und jedes Vorgehen gegen „Unruheherde" mit dem „Ost-West-Gegensatz" zu legitimieren, bestimmt bisher die politische Diskussion im Westen.

Eine intensive Diskussion der Hintergründe der US-Strategie ist deshalb vordringliche Aufgabe. Das erfordert allerdings eine verstärkte Zusammenarbeit all derer, denen menschenwürdige Verhältnisse und Frieden in aller Welt nicht gleichgültig sind; und ohne Information weiterer Kreise der Öffentlichkeit über diese Zusammenhänge wird nichts verändert werden.

Die Solidaritätsbewegung zu Zentralamerika bietet mit dem Kongreß gegen die Intervention in Zentralamerika die Möglichkeit zu einem Schritt in diese Richtung.

Vorträge, Podiums-Diskussionen sowie Arbeitsgruppen sollen u.a. zu folgenden Themen stattfinden:

- Globalstrategie der USA
- US-Intervention in Zentralamerika
- Politik der sozialistischen Internationale und der BRD-Regierung in Zentralamerika
- Rüstungsexport / Arbeitsplatzsicherung
- Frieden und Befreiungskampf

Das Arbeitsprogramm wird durch ein ansprechendes Kulturprogramm ergänzt. Kommt zahlreich. Alle brauchen Euch.

Veranstalter sind die Informationsstellen El Salvador/Guatemala und Nicaragua. Teilnahmekarten können zum Preis von 18 DM bestellt werden. Im Preis sind der ca. 200-seitige Kongress-Reader und der Eintritt für die Kultur-Veranstaltungen enthalten.

Informationen und Anmeldung bei: Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft Zentralamerika, Herdingstr. 14, 4400 Münster.

18.-21. März 1982 in Münster

Aus „taz'', 10.2.82

SPD zu den Wahlen in El Salvador

Zu den Vorgängen in El Salvador erklärte der stellvertretende SPD-Vorsitzende der Kommission Internationale Beziehungen beim SPD-Vorstand, Hans-Jürgen Wischnewski, am 7.Februar 1982:

In tiefem Schmerz und voller Empörung hat die Sozialdemokratische Partei die jüngsten Massaker in El Salvador zur Kenntnis nehmen müssen. Die Brutalität, mit der insbesondere die Streitkräfte der regierenden Junta Menschen hinmorden, kann von niemandem hingenommen werden.

Die deutschen Sozialdemokraten haben in der Vergangenheit keinen Zweifel daran gelassen, daß sie für eine politische Verhandlungslösung im inneren Konflikt dieses von Bürgerkrieg und politischer Gewalt geschüttelten mittelamerikanischen Landes eintreten.

Diese Auffassung ist sowohl führenden Vertretern der regierenden Junta als auch der politischen und militärischen Opposition El Salvadors und anderen am Konflikt beteiligten Staaten und Gruppen wiederholt zur Kenntnis gebracht worden. Zuletzt hat die SPD Vertretern der Vereinigten Staaten am 20.Januar 1982 mitgeteilt, daß die politische und militärische Opposition bereit ist, den Weg einer politischen Lösung zu gehen.

Für Sozialdemokraten sind Wahlen wichtigster Ausdruck demokratischer Beteiligung eines Volkes am politischen Entscheidungsprozeß eines Landes. Sozialdemokraten treten immer dafür ein, daß Völker über ihr Schicksal mit dem Mittel freier Wahlen entscheiden. Die sogenannten „Wahlen" in El Salvador, die für den 28.März vorgesehen sind, sind jedoch eine Farce, die nur dazu dienen kann, spätere militärische Aktionen gegen die Opposition im Lande zu rechtfertigen. Jetzt können Kandidaten der Opposition nicht kandidieren, ohne ihr und ihrer Familie Leben zu gefährden.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kann die Auffassung des amerikanischen Präsidenten nicht teilen, daß in der Frage der Menschenrechte in El Salvador „Fortschritte" erreicht worden seien. Ganz im Gegenteil: Die SPD ist davon überzeugt, daß die gegenwärtig politisch und militärisch Verantwortlichen in El Salvador jetzt dazu übergegangen sind, den mörderischen Terror systematisch weiter zu forcieren.

Die SPD wird weder Beobachter zu den Scheinwahlen entsenden, noch kann sie anderen empfehlen, dieses zu tun. In diesen Stunden müssen alle erkennen, denen es um Freiheit, Menschenwürde und Unabhängigkeit von Völkern ernst ist, daß man sich entscheiden muß, wo man steht.

Dies kann nicht denen zur Rechtfertigung dienen, die glauben, den nationalen Befreiungskampf von Völkern für ihre einseitigen ideologischen Ziele auszunutzen.

Die SPD appelliert an die Vereinigten Staaten von Amerika, in Übereinstimmung mit den gemeinsamen Zielen von Demokratie, Selbstbestimmung, Nichteinmischung und Menschenrechten, sich dafür einzusetzen, daß die regierende Junta von El Salvador dem Morden Einhalt gebietet und in Verhandlungen ohne Vorbedingungen mit der Opposition - zu denen diese bereit ist - den Weg für die tatsächliche Verwirklichung demokratischer Strukturen und freier Selbstbestimmung in El Salvador endlich zu beschreiten. Wir wissen, daß viele Bürgerinnen und Bürger in den USA, insbesondere auch im Parlament, so denken wie wir.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird ihre Kontakte und Verbindungen in dieser Region weiter nutzen um mitzuhelfen, daß das Morden aufhört, daß Verhandlungen aufgenommen werden und daß dann Wahlen stattfinden, in denen die geschundenen Menschen in El Salvador ihren Willen zu Selbstbestimmung und Demokratie zum Ausdruck bringen können.

Neue Bekannte — alte Politik

Zu Besuch bei der Marxistischen Gruppe

Man spricht über die MG. Das ist eigentlich nichts Besonderes. Man spricht ja auch über die ISP. Man sprach vor einem Dutzend Jahren sogar über die KPD/ML... Alt-Linke kommen nicht umhin, das Phänomen zu bewundern, daß diese Marxistische Gruppe es schafft, in einer solchen Flaute-Zeit erstaunlich viele Leute zu binden und zu organisieren, und sei es auch nur an den Universitäten. Abscheulich diese Sprechchöre auf der Sozialistischen Konferenz (in Marburg), aber 5000 MG-Demonstranten in Bonn anläßlich des Breschnew-Besuchs (und im ausdrücklichen Widerspruch zu den sonstigen Demos an diesem Tag) – allerhand! Das Besondere: Man spricht auch im KB über die MG. Nicht nur, weil MG-Vertreter unter den Auserwählten waren, die am letzten Kongreß des Kb teilnehmen durften. Sondern auch, weil anscheinend relativ viele Genossinnen und Genossen der MG den AK kaufen. Was zum Teufel haben w i r mit dieser Marxistischen Gruppe gemeinsam? Auf den ersten Blick scheint die Antwort klar: Die strikte Ablehnung jeder Art von vaterländischer Politik. Und sonst noch?

Eine Veranstaltung der MG im Bürgerhaus von Mörfelden (Kreis Groß-Gerau, Hessen) schien geeignet, KB-Neugierde zu befriedigen. Thema: *„DGB-Politik auf Kosten der Arbeiter"*. Veranstaltungsort: das Zentrum der Bürgerbewegung gegen die Startbahn West am Frankfurter Flughafen. Termin: Samstag abend. Die Sache versprach, eine Kuriosität zu werden. Würde die MG versuchen, Fuß zu fassen unter den von ihr heftig kritisierten Startbahngegnern?

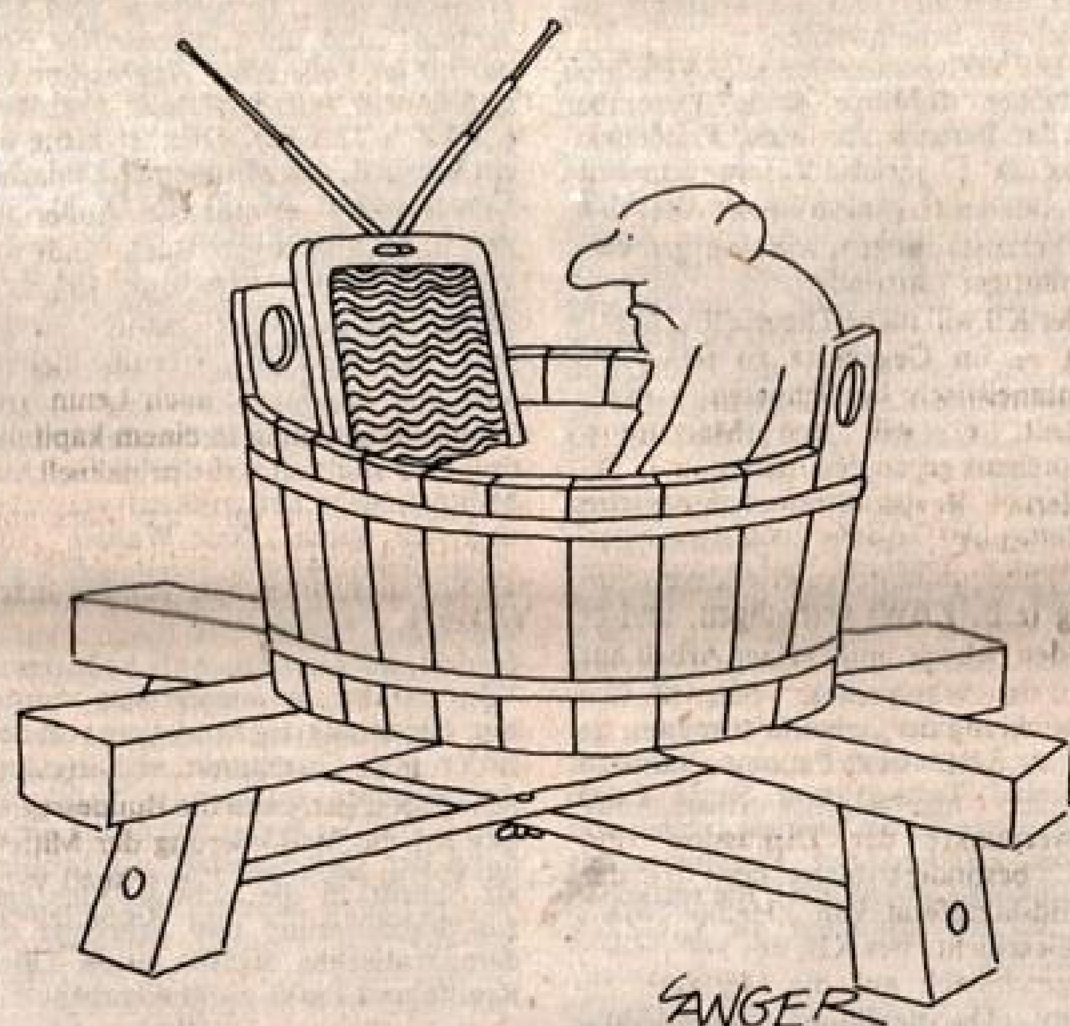
Nein, nein und abermals nein, versichert einer der MG-Verantwortlichen auf Befragen. Man habe eigentlich nach Rüsselsheim gehen wollen, wegen Opel (größter Betrieb in Hessen neben Hoechst/Frankfurt und dem Rhein-Main-Flughafen). Aber die Stadt habe ihnen einen Raum verweigert wie anderswo auch – Zeichen der *„inneren Formierung"* in der BRD, wie der Genosse es nennt. Mörfelden als Veranstaltungsort sei also eine Ersatzlösung. Was die Startbahngegner angehe, so hätten sie doch nur ihre *„Heimatliebe"* wieder entdeckt. Ich widerspreche nicht frontal, sondern versuche es mit Differenzieren. Gewiß gibt es konservative Aspekte, Motivationen, Interessen in einer solchen Bewegung. Aber bei der Startbahn doch viel weniger als z.B. in Gorleben, weil die Klassenverhältnisse im Rhein-Main-Ballungszentrum anders sind als im „Zonenrandgebiet". Das versteht er nicht. Na gut. Aber das Volksbegehren, die Forderung nach mehr Demokratie – ist das nicht ein Fortschritt in diesem Land, ist das nicht subversiv gewesen, wenn man sieht, wie die Herrschenden darauf reagiert haben? Da klinkt er sich ein, aber umgekehrt: Demokratie, das sei doch immer nur ein Argument des Staates g e g e n die Bevölkerung. Keine Annäherung. Die Veranstaltung geht los.

Zwei jeweils einstündige Referate über den DGB und seine Politik. Dreihundert Leute sitzen mucksmäuschenstill da und hören zu. Einige schreiben mit, hier und da werden sogar Tonbandaufnahmen gemacht. Was für ein Unterschied, wenn ich an die chaotischen BI-Plena denke, die dieser Saal in den letzten Monaten erlebt hat. Nach 40 Minuten Vortrag mal ein Scherz des Referenten, und das Publikum lacht... verhalten und dankbar für die Auflockerung. Der DGB prognostiziere stets eine negative Wirtschaftsentwicklung für den Fall, daß seine Ratschläge nicht befolgt werden. Tritt diese ein, dann erkläre der DGB: Seht ihr, wir haben's ja gleich gesagt. Bildhafter Vergleich des Referenten: Ein stolperndes Kind könne man auffangen. Oder man wartet ab, bis es auf der Nase liegt, und sagt dann: Siehst du, das kommt davon, wenn man nicht richtig läuft. Ich frage meine Nachbarn, warum sie klatschen. Der Vergleich sei doch total unpassend. Das Verhältnis des DGB zur kapitalistischen Wirtschaft sei nicht das des Erwachsenen zu einem hilflosen Kind – eher umgekehrt. Aber das sehen sie nicht ein. Das Bild sei sehr gelungen...

Wer da so diszipliniert dem Vortrag folgt, kommt freilich nicht aus Mörfelden, Walldorf oder Rüsselsheim, sondern aus Frankfurt, Marburg, Saarbrücken usw. Ob sie auch aus Bayern gekommen sind, dem Geburtsland der MG, kann ich nicht sagen. Denn bayrisch reden sie ja alle irgendwie.

Die Referenten rechnen mit der Politik des DGB ab. Was sie vorbringen, ist großenteils ebenso richtig wie bekannt – jedenfalls für Leute, die sich nicht erst seit gestern zur sozialistischen Bewegung zählen. Sie erläutern ein *„Manifest gegen den DGB"*, das in nächster Zeit offenbar Agitationsschwerpunkt der MG sein soll. Dieses kritisiert in 15 Thesen die Politik und Ideologie des DGB:

1. die Führung des Lohnkampfes nicht im Sinne der Arbeiterinteressen, sondern als vermeintlich bessere kapitalistische Konjunkturpolitik („mehr Kaufkraft");
2. die Hinnahme des Systems übertariflicher Leistungen, das den Unternehmern die Möglichkeit gibt, „ihre" Arbeiter zu erpressen;
3. Das Theater der Lohnverhandlungen, bei denen Ergebnisse „erkämpft" werden, die in Wirklichkeit von Anfang an feststanden;
4. der Schein-Kampf des DGB für die „Tarifautonomie", der als Ersatz für ausbleibende Lohnerhöhungen herhalten muß:



5. die Unterwerfung der Gewerkschaften unter das Betriebsverfassungsgesetz („Friedenspflicht");
6. die Unterwerfung der Betriebsräte unter die unternehmerische „Mitverantwortung";
7. die Unterwerfung des DGB unter das Prinzip der „Konkurrenzfähigkeit" der Betriebe, daraus folgend die grundsätzliche Zustimmung zu Rationalisierungen;
8. die Anerkennung der Ideologie des Arbeit g e b e r s durch den DGB;
9. das Bemühen des DGB, das „soziale Netz" zu s c h o n e n , statt es zu nutzen;
10. die Mitbestimmung als Instrument, die „Einsicht" der Arbeiter in die „betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten" zu fördern;
11. die Aneignung chauvinistischen Konkurrenzdenkens durch den DGB und daraus folgend sein Einsatz für „Geschäftsvorteile deutscher Kapitalisten" in der ganzen Welt;
12. die Identifikation mit der imperialistischen Außenpolitik der BRD;
13. die Bejahung von NATO, Bundeswehr und Rüstung;
14. die hierachischen Strukturen im DGB;
15. der Vorwurf des Spaltertums und der Gewerkschafsfeindlichkeit gegen jeden, der *„das Monopol des DGB in Frage stellt, als einziger im Namen deutscher Arbeitskraft sprechen zu dürfen"*.

Das Manifest endet mit den Sätzen: *„Daß dieser Verein d i e Organisation der deutschen Arbeiter ist, spricht nicht im geringsten f ü r den DGB. Das beweist nur, was für schlimme Fehler die deutschen Arbeiter sich bei der gewerkschaftlichen Vertretung ihrer Interessen leisten. Und daß diese Fehler schon wieder eine 30-jährige Tradition haben, spricht erst recht nicht für sie. Wir meinen: 3 Jahrzehnte DGB sind genug!"* (aus einem Flugblatt der MG).

„Aber ja doch...", ist man geneigt zu sagen. Zieht vor die Betriebe, verteilt euer Manifest, und ihr werdet genauso auf die Schnauze fliegen, wir wir vor 10 Jahren auch! Aber es ist nicht dasselbe. Was die MG betreibt, ähnelt nur dem äußeren Anschein nach den damaligen Kampagnen der ML-Gruppen. Für sie trifft vielmehr zu, was Lenin mal so formulierte: Etwas Richtiges kann sich in etwas total Falsches verkehren, wenn man das „an sich Richtige" nur ein wenig ü b e r s p i t z t. Immerhin: Eine kleine Übertreibung erregt Widerspruch auf der Veranstaltung: In einem Referat wird dargelegt, daß man sich von den gelegentlichen Kabbeleien zwischen Strauß und dem DGB nicht täuschen lassen solle. Letztendlich handle der DGB genau so, wie es Strauß von ihm fordert. **„Und doch ist der DGB etwas anderes als Strauß, so sehr es die Gewerkschaft auch daran fehlen läßt, ihn zu bekämpfen"**, ruft einer dazwischen. Sofort wird der Vortrag unterbrochen. Ein offenbar ranghöherer MGler schreitet zur Beweisführung, andere sekundieren. Hat sich nicht Vetter selbst dafür verwendet, einen CSU-Mann an die Spitze des bayrischen DGB zu hieven? Würde sich der DGB unter einer CDU-Regierung vielleicht weniger staatsloyal verhalten? Doch eine Diskussion will nicht entstehen; der Zwischenrufer beläßt es bei dem einen Satz. Es reicht auch so, um das Argumentationsgebäude der MG aus den Angeln zu heben. Denn was die MG-Ideologen vorbringen, um zu zeigen, daß Strauß und der DGB keine Gegner seien, bezieht sich ganz eindeutig auf die Politik der DGB- F ü h r u n g (und ist, in dieser Beschränkung, gar nicht mal s o falsch). Eröffnet hatten sie die Veranstaltung jedoch ausdrücklich mit der Behauptung, einen Widerspruch zwischen Basis und Führung gäbe es in den DGB-Gewerkschaften n i c h t . Was die MG also zur großen Gemeinsamkeit DGB-Strauß vorbringt, erhebt Anspruch, für den g a n z e n DGB einschließlich seiner Mitgliedermassen zu gelten. Dies ist nicht nur eine mögliche, sondern eine notwendige Schlußfolgerung aus den MG-Thesen. Einer Auseinandersetzung damit bedarf es an dieser Stelle nicht. Sie wird sicher vor den Betriebstoren selbst geführt werden (**„Strauß – WIR??!"**). Hoffentlich sind die Verteiler auch gut zu Fuß.

So kesse Töne freilich werden im „Manifest gegen den DGB" nicht gespuckt, und es ist darum auch ein bißchen unehrlich. In den ersten beiden Thesen wird ausschließlich der Begriff *„DGB"* verwandt. Als Leser identifiziere ich damit kaum ein paar Millionen Arbeiter, sondern eher den bürokratischen Apparat, welcher der DGB als Dachorganisation der Einzelgewerkschaften ja tatsächlich ist. In den nächsten acht Thesen wird dieses Mißverständnis allmählich bereinigt. Synonym werden die Begriffe *„DGB", „Gewerkschaft", „DGB-Gewerkschaften"* und *„Gewerkschaften"* benutzt. Und noch klarer heißt es in These 9: *„...daß die Finanzwünsche des Staates dem Bürger wichtiger zu sein haben als die eigenen Finanznöte – das leuchtet jedem deutschen Gewerkschafter ein"*.

In den letzten fünf Thesen kommt schließlich auch der Begriff *„DGB-Führung"* zum Zug, aber nicht in dem Sinn, daß hier Vorwürfe formuliert werden, die nur der kleinen Führungsclique gelten sollten. Die Kritik richtet sich nach wie vor allgemein an den DGB; die Führung kommt nur vor, wenn es um Beispiele geht, die eben nicht für „jeden deutschen Gewerkschafter" zutreffen: um die ganze Welt zu reisen, in Parlamenten vertreten zu sein, Spitzentreffen mit Bossen oder Politikern abzuhalten und ähnliches. Mithin darf sich (muß sich) „jeder deutsche Gewerkschafter" von der MG angegriffen fühlen, zumindest weil er M i t g l i e d in diesem *„patriotischen Verein"* ist. Konsequent heißt es im Vorspann der MG zu dem „Manifest", für das formal „einige Mitglieder" (des DGB) als Verfasser fungieren: **„Eine solche Gewerkschaft ist keine ‚Bedingung', die die Arbeiter je zu ihren Gunsten ausnutzen könnten. Sie ist nicht zu verbessern, sondern zu bekämpfen"**. Bekämpft werden soll natürlich nicht nur die Organisation, sondern auch deren Aktivitäten, z.B. Streiks. Dies zu begründen, fällt der MG anhand der „neuen Beweglichkeit" noch relativ leicht (= Streiks, die keinem wehtun). Der Ehrlichkeit halber sollten die Genossen aber zugeben, daß es ihnen ebenso um andere Streiks geht, wo das Ergebnis ja gleichfalls (für die Führung) von vornherein feststeht, oder?

W i e der „Kampf" gegen den DGB geführt werden soll, ist für die MG keine Frage: Flugblattverteilen und Diskutieren, Aufklären. Mit welchem (konkreten) Z i e l das geschehen soll, ist absolut zweitrangig. Austritt aus dem DGB? Aufbau neuer Gewerkschaften? RGO? GEW Berlin? „Ihr müßt immer gleich die Organisationsfrage stellen", belehren mich meine Sitznachbarn herablassend. Sind die Arbeiter erstmal überzeugt, werde sich die Organisationsfrage „ganz von allein lösen".

Was die MG unter einem anständigen, ordentlichen oder gerechten Lohn versteht, will ich wissen. Aber in diese Falle tappen sie nicht. Einen *„anständigen"* Lohn würden sie fordern, nicht aber einen „gerechten" (Anm.: Daß es für Ausbeutung keinen „gerechten" Lohn geben kann, ist eine uralte Debatte und für Marxisten eine Selbstverständlichkeit). Man kann also ungerecht, gleichwohl aber „anständig" entlohnt werden? Ein „anständiger" Lohn wäre es, wenn man nicht mehr dem *„dauernden Zwang zum Sparen"* unterliegt und wenn man von den Kapitalisten am Arbeitsplatz nicht mehr so leicht erpreßt werden kann. Und wie fangen wir das an? Höhere Lohnforderungen propagieren? Großes Naserümpfen: Bei d e m DGB sind doch alle Klimmzüge in Vertrauensleuteversammlungen, Tarifkommissionen usw. verlorene Liebesmüh.

Wie ich's auch anstelle, festlegen lassen sich meine Mitdiskutanten nicht. Was ich ja nur wissen wollte. Denn tatsächlich geht es nicht (nur) um die Organisationsfrage, sondern (viel umfassender) um die Politikfrage. Darin liegt der fundamentale Unterschied der MG zu allen anderen linken Gruppen. Was immer in Sachen linker Betriebsarbeit angestellt worden ist und wie unbeholfen das teilweise gewesen sein mag:

- eigene, „linke" Lohnforderungen
- Unterstützung der DGB-Forderungen als „Mindestforderungen"
- Satzungsstreit, Kampf um Mitgliederrechte im DGB
- oppositionelle Betriebsratskandidaturen,

alles das war geprägt von dem Versuch, politikfähig zu sein, in der Arbeiterschaft real etwas in Bewegung zu setzen. Für die MG muß das zwangsläufig „falsch" gewesen sein, da all diese Politikversuche von der Voraussetzung ausgingen, daß die Gewerkschaften kein einheitliches, insgesamt abzulehnendes Gebilde sind. Selbst die verbalradikalsten Gewerkschaftskritiker der ML-Zeit kannten noch den Unterschied zwischen Verrätern und Verratenen im DGB. Die MG kennt ihn nicht, mißt ihm mindestens keine Bedeutung bei. Darin ähnelt sie trotz des marxistischen Vokabulars mehr der alten 68er Studentenbewegung oder den heutigen Ökologen. Und noch etwas: Dies ist bestimmt nicht der erste und ebensowenig der letzte Versuch, den Marxismus „in die Arbeiterklasse zu tragen". Aber neu ist doch, daß am A n f a n g einer solchen Kampagne die Kritik am DGB (der DGB-Führung) steht. Kühn? Oder einfach daneben...?

Unverkennbar trägt die DGB-Kampagne der MG das übliche Strickmuster der Propaganda dieser Organisation. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft an die Seite von Strauß zu stellen, in der Startbahnbewegung das „Aufbegehren von Heimatliebe" zu sehen, die Friedensbewegung als Ganzes in einen Topf zu werfen mit jenen, die von der deutschen Wiedervereinigung träumen – immer ist es dieselbe Holzhammer-Methode.

Eine Methode, die die MG zwar perfektioniert, aber nicht erfunden hat. Es geht darum, den Aufbau der eigenen Organisation ausdrücklich mit der Gegnerschaft zu a l l e n real existierenden Oppositionsbewegungen zu begründen. Sage keine(r), diese Methode sei uns unbekannt. Auch im KB gab es Zeiten, in denen die eigene Identität ähnlich gefunden wurde. Was galt uns schon eine, sei es auch große Berufsverbote-Demonstration, wenn dort nicht der Kampf gegen die Faschisierung geführt wurde? Was eine Vietnam-Aktion, die nicht den Sieg im Volkskrieg propagierte? Gerade die N i c h t - Teilnahme an solchen Aktivitäten bestärkte uns in der Zuversicht, selber richtig zu liegen. Und damals waren wir ohne Zweifel (personell) stärker als heute. Offenbar gibt es unter Linken ein Identitätsbedürfnis, das sich ungern i n Massenbewegungen auf die Probe stellen läßt. Die MG ist derzeit der wichtigste Sammelpunkt für dieses Bedürfnis.

de/Frankfurt

Ein peinlicher Fehler

Leider hat sich in den Artikel zur NHT ein Fehler eingeschlichen. Im AK hieß es:

„Der Ansatz des AKV, e r s t einmal die wichtigsten nichtmarxistischen Theorien abzuklopfen und d a n n sich der wirklichen Bewegung zuzuwenden, kann in der Praxis nur heißen, den Dogmatismus als Prinzip festzuschreiben ..." (S. 32).

Dieser Satz ist nun in sich einfach unsinnig, weil er genau das tut, was er dem AKV vorwirft, nämlich Theorie und Praxis schematisch gegenüberzustellen. In meinem Manuskript hieß es: „ ... *sich der wirklichen Bewegung d e r G e s c h i c h t e zuzuwenden* ...", womit ich mich gegen ein bestimmtes Theorieverständnis wenden wollte, das Prinzipien u n a b h ä n g i g von der Realanalyse zu verteidigen versucht. Es ging mir dagegen keineswegs darum, etwa Bewegungsrödelei als Alternative zu theoretischer Arbeit zu propagieren; und aufgrund der Auslassung im AK ließe sich genau dieses als Intention konstruieren, womit in die Argumentation des Artikels ein nicht gerade kleiner Widerspruch hineingetragen wurde.

J., RGW-Kommission

Ich bekenne mich schuldig und bereue.

Der für die Verstümmelung verantwortliche Redakteur

TLD gespalten

Große Augen machten KBler auf der letzten Startbahn-Demonstration im Mönchbruchwald, als sie dort auf einen Genossen trafen, der in Frankfurt als Sprecher der TLD (Trotzkistische Liga Deutschlands) aufzutreten pflegte. Hatte die TLD doch ausdrücklich ihr Desinteresse an der Frage der Flughafenerweiterung bekundet. Der Genosse machte klar, daß er dieser Organisation nicht mehr angehöre. Beinahe die Hälfte der TLD-Mitglieder seien ausgetreten (das bezieht sich offenbar auf Frankfurt, ein Hauptschwerpunkt der TLD-Aktivitäten). Der Startbahnkonflikt hat dabei eine wichtige Rolle gespielt.

2. KB-Kongreß im Spiegel der linken Presse

2. Bundeskongreß der Volksfront

Am 30./31. Januar fand der 2. Bundeskongreß der „Volksfront" statt. Sie wurde 1979 als antifaschistische „Massenorganisation" gegründet, maßgeblich auf Initiative der KPD/ML und ihr nahestehende Kräfte.

Bei den Bundestagswahlen 1980 kandidierte die „Volksfront". Sie führte in erster Linie einen Anti-Strauß-Wahlkampf. Polizei und Staatsanwaltschaft, die im Wahlkampf besonders eifrig die „Ehre" von Strauß schützten, gingen massiv gegen die „Volksfront" vor. Bundesweit wurden Anti-Strauß-Plakate der „Volkfront" beschlagnahmt, und in diesem Zusammenhang ca. 80 Strafverfahren eingeleitet.

Im Wahlkampf gelang es der „Volksfront" , sich über das Umfeld der Initiatoren hinaus auszudehnen, sie hatte rund 2.000 Mitglieder. Nach den Wahlen vwar zunächst einmal die Luft raus, zahlreiche „Volksfront"-Gruppen verfielen in Inaktivität, rund ein Viertel der Mitglieder verließen die „Volksfront".

Durch ihr verstärktes Engagement in der Friedensbewegung und durch den Beschluß des BWK (Bund Westdeutscher Kommunisten – eine Abspaltung vom KBW), seinen Mitgliedern die Mitarbeit in der „Volksfront" zu empfehlen, erlebt diese einen gewissen Aufschwung, sodaß sie derzeit wieder rund 2.000 Mitglieder hat.

Auf dem 2.Bundeskongreß wurde auch die Frage nach dem Selbstverständnis und dem Charakter der „Volksfront" aufgeworfen.

In seinen „Thesen zur Notwendigkeit und zu den Aufgaben der Volksfront" hatte der Bundesvorstand geschrieben: *„Die von uns gegründete und jetzt bestehende Volksfront ist sicher nocht nicht diese breite, die Volksmassen umfassende antifaschistische Front. In ihr haben sich ein Teil der bewußtesten antifaschistischen Kräfte zusammengeschlossen. Von ihrer politischen Ausrichtung und ihrem Charakter her erfüllt die Volksfront auch heute schon die an eine solche Front zu stellenden Ansprüche und Voraussetzungen. Sie ist der Kern und die jetzt bereits organisierte Kraft, auf die gestützt die Notwendigkeit, der Gedanke und die politischen Ziele und Forderungen einer*

Volksfront auch heute schon die an eine solche Front zu stellenden Ansprüche und Voraussetzungen. Sie ist der Kern und die jetzt bereits organisierte Kraft, auf die gestützt die Notwendigkeit, der Gedanke und die po-

antifaschistischen Volksfront erstmals in unserem Land in die Volksmassen hineingetragen werden". Gegen diesen Anspruch, daß die „Volksfront" *„der Kern und die jetzt bereits organisierte Kraft"* einer antifaschistischen Volksfront im Sinne des Wortes sei, gab es Widerspruch, der sich in verschiedenen Anträgen ausdrückte.

In einigen dieser Anträge wird gefordert, daß sich die „Volkfront" stärker an den in den 30er und 40er Jahren bestehenden Volksfronten orientieren und *„den Vereinigungsprozeß demokratischer, antifaschistischer und antiimperialistischer Gruppen unter ein gemeinsames Dach politisch und organisatorisch vorantreiben"* solle (Antrag zweier Münchner Mitglieder).

Zwei Stuttgarter Mitglieder schrieben: *„Seit unserer Gründung vor gut 2 Jahren ist die Volksfront nicht zu der Einheitsfrontorganisation geworden, wie wir uns sie vorgestellt haben. Dies zeigt sich einmal an der Mitgliederzahl und zum anderen an unserem Charakter. Wie heißt es doch zu Beginn unserer Grundsätze: 'Die Volksfront ist ein Zusammenschluß von antifaschistisch und demokratisch gesinnten Menschen aus allen Schichten unseres Volkes'. Die Realität ist aber: Die Realität ist aber: Die Mehrheit der Mitglieder sind Kommunisten, zu den 'einfach' demokratisch gesinnten Menschen haben wir kaum Zugang".* Sie forderten, *„daß die Volksfront all ihre Kräfte darauf konzentriert, einen wirklichen Rahmen für die Widerstandsbewegung zu schaffen. Wenn dies offensichtlich in unserer Organisation nicht zu schaffen ist, müssen wir darauf hinwirken, daß diese geschaffen wird".*

Auf dem Kongreß waren die Vertreter solcher Positionen aber in der absoluten Minderheit. Von Seiten der Mehrheit wurde ihnen unterstellt, sie wollten die „Volksfront" auflösen. Das ging hin bis zu unsachlichen Angriffen, die angeblich geforderte Auflösung der „Volksfront" würde dazu führen, daß die Schaffung einer Volksfront dann erst wieder angepackt werde, wenn es zu spät sei, nämlich im KZ. Positiv war demgegenüber, daß ein Mitglied des Bundesvorstandes die Vertreter der Minderheit vor solchen Ausfällen in Schutz nahm, obwohl er ihre Positionen ablehnte.

Die Anträge der Minderheit wurden abgelehnt bzw. nicht befaßt. Ebenso erging es verschiedenen Anträgen, in denen gefordert wurde, daß sich die „Volksfront" in Zukunft nicht mehr an den Wahlen beteiligen solle und daß der Partei-Status der „Volksfront" aufgegeben werden solle, da beides sich nicht mit dem Charakter einer überparteilichen Organisation vertrage. Es wurde mehrheitlich beschlossen, daß sich die „Volksfront" die Möglichkeit offenhält, bei Wahlen zu kandidieren. Weiterhin wurden auf dem Kongreß Resolutionen zur Friedensarbeit, zum antifaschistischen Kampf und gegen die Ausländerfeindlichkeit verabschiedet.

In der Friedensresolution wird festgestellt, daß die vordringlichste Aufgabe derzeit darin bestehe, die „Nachrüstung" zu verhindern. Die Forderungen, die die „Volksfront" propagiert, lauten: Kündigung des Nato-„Nachrüstungs"-Beschlusses, drastische Senkung der Rüstungsausgaben, Stopp des Baus von Angriffswaffen (Diese Forderung legt die Vermutung nahe, daß die „Volksfront" auch, wie die Vertreter der „Alternativen Verteidigung", zu dem Spektrum der Vaterlandsverteidiger zu rechnen ist; allerdings liegen hierzu m.W. bisher keine eindeutigen Aussagen der „Volksfront" vor – Anm. d. Verf.), Abzug aller fremden Truppen von unserem Boden, Austritt der BRD aus der NATO, Neutralität.

Zwar sieht die „Volksfront" als Hauptfeind, den es hierzulande zu bekämpfen gilt, den BRD-Imperialismus; sie sieht aber die Ursache für die steigende Kriegsgefahr im „verbrecherischen Wettlauf um die Welt-

Zwar sieht die „Volksfront" als Hauptfeind, den es hierzulande zu bekämpfen gilt, den BRD-Imperialismus; sie sieht aber die Ursache für die steigende Kriegsgefahr im „verbrecherischen Wettlauf um die Weltherrschaft" der b e i d e n Supermächte USA und UdSSR. Praktisch profiliert hat sich die „Volksfront" in der Friedensbewegung bisher insbesondere durch ihre recht rührige Beteiligung an der Vorbereitung und Durchführung der Anti-Breschnew-Demonstration am 22.11.81 in Bonn.

In der Resolution zum antifaschistischen Kampf wird noch einmal der in den letzten Jahren vorangeschrittene Prozeß der Faschisierung von Staat und Gesellschaft dargestellt und festgehalten: *„Wir glauben, daß es wichtig ist, diese beileibe nicht vollständige Aufzählung von Faschisierungsmaßnahmen nicht als undemokratische Fehltritte, sondern als einen Prozeß zu sehen, mit dem offensichtlich Weichen für noch schwieriegere Zeiten, die Wegbereitung für einen möglichen faschistischen Ausweg gestellt werden. Und diese Entwicklung geht von diesem Staat selbst, von den reaktionärsten Kräften in den ihn tragenden Parteien aus".*

Es wurde beschlossen, im Kampf gegen die Faschisierung im nächsten Jahr die Forderung nach dem Verbot der NPD und aller anderen Neo-Nazi-Organisationen und den Kampf gegen die Ausländerfeindlichkeit zu Schwerpunkten zu machen. Höhepunkt deser Kampagne soll der 30. Januar (50. Jahrestag der „Machtergreifung" Hitlers) werden.

Es steht zu befürchten, daß diese Kampagne in der - zumindest bisher – „Volksfront" eigenen Manier allgemein und abstrackt, ohne Enthüllungsarbeit über Nazi-Umtriebe vor Ort, und an bereits bestehenden Initiativen vorbei, geführt werden soll. Soweit „Volksfront"-Gruppen in dieser Hinsicht angenehm enttäuschen, sollten die Chancen einer Zusammenarbeit genutzt werden.

Detlef/ Düsseldorf

aus: „KVZ", 21.1.82

10 Jahre „Arbeiterkampf", jetzt „5 vor 12"?

Zweiter Kongreß des Kommunistischen Bundes in Hamburg

chs.Hamburg. Zum 2. Kongreß des Kommunistischen Bundes (KB) am 16./17.1.82 in Hamburg, an dem ca. 250 Leute, davon die Hälfte Delegierte, teilnahmen, waren auch linke Organisationen als Gäste eingeladen. Der Kongreß war einberufen worden, um den politischen Charakter der Zeitung „Arbeiterkampf" sowie deren Erscheinungsweise neu zu fassen. Aktuell zwangen Rückgang der Auflage und finanzielle Unhaltbarkeit dazu. Selbstverständlich aber mußte die Debatte um mehr gehen, nämlich um Aufgabe und Notwendigkeit des KB in der gegenwärtigen politischen Situation, Probleme des Mitgliederverlustes, Frageq der Neuorientierung der „Bündnispolitik", sprich Zusammenarbeit mit anderen Organisationen. Also eine der Veranstaltungen, wie sie gegenwärtig häufiger stattfinden.

Der KB will mehr Theorie und Schulung – im Gegensatz zu seiner als spontaneistisch bezeichneten Vergangenheit, er will den Marxismus-Leninismus gegen das Aufkommen des modernen Revisionismus („modernen Sozialismus", sprich „Moderne Zeiten") und militante Vaterlandsverteidigung (z.B. KBW) verteidigen, und er will den Schwerpunkt seiner Arbeit auf die Friedensbewegung verlagern (die Entwicklung der Arbeiterbewegung sei auch vom KB viel zu euphorisch und illusionär eingeschätzt worden). Vier Schwerpunkte der Diskussion sind m.E. besonders interessant: 1) das Grundsatzreferat von „Heiner" über die Geschichte des KB, das auch einen Vorgeschmack auf die Methode der neuen „Theoriebildung" gab; 2) die Rolle der BRD bei den Kriegsvorbereitungen; 3) welchen Charakter wird die „sich herausbildende neue linkssozialistische Partei" haben, oder: Blockbildung, mit wem?; und 4) die Rolle der Arbeiterklasse, bzw. wirkt die Entwicklung der Produktivkräfte

tungen; 3) welchen Charakter wird die „sich herausbildende neue linkssozialistische Partei" haben, oder: Blockbildung, mit wem?; und 4) die Rolle der Arbeiterklasse, bzw. wirkt die Entwicklung der Produktivkräfte

revolutionär oder nicht.

Zu 1: Auffallend eine reichlich beschönigende Rede zum Geburtstag. Abgesehen von formelhafter Selbstkritik wie linkssektiererisch und spontaneistisch werden die KBler als die letzten Marxisten-Leninisten hingestellt, die ihre Politik auf die Grundpfeiler gestellt haben: a) Lenins-Imperialismus-Theorie, d.h. Ablehnung der Supermächte-Theorie und Kampf gegen jeden Chauvinismus; b) Faschisierung von Staat und Gesellschaft: diese vom KB „aus den Tatsachen entwickelte" und von anderen nur „geleugnete" Einschätzung haben sich als vollständig richtig erwiesen, die SPD habe man immer als Herrschaftsvariante des Imperialismus bekämpft (der interessierte Zuhörer, der „damals" schon dabei war, wartete vergeblich auf eine Erklärung zum Wahlaufruf für die SPD 1972), die Neubewertung des Reformismus, die an der Ausweitung des Sozialstaates ansetze, müsse zurückgewiesen werden, indem die Hauptseite: Unterdrückungscharakter des Staates, Notwendigkeit seiner Zerschlagung und Diktatur des Proletariats hervorgehoben werde.

Wie immer man zu diesen Thesen steht, diese Theoriebildung verbleibt im Rahmen des aus dem Arbeiterkampf sattsam bekannten oberflächlichen Räsonnierens, des Verbreitens von Meinungen und Vorurteilen, statt sich mit den doch nun wirklich aufgeworfenen Fragen tiefer auseinanderzusetzen. Wie ist denn nun die Lage nach 10 Jahren „Faschisierung"? Der Hinweis auf Computererfassung und brutale Polizeieinsätze erklärt doch keine widersprüchliche politische Lage, wo einerseits die Repression zunimmt, andererseits aber das Tätigkeitsfeld der Linken und der demokratischen Bewegungen sich doch ausgeweitet hat. Wie ist denn nun der Übergang von bürgerlicher Demokratie zum Faschismus zu fassen? (Bei allem so betont realistischem Gehabe spielt das Studium der Realität in ihren Zusammenhängen, was über die Reportage von aufsehenerregenden Einzelerscheinungen hinausgeht, doch eine geringe Rolle. Auch ein Genosse wie „U., RGW-Kommission", der durchaus neue Initiativen in der KB-Diskussion ergreift, setzt zur Begleitung des Kongresses im AK 215 einen Artikel ab, in dem Engels endlich des Chauvinismus überführt wird und der durch wenig Geschichtskenntnis geprägt ist, sondern mehr durch Klatschsucht, „skandalöse Äußerungen" und „bürgerliche Rückstände im Bewußtsein von Marx und Engels" herauszufinden. Interessanter wäre auch hier gewesen: Warum hielten Marx und Engels wie auch Lenin Vaterlandsverteidigung in einem kapitalistischen Land nicht für prinzipiell reaktionär? Warum sprachen Marx und Engels von der fortschrittlichen und reaktionären historischen Rolle ganzer Völker?)

Zu 2: Die Ausgangsfrage: Wenn doch ein Atomkrieg in Europa von der BRD nur ein Trümmerfeld übrigläßt, warum setzt sich dann die Bundesregierung für die Stationierung der Mittelstreckenraketen ein? Die schnell vom LG gelieferte Erklärung: „Imperialistischer Wahnsinn wie bei Hitler" und „die Imperialisten haben nur ein taktisches Verhältnis zu ihrem Land" konnte nicht befriedigen. Aber hinter jeder Theorie „BRD = Vasall des US-Imperialismus" lauert die Theorie der Supermächte. Oldenburger Genossen vertraten die Ansicht, daß die militärtechnischen Probleme in den Hintergrund treten, da inzwischen nahezu al-

jeder Theorie „BRD = Vasall des US-Imperialismus" lauert die Theorie der Supermächte. Oldenburger Genossen vertraten die Ansicht, daß die militärtechnischen Probleme in den Hintergrund treten, da inzwischen nahezu al-

les machbar ist, und deshalb der Atomkrieg hauptsächlich politisch wird. Das Kalkül der BRD-Imperialisten sei, die totale Konfrontation am Leben zu erhalten, da sie bei einem begrenzten Atomkrieg in Europa nur verlieren könnten. So interessant der Ausgangspunkt war, so blieben die Analysen doch halbseitig gelähmt, da alle – und stillschweigend – von dem Dogma ausgingen, daß die Sojwetunion nicht aggressiv sei. Wie aber die Pläne der Bundesregierung auch nur erfassen, wenn die der SU unerwähnt bleiben? Das führte zu solchen Gedankenverrenkungen: Man darf das Gerede vom „Schießplatz Europa" nicht mitmachen, weil das die europäischen Imperialisten als Opfer der Supermächte hinstellt. Vielmehr sei richtig: Schießplatz Osteuropa durch die Vorwärtsverteidigung des BRD-Imperialismus. Die Fragen wurden nicht ausdiskutiert, sondern auf einen folgenden Kongreß vertagt.

Zu 3: Ausgemacht ist für den KB, daß sich aus „modernen Sozialisten", Teilen der Grünen und Alternativen einerseits und linken, aus der Partei gedrängten Teilen der SPD andererseits eine neue Reformpartei entwickeln wird. Wird dies eine wesentlich sozialdemokratische oder eine wesentlich sozialistische Partei sein? Eine These lautete: „Je kleiner, desto sozialistischer – je größer, desto reformistischer". Man kann die Einschätzung der Entwicklung der linken Bewegung im AK215 in den „Thesen zur Perspektive des Arbeiterkampf" nachlesen, die den Leitantrag des LG (Leitendes Gremium) auf dem Kongreß darstellten. Die Frage für den KB war: Was bringt die eigenständige Organisation, inwieweit muß man sich an der Herausbildung der Linkspartei beteiligen oder muß man an den Aufbau der kommunistischen Partei gehen, d.h. gegenwärtig „den revolutionären Pol" stärken? Unter dem letzteren versteht ein Antrag aus Freiburg „privilegierte Beziehungen" zur Organisationen wie BWK, FAU, MRI, mit denen gemeinsam man die Ablehnung von Reformismus und Vaterlandsverteidigung habe. Obwohl die theoretische Verwandtschaft offensichtlich den zweiten Weg nahelegt, so sagt der – beim KB schon immer gut ausgeprägte – politische Instinkt doch, daß beim ersten Weg mehr zu holen ist. Auch dieser Streit wurde nicht offen ausgetragen. Es scheint, daß der KB weiterhin eine kommunistische Partei im Sinne der III. Internationale aufbauen will, ohne das aber offiziell kundzutun und entsprechende programmatische und organisatorische Schritte einzuleiten. Unbestritten in der Debatte blieb jedenfalls folgende Einschätzung: Die Lage ähnelt der nach 1914. Nachdem die SPD zum Chauvinismus übergegangen ist, haben die Revolutionäre viel zu lange an der USPD (= reformistische Partei) geklebt, statt zielstrebig die KPD aufzubauen – die Gründung des Spartakusbundes kam zu spät.

Zu 4: Nachdem das Grundsatzreferat von „Heiner" mit der Festlegung des spezifischen KB-Leninismus am ersten Tag ohne jede Diskussion hingenommen worden war, war es für einen Außenstehenden doch recht überraschend, daß sich am 2. Kongreßtag eine Mehrheit der Delegierten gegen den Leitantrag des LG mit ausgesprochen „modernen" Thesen durchsetzte. Kurz der Inhalt des Gegenantrags, der zur Grundlage der Diskussion genommen wurde: a) der Klassenkampf drängt eher zum gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen als zum Sieg des Proletariats, b) die kapitalisti-

Kurz der Inhalt des Gegenantrags, der zur Grundlage der Diskussion genommen wurde: a) der Klassenkampf drängt eher zum gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen als zum Sieg des Proletariats, b) die kapitalisti-

schen Destruktivkräfte machen die Möglichkeit einer kommunistischen Gesellschaft immer unwahrscheinlicher. Also Exterminismus und Industrialismuskritik in Anlehnung an Thompson, Bahro und andere, c) der Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates ist die Grundlage des Revisionismus in der Staatsfrage, d) die Rolle des Proletariats ist nicht mehr wie früher die der führenden revolutionären Klasse; sie muß unter Berücksichtigung der neuen Arbeitsorganisation neu überdacht werden – Anklänge an Gorz u.a.

Nachdem so ein „klarer Dissens markiert" war, lief die Debatte doch auf mehr oder weniger faule Kompromisse hinaus, indem einfach beide Positionen in gemeinsamen Formulierungen untergebracht wurden. Obwohl die Debatte im Verlauf des Kongresses engagierter wurde, litt sie doch offensichtlich unter fehlender Ausbildung der Mitglieder in diesen Fragen und der unscharfen Konturierung der Positionen.

Das LG hat, indem es die Zuspitzung dieser Fragen verhindern konnte, dem KB wahrscheinlich einen schlechten Dienst erwiesen. Die Mitglieder wollen offensichtlich mit mehr Schulung und mehr Theorie ernst machen und sie verlangen, daß bei der Neukonzeptionierung der Zeitung die „Umstrukturierung der linken Bewegung" ausreichend berücksichtigt wird. Letztenendes richtet sich das gegen weitere Versuche des Aufbaus einer ML-Partei. Was rauskommt, wird man sehen. Jedenfalls hat der von Knut Mellenthin vorgeschlagene neue Name für den Arbeiterkampf „5 vor 12" noch keine Mehrheit gefunden.

Willi K.Goltermann

So weit die Füße tragen

MODERNE ZEITEN

Kommentar zum 2. KB-Kongress

Im Januar versammelte der KB (Kommunistischer Bund) knapp 500 seiner Mitglieder, darunter ca. 120 stimmberechtigte Delegierte, zu seinem 2. Kongreß. Einige Gäste waren geladen, darunter ich für die Gruppe Z. Viele bekannte Gesichter habe ich vermißt: nach eigenen Angaben hat der KB nochmal etwa 300 Mitglieder seit seinem 1. Kongreß im Januar 1980 verloren. So verbleiben ihm nur mehr 700 Treue von ehemals gut 2.500, darunter jedoch viele, die – nach Auskunft der Leitung – für kollektive politische Intervention nicht mehr zur Verfügung stehen, das politischeGeschehen eher beobachten, denn mitgestalten.

Dieser Umstand sowie die ständig sinkenden Auflagen der KB-Zeitung „Arbeiterkampf" (AK) waren die Rahmenbedingungen, unter denen der Kongreß eine neue Zeitungskonzeption und „erste Schritte" für eine „Reorganisation" des KB diskutieren sollte: Der AK war unter diesen verschlechterten Bedingungen nicht mehr finanzierbar/subventionierbar. Herausgekommen ist ein Beschluß, wonach der AK künftig monatlich (statt wie bisher 14-tägig), in verkleinertem Format und geringerem Umfang erscheinen soll, dazu mit anderen thematischen Schwerpunkten und Verzicht auf (lokale) Einzelberichterstattung zugunsten von mehr analytischen Beiträgen und theoretischen Debatten. Auf einen neuen Zeitungsnamen konnte sich der Kongreß noch nicht einigen. Dazu soll jetzt eine „breite Debatte" im KB und womöglich vor einer „interessierten" Öffentlichkeit entwickelt werden.

Existenzberechtigung des KB

Die „eigentliche" Debatte um eine neue Zeitungskonzeption spielte auf dem Kongreß nur eine periphere Rolle, war nur Vorwand der Leitung in ihrem Bemühen, den KB „neu auszurichten", ihn zu stabilisieren gegenüber neuen Anfechtungen, wie sie v.a. aus Richtung der „MODERNEN ZEITEN" erwartet werden. Da man revolutionär ist, wurde das Problem grundsätzlich angegangen. Man warf die Frage nach der Existenzberechtigung des KB auf, wie Vertreter der geladenen „Marxistischen Gruppe" (MG) in einem Gastbeitrag spöttisch registrierten (vergl. AK 217, S. 31). Die Existenzberechtigung des KB wurde zwar von niemand infrage gestellt. Allein, es bedurfte neuer Definitionen dafür. Denn die bisher gültigen Definitionen waren an unwiderbringlich verlorengegangene Entwicklungsperspektiven geknüpft: Ursprünglich wollte man im Verbund mit anderen ML-Gruppen die „revolutionäre KPD" wiedereröffnen und – nachdem diese Perspektive wegen unüberbrückbarer Differenzen zu jenen ad acta gelegt wurde – die „westdeutschen Revolutionäre" „um den AK herum sammeln". Auch daraus wurde, wie bekannt, nichts.

Da der KB traditionell realitätstüchtiger als konkurrierende ML-Gruppen war, stets bemüht, seine Beziehungen zum real ablaufenden gesellschaftlichen Emanzipationsprozeß nicht abreißen zu lassen, ohne sich allerdings wirklich auf ihn einzulassen, hat er schon vor Jahren registriert, daß die Dinge anders verlaufen würden, als in den Gründungs- und Aufbaujahren bis 1975 angenommen. Notwendige umfassende Konsequenzen daraus für die eigene Politik, Theorie und Organisation hat der KB nicht [illegible] verlustig zu gehen, begleitet die KB-Leitung diesen Prozeß „permanenter Transformation" von KB-Politik mit z.T. wilder bis aggressiver „Abgrenzerei" und (inhaltsleerer) Polemik gegen jene, denen er sich annähert, sowie einer – Außenstehenden peinlich anmutenden – Selbstbeweihräucherung, daß man ‚im Groben und Ganzen' schon immer einigermaßen richtig lag. Vertrauensbildende Maßnahmen nennt man das.

Die Kombination beider – für KB-Politik typischer – Elemente (konservativer Bodenständigkeit und begrenzter Beweglichkeit) führt immer wieder zu kurioser Widersprüchlichkeit in Praxis und Publizistik des KB. So auch auf diesem Kongreß:

Dem mit KB-Internas wenig Vertrauten mußte der Kongreß einseitig als Tribunal zur „Verurteilung" der politischen Strömungen vorgekommen sein, die heute in der „Initiative Sozialistische Politik" („Moderne Zeiten") mitarbeiten. Immer wieder konzentrierten sich die Redebeiträge auf die „Modernen Sozialisten" – eine polemisch gemeinte Wortschöpfung des KB – die allermöglichen „Verrätereien revolutionärer Prinzipien", des „Bruchs mit dem Marxismus-Leninismus" etc. angeklagt wurden. Sie wollten angeblich einen „französischen Weg zum Sozialismus à la Mitterrand, sie hätten die BRD-Linke geschwächt, hätten aus Angst vor staatlicher Repression „dem Marxismus-Leninismus abgeschworen" und dergl. Unfug. Andererseits: „...*vielleicht (kann es) richtig sein, in erster Linie (...) nicht so sehr auf die ‚modernen Sozialisten' zu orientieren. Soweit es aber um die Orientierung unserer politisch-theoretischen Interventionen geht, müssen unsere Hauptadressaten in erster Linie ‚rechts' vom KB gesucht werden: im weiten Feld der Friedensbewegung, bei Teilen des ‚modernen Sozialismus' und Grünen...*" (aus einem Leitungsartikel des Kongreß-Infos).

In seiner Widersprüchlichkeit noch krauser erwies sich das Definitionsergebnis der eigenen Existenzberechtigung. Der KB „glaubt" an eine alsbaldige Parteigründung eines „*Neuen Sozialdemokratismus*" und hat dieses Glaubensbekenntnis auch per Resolution für sich festgeschrieben. Träger dieses „Neuen Sozialdemokratismus" seien zwei gegenläufige Strömungen, die sich irgendwo in der „anti-revolutionären Mitte" träfen: einmal „*Kräfte, die sich auf die SPD zubewegen (‚Moderne Sozialisten', ‚Undogmatische Sozialisten', Teile der Grünen und Alternativen)*", indem sie sich „*mit dem imperialistischen Staat*" „*aus(zu)söhnen*" begonnen hätten. Zum anderen Kräfte, „*die von der SPD ... wegdrängen*". Dieser „Neue Sozialdemokratismus", der aus einer Kreuzung beider Tendenzen hervorginge, mache sich schon allerorten unangenehm und störend bemerkbar: „*Aktuell ist das (links-)sozialdemokratische Roll Back in der Friedensbewegung das anschaulichste Beispiel dafür, daß es der politisch* Tod *aller relevanten politischen und sozialen Bewegungen wäre, wenn die Strömung des „Neuen Sozialdemokratismus" über diese Bewegungen die Hegemonie erringen und behaupten könnte.*"

Die Schlußfolgerung aus dieser grauen Bestandsaufnahme: „*Aus diesen Differenzen* (zum „Modernen Sozialdemokratismus") *ergibt sich die Notwendigkeit, den KB als autonome Organisation zu bewahren, statt ihn in der breiteren Strömung der ‚Neuen Sozialdemokratie' aufgehen zu lassen.*" Dazu sei die „*Herausgabe einer Zeitung, die die spezifischen Ansichten und Vorschläge des KB vorträgt (...) das zentrale Instrument, um die politische Rolle des KB zur Geltung zu bringen.*" (Zitate aus AK 215).

Soweit also logisch und klar: der KB als standhafter Kämpfer gegen ‚Moderne Sozialisten', ‚Undogmatische Sozialisten', Grüne, Alternative und SPD-Abtrünnige zum Zwecke einer Befreiung „aller relevanten politischen und sozialen Bewegungen" der BRD aus den Klauen des verhängnisvollen „Neuen Sozialdemokratismus' ".

Indes, noch *vor* dem Kongreß fiel der Leitung auf, daß Annahme und praktischer Umsetzungsversuch dieser heroischen Linie, den ohnehin nicht reichlich gedeckten Tisch politischer Erfolge des KB einer Kahlschlagsanierung opfern würde. Man hatte den Bogen offensichtlich überspannt. Die Leitung entschied sich auf dem Kongreß für Rücknahme einiger überzogener Formulierungen und einer Hinzuformulierung diametral entgegengesetzter Gedanken. Nun erklärte man die „*Herausbildung einer Partei links von der SPD*" zum „*notwendigen Zwischenschritt im Entstehungsprozeß einer revolutionären Partei und insofern progressiv.*" (AK 217, S. [illegible] terfragung aus der Mitgliedschaft durch die Leitung, wieso sie sich so sicher sei, daß die erwartete neue Partei nicht etwa links-sozialistischen Charakter annehmen könnte, statt bloß neu-sozialdemokratischen und wieso der KB sich in einen solchen Prozeß nicht *direkt* einschalten sollte, statt abseits zu kommentieren? Die geniale Leitungs-Antwort: Wenn die künftige Partei etwa linkssozialistisches Profil hätte, würde der KB darin mitarbeiten. Aus dem Umstand aber, daß er dies nicht vorhabe, könne jederman erkennen, daß mehr als „Neu-Sozialdemokratismus" nicht 'drin läge. Diese Tautologie erntete den fast ungeteilten Beifall von fast 500 erwachsenen Menschen.

Resümee

Der KB hat in keiner Phase seiner Existenz mit einer kollektiven Aneignung der Grundlagenschriften „des" Marxismus-Leninismus wirklich ernst gemacht. Von kritischer Auseinandersetzung/Weiterentwicklung ganz zu schweigen. Wenn er heute mehr und lauter denn je – auf dem Papier! – am „Marxismus-Leninismus festhält", die „revolutionären Prinzipien verteidigt" bedeutet das für die Substanz seiner Politik und für ihre Berechenbarkeit durch andere erstmal nur wenig. Solche Postulate dienen dem KB allenfalls als moralische Legitimationsbasis für Amokläufe in der politischen Praxis. In jedem Fall ist er fest davon überzeugt, daß das, was er gerade tut, diesen „Prinzipien" und „Theorien" entspricht. Wenn er heute ein „*Festhalten an Lenin's Staatstheorie*" postuliert und anderen den „*Bruch*" mit ihr unterstellt, in der Kongreß-Debatte diese Theorie selbst auf die Banalität reduziert, daß die imperialistischen Repressionsapparate nicht reformierbar oder zum Zweck sozialistischer Emanzipation transformierbar sind, sondern zwangsläufig auf dem Weg zur sozialistischen Umgestaltung zersetzt und schließlich zerbrochen *werden müssen, um damit* seine „revolutionäre" Einzigartigkeit glaubt belegen zu müssen, dann zeigt dies eher seine politisch-theoretische Hilflosigkeit, weil er sich mit Postulaten dieser Art selbst den Weg zu Überlegungen verbaut, *welchen* Weg Sozialisten heute einschlagen müssen, um überhaupt jenen Punkt irgendwann erreichen zu können, an dem dieses Postulat *praktische* Relevanz erhalten könnte.

• Ähnlich steht es mit einem (dem!) zweiten Postulat des KB, das er erneut auf seinem 2. Kongreß per Resolution festgeschrieben hat und mit dem er sich vom Rest der Linken abgrenzen glaubt zu können, nämlich unbedingt an Lenin's Imperialismus-Theorie „festzuhalten". Unbenommen bleibt, daß diese Theorie – wenn vielleicht auch nicht in ihrer ganzen Tragweite – einzelnen KB-Mitgliedern geläufig ist, *dem* KB jedenfalls nicht. Hinter diesem Postulat steht dann auch „nur" die unbedingte – oftmals vom KB nur moralisch begründbare – Gegnerschaft zum imperialistischen System, insbesondere zur eigenen Bourgeoisie und eine barsche Ablehnung aller Formen der sog. Vaterlandsverteidigung gegen militärische „Bedrohung" von außen. Dies aber macht den KB in meinen Augen – trotz aller theoretischen Naivität und Holzhackerei gegen politische Strömungen, die erst im Begriff sind, sich vom herrschenden Feindbild vorsichtig zu lösen – eher sympathisch und kann wohl auch als Garant für seinen – alles in allem – dauerhaft positiven Beitrag in der Friedensbewegung gewertet werden sowie auch dafür, daß der KB „links" bleibt, also rechte Eskapaden wie bei KPD und KBW für ihn ausgeschlossen sind. Das gilt zweifellos auch für ehemalige KB'ler.

Umgekehrt hat die *postulathafte* Bezugnahme auf diese „Theorien" und „Prinzipien", die ja kritische Aneignung eher behindert als fördert, eine Erstarrung in der Theorie-Bildung zur Folge gehabt, die heute unüberwindbar erscheint. Die gähnende Langeweile, der substanzlose „Streit" um Formeln auf dem Kongreß, die überall erfolgte nahezu oppositionslose Zustimmung zu allem, was schließlich von der Leitung „freigegeben" wurde, die apologetischen Verrenkungen der ganz wenigen Oppositionsgeister, ein „Klima", das letztere wie Aussätzige behandelt und die Angst aller Redner, versehentlich in diese Rolle hineinzurutschen, der ständig nicht nur von der Leitung ausgehende psychologische Druck, in dieser ach so schwierigen Lage unbedingt zusammenzuhalten und die demonstrative Einheit nicht durch allzu kritisches Hinterfragen zu gefährden etc. sind m.E. Ausdruck und Konsequenz dieser Erstarrung. Es ist dies nicht eigentlich neu im KB, nur fiel es mir nach 2jähriger Nicht-Mehr-Mitgliedschaft [illegible] se" nicht auch im Gehalt seiner Politik, Analysen und Theorien zu suchen, was die Bereitschaft, auch von anderen theoretischen Denkansätzen zu lernen, bevor man sie verdammt, ebenso fördern könnte wie eigene (evtl. selbstkritische) Anstrengungen. Seine Isoliertheit kam auf dem Kongreß in der Bestätigung zum Ausdruck, daß man vergeblich versucht habe, Partner und adäquate Mitherausgeber für die „neue" Zeitung zu finden. Gelegentlich hört man von Leitungs-Mitgliedern, daß alle Gruppen, mit denen ein solches Projekt tragbar wäre, derzeit auf die MOZ orientiert wären oder dort schon mitarbeiteten. Aussaagen dieser Art sind immerhin erstaunlich, angesichts der „wilden Abgrenzerei" gegenüber den ISP-Strömungen, die der KB-Kongreß bot. Allerdings war die Leitung des KB erfolgreich bemüht, Abstimmungen darüber zu verhindern, Blockbildung mit anarchistischen und spontaneistischen Strömungen, oder etwa mit kuriosen Sekten wie FAU (Anarcho-Syndikalisten), BWK (KBW-Abspaltung) und MRI (Reichisten) zu verhindern. Eine nicht geringe Minderheit hätte einer solchen Perspektive zweifellos zugestimmt, wie aus diversen Beifallsbekundungen deutlich hervorging.

Ob die Weiterentwicklung dieses Bewußtseins selbsttätiger Isolierung irgendwann für den KB zu eigentlich bitter notwendigen Denkanstößen führt, bleibt abzuwarten. Der jüngste Kongreß diente eher einer Kultivierung seiner Isolierung als Behauptung vom Letzten, der noch die Fahne hochhält. Wie die Dinge stehen, wird der KB keine neuen Impulse für die Linke bringen, ihr eher mit der Einklagung seiner Sonderinteressen auf den Nerv gehen (wie aktuell in der Hamburger Wahlbewegung). Innerhalb des KB zeigt sich bisher keine Kraft, die imstande wäre, das „Ruder herümzureißen", einen Neuanfang zu wagen. So wird man weitertrotten, so weit die Füße tragen. Allzu weit wird das vermutlich nicht werden.

... und unsere Antwort

Liebe Genossinnen/Genossen von der „Moz"!

In der „MOZ" Nr. 2/82, S. 60 - 62 druckt ihr einen Kommentar unseres ehemaligen Mitarbeiters Willi K. Goltermann zu unserem 2. Kongreß (am 16./17.1.82) ab. Dieser Kommentar bedarf einiger Klarstellungen, die ihr bitte auch eurer Leserschaft nicht verschweigen solltet.

I. Der Genosse Goltermann war nur am ersten Tag unseres Kongresses anwesend. Am zweiten Kongreßtag waren Thomas Langer und Jürgen Reents anwesend, jedoch auch nur bis zum Mittag, kaum länger als e i n e Stunde. Vollständig am Kongreß teilgenommen hat nur eine Genossin der Gruppe Z, die nicht zum Autoren-Kreis der „MOZ" zählt. Willi K. Goltermann hat unsere Kongreß-Diskussionen, über die er zu berichten vorgibt, zu 90 % nicht miterlebt, da sie erst am zweiten Tag geführt wurden. Selbst wenn man Gutwilligkeit unterstellen würde, hätte Willi K. Goltermann nicht die journalistische Kompetenz, über unseren Kongreß zu berichten.

II. Auf diese Weise ist passiert, was passieren mußte: Der Genosse Goltermann hat sich aus zweiter Hand über unseren Kongreß ‚informieren' lassen und hat diese Berichte dann offensichtlich noch mit persönlichen Ausschmückungen und Übertreibungen angereichert. Wir verzichten darauf, hier auf jede kleine ‚Verdrehung' hinzudeuten, wollen aber doch einige exemplarische Punkte benennen.

a) Willi K. Goltermann schreibt: „*Zu den denkwürdigsten Episoden des Kongresses gehört die Abkanzelung kritischer Hinterfragung aus der Mitgliedschaft durch die Leitung, wieso sie sich so sicher sei, daß die erwartete neue Partei nicht etwa links-sozialistischen Charakter annehmen könnte, statt bloß neu-sozialdemokratischen, und wieso der KB sich in einen solchen Prozeß nicht d i r e k t einschalten sollte, statt abseits zu kommentieren? Die geniale Leitungsantwort: Wenn die künftige Partei etwa linkssozialistisches Profil hätte, würde der KB darin mitarbeiten. Aus dem Umstand aber, daß er dies nicht vorhabe, könne jedermann erkennen, daß mehr als ‚Neu-Sozialdemokratismus' nicht drin läge. Diese Tautologie erntete den fast ungeteilten Beifall von fast 500 erwachsenen Menschen.*"

Willi K. Goltermann wünscht den [illegible] ist, daß die Diskussion zu den Linksabspaltungen der SPD erst am zweiten Kongreßtag geführt wurde, also nicht während der Anwesenheit von Goltermann.)

b) Willi K. Goltermann schreibt: „...*Allerdings war die Leitung des KB erfolgreich bemüht, Abstimmungen darüber zu verhindern, Blockbildung mit anarchistischen und spontaneistischen Strömungen, oder etwa mit kuriosen Sekten wie FAU..., BWK ... und MRI ... zu verhindern.* (Hier liegt offenbar ein Schreibfehler vor.) *Eine nicht geringe Minderheit hätte einer solchen Perspektive zweifellos zugestimmt, wie aus diversen Beifallsbekundungen deutlich hervorging*".

Auch dieser Punkt wurde erst am zweiten Kongreß-Tag behandelt. Die Darstellung ist rein spekulativ. Richtig ist, daß ein Antrag mit ungefähr dieser Intention aus Freiburg vorlag. Der Kongreß hat sich nahezu einstimmig dafür entschieden, diesen Antrag ebensowenig zu behandeln wie den Antrag eines Pinneberger Genossen, der den KB auf „Blockbildung" mit der ISP festlegen wollte. Der Grund für die Nicht-Behandlung lag ausschließlich darin, daß Fragen der Taktik und der Bündnispolitik nicht Gegenstand des Kongresses waren, der ohnehin sein eigentliches Pensum (Zukunft unserer Presse-Arbeit) nur mühsam bewältigen konnte. Die Anträge aus Freiburg und Pinneberg werden auf einer in nächster Zeit stattfindenden speziellen Arbeitskonferenz diskutiert werden.

c) Nicht aus der von unserem Kongreß beschlossenen Resolution, sondern aus dem Resolutions-E n t w u r f stammt der von Goltermann zitierte Satz: „*Aktuell ist das (links-)sozialdemokratische Roll Back in der Friedensbewegung das anschaulichste Beispiel dafür, daß es der politische Tod aller relevanten politischen und sozialen Bewegungen wäre, wenn die Strömung des ‚Neuen Sozialdemokratismus' über diese Bewegungen die Hegemonie erringen und behaupten könnte*".

Der entsprechende Passus lautet aber in der vom Kongreß b e s c h l o s s e n e n Form: „... *Unser Verhältnis zu diesem Parteibildungsprozeß ist daher nicht nur durch Bemühen um Zusammenarbeit, sondern auch durch umfassende Auseinandersetzung und inhaltliche Abgrenzung gekennzeichnet. Vordringlich ist dabei die Zurückdrängung des Einflusses aller Spielarten der Vaterlandsverteidigung und des Nationalismus, der momentan über eine unheilige Allianz von alten MLern und linken Sozialdemokraten sowohl in dem Bildungsprozeß einer neuen Partei (einschließlich der Grünen) als auch in der Friedensbewegung beunruhigende Ausmaße annimmt. Es wäre der Tod der Friedensbewegung, wenn diese Strömung die Hegemonie gewinnen würde*".

Der Sinn und Nutzen von demokratischen Diskussionsprozessen besteht natürlich u.a. gerade darin, mögliche Schwachstellen, Ansätze für Mißverständnisse usw. von Text-Entwürfen zu erkennen und zu korrigieren. Das war einer der Zwecke unseres Kongresses. Die Intention von Goltermann scheint darin zuliegen, in schon bewährter Weise eine feindselige Haltung des KB gegenüber linkssozialdemokratischen Sammlungsversuchen und Organisationsprozessen zu konstruieren. Dieser schlecht überlegte Täuschungsversuch blamiert sich vor allem an unserer politischen Praxis ganz fürchterlich.

d) Goltermann gibt (S. 61, linke Spalte) ein Zitat aus unseren Kongreß-Materialien wieder und behauptet, es stamme „*aus einem Leitungsartikel des Kongreß-Infos*". Richtig ist hingegen, daß es sich um einen namentlich gezeichneten, inhaltlich durchaus umstrittenen Diskussionsbeitrag e i n e s Genossen unserer Leitung handelt. (Vielleicht erscheint euch diese Richtigstellung kleinkariert, aber es ist leider eine übliche Methode von Autoren der Gruppe Z, individuell gezeichnete Stellungnahmen aus dem KB als Standpunkte d e s KB darzustellen, sofern es der Polemik dienen könnte).

e) Goltermann schreibt: „*Immer wieder konzentrierten sich die Redebeiträge auf die ‚Modernen Sozialisten' — einen Weg zum Sozialismus' à la Mitterand, sie hätten die BRD-Linke geschwächt, hätten aus Angst vor staatlicher Repression ‚dem Marxismus-Leninismus abgeschworen' und dergl. Unfug*". — Tatsächlich aber ist an beiden Kongreß-Tagen nur ganz am Rande auch über die ‚Modernen Sozialisten' gesprochen worden, und zwar mehrheitlich gerade nicht in der von Goltermann als Zitate behaupteten Art und Weise. Wenn man bedenkt, daß sich Goltermanns „Bericht" im wesentlichen nur auf die Aufzeichnungen der erwähnten Z-Genossin stützt, läßt sich das Zustandekommen der eben zitierten „Beschreibung" allerdings leicht rekonstruieren. —

Was hätte eigentlich näher gelegen, als unsere Position zu den ‚Modernen Sozialisten' einfach anhand des Wortlauts unserer Kongreß-Resolution nachprüfbar darzustellen? Dort heißt es: „*Die Strömung des ‚Modernen Sozialismus' muß in diesem linkssozialdemokratischen Parteibildungsprozeß als der l i n k e Flügel betrachtet werden, der noch einige Elemente der marxistischen Gesellschaftsanalyse und einer revolutionären Strategie bewahrt*".

Der Kommentar des Genossen Goltermann bestätigt unserer Ansicht nach die bisherige Erfahrung, daß er in Sachen KB politisch nicht als voll zurechnungsfähig gelten kann. Da dieser Umstand euch wahrscheinlich auch nicht völlig verborgen geblieben ist, bedauern wir eure Entscheidung, ihm die Berichterstattung über unseren Kongreß zu überlassen.

Mit sozialistischen Grüßen

i.A. des LG des KB

AK-Konzeptions- und Namensdebatte

Leserbriefe

Liebe AK-Genoss/inn/en,
ich lese den AK seit längerer Zeit und am liebsten die ausführlich und kritisch recherchierten Hintergrundberichte, in denen ihr auch nicht mit eindeutiger Parteinahme hinterm Berg haltet; außerdem gefällt mir euer Stil gut: gründlich, engagiert, gelegentlich selbstironisch und fern von (sprachlichen) Dogmatismen.

Euer Plan, den AK — unter veränderten inhaltlichen und formalen Zielsetzungen, unter anderem Namen — nur noch monatlich erscheinen zu lassen, finde ich aufgrund eurer Erklärung im letzten AK einsichtig.

Was m.E. auf keinen Fall fehlen sollte, ist folgendes:
— Berichte und Auseinandersetzungen über/mit der Friedens- und Ökologie-Bewegung und den BIs (Startbahn West, Frauen gegen Militär etc.) und der bundesdeutschen Linken
— Dokumentation politischer Hintergründe mit viel Material (Zusammenhänge zwischen dem kriegstreiberischen US-Imperialismus und dem Bau der Startbahn West; Situation in Polen u.a.)
— ,,historische Seite'' (wie Heines Aufsatz über die Niederlage der polnischen Revolution)
— Antifaschismus
— Frauenbewegung

Hierzu möchte ich das schon bekannte Argument noch einmal wiederholen: eine selbstverständlichere Integration von sog. ,Frauenthemen' und von ,Frauenstandpunkten in die entsprechenden redaktionellen Teile wäre mir lieber als die etwas plakative, aber gut gemeinte ,Frauenseite'; dann käme es mir sinnvoller vor, z. B. eine ,Emanzipationsseite' zu machen, auf der Frauen wie Männer zu Wort kommen, die sich zu fortschrittlichen Alternativen zu den traditionellen Geschlechtsrollen auseinandersetzen wollen — was nicht allein Erotik und Sexualität betrifft.

Was ruhig etwas häufiger im neuen AK (oder wie er oder sie dann heißt) vorkommen könnte, sind ,kulturelle' Artikel. Eure Rezension zu M. v. Trottas Film ,,Die bleierne Zeit'' fand ich ausgesprochen gut und habe mir gewünscht, sowas öfter zu lesen. Ich würde gern überhaupt mehr Beiträge lesen zu Literatur, Theater, bildender Kunst, Ausstellungen und Veranstaltungen. Vielleicht könntet ihr einen
ich ausgesprochen gut und habe mir gewünscht, sowas öfter zu lesen. Ich würde gern überhaupt mehr Beiträge lesen zu Literatur, Theater, bildender Kunst, Ausstellungen und Veranstaltungen. Vielleicht könntet ihr einen
monatlichen Kalender aufnehmen mit politischen und kulturellen Veranstaltungen (wie z. B. in der ,Tat,). Vielleicht könntet ihr auch jeweils so etwas wie ein ,Buch des Monats' vorstellen, worüber wir Leser/innen diskutieren können (z. B. Peter Weiss' ,,Ästhetik des Widerstandes'').

Um eines möchte ich euch herzlich bitten: bringt bitte keine Sportseite (wie etwa die ,,UZ'') und auch keine Horoskope.

Bei meinen Formulierungen ,,Ihr könntet'' ist mir etwas unbehaglich zumute — wegen der Anspruchs-, der Konsumhaltung, ihr wißt schon. Ich kann es mir aber vorstellen (auch wenn ich es bisher nicht getan habe), euch mal einen eigenen Beitrag zu schicken.

Noch kurz was zu meiner Person: ich bin 27 Jahre, lebe mit einer Frau zusammen und in einer Wohngemeinschaft mit Kindern, verstehe mich als undogmatische, feministische Sozialistin, arbeite 40 Stunden i. d. Woche in einem Museum und am Wochenende an meiner Dissertation über DDR-Literatur von Frauen und kenne mich mit nicht-gewerblicher politischer Filmarbeit aus.

Ich bin gespannt, wie die Diskussion um das neue Programm und die neue Form des AK sich entwickeln wird und warte schon jetzt auf die nächste Nummer.

mit solidarischen Grüßen
Sonja

○ ○ ○

Liebe Leute,
nach eurem inständigen Bitten will ich meinen Senf zu der inhaltlichen und formalen Diskussion über die Perspektiven des AK auch hinzufügen:

Vorneweg zur Einschätzung des folgenden noch die Information, daß ich politisch in keiner Weise mit dem KB verbunden bin oder mit seiner Linie sympathisiere. Dennoch war und ist mir der AK wichtig, vor allem, seit es den Frankfurter ID nicht mehr gibt. Dies ist auch eine wichtige Aufgabe des AK: die Verbreitung unterbliebener Nachrichten, die relativ sauber recherchiert sind. Dies leistet m. E. z. Zt. keine Zeitung des linken Spektrums, am wenigsten die TAZ, die dazu noch ein Theoriedefizit beweist, das sie für mich unlesbar macht.

Diesen weiteren Punkt schätze ich am AK genauso wichtig: die Beurteilung von tagespolitischen Ereignissen auf der Grundlage einer faßbaren linken Theorie, die dazu in den meisten Fällen nicht mal versucht, die Realität auf diese Theorie einzuschwören.

Als drittes bleibt noch das breite Spektrum der Berichterstattung und Diskussion zu erwähnen, das einen groben Überblick über sehr viele Bereiche zuläßt.

Zum Schluß zum Namen: Nach meiner Erfahrung schreckt ,,Arbeiterkampf'' in unseliger Erinnerung an andere ML-Gruppen i. d. R. ab, überhaupt einen Blick in die Zeitung zu werfen. Ein neuer Name sollte, wenn es bei der bisherigen Linie bleibt, eine Mischung sein aus den alten Namen *ID* und *Rotes Forum*.

Mit solidarischen Grüßen
ein Westberliner Genosse

○ ○ ○

Liebe Genossinnen und Genossen!

Nach langem Überlegen fallen mir zur Zeitungsdiskussion folgende Titel ein:
— *Trotz Alledem*
— *Emanzipation und Freiheit*
— *Friedens- und soziale Fragen*

Aus finanziellen Gründen wäre es m. E. notwendig, eine zeitlang eine Zeitschrift zu machen, mit dem Ziel, zukünftig daraus eine neue Zeitung werden zu lassen. Besonders den Titel *,Trotz Alledem'* finde ich unserer Situation und bisherigen Politik angemessen (und gleichzeitig zukunftsorientiert).

P. Ein Genosse aus Münster

○ ○ ○

Als Namen für unsere neue Zeitung schlage ich *,,Sozialistische Rundschau''* vor. Als Untertitel unterstütze ich Kt.'s Vorschlag mit dem Brecht-Zitat. Das noch aus den SALZ-Zeiten stammende Emblem sollte m. E. mit dem Titel ,,AK'' verabschiedet werden. Der Hinweis ,,Zeitung des KB'' sollte ins Impressum, nicht auf Seite 1 oben.

Ich will den Titelvorschlag kurz begründen. Der Begriff ,,sozialistisch'' ist m. E. im Gegensatz zu ,,kommunistisch'' heute nicht allgemein negativ besetzt. Mit absehbaren Abspaltungen von der SPD in den nächsten Jahren wird dieser sympathische Begriff wohl auch verstärkt (wieder) in die öffentliche politische Diskussion Eingang finden.

Der Name weist nicht nur auf eine wichtige Zielgruppe hin (Kräfte, die sich von der SPD wegbewegen), sondern signalisiert auch die Notwendigkeit einer A l t e r n a t i v e zu den bestehenden Verhältnissen. Der Titel ,,Rundschau'' klingt ,,seriös'', mit ihm wird nicht so leicht wie bei ,,Arbeiterkampf'' Grobschlächtigkeit im Sinne eines ,,Kampfblattes'' suggeriert. Zudem betont der Titel ,,Rundschau'' den Charakter der Zeitung bzw. Zeitschrift als eines Blattes, das zu einer R e i h e von Themen Analysen etc. bringt.

U., RGW-Kommission, 21.1.82

○ ○ ○

Wie soll der ,,ARBEITERKAMPF'' in Zukunft heißen?

So, So ... das LG möchte einen neuen Namen für die Zeitung. Erstaunlich was die Zeiten, die Modernen, so alles mit sich bringen. Im ,,AK'' 217 wird u. a. geschrieben bezüglich Beschlußlage zur Zeitungsdiskussion: ,, ,.... *Angenommen wurde stattdessen ein Antrag, generell über einen möglichen neuen Namen nachzudenken und zu diskutieren.*'' Diesen Beschluß interpretiere ich so: Der ,,ARBEITERKAMPF'' kann auch weiter ,,ARBEITERKAMPF'' heißen.

Betonen will ich, daß ich es schade finde, für eine neue Namensgebungsdiskussion die Zeit aufzuwenden. Bei den Zeiten! Gibt es da nicht wesentlich wichtigere Dinge zu diskutieren? Z. B. wie man den Kampf der Arbeiter, Angestellten usw., also aller arbeitenden Menschen, verbessern, unterstützen usw. kann. Insbesondere was die Kriegsfrage angeht. Es werden nämlich nur die eben genannten Menschen sein können, die mit ihrem Kampf z. B. den Krieg verhindern.

Diesen Kampf zu unterstützen, so dachte ich, sei bisher — so in Kurzform — die Programmatik des Kommunistischen Bundes, also von daher auch der Name ,,ARBEITERKAMPF''! Genau deswegen habe ich die 10 Jahre ,,ARBEITERKAMPF'' unterstützt.

Für die nächsten 10 Jahre ,,ARBEITERKAMPF''!!!

Was die neue Konzeption angeht, hin zu mehr Analyse und Hintergrund, so bin ich sehr befriedigt darüber und meine, die letzten Ausgaben waren Schritte in die richtige Richtung. Die 4-wöchige Erscheinung ist bedauerlich, jedoch durch bestimmte Bedingungen vorgegeben.

Notwendig erscheint mir, daß Hand in Hand (dies betone ich) mit der Umstellung der inhaltlichen Konzeption, auch der Vertrieb geändert werden muß. Hierfür sollte eine spezielle Kommission geschaffen werden, die auch den Verkauf bewerkstelligt — oder leitet —, damit er auch tatsächlich stattfindet.

Mit kommunistischen Grüßen!
RO. [Arbeiter], 10-jähriger AK-Leser

○ ○ ○

Liebe Genossinnen und Genossen!

Als langjähriger Abonnent des AK — aber außerhalb des KB stehend — lebe und leide ich im Stillen ganz schön mit, wenn es um die Existenz eurer Organisation und ihrer Zeitung geht!

Durch Jahre gemeinsamer Arbeit in der gewerkschaftsoppositionellen Betriebsgruppe eines Frankfurter
schon mit, wenn es um die Existenz eurer Organisation und ihrer Zeitung geht!
Durch Jahre gemeinsamer Arbeit in der gewerkschaftsoppositionellen Betriebsgruppe eines Frankfurter
Metallbetriebes, in Aktionseinheitsverhandlungen zu Demo-Vorbereitungen usw., auf Demos und in Aktionen selbst lernte ich den KB kennen. Ich selbst stand in einem anderen Lager: dem des undogmatischen Trotzkismus (das soll es geben!). —

Die organisierende Kraft (z. B. im internationalistischen Bereich, in der antifaschistischen Aktion wie z. B. ,,Rock gegen Rechts'', in der Anti-AKW-Bewegung) ließen mich den KB, trotz oftmals inhaltlicher Gegensätze, bewundern.

Es gab auch schlimme Impressionen: ich sehe noch genau den kilometerlangen Demo-Zug über eine Main-Brücke ziehen (es war am 1. Mai 1977) — ausschließlich rote Transparente — da kam ein kleiner Block in der Mitte: total in lila getaucht! Aha, dachte ich, Feministinnen! Weit gefehlt — es war die KB-Gruppe, zum Frauenblock gemodelt! Wie habe ich mich geschämt ...

Bis heute verschlossen geblieben ist mir das Verhältnis des KB zum Stalinismus. Zwar behandelte der KB im ,,Arbeiterkampf'' gelegentlich schon einmal die ,,Stalinfrage'', halbwegs verbindlich wurde die ,,Frage'' wohl nie beantwortet. Mag sein, daß auch dies das Resultat der auch von euch selbst zugegebenen Theoriefeindlichkeit in der Organisation ist, nun ja. —

Was mich bis heute am stärksten beeindruckte, das war die Leistung des KB im Kampf gegen das AKW Brokdorf. Die Tausenden, die damals am 19.2.77 (Brokdorf III/Itzehoe) glänzend ausgerüstet unter roten KB-Fahnen in die Wilstermarsch zogen, waren sicher nicht die schlechtesten Kommunisten, als sie in letzter Minute das Blutbad verhinderten, das Schmidt, Stoltenberg und Springerpresse ersehnten und einige von uns damals beinah provoziert hätten. —

Und nun zum ,,Arbeiterkampf'': zwar nicht objektiv, aber doch subjektiv gehört die Arbeiterklasse heute zu den reaktionärsten Schichten im Lande. Provokant, aber leider wahr: beim heutigen Bewußtseinsstand der allermeisten Arbeiter behüte uns Gott und Marx vor einer Diktatur des Proletariats! Wir Linken hätten das Schlimmste zu befürchten! (Weitverbreitete Ansicht von Arbeitern in Sachen Startbahn West: ,,Alle erschießen!''). Diese fürchterlichen Feststellungen ändern dennoch nichts daran, daß langfristig ohne die Arbeiterklasse die entscheidenden gesellschaftlichen Veränderungen nicht laufen werden.

Mein Vorschlag zur Umbenennung des ,,Arbeiterkampf'': KLASSENKAMPF

Begründung: Die Existenz von Klassen wird trotz des niedrigen Niveaus der Klassenkämpfe wohl kaum zu leugnen sein. Sowohl die ökologische Katastrophe wie die atomare Apokalypse werden nur abwendbar sein, wenn die Hauptverursacher der ganzen Scheiße abgeschafft werden: die Kapitalisten und ihre Klasse. Diese Erkenntnis kann doch nicht — trotz allem, was seither passiert ist — in ca. 15 Jahren zu Schrott geworden sein!

Von ganzem Herzen wünsche ich dem KB Mut, Selbstvertrauen und viel, viel Glück auf seinem weiteren Weg!

Mit kommunistischem Gruß
ein Genosse aus Offenbach
7.2.82

○ ○ ○

Mit großem Bedenken und auch teilweisem Erstaunen haben wir die Diskussion um/über die Zukunft des AK und des KB verfolgt.

Erst mal etwas zu uns. Wir sind eine seit fünf Jahren politisch aktive Gruppe, die größtenteils aus Arbeiterjugendlichen besteht. Erschwerend kommt hinzu, daß wir in der Provinz (im tiefsten Harz) aktiv sind und es so natürlich besonders schwer haben, revolutionäre Politik zu machen (bei uns gibt es nicht einmal eine JUSO-Gruppe, dafür aber jede Menge Faschisten etc.).

Von Anfang an stellte der AK für uns eine wichtige Informations- und Schulungsquelle dar. Unsere Gruppe (immerhin 20 Leute) wäre ohne den AK heute so nicht denkbar. Die Breite seiner Informationsfülle und seine inhaltliche Berichterstattung ermögli-
uns eine wichtige Informations- und Schulungsquelle dar. Unsere Gruppe (immerhin 20 Leute) wäre ohne den AK heute so nicht denkbar. Die Breite seiner Informationsfülle und seine inhaltliche Berichterstattung ermögli-
chen uns, da wir relativ abgeschnitten vom bundespolitischen Geschehen sind, am politischen Ball zu bleiben. So war es uns hauptsächlich durch den AK möglich, für Brokdorf, gegen Haig und für Frankfurt zu mobilisieren. Eine Ersatzzeitung, die, falls der AK so nicht existent bleibt, die Aufgabe des AKs übernimmt, sehen wir nicht. Unserer Meinung nach ist es ein Fehler, die Konzeption des AKs zu ändern.

Eine „TAZ" o. ä. kann nie die Rolle spielen, die der AK hat, da sie allein schon von ihrem Anspruch her eine ganz andere inhaltliche Konzeption hat. Außerdem halten wir speziell die „TAZ" für keine akzeptable l i n k e Zeitung, da in ihr manchmal Ansichten und Positionen zur Geltung kommen, die nach unserer Meinung gefährlich und falsch sind. Z.B.: „Laßt Hess frei!", die Diskussion zum feministischen Verständnis der Prostitution, die Positionen zur inneren Struktur des Polizeiapparats (eigentlich wollen die Bullen ja gar nicht knüppeln), usw., usw.

Für richtig halten wir es, den Namen „Arbeiterkampf" zu ändern. Die Erfahrungen, die wir in den Betrieben gesammelt haben, zeigen, daß Arbeiter auf diesen Titel abwehrend reagieren. Selbst die vorherige Diskussion über inhaltliche Punkte und der geäußerte Wille, sich über bestimmte Themen zu informieren, stießen dann, als der Name „Arbeiterkampf" fiel, doch auf Ablehnung. Zwar konnten wir die Leute meist doch dazu bewegen, betreffende Artikel zu lesen, aber sie wurden von vornherein mit sehr viel Skepsis gelesen und konnten deshalb auch nicht so inhaltlich wirken, wie sie es bei einem unvoreingenommenen Herangehen getan hätten.

Wir haben auch festgestellt, daß das Emblem im Kopf des AK auf große Ablehnung stößt. Paradox ist, daß die aufgehende Sonne im Emblem des KB von vielen Arbeitern, aber auch anderen, mit der Japanischen Kriegsfahne in Verbindung gebracht wird (und daß eine Ähnlichkeit tatsächlich da ist, kann mensch ja wohl nicht bestreiten). Unser Vorschlag ist deshalb, das Emblem entweder kleiner oder ganz aus dem zu gestaltenden Kopf des AK zu nehmen und es dafür nur im Impressum zu verwenden.

Eine Namensänderung halten wir, wie schon erwähnt, für richtig. Allerdings finden wir den Vorschlag „5 vor Zwölf" nicht sinnvoll. Denn erstens würde dieser Name einen zu einseitigen Bezug in Richtung Friedensbewegung darstellen und alle anderen politischen Kämpfe, vom Titel her, in ihren Schatten stellen, und zweitens halten wir diesen Vorschlag für eine zu pessimistische Aussage (ein Jahr später ist es dann 4 vor Zwölf, dann 3 ... usw. usw.). Ein neuer Name sollte sich mehr in Richtung: „Politische Information", „Politik Aktuell", „Politik im Überblick" oder so ähnlich bewegen.

Desweiteren teilen wir die Auffassung, etwas mehr kulturellen Teil in die Zeitung zu bringen, da wir auch in der kulturellen Gegenbewegung einen wichtigen Aspekt linker Politik sehen, der bis jetzt in der Zeitung unterrepräsentiert ist.

Da wir die finanzielle und arbeitsmäßige Belastung des AK sehen, meinen wir, daß sein Erscheinen auf einmal im Monat (in der jetzigen Form) sinnvoller ist als eine Änderung seiner Konzeption. Auch sollte mensch versuchen, mehr Sympathisanten zum Schreiben bestimmter Artikel zu gewinnen, um so erstens das Arbeitsvolumen besser zu verteilen und zweitens eine noch größere Identifikation mit dem AK zu erreichen. Die jetzige Konzeption des AK, ausführliche Analysen und Berichte neben faktisch einfachen Meldungen, was so los ist, halten wir in genau dieser Form für weiterhin wichtig, weil so ein allgemeiner Überblick über das politische Geschehen gegeben wird und durch die Fülle der Information jeder irgendwie angesprochen wird. Eine Abflachung des Niveaus in Richtung „TAZ" ist Unfug. Wir können uns auch nicht vorstellen, was in einem neu konzipierten AK stehen soll. Mit einer solchen Zeitung läutet ihr unseres Erachtens das Ende des AK bzw. des KB ein.

Desweiteren waren wir sehr erstaunt über die inhaltliche Diskussion zum Thema: „Abschied vom Proletariat". Wir halten die hier geäußerten Positionen für sehr bedenklich und falsch. Wie kann eine ML-Organisation wie der KB eine solche Posi-
staunt über die inhaltliche Diskussion zum Thema: „Abschied vom Proletariat". Wir halten die hier geäußerten Positionen für sehr bedenklich und falsch. Wie kann eine ML-Organisation wie der KB eine solche Posi-
tionsänderung zugunsten der Friedensbewegung o. ä. überhaupt erwägen? In einer Zeit, wo die Verelendung der Arbeiterklasse sich verschärft durch Lohnabbau, Kürzungen von Sozialleistungen usw., wo die Arbeiterklasse langsam, aber sicher erste Schritte zu ihrer Emanzipation unternimmt, weg von SPD und Revi-Positionen. Wie kann eine Organisation, die sich auf den Marxismus-Leninismus beruft, in einer solchen Situation plötzlich alle Segel streichen und die historische Rolle der Arbeiterklasse einfach wegdiskutieren bzw. überhaupt die Diskussion über diesen Punkt beginnen?

Denn selbst, wenn es gelänge, alle Studenten für marxistisch-leninistische Positionen zu gewinnen, was würde es nützen, wenn die Arbeiterklasse nichts mit diesen Ideen anzufangen wüßte. Die Arbeiterklasse ist die wichtigste Klasse in der Revolution, auf sie kommt es an. Der Versuch, eine andere Gewichtung im politischen Kampf zu suchen, muß, da falsch, scheitern. Resultat wäre ein größtenteils studentischer Zirkel, der eine Politik fern der sozialen Kämpfe (wenn auch sicherlich theoretisch auf der Höhe) macht und sich so selbst isoliert. Letztendlich würde das das Ende der Organisation bedeuten.

Desweiteren würde ein „Abschied vom Proletariat" diesen w i c h t i g s t e n Teil des politischen Kampfes den Revis überlassen. Den Revis ist es ja bis jetzt als einzige Organisation gelungen, sich einigermaßen in der Arbeiterklasse bzw. den Gewerkschaften zu verankern. Diese dünnen Strukturen werden sich natürlich bei sich steigernden sozialen Konflikten immer mehr verstärken.

Es ist deshalb gerade in der jetzigen Situation wichtig, sich erneut auf die Arbeiterklasse zu konzentrieren. Daß es natürlich kein Zuckerschlecken ist zu versuchen, in der derzeitigen Arbeiterklasse der BRD revolutionäre Politik zu machen, ist natürlich klar. Aber gerade deshalb und weil die Arbeiterklasse in den kommenden politischen Auseinandersetzungen eben kein schlafender Riese sein wird, darf die Politik nicht zugunsten gerade aktueller politi-

Fortsetzung nächste Seite

"Realer Sozialismus"

China: Kein Wechsel gegenüber der Sowjetunion

In der westlichen Presse sind in den letzten Wochen Spekulationen über einen Kurswechsel Chinas gegenüber der Sowjetunion verbreitet worden. Genährt werden solchen Spekulationen dutch eine vorübergehende Abkühlung der Beziehungen China-USA (Wegen der Waffenlieferungen an Taiwan) und wegen diplomatischer Kontakte zwischen China und der Sowjetunion, (eines der Themen ist offenbar die Wiederaufnahme der 1979 von China einseitig abgebrochenen Grenz-Verhandlungen; weitere mögliche Themen liegen nur im Bereich der Spekulation) deren Inhalt nicht bekanntgegeben wird.

Es ist in diesem Zusammenhang interessant, daß in der chinesischen Presse in letzter Zeit mehrere Grundsatzartikel erschienen sind, die sich mit der Frage beschäftigen, ob sich die Stellung der Sowjetunion im internationalen Kräftespiel verändert hat und neu bewertet werden muß. Das m e h r e r e Artikel sich mit diesem Thema befassen, läßt erfahrungsgemäß darauf schliessen, daß darüber in China tatsächlich kontrovers diskutiert wird. Alle vorliegenden Artikel kommen aber völlig übereinstimmend zur Ansicht, daß sich eine grundsätzliche Veränderung nicht ergeben habe, eine Neubewertung also nicht angebracht sei. Im Folgenden eine knappe Zusammenfassung.

1. Ein Kommentar der offiziellen Nachrichtenagentur „hsinhua" befaßt sich mit der Frage, ob ein „strategischer Wechsel", ein Rollentausch zwischen den beiden Supermächten stattgefunden habe – ob also nunmehr die Sowjetunion nicht mehr in der Offensive und die USA nicht mehr in der Defensive seien. Diese Frage wird global verneint: *„Es stimmt, daß Washington in diesem Jahr seine militärische Stärke in Nordostafrika, im Nahen Osten, im Golf-Gebiet und im Indischen Ozean ausgebaut hat und daß es diese Regionen mit Militärhilfe versorgt. Aber alles das dient dazu, eine strategische Expansion einzudämmen. Darüber hinaus versorgen die USA die Sowjetunion immer noch mit Getreide und Technologie und machen ihr Zugeständnisse, um Moskaus Haltung aufzuweichen. Das kann man schwerlich als offensive Maßnahmen bezeichnen.*

Im Gegensatz dazu sind die 'Friedens'-Vorschläge der Sowjetunion ihrem Wesen nach offensiv. Ihr Zweck ist offensichtlich: Sie sollen das Bündnis zwischen den USA und Westeuropa untergraben und die militärische Überlegenheit der Sowjetunion aufrechterhalten...". (Es folgen Hinweise auf die sowjetische Aufrüstung und die „Infiltration" der SU im Nahen Osten und Lateinamerika). *„Die strategische Situation, bei der sich Moskau in der Offensive und Washington in der Defensive befindet, wird sich nicht über Nacht ändern, solange das militärische Kräfteverhältnis zugunsten der Sowjetunion bleibt. Aber das bedeutet nicht unbedingt, daß die USA in keinem Gebiet und niemals offensiv werden könnten. Die Sowjetunion könnte in einigen Fällen zeitweise in die Defensive geraten...".* (Es folgt eine Erklärung der sowjetischen 'Friedenspolitik' gegenüber dem Westen als Produkt diverser Probleme – sowjetische Landwirtschaft, Afghanistan, Polen etc.).

2. Ein „hsinhua"-Kommentar vom 25.12.81 stellt die Frage, ob die Sowjetunion aufgrund von Schwierigkeiten zu einer etwas „weicheren" Haltung gezwungen sein könnte. Hierzu gebe es unterschiedliche Einschätzungen: *„Eine Einschätzung sagt, daß die Sowjetunion vor immer größeren Schwierigkeiten steht – es kann gesagt werden, daß die Sowjetunion in eine umfassende, langandauernde Periode 'strategischer Schwierigkeiten' eingetreten ist. Sie befindet sich jetzt im Niedergang und kann daher keine militärischen Abenteuer mehr unternehmen, wie es es in den 70er Jahren getan hat, sondern kann nur noch versuchen zu halten, was sie gewonnen hat. – Eine andere Einschätzung besagt, daß die Schwierigkeiten der Sowjetunion nur vorübergehend und punktuell sind und daß sie sie schnell überwinden kann..."*

Die Schwierigkeiten der Sowjetunion seien in der Tat erheblich, stellt der Kommentar fest: Die Wachstumsrate der sowjetischen Wirtschaft sinke; die Getreideproduktion falle zurück; die SU müsse gigantische Beträge für „Expansion und Intervention" ausgeben. Trotzdem könne man aber nicht sagen, daß die Sowjetunion im Niedergang sei: Ihre wirtschaftliche Wachstumsrate sei immer noch höher als die der USA und anderer westlicher Länder; die SU habe in den letzten 20 Jahren den ökonomischen Abstand zu den USA beständig verringert (Diese Thesen sind hochinteressant, weil die chinesische Propaganda ansonsten den Niedergang der sowjetischen Ökonomie in den allerschwärzesten Farben beschreibt); die SU sei den USA militärisch auf relevanten Gebieten überlegen; die sowjetische Ölproduktion halte im Weltmaßstab den zweiten Rang hinter Saudi-Arabien; die sowjetische Energie-Lage sei ausgezeichnet, auch mit Blick auf die Zukunft; die Militärausgaben der Sowjetunion für Afghanistan seien sehr viel geringer als die Kriegskosten der USA in Vietnam waren...

Die Sowjetunion sei weder im Niedergang noch habe sie ihre strategische Offensive aufgegeben; etwas anderes anzunehmen sei schädlich für den Weltfrieden.

3. Ein Kommentar der „hsinhua" vom 30.12.81 unter dem Titel „Ein Jahr voller Sorgen für Moskau" beschreibt die sowjetischen Schwierigkeiten: Von der Reagan-Politik gehe ein verstärkter Druck auf die SU aus; die Beziehungen USA-SU im Nahen Osten und Mittelamerika hätten sich verschärft; die sowjetische 'Friedensoffensive' in Europa sei erfolglos; in Afghanistan verstricke sich die Sowjetunion immer mehr; die sowjetische Unterstützung für die „vietnamesische Besetzung Kambodschas" und für Kuba "zur Schaffung von Unruhe in Lateinamerika" stelle ökonomisch eine schwere Belastung dar; in Polen hätten sich die Dinge nicht nach den sowjetischen Vorstellungen entwickelt; in der sowjetischen Wirtschaft, vor allem in der Landwirtschaft, gebe es große Probleme.

Aber das, behauptet der Kommentar, *„deutet keineswegs darauf hin, daß der Kreml nach diesen Rückschlägen machtlos werden wird. Im Gegenteil, die expansionistische Natur einer jungen Hegemonialmacht wird der Hauptaspekt der sowjetischen Außenpolitik bleiben..".*

ai amnesty international dokumentiert Politische Haft in Jugoslawien

Amnesty International hat am 10. Februar einen Bericht über politische Haft in Jugoslawien vorgelegt, um *„auf das starke Anwachsen politischer Verfolgung in diesem Land aufmerksam zu machen. Im vergangenen Jahr 1981 sind allein mehr als 800 Jugoslawen albanischer Herkunft in Kosovo nach nationalistischen Demonstrationen festgenommen und verurteilt worden. Eine Reihe von Personen sind aufgrund eines Gesetzes gegen 'feindliche Propaganda' lediglich deshalb inhaftiert worden, weil sie im privaten Gespräch kritische Anmerkungen über die Politik der Regierung gemacht, regierungskritische Gedichte oder Artikel geschrieben oder ausländischen Journalisten Interviews gegeben haben. Der in deutscher Sprache 75 Seiten starke Bericht enthält neben der Darstellung von Einzelfällen politischer Verfolgung eine Reihe von Strafgesetzen, die zur Verurteilung politischer Oppositioneller geführt haben. Er beschreibt politische Prozesse, in denen vielfach die Verteidigung in ihrer Arbeit behindert wird, Haftbedingungen, die zu schweren gesundheitlichen Störungen führen können, sowie die Probleme bei der Wiedererlangung von Arbeitsstellen, wie sie sich für entlassene Gefangene stellen ...".* (Aus der Pressemitteilung von ai).

Der als Broschüre vorliegende ai-Bericht düfte die bisher umfassendste Darstellung politischer Unterdrückung in Jugoslawien sein. Er füllt damit eine Lücke, die sich vor allem einem in der Linken verbreiteten Wunsch verdankte, Jugoslawien als positives Gegenmodell zum „realen Sozialismus sehen zu dürfen (Stichwort „Arbeiterselbstverwaltung").

Erfreulich ist, daß der ai-Bericht früher anzutreffende Einseitigkeiten von ai vermieden hat: Er befaßt sich nicht nur mit sozialdemokratischen und rechtsnationalistischen Oppositionellen, sondern auch mit der Unterdrückung der albanischen Minderheit, und er verschweigt nicht einmal das Schicksal der jugoslawischen „Stalinisten" („Kominformisten"), deren brutale Verfolgung bisher für die bundesdeutsche Linke tabu war. (Mit Ausnahme des KB, der auf diese Dinge mehrfach hingewiesen hat).

Dieser Charakter der neuen ai-Broschüre verdient positiv hervorgehoben zu werden, zumal beispielsweise die Aktivität von ai angesichts der Verfolgung von 'Kulturrevolutionären' in China vieles zu wünschen übrig ließ.

Der Mord an drei albanischen Jugoslawen in Heilbronn vor wenigen Wochen, offensichtlich vom jugoslawischen Geheimdienst verübt, könnte ein zusätzlicher äußerer Anstoß sein, sich in der bundesdeutschen Linken stärker mit der politischen Unterdrückung in Jugoslawien zu befassen.

Adresse:
amnesty international
5300 Bonn 1
Heerstraße 178



Fortsetzung von voriger Seite

scher Bewegungen (so wichtig sie sein mögen) verändert werden. Allein so eine Veränderung bedeutet eine inhaltliche Abkehr vom Marxismus-Leninismus.

Für richtig und wichtig halten wir die Diskussion um die Intensivierung der inhaltlichen Schulungsarbeit. Daß hier wieder mehr gemacht werden muß, um die Genossen/innen in der Organisation und um die Organisation herum theoretisch mehr auf die Höhe zu bringen und so die Organisation inhaltlich zu festigen, halten wir unbedingt notwendig. Allerdings ohne auf den AK in seiner jetzigen Form zu verzichten.

Sympies aus dem Harz

Liebe AK-Redaktion!

Zur Diskussion über die weitere Zukunft des AK möchte ich wie folgt Stellung nehmen:

Ich lese den AK seit ungefähr viereinhalb Jahren regelmäßig. Habe also die Höhen und Tiefen des AK mehr oder weniger miterlebt. Daß ich bis jetzt bei der Zeitung geblieben bin, hat zweierlei Gründe: 1) Von Anfang an hat mir am AK gefallen, daß er umfassend und (selbst-)kritisch berichtet hat. Die Menge an Information, sowohl national wie international, wurde und wird zum Teil auch heute noch von keiner anderen linken Zeitung erreicht. Der Informationswert liegt über anderen Publikationen der westdeutschen Linken. Sicherlich hat das damit zu tun, daß der KB nie (jedenfalls, so lange ich ihn kenne) ein „sozialistisches Vaterland" hatte, wie z. B. die „KPD" (ex ML) mit Albanien oder der KBW mit China. Auch stand der KB nie in einer selbstgebastelten „Kontinuität" der alten KPD. Und 2) habe ich beim AK das Gefühl, als Leser so gut wie möglich am Leben des KB beteiligt zu sein. Das ermöglicht eine Identifikation mit dem KB bzw. AK. Für einen Menschen in der „Provinz", mit keinem direkten Anschluß an eine KB-Gruppe, steht und fällt der KB mit dem AK! Nun aber zum eigentlichen Thema:

Inhalt des AK: Die Artikel im AK sind meistens gut lesbar geschrieben. Eine Schwäche von Artikeln sehe ich zum Teil in ihrer Überlänge. Artikel wie „Was hat die Startbahn-West mit dem 3. Weltkrieg zu tun?" (vergl. z. B. AK 211) oder „Von Sanrizuka lernen!" (vergl. z. B. AK 217) sind meiner Meinung nach zu lang. Auch die Aufmachung des AK bzw. einzelner Artikel läßt zu wünschen übrig. Um die Verkaufszahlen des AK zu verbessern, muß auf jeden Fall das Lay-Out verbessert werden. Die Veränderung der GIM-Zeitung „was tun" könnte hier als Beispiel dienen. Eine der Stärken des AK ist für mich die lockere Schreibe. Die Art, wie die meisten Artikel geschrieben sind, macht auch Artikel lesenswert, die auf den ersten Blick uninteressant erscheinen.

Die Zusammensetzung der einzelnen Teile wie „Kampf dem Faschismus", „Aktuell" oder „Betrieb und Gewerkschaft" sind in Ordnung. Gut finde ich auch, daß ihr vorhabt, die Schwerpunkte der Zeitung wieder auf die „alten" Bereiche zu setzen. Denn Artikel wie z. B. „Zu Dritt in einem Bett" (oder so ähnliche) haben in d e r Form nichts im AK verloren! Besonders bei einem vierwöchentlichen AK sollte klar festgelegt sein, was der Leser vom AK erwarten kann. Theoretische und historische Artikel wie z. B. über die Ungarische Revolution 1956 sollten im AK regelmäßig zu finden sein. Gut gefällt mir auch die Auseinandersetzung mit anderen Teilen der Linken in der BRD.

Zum Namen möchte ich folgendes sagen: Mein Vorschlag wäre „Gegenwind" und als Unterzeile „kommunistische Zeitung", denn der Name sollte schon noch erkennen lassen, wo wir stehen. Namen wie z. B. „Fünf vor Zwölf" halte ich von der Intention für gut, aber als Zeitungsnamen für ungeeignet. Zum Preis, Umfang und zur Erscheinungsweise soviel: DM 3,– als Verkaufspreis und DM 5,– als Förderpreis hielt ich nie für ganz glücklich. Wenn man bedenkt, was bürgerliche Zeitungen kosten (trotz hohen Auflagen und Werbung), dann halte ich DM 4,– für einen monatlichen AK mit 48 Seiten für angemessen. Sollte der AK zu 14-tägigem Erscheinen zurückkehren, was ich für notwendig und wünschenswert halte, dann würde ich für einen Preis von DM 2,– und einen Umfang von 25 Seiten plädieren.

Ich hoffe, daß ich mit meinem Brief zur Verbesserung des AK beitrage und meine Zeilen euch von Nutzen sind.

Mit roten Grüßen
R., AK-Leser aus Amberg

Liebe Genossen,

Danke für euren Brief. Ich finde eure Idee, die Zeitung umzugestalten o. k.. Hier in Heidelberg trifft der eine Grund, den ihr genannt habt zu, nämlich daß zunehmend Regionalzeitungen die Funktion übernehmen, aktuelle Informationen aus der Umgebung zu verbreiten und den spezifischen Diskussionsstand in einer Stadt weiterzuentwickeln. Die Arbeit der 'Mosquito'-Leute ist gut und man kann sich drauf verlassen, daß sie nicht Informationen und Diskussionen blockieren aus Gründen, die sie nicht offenlegen.

Beim AK-Abo bleib ich und find den Ansatz erstmal positiv, mit mehr Tiefgang zu recherchieren und zu diskutieren. Ich stell mir das in der Richtung vor, wie bisher einzelne Kommissionen z. B. über Rüstung oder Imperialismus berichtet haben. Interessieren würde mich, wenn

1. eine Ökonomie-Diskussion in Gang kommen könnte, in der sich die Schreiber auf die schwierige Aufgabe einlassen, mit jedem Artikel den Lesern auch was beizubringen, was sie über den unmittelbaren Bezug des Artikels hinaus gebrauchen können, um sich selbständig mit ökonomischen Fragen auseinanderzusetzen.
2. mehr über Automatisierungs-Technologien und ihre Auswirkungen berichtet würde (vgl. z. B. den Mikroelektronik-Bericht für den Club of Rome 'Auf Gedeih und Verderb' von Adam Schaff und Günther Friedrichs).

Also, das war jetzt nur mal ganz grob, aber ich denke mir, daß es euch schon was nützt, wenn ich wenigstens in Stichworten sage, was ich wichtig finde.

P., Heidelberg

Liebe Genossinnen, liebe Genossen

Wir möchten Euch hiermit die revolutionären Grüße unserer Partei, der Bewegung der revolutionären Linken, (MIR-Chile) übermitteln, von unseren Vertretungen im In- und Ausland, von unseren Genossen, die in Chile konsequent gegen die Militärdiktatur Pinochets kämpfen, von denjenigen Genossen, die von der wertvollen Unterstützung wissen, die der KB geleistet hat und leistet, um die Zerstörung der Diktatur zu erreichen und um eine demokratische, revolutionäre Volksregierung zu errichten; mit anderen Worten: es ist der Gruß des chilenischen Volkswiderstandes an Euren Internationalismus mit den Völkern der Welt, die um ihre Befreiung kämpfen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir wissen genau wie Ihr, daß Euer Kongreß in einem sehr schwierigen Moment stattfindet in Hinsicht auf die internationale und nationale Lage, in einem Moment, in dem der Kapitalismus eine der größten wirtschaftlichen und politischen Krisen der letzten Zeit durchläuft, was sich in den Metropolen in einer großen Arbeitslosigkeit ausdrückt und in einer grenzenlosen und irrsinnigen Aufrüstung; für die 3. Welt bedeutet diese Krise des Kapitalismus eine offene Unterstützung der blutigsten Militärdiktaturen mit dem Ziel, eine Überausbeutung unserer Völker zu erreichen und beizubehalten.

Genossinnen und Genossen, wir hoffen, daß Ihr die gewünschten Ziele und die verabschiedeten Resolutionen dieses Kongresses zum Nutzen Eurer Organisation verwirklichen könnt, um die Völker unterstützen zu können, die gegen die Aufrüstung und für den Frieden kämpfen, die sich erheben gegen Kolonialismus, Imperialismus und die um ihre Befreiung kämpfen.

„NUR VEREINT VERNICHTEN WIR DEN US-IMPERIALISMUS UND SEINE VERBÜNDETEN"

„MIT DER INTERNATIONALEN SOLIDARITÄT WIRD DER CHILENISCHE VOLKSWIDERSTAND SIEGEN"

Jan. 1982 — **M I R Chile (Vertretung Hamburg)**

---

24. Parteitag der KPF


Aus „Tumultes"

Vom 3. bis zum 7. Februar wohnten 2.000 Delegierte und 122 ausländische Delegationen (1) dem 24. Kongreß der KPF in Saint-Quen bei Paris bei.

Nicht gesprochen wurde über:
- **Kriegsgefahr;**
- **Polen;**
- **Afghanistan;**
- **Ausländerpolitik;**
- **Drogenfrage;**
- **Bau der französischen Neutronenbombe;**
- **Behandlung der KPF-internen Widersprüche.**

Georges Marchais wurde zum Generalsekretär wiedergewählt – einstimmig (bei geringfügigen Änderungen wurde sein Rechenschaftsbericht verabschiedet.

Hinter sich eine überdimensionale Frankreich-Karte und die Parole „Aufbauen – den Sozialismus in den Farben Frankreichs"; seitwärts etwas dezenter vom Format her und nicht so ins Auge stechend eine kleine rote Fahne mit Hammer und Sichel – so hielt Genosse Marchias sein fünfstündiges Referat.

„Der Sozialismus ála francaise, den wir wollen"

Der verabschiedete Bericht gliedert sich in vier verschiedene Abschnitte:
1. *„Der Sozialismus..."*;
2. *„Wie und mit wem gemeinsam vorwärts gehen?"*;
3. *„Der französische Weg zum Sozialismus und die internationalen Realitäten"*;
4. *„Eine Partei für die Zukunft Frankreichs"*.

Im ersten Abschnitt wird zunächst die kapitalistische Krise umschrieben, die eine „globale, strukturelle" sei und alle Bereiche des Arbeitens und Lebens umfasse. Um diese Krise zu lösen, sei einerseits eine *„Gesellschaft der Gerechtigkeit"* nötig, wobei eine „Uniformisierung der Einkommen" allerdings abgelehnt wird. Allen Menschen soll die Möglichkeit gegeben werden, in den Genuß der „Annehmlichkeiten eines modernen Landes" zu kommen.

Andererseits sei ein *„neues menschliches Wachstum"* vonnöten, das weder „Austerität noch blinden Produktivismus" bedeute. Das heißt unter anderem: *„Alles in unserem Land zu entwickeln, was möglich ist – französisch produzieren in ganz Frankreich"*. Insgesamt ist in der ganzen Rede viel von Frankreich die Rede. Zum Beispiel in der Frage der Freiheiten:

„Ich will uns nicht zum Modell menschlicher Perfektion hochspielen. Dieses existiert nicht. Aber ich stelle nach 61 Jahren fest: unsere Aktivität ist nie von der französischen Linie (will heißen: Tradition) gewichen". Über unfranzösische imperialistische Seitensprünge in Indochina, Algerien oder im Tschad wird galant hinweggesehen.

oder im Tschad wird galant hinweggesehen.

Es heißt weiter: *„Die Freiheit ist das tägliche Brot der französischen Kommunisten ... Jedesmal wenn in der Welt die Menschenrechte und die Freiheiten in Gefahr sind, seid ihr, ihr französischen Kommunisten, stets in der ersten Reihe"* (hm ...).

Manche Leute würden dazu immer sagen: *„Und der Stalinismus?"* Dazu Marchais: *„Der XX. Parteitag der KPdSU hat 1956 die Verbrechen und die dramatischen Angriffe auf die sozialistische Legalität während der Zeit Stalins bekannt gemacht. Wir französischen Kommunisten haben den Stalinismus unwiderruflich verurteilt"*.

Andere Menschen fragen dann aber auch: *„Und die Diktatur des Proletariats?"*.

Marchais: „Wad die Diktatur des Proletariats betrifft, hat unser 22. Kongreß eine entscheidende und logische Wende markiert, indem er befand, daß sie für Frankreich nicht adäquat ist."

Der blau-weiß-rote Sozialismus soll auch eine „kulturelle Renaissance" bedeuten und: *„Der Sozialismus á la francaise wird Humanismus sein oder nicht sein"* (dieser Humanismus gilt wahrscheinlich nur für in Frankreich geborene Franzosen).

Im zweiten Abschnitt kommt Marchais zum Bereich der Bündnispolitik und Aktionseinheit. Viel zur PS und den Erfahrungen in der Regierung wird nicht gesagt. Die immer

politik und Aktionseinheit. Viel zur PS und den Erfahrungen in der Regierung wird nicht gesagt. Die immer

schlechter werdenden Wahlergebnisse der KPF werden auf „ideologische Verspätungen" der Partei zurückgeführt. Das wird erläutert: die KPF habe zuviel Zeit gebraucht, um den richtigen französischen Charakter ihres Sozialismus zu erarbeiten. Zu den Lehren aus der „Linksunion" führt Marchais aus, eine Einheit könne eben nicht auf Generalstabsebene, sondern nur an der Basis aufgebaut werden. So dürfe auch heute die Massenbewegung nicht auf die Rolle einer passiven Unterstützung der Regierung beschränkt werden. „Ohne ihre Intervention überall und jederzeit kann sich in Frankreich nichts ändern".

Die prioritäre Zielsetzung der KPF sei dabei, die Rolle und die Stellenwert der Arbeiterklasse, als Hauptmotor der Veränderungen, klar zu machen.

Aufgabe der KPF gegenüber der Mitterand/Mauroy-Regierung sei: *„Eher erklären als entlarven, eher vorschlagen als kritisieren, nicht nur erklären und vorschlagen, sondern aufbauen, erreichen, realisieren, konkretisieren – dies ist die Verhaltensregel der Kommunisten heute in jedem Bereich"*.

Dies schließe ein „loyales und gesundes Kräftemessen" zwischen PS und KPF nicht aus. Zur Rolle Frankreichs in der Welt führt Marchais zunächstmal zufrieden aus: *„Frankreich ist eine ökonomische Macht,*

reichs in der Welt führt Marchais zunächstmal zufrieden aus: „Frankreich ist eine ökonomische Macht,

die Gewicht hat". Wobei das „neue menschliche Wachstum", das die KPF befürwortet, *„diese Position nur verbessern kann"*.

Nicht nur ökonomisch kann sich Frankreich sehen lassen: *„Selbstverständlich ist Frankreich auch keine verachtenswerte militärische Macht. Es ist ausgeschlossen, daß Frankreich einseitig auf eine unabhängige militärische Verteidigung verzichtet, die sich auf die Abschreckungskraft und auf eine demokratische Armee stützt"* (das dürften die verbotenen Soldatenkomitees etwas anders sehen).

Und es geht munter blau-weißrot weiter:

„Aufgrund seiner Bedeutung in der Geschichte, aufgrund seiner nicht nur materiellen, sondern auch wissenschaftlichen, technischen, kulturellen Vorteile, aufgrund seiner Fähigkeiten, aufgrund der Kampfbereitschaft des französischen Volkes kann Frankreich eine Rolle spielen, die weit über seine Fläche, seine Bevölkerungszahl und seine ökonomische und militärische Macht hinausgeht."

Es sollte nicht gedacht werden, daß die Mitgliedschaft im atlantischen Bündnis für die KPF problematisch sei:

„Wir (?) schlagen nicht vor, unsere (?) Bündnisse aufzukündigen" (das atlantische Bündnis ist anscheinend zwischen der amerikanischen und der französischen Arbeiterklasse geschlossen worden?). Im Gegenteil: **„Frankreich muß die Verpflichtungen erfüllen, die diese Mitgliedschaft mit sich bringt"**. Perspektivisch jedoch sollen die Blöcke aufgelöst werden ...

Reagans Kriegstreiberei wird mehr oder weniger auf einen ideologischen Feldzug zur Diskreditierung des realen Sozialismus reduziert. Es sollen jedoch Schritte zur Abrüstung unternommen werden:

„Die Mittelstreckenraketen – die amerikanischen und die sowjetischen – müssen wie alle atomaren Waffen begrenzt und reduziert werden. In jedem Land muß der Bau der Neutronenbombe verboten werden" (zur französischen Neutronenbombe führt Marchais nichts aus, da ja bekanntlich die PS-Regierung nur daran „forscht"). Ein vager Satz beendet dieses Kapitel: *„Es müssen Maßnahmen des militärischen Vertrauens erreicht werden."*

Zum Internationalismus: *„In erster Linie fühlt sich die KPF mit den kommunistischen Parteien verbunden"*, und dabei zunächst mit denjenigen, „die an der Macht sind". Denn das (sozialistische) Wesen der realsozialistischen Länder *„steht außer Zweifel"*. Die Ereignisse in Polen würdigt Marchais mit knappen 27 Zeilen, erinnert dabei an sein „Bedauern". Die Schwierigkeiten der Länder des realen Sozialismus seien von Land zu Land verschieden, sie hätten jedoch alle mit einer „dreifachen Herausforderung" zu kämpfen:

„Die ökonomische Effektivität zu beherrschen, den sozialen Fortschritt zu garantieren, und die demokratische Beteiligung zu entwickeln".

Zum Eurokommunismus meint Marchais:

„Wir sehen nichts, was uns zur Annahme veranlassen könnte, Westeuropa könnte zu einem 'Modell' der Weltrevolution werden". Insgesamt sei unsere Epoche die Epoche der Revolutionen:

„Die Welt bewegt sich, und sie bewegt sich in die richtige Richtung. Die Hoffnung ist immens. Vieles hängt von euch ab. Die Aktion von jeder, von jedem von euch kann den Vorwärtsmarsch nur beschleunigen und sichern".

Schließlich, in Abschnitt 4, ruft Marchais zur Stärkung der Partei auf, insbesondere im Betriebsbereich. Die Partei, so Marchais, solle nicht nur eine „Partei der Aktion", sondern auch eine „Partei der Information, Aufklärung und Kommunikation" sein. Die intellektuelle und theoretische Aktivität solle nicht vernachlässigt werden. Das Ganze solle im

sein. Die intellektuelle und theoretische Aktivität solle nicht vernachlässigt werden. Das Ganze solle im

Klima der Demokratie blühen, das der KPF eigen sei.

Es gab nur ein Mal etwas Aufregung auf dem Parteitag, als ein Delegierter, der mit Marchais nicht einverstanden war (nach allen Berichten offenbar der einzige Oppositionelle, der sich zu Wort gemeldet hat), von den Kamerateams des französischen Fernsehens in aller Hektik aufgenommen werden sollte. Aufgeregt riefen die Delegierten: *„Befreit die Information!"*.

Die PS-Delegation, die auf dem Kongreß Gast war, lobte seinen sachlichen Ton. „Prawda", „UZ" und „Neues Deutschland" hoben jeweils die Solidaritätsbekundungen der KPF zur Sowjetunion hervor und ihre etwas distanzierte Haltung zum Eurokommunismus.

Zur Solidarität der KPF mit der SU muß noch angemerkt werden, daß sie in der westdeutschen Presse, ebenfalls aus durchsichtigen Absichten, zum „spektakulären Ereignis" hochstilisiert wurde. Auf dem 23. Kongreß wurde ebenfalls schon die *„Bilanz der östlichen Länder, global gesehen, positiv"* bewertet. Eine Steigerung ist dem 24. Kongreß nicht zu entnehmen.

Dies also war der Bericht über die KPF in den Farben Frankreichs.

Frankreich-Kommission

Zahlen:
Nach Angaben des Zentralkomitees zählt die Partei heute 710.424 Mitglieder, davon seien seit dem 10. Mai '81 40.000 Neue hinzugekommen.

Wahlergebnisse:
Parlamentswahlen Juni '81:
4.065.540 Stimmen (16,17 %);
Präsidentschaftswahlen Mai '81:
4.456.922 Stimmen (15,42 %);
Parlamentswahlen März '78:
5.870.402 Stimmen (20,6 %).

Presse:
„L'Humanité" (Tageszeitung):
täglicher Verkauf bei ca. 80.000,
„L'Humanité-Dimanche" (Sonntagsausgabe):
ca. 250.000 Exemplare.

Bei der „Humanité" sind vor kurzem 15 Journalist/inn/en entlassen worden, die mit dem Kurs der Marchais-Führung nicht einverstanden waren.

Kommunistische Kritiker/innen:
Es gibt heute verschiedene Oppo-

verstanden waren.

Kommunistische Kritiker/innen:
Es gibt heute verschiedene Oppo-

sitionsströmungen zur KPF-Führung, einige von ihnen geben auch Zeitungen heraus.
- „Rencontres Communistes" (R.C. – „Kommunistische Begegnungen") um das ehemalige ZK-Mitglied Henri Fizbin (Eurokommunist). Diese Gruppe gibt ein Bulletin heraus: „Rencontres communistes hebdo".
- „Mouvement du Manifeste Communiste" (Bewegung des kommunistischen Manifestes). Diese Gruppe hat sich 1981 ausgehend von einem Appell gegründet. Dazu gehören auch viele ehemalige KPF-Mitglieder (Alexandre Adler, Jean-Pierre Vigier u.a.).
- „Forum des communistes critiques" (Forum der kritischen Kommunisten). Diese Gruppe versteht sich als Begegnungsort zur Initiierung einer demokratischen Debatte innerhalb der KPF. Sie streben einen „Kongreß der kommunistischen Renaissance" an.
- „Assises pour l'actualité du communisme" (Versammlung für die Aktualität des Kommunismus). An dieser Diskussionsgruppe beteiligen sich auch revolutionäre Linke. Auch sie bringt einen Info-Dienst heraus.
- „Franc Tireur" (Partisanenname der KPF-Widerstandsgruppen während des 2. Weltkriegs). So nennt sich eine monatlich erscheinde Zeitung, an der sich viele sogenannte „Althusserianer" beteiligen (Balibar, Molina u.a.) sowie Mitglieder oder ehemalige Mitglieder der trotzkistischen Linken (Henri Weber, Maurice Najman).

Schließlich gibt es noch die „Kommunistische Initiative für Polen".



Anmerkung:

(1) Erstmals seit 1961 nahm eine offizielle Delegation der KP China wieder am Kongreß der KPF teil. Umgekehrt wurde jetzt auch eine KPF-Delegation nach Peking eingeladen.

Fortsetzung von Seite 1

Hessen: Grüne gegen Wahlbündnis — „Aschu" nicht mehr Kandidat

Richtig ist daran, daß Alexander Schubart es sich tatsächlich nicht abkaufen lassen wollte, weiter für das Zustandekommen eines Wahlbündnisses einzutreten, das über die Grünen hinaus auch große Teile der Bürgerinitiativen und die von der SPD gelösten linken Sozialdemokraten umfassen soll. Das Verständnis der führenden Frankfurter Grünen war gewesen, daß man Schubart mit einem Platz auf der grünen Liste sein Eintreten für ein weitergehendes Wahlbündnis a b g e k a u f t habe: *„Aschu hat bei den GRÜNEN unter der Voraussetzung kandidiert, daß die Bündnisgeschichten [sprich AL] für ihn, bei der kommenden Landtagswahl in Hessen, gestorben sind"* (aus einem Papier der Grünen Frankfurt). Mit seiner maßgeblichen Mitwirkung an einem Antrag des Plenums Frankfurter Stadtteilgruppen zugunsten eines Wahlbündnisses habe Schubart die Geschäftsgrundlage gebrochen.

Das Vorgehen der Grünen Frankfurt gegen Schubart ist ein politischer Affront auch gegen die Linkssozialdemokraten um Coppik, die damit vor die Entscheidung gestellt werden, sich den Grünen entweder unterzuordnen, oder aber eigene Wege suchen zu müssen, was bisher mehrheitlich gar nicht ihre Absicht gewesen ist. Die von Coppik und anderen bekundete Bereitschaft zur engen Zusammenarbeit mit den Grünen bekommt auf diese Weise einen groben Fußtritt. Man kann nur verwundert den Kopf schütteln, wenn die Grünen Frankfurt in ihrer Presse-Erklärung argumentieren — als Einwand gegen ein Wahlbündnis —: *„Die GRÜNEN-FRANKFURT lehnen aus basisdemokratischen Gründen Listengründungen auf Funktionärsebene ab; allein aus zeitlichen Gründen könnte es bei der Landtagswahl 1982 jedoch nur noch zu einer Listengründung von oben kommen"*.

Gewiß wäre ein solches Basisbündnis unter den gegebenen Voraussetzun-

Gewiß wäre ein solches Basisbündnis unter den gegebenen Voraussetzungen problematisch. Es wäre aber weit weniger problematisch und sehr viel basisdemokratischer als eine Alleinkandidatur der Grünen, die bekanntermaßen nur einen kleinen Sektor derjenigen wirklich repräsentieren, die in Opposition zur Politik der etablierten Parteien stehen.

Wenn verhindert werden soll, daß viele enttäuschte Wähler am 26.9. zuhause bleiben und damit am Ende eine absolute Mehrheit für den CDU-Rechtsaußen Dregger herauskommt, ist ein breites Wahlbündnis, weit über die Grenzen hinaus und vor allem auch mit Blick auf gewerkschaftliche und sozialistische Kräfte, notwendig.

Mit ihrem nur als Parteiegoismus zu erklärenden Verhalten laden sich die Grünen eine schwere Verantwortung auf. Es ist zu hoffen, daß sich noch Wege der Vernunft finden lassen, um diesen Fehler zu korrigieren.

DER STEIN DES ANSTOSSES

<u>Antrag des</u>
<u>Plenums Frankfurter Stadtteilgruppen</u>

betrifft: Beteiligung der Bi an der Hessenwahl '82

Das <u>Plenum der Gesamt Bi</u> möge beschließen:

1. Die Bi wird sich am Landtagswahlkampf 1982 mit der Hauptforderung beteiligen

- Schluß mit der Groß-Projekte-Politik in Hessen
- sofortige Beendigung des Baus der Startbahn 18 West
- Wiederaufforstung der auf der Startbahntrasse gerodeten Fläche.

Abgesehen von den Kommunalwahlen in 1981 (und dort auch nur im Flughafenumland) war die Startbahn 18 West noch niemals ein relevantes Wahlkampfthema. Wenn die Startbahngegner es nicht fertigbringen, die Startbahn 18 West - und was alles für sie steht - im Landtagswahlkampf 1982 ganz groß zu thematisieren, wird das in der Öffentlichkeit dahingehend ausgelegt werden, daß der Bau der Startbahn West "politisch abgehackt" ist. Es ist deshalb unabweisbar, daß das Thema Startbahn 18 West im Wahlkampf als eine offene und zentrale Frage eine Rolle spielt.

2. Die Bi wird sich nachdrücklich dafür einsetzen, daß es jetzt sehr schnell zur Herstellung eines breiten Bündnisses von alternativen Kräften kommt, die der Bi eine unmittelbare Beteiligung im Wahlkampf ermöglicht. Dabei geht die Bi von folgendem aus:

a. Das Bündnis wird unter dem Arbeitstitel "Alternative Liste" für die Dauer der kommenden Legislaturperiode des Hessischen Landtages abgeschlossen. Die Alternative Liste ist keine Partei, sondern eine Wählervereinigung, die als solche nach dem hessischen Wahlrecht berechtigt ist, Wahlkreiskandidaten und eine Landesliste aufzustellen. Die Mitarbeit in der Alternativen Liste berührt nicht die organisatorische oder parteimäßige Selbstständigkeit der in ihr mitwirkenden Gruppen.

b. In der Alternativen Liste sollen all diejenigen Kräfte zusammengefaßt werden, die bereit und in der Lage sind, im Hessischen Landtag Fundamentalopposition gegenüber der Politik des Herrschenden Blocks unter einer gemeinsamen Wahlplattform zu artikulieren. Diese Kräfte sind:

- Die Partei der Grünen. Die Bereitschaft der Grünen, in der Alternativen Liste mitzuarbeiten, ist <u>Grundvoraussetzung</u> für das Zustandekommen der Alternativen Liste. Auf der anderen Seite gehen wir davon aus, daß sich die Grünen einem eindeutigen Votum unserer Gesamt Bi nicht verschließen werden. Wir wissen, daß das Bedürfnis nach einem alternativen Wahlbündnis weit über unsere Bi hinaus in der Bevölkerung verbreitet ist und bitten die Grünen - gerade auf Grund ihres das Bedürfnis nach einem alternativen Wahlbündnis weit über unsere Bi hinaus in der Bevölkerung verbreitet ist und bitten die Grünen - gerade auf Grund ihres basisdemokratischen Anspruchs - dieses Bedürfnis nicht zu ignorieren. Vor allem aber ist nur ein alternatives Wahlbündnis in der Lage, das große Potential zu binden, das gegenwärtig von der SPD wegdriftet;

- Unsere Bi und andere Bürgerinitiativen, die gegen hessische Groß-Projekte kämpfen;

- Gruppierungen der Friedensbewegung;

- Unabhängige Sozialdemokraten, ferner diejenigen Kräfte, die dem Aufruf Manfred Coppiks zum "Frühlingskongress Demokratischer Sozialisten" Folge leisten, überhaupt das beachtliche Potential, das gegenwärtig aus der SPD herausdriftet;

- Gruppierungen der Frauenbewegung;

- Alternative und autonome Gruppen, vor allem auch solche, die sich in direkter oder indirekter Weise gegen die Wohnungsmisere richten und alternative Formen des Wohnens praktizieren;

3. Fundamentalopposition zu artikulieren bedeutet für eine Politik zu stehen, die sich sowohl in ihrem Inhalt als auch in der Art und Weise des "Politik-machens" fundamental von der Politik des Herrschenden Blocks an der Macht unterscheidet.

Die drei Fraktionen des Herrschenden Blocks stehen für die gleiche lebensfeindliche und basisferne Politik. Selbst in den Nuancen wird es zunehmend schwieriger, noch irgendwelche Unterschiede zwischen den Dreggers, Börners oder Gries zu erkennen: ob es sich um die Startbahn West, um all die anderen hessischen Groß-Projekte, um die hektische Wettrüstungspolitik mit Mittelstreckenraketen und Neutronenbomben oder um die Unfähigkeit der Etablierten, den vielen sozialen Miseren dieser Zeit (z.B. Arbeitslosigkeit, z.B. neue Wohnungsnot) wirklich von der Wurzel her auf den Leib zu rücken - überall steht der Herrschende Block für eine Politik, die wir radikal ablehnen und bekämpfen werden. Der Herrschende Block steht aber auch für ein Verständnis vor "Politikmachen", das wir nicht minder entschieden ablehnen. Wir meinen damit in erster Linie das Prinzip von abgehobener Stellvertreterpolitik, das die Menschen zu Objekten von Entscheidungen in Parlament, Regierung und Bürokratieen macht, an denen sie kein Anteil haben, deren Folgen aber tief in ihre Lebensverhältnisse eingreifen, vor allem bei Groß-Projekten. Wir werden uns dafür einsetzen, daß der jeweils betroffenen Bevölkerung ein echtes Mitentscheidungsrecht dort eingeräumt wird, wo ihre Lebensinteressen betroffen sind. Das Parlament ist für uns nichts mehr, als Tribüne und Transformation von Bedürfnissen, die sich "unten",d.h. in unserem Wald und in den Straßen artikulieren.

Politisch ist eigentlich der Herrschende Block mit seiner Groß-Projekte-Politik am Ende. Er kann sie gegenüber der betroffenen Bevölkerung nicht mehr durch Überzeugung, sondern nur noch durch das Faustrecht des Stärkeren durchsetzen. Deshalb steht die Polizeiarmada in unserem Wald. Und selbst in der Gesamtbevölkerung gibt es keine tragfähige Mehrheit für diese Groß-Projekte-Politik. Nur mühsam kann die ganz große Koalition der Börner, Dregger und Gries ihre mangelnde demokratische Legitimation für ihre Politik kaschieren.

Die Wahlplattform der Alternativen Liste muß und wird natürlich weit mehr umfassen, als nur unsere Hauptforderung "Keine Startbahn West und Nachtflugverbot". Für uns ist aber unabdingbar, daß die eingangs genannte Hauptforderung (Nr.1) zum festen und tragenden Bestandteil der Wahlplattform und des von der Alternativen Liste geführten Wahlkampfes wird. Darüber hinaus wollen wir sichergestellt wissen, daß

- Basisorientierung
- eine ökologisch ausgerichtete Politik
- radikaldemokratische Prinzipien (in diesem Zusammenhang: Aufarbeitung der Erfahrungen mit unserem Volksbegehren)

Eingang in die Wahlplattform finden. Selbstverständlich Eingang in die Wahlplattform finden. Selbstverständlich sind wir auch für weitere Inhalte offen, die von anderen Gruppierungen eingebracht werden.

Die Bi wird unverzüglich an die "Grünen" herantreten, um gemeinsamen für einen "Gründungskongreß einer Alternativen Liste für die Hessenwahl '82" aufzurufen. Dabei sollen die Grünen aufgefordert werden, ihre bisher geleistete programmatische Vorarbeit für die Hessenwahl '82 als ihren Vorschlag auf den Gründungskongreß einzubringen.

Allen anderen Gruppierungen, die sich an der Gründung der Alternativen Liste beteiligen, bleibt es unbenommen, ihrerseits Vorschläge für die Wahlplattform der Alternativen Liste zu machen. Die Bi setzt eine für jedermann offene Arbeitsgruppe ein, um ihrerseits die Vorschläge für eine Alternative Liste (Vorbereitung des Gründungskongresses, Wahlplattform, Satzung, Wahlkampfkonzept) zu formulieren.

<u>Anmerkung:</u> Der vorstehende Antrag des Plenums der Frankfurter Stadtgruppen ist am 8.2. bei etwa 120 Anwesenden mit 5 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen beschlossen worden.

Alexander Schubart für eine „Alternative Liste"

Die im folgenden abgedruckte Stellungnahme gab Alexander Schubart dem AK auf Nachfrage nach den gegenwärtigen Diskussionen um die Wahlbeteiligung:

Über den (nebenstehenden, AK) Antrag an das Plenum der Gesamt-BI gegen die Flughafenerweiterung betreffend der Beteiligung an der Hessenwahl 82 ist es zu einer heftigen Kontroverse mit dem Frankfurter Kreisverband der Grünen gekommen. Die Grünen bestehen auf einer Alleinkandidatur bei den Wahlen und sind nur bereit, auf ihrer Kandidatenliste auch Nichtmitglieder, die sie — und nur sie — sich aussuchen, kandidieren zu lassen (sogenannte „offene Liste"). Demgegenüber geht der Antrag an das Plenum der BI davon aus, daß es jetzt sehr schnell zur Herstellung eines breiten Bündnisses von alternativen Kräften unter dem Arbeitstitel „Alternative Liste" kommen soll. Die Gründe für eine solche Alternative Liste sind folgende:

— Einmal aus der Sicht der Bürgerinitiative: Nur ein Bündnis, das die Autonomie der Bündnispartner unangetastet läßt, schafft eine angemessene Beteiligungsform für die BI. Es wäre nicht gut, wenn sich die BI zu einem Wahlverein für eine bestehende Partei umfunktionalisieren lassen würde.

— Gesamtpolitische Gründe: Es kommt darauf an, das gesamte, heute vorhandene Potential, das bereit und in der Lage ist, eine Fundamentalopposition gegenüber dem herrschenden Block zu artikulieren, zusammenzufassen. Insbesondere geht es um das sehr erhebliche Wählerpotential, das gegenwärtig (gerade in Hessen) von der SPD aus Enttäuschung und Erbitterung über die Schmidt-Börner-Politik wegdriftet. Dieses Potential ist nicht ohne weiteres bereit, am 26. September bei der Grünen Partei ein Kreuz zu machen. Ganz anders hingegen bei einem Bündnis, in dem auch diese Kräfte einen autonomen Part mitspielen würden — d.h. sowohl hinsichtlich der Wahlplattform als auch hinsichtlich der Kandidatenliste angemessen berücksichtigt werden würden. Der 26.9. könnte ein wichtiges Datum nicht nur in der Geschichte Hessens, sondern auch in der der BRD werden. Voraussetzung dafür wäre, daß es den alternativen Kräften gelingt, eine ganz neue Konstellation im hessischen Landtag herzustellen: Dregger an der absoluten Mehrheit hindern, die FDP aus dem Landtag werfen und die stark gebeutelte SPD vor die Alternative stellen, ob sie eine Minderheitenregierung unter Tolerierung einer starken alternativen Fraktion wolle. Strikte Bedingung für die Tolerierung einer SPD-Minderheitenregierung, die dann ihre ganze Führungsmannschaft auswechseln müßte, wäre das Abschwören von der hessischen Großprojektepolitik: Keine Startbahn West, keine WAA, kein Block C in Biblis, kein Stadtautobahn in Frankfurt. Eine solche Konstellation kann nur erreicht werden, wenn wirklich ein erhebliches Potential gebunden würde und nicht die enttäuschten bisherigen SPD-Wähler in ein Nichtwählerverhalten flüchten. Demgegenüber behaupten die Grünen, sie selbst würden schon das gesamte fundamentaloppositionelle Spektrum abdecken. Dieser Anspruch wird jedoch von breiten Kräften dieses Spektrums nicht anerkannt. Hinzu kommt die Arroganz der Grünen gegenüber ehemaligen SPD-Wählern, die sie gerne links liegen lassen wollen. Manchmal hat man bei den Grünen den Eindruck, daß bei ihnen die „reine Lehre" mehr gilt als ein maximaler Erfolg am 26.9.1982.

Bundesvorstand der Grünen: „Grabenkämpfe mit sehr unfeinen Mitteln" (Bastian)

Der „Kampf (mindestens) zweier Linien" innerhalb der Grünen ist im AK regelmäßig nachgezeichnet worden: In den letzten Monaten an der Auseinandersetzung um das Friedensmanifest, um die Breschnew-Demo und die Polen-Frage (siehe Artikel in diesem AK). Um zu dokumentieren, daß dieser Streit innerhalb des Bundesvorstandes auch als persönlicher Machtkampf und Intrigenspiel ausgetragen wird, haben wir in AK 215 darüber hinaus ein Papier abgedruckt, in dem „Basisdemokrat" Ernst Hoplitschek die „Berufspolitikerin" Petra Kelly angreift: „ *'Politik' 'macht' derzeit alleine Petra Kelly (...) Dagegen erscheinen die Rest-BuVo-Mitglieder als Statisten, die lediglich 'Aufräumarbeiten' machen, Papiere umschichten, Dankesbriefe etc. schreiben. Zusammengefaßt: Ein Blick in den Terminkalender von Petra offenbart: Er unterscheidet sich durch nichts von — wie wir in Berlin immer sagen — einem 'etablierten Politiker' — dessen Kennzeichen ist: vor lauter Politik existieren keinerlei andere, positiv funktionierende sozio-kulturelle Beziehungen."*

In der Zwischenzeit ist der Streit sogar noch exkaliert. Die Veröffentlichung des zitierten Papiers im AK hat Ernst Hoplitschek keineswegs dazu veranlaßt, sich für seine Schweinereien öffentlich zu entschuldigen. Im Gegenteil: Auf einer Bundesvorstandssitzung im Januar wollte Hoplitschek hauptsächlich geklärt wissen, wer denn sein höchst privates Schreiben an die AK-Redaktion gegeben habe (mehrere Bundesvorstandsmitglieder gehören zum engeren Kreis der „Verdächtigen". Er werde zukünftig nur noch „gezinkte", d.h. in Details voneinander abweichende, Papiere in den Bundesvorstand einbringen, um hinterher anhand der im AK zitierten Version den „Täter" entlarven zu können.

desvorstand einbringen, um hinterher anhand der im AK zitierten Version den „Täter" entlarven zu können.

Dazu der Kommentar eines als Gast auf der Sitzung anwesenden Hamburger Grünen: Wer sich so etwas ausdenke, dem sei auch zuzutrauen, daß er seine Papiere selbst an die AK-Redaktion schicke, um hinterher den Bär losmachen zu können. (Schönen Dank für deine letzte Sendung, Ernst!).

Der Psychokrieg gegen Petra Kelly und gegen andere Frauen im Bundesvorstand geht indes weiter, teils auf so niederträchtige Weise, daß wir auf Einzelheiten hier lieber verzichten. Je nach Gelegenheit und Temperament wird dabei entweder das Mittel des Tobsuchtsanfalls (von Ernst Hoplitschek bevorzugt) oder des mitfühlenden „Wir wollen ja nur dein Bestes" (Timpe, Puppe, Beckmann) angewandt. Insbesondere Petra Kelly wird ständig der Rücktritt nahegelegt, so auch auf der letzten Bundeshauptausschußsitzung am 13./14.2. in Bielefeld, wo Hoplitschek ihr vorschlug, sich für ein halbes Jahr „beurlauben" zu lassen: nach Ablauf dieser „Beurlaubung" wäre ihre Amtszeit in jedem Fall zu Ende (das Rotationsprinzip läßt nur einmalige Wiederwahl zu; Petra Kelly ist seit Januar 1980 im Amt).

„Bundesvorsitzender" Hoplitschek

Wenn in den letzten Wochen in der Presse über die Grünen zu lesen war, wurde stets Ernst Hoplitschek zitiert. So machte er sich zum Interpreten der Bundesvorstandsresolution zu Polen, die er als Unvereinbarkeitsbeschluß gegen die DKP der Presse vorstellte. Völlig eigenmächtig gab er eine Presse- Erklärung zum SPD-Austritt von Coppik heraus: Die Gründung einer sozialistischen Partei sei „historisch völlig fehl am Platze" und ein im Interesse der SPD-Führung inszeniertes Manöver zur Schwächung der Grünen (vgl. Text in diesem AK). Interessant an diesen Alleingängen ist, daß Hoplitschek offiziell weder „Bundesvorsitzender" noch Geschäftsführer oder Pressesprecher der Grünen ist, sondern Schriftführer und als solcher u.a. für die Sitzungsprotokolle zuständig. Daß seine Initiativen nur zum geringeren Teil aus persönlicher Profilierungssucht zu erklären sind, zeigt die Tatsache, daß er und seine politischen Freunde im Bundesvorstand sich besonders vehement für die Schaffung einer Pressesprecherstelle eingesetzt haben (die Stelle ist bereits öffentlich ausgeschrieben). Dahinter steckt das Kalkül, daß sie mit einem hauptamtlichen und von ihnen „betreuten" Pressesprecher noch effektiver eine Politik der vollendeten Tatsachen betreiben könnten („Der Sprecher der Grünen erklärte gegenüber der Presse ..."), ohne dabei selbst allzusehr ins Schußfeld zu geraten. Frühere Erfahrungen mit grünen Pressesprechern (Fall Kaub in Bayern) lassen schlimme Befürchtungen aufkommen.

> Der Bundesvorstand der GRÜNEN sucht zum 1. April 1982 eine/n
>
> **Referentin/en für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**
>
> Der/die Bewerber/in sollte die Position der GRÜNEN nach innen und außen vertreten können – die grüne alternative parlamentarische und außerparlamentarische Bewegung kennen.
>
> - Erfahrungen in der Arbeit mit Medien und organisatorisches Geschick haben
> - über gute Englischkenntnisse verfügen
> - bei Ausfällen den Geschäftsführer vertreten können.
>
> Bewerbungsfrist: 15. Februar 1981
>
> Bezahlung nach Vereinbarung
>
> Bewerbungen sind zu richten:
>
> DIE GRÜNEN – Bundesvorstand – Friedrich-Ebert-Allee 120, 5300 Bonn 1

Neues Zentralorgan?

Als nächsten Coup planen Hoplitschek und Timpe die Zerschlagung der Zeitung „Die Grünen", laut Impressum „Mitteilungsblatt der Partei Die Grünen". Trotz ständiger Angebote von Herausgeber August Haußleiter, einen Redaktionsbeirat zu schaffen oder überhaupt die Redaktion zu wählen, hat sich die Parteibasis bisher kaum um ihr „Zentralorgan" gekümmert. Die Zeitung ist nicht gerade sehr beliebt und wird nur von einem Bruchteil der Mitglieder gelesen. Sie ist auch nicht sonderlich spannend gemacht; innerparteiliche Kontroversen werden grundsätzlich nicht dokumentiert. Die Befürworter eines völlig neuen Organs haben allerdings ganz andere Beweggründe: Ihnen paßt die mit der Person August Haußleiter verknüpfte politische Ausrichtung der Zeitung nicht, die „einseitige" Anti-Nato- Stoßrichtung der Leitartikel, während z.B. der Aufruf zur Breschnew-Demo oder Klaus Timpes Kölner Aufruf im Innenteil abgedruckt wurden (letzterer gar nur in Auszügen, ohne die „KPD"-lastigen Passagen).

Zwischenzeitlich schienen die Vorbereitungen für einen Überraschungscoup zur Installierung eines rechtslastigeren Zentralorgans schon recht weit gediehen; in NRW wurde schon mit Druckereien verhandelt. Das Tempo ist jetzt etwas gebremst worden. Auf der letzten BHA-Sitzung wurde das Thema Zeitung nicht behandelt, endgültig vom Tisch ist es aber mit Sicherheit nicht. Allem Anschein nach aufgegeben wurde dagegen der Plan, den nächsten Bundesparteitag vorzuverlegen, um dabei den Bundesvorstand neu zu gestalten, um — so wurde gehandelt — Petra Kelly möglichst schnell loszuwerden und sie durch Marie-Louise Beck-Oberdorf zu ersetzen.

„Nicht links, nicht rechts, sondern vorn!" — Kurznotizen aus dem Parteileben der Grünen

— 60.000 DM bewilligte der Landesvorstand NRW den Hamburger Parteifreunden als Darlehen für den Bürgerschaftswahlkampf („Grünes NRW-Info" 2/82).

— Abgelehnt hat derselbe Landesvorstand dagegen das Angebot einer Mitgliedschaft im „Landeskoordinierungsausschuß der Initiativen gegen Berufsverbote": „Da der Koordinierungsausschuß sich in seiner Arbeit gegen die Berufsverbote ausschließlich auf die BRD und höchstens noch das westliche Ausland beschränkt, fehlt ein wichtiger Teil der Breite des internationalen Kampfes für demokratische Rechte" (ebd.).

— Nur unzureichend informiert zeigt sich die Redakteurin des „Hamburger Abendblatt", Heidrun Holzbach, in ihrem Artikel „St. Bürokratius hält Einzug bei den Grünen" („HA", 3.2.), in dem sie u. a. über Rücktrittsabsichten der baden-württembergischen Landesvorsitzenden Marie-Louise Beck-Oberdorf („MLBO") berichtet und schreibt, eine neue Kandidatur komme für MLBO nur in Frage, „wenn der Landesvorsi tzende durch finanzielle Absicherung den Status eines Berufspolitikers erhält". In Wahrheit soll MLBO's Rücktritt ihr wohl eher den Aufstieg in den geschäftsführenden Bundesvorstand erleichtern (als „Nachfolgerin" von Petra Kelly) — den „finanziell abgesicherten Status eines Berufspolitikers" kann sie dann ja immer noch einklagen.

— In der Zeitung „Die Grünen" (Ausgabe vom 16.1.) ist Henry Nannens Polen-Kommentar abgedruckt — und zwar nicht als abschreckendes Beispiel von „Regierungsjournalismus" (Bundesvorstandsmitglied Klaus Timpe im Aufruf zur Kölner Kundgebung), sondern versehen mit einem lobenden Vorwort; damit dürfte sich Herausgeber August Haußleiter bei der Hoplitschek-Crew einen weiteren Minuspunkt geholt haben.

— Der Bezirksverband Hamburg-Harburg hat einen neuen Vorstand und zwei neue Rechnungsprüfer („Die Grünen", 6.2.). Wir gratulieren und wünschen erfolgreiche Arbeit.

Kiel: Grüner Spalterkurs gegen die AL

Am 7. März finden in Schleswig-Holstein Kommunalwahlen statt, zu den in mehreren Städten Grüne Kandidaturen angemeldet sind. Die Kieler Grünen sind in der letzten Zeit überregional durch einen Zulauf von MRI (Marxistisch-Reichistische Initiative) Mitgliedern bekannt geworden, die durch Abstimmungen dafür sorgten, daß zwei der „sicheren" drei Listenplätze von MRI-Mitgliedern oder Sympathisanten besetzt worden sein sollen.

Offensichtlich irritiert durch die Nominierung zweier nicht kalkulierter Neuzugänge, verlagerten die Grünen die politische Debatte in den Bereich der Detektivarbeit und recherchierten, daß die erfreut zur Kenntnis genommenen Mitgliedsanträge aus dem MRI-Spektrum kämen, und zwei Kandidaten MRI-Mitglieder wären, von denen einer den formalen Ansprüchen des Wahlgesetzes — danach muß der Wohnsitz der Kandidaten eine bestimmte Zeit vor der Wahl bereits in Kiel gewesen sein — nicht genügte.

Die Grünen forschten gründlich nach, und entdeckten unter den Neuzugängen auch Leute mit Wohnsitz in Hamburg.

Grund genug für sie, die Mitgliedschaft der Neuzugänge auszusetzen bzw. ruhen zu lassen, und eine Kandidatenkür vorzunehmen, die wieder mit dem Weltbild der Grünen übereinstimmte. V o r diesem spektakulären Ereignis demonstrierten die Kieler Grünen, wie eine gleichfalls in Kiel agierende Alternative Liste mit einer Paukenschlagpolitik und ultimativen Forderungen aus der Wahlbewegung ausgebootet werden kann.

Gegenüber dem seit August '81 tagenden AL-Kreis, an dem sich 60 - 80 Leute aus Anti-AKW-Initiativen, der Hausbesetzer-Szene, den Frauengruppen, KBW, BWK und KB beteiligten, machten die Grünen bereits am 8.10.81 in einem Artikel in der Kieler Rundschau deutlich, welche Absichten sie verfolgen und formulierten bei dieser Gelegenheit gleichzeitig unmißverständlich ihre Forderungen an die AL. — *„Für die Grünen steht die Teilnahme an den Kommunalwahlen am 7.3.82 fest, wobei wir mit zahlreichen Freunden der alternativen Wahlbewegung über die konkrete, konzeptionelle und inhaltliche Gestaltung einer Kandidatur öffentlich beraten wollen."*

Als Grundlage für eine Kandidatur möglichst vieler ökologischer und alternativer Kräfte forderten die Grünen *„Übereinstimmung in wesentlichen programmatischen Fragen und im Selbstverständnis. Eine Kandidatur solle nur von solchen Kräften angestrebt werden, die zu ernsthafter Parlamentsarbeit bereit seien, die nicht das Rathaus als Tribüne der Propagierung der eigenen Ideen mißverstünden, bzw. dort nur arbeiten wollen, um den Parlamentsbetrieb zu entlarven"* (8.10.81).

Außerdem forderten die Grünen die Alternativen auf, ihre *„politischen und inhaltlichen Differenzen"* zu ihnen zu benennen und deutlich zu machen, *„was an einer alternativen Liste anders sein sollte als bei den Grünen".*

Ultimativ wurde angekündigt, *„eine endgültige Entscheidung über die Form ihrer Kandidatur wollen die Grünen zum Jahresende fällen."*

Die AL antwortete auf dieses Vorgehen der Grünen gut einen Monat später mit der Veröffentlichung eines Aufrufflugblattes zur Beteiligung an der AL und stellte darin in groben Zügen das Selbstverständnis der AL dar.

So hieß es, die AL wolle sich *„nicht als eine neue Partei wie z.B. die Grünen"* (AL, 18.11.81) verstehen, sondern ein *„Zusammenschluß Einzelner sein"*, der Beschlüsse nach Konsens faßt und der Basis rechenschaftspflichtig ist.

Bei den Grünen argwöhnte die AL offene Sympathien für eine Stellvertreterpolitik bürgerlicher Machart und grenzte sich von den Grünen mit der Feststellung ab: *„Wir (wollen) kein fix und fertiges Programm aufstellen, das Antworten auf alle Lebenslagen gibt"* (18.11.81) und betonte stattdessen, daß die programmatische Arbeit ein fortlaufender Prozeß sei, der in Bezugnahme auf die Forderungen der außerparlamentarischen Bewegung beständig verbesserungs- und ergänzungsbedürftig sei.

Kaum zehn Tage später wandte sich der Kreisverband der Grünen mit einem mehrseitigen Papier an die AL, in dem er sich mit den locker formulierten Positionen der AL auseinandersetzte.

Das von der AL als Parole formulierte *„Diesmal wählen wir uns selbst"* wurde von den Grünen kurzerhand zum „Konzept" (Brief der Grünen vom 29.11.81) der AL erhoben, um dann gründlich zu kritisieren. Es stehe *„der wichtigen Aufgabe e n t g e g e n , eine Kommunalpolitik zu entwickeln, die fähig ist, über den engen Kreis des eigenen politischen Szene-Lagers hinaus breiteren Bevölkerungskreisen, die uns in irgendeiner Form nahestehen, Vertrauen zu vermitteln"* (29.11.81).

Den Grünen gehe es darum, *„eine Politik zu entwickeln, die in der heute existierenden Wirklichkeit der K o m m u n e politisch handlungsfähig ist".*

Als Prinzipienreiterei (*„ideologische Reinheit der abstrakten Idee"*) werden die Äußerungen der AL zur Stellvertreterpolitik kritisiert, womit sich die AL gleichzeitig als unfähig erweise, auf wichtige politische Anliegen zu reagieren.

Die Grünen erläutern die wichtigen Anliegen galant in eine Frage verpackt: *„Oder kann man davon ausgehen, daß etwa zum Problembereich der kommunalen Haushaltskürzungen oder der regionalen Wirtschaftsförderung die direkte Betroffenheit so groß ist, daß sie spontan in die Gründung einer Initiative umschlägt?"* — gerade weil nicht damit zu rechnen sei, sei eine Stellvertreterpolitik nicht grundsätzlich abzulehnen, argumentieren sie.

In der Tat wird sich zu den beiden genannten Fragen derzeit wohl kaum eine außerparlamentarische Bewegung entwickeln, soweit kann man den Grünen wohl zustimmen. Interessanter erscheint dagegen, daß sie mit diesen beiden Problemen Dinge ansprechen, über die sich auf Parlamentsebene sachkundig mit (SPD-)Parlamentskollegen schwadronieren und eventuell kuhhandeln läßt.

Und in diese Richtung gehen erklärtermaßen sämtliche Äußerungen der Grünen.

Um grün/alternative Politik *„größere Relevanz zu verleihen"*, gilt es bündnispolitische Strategien zu entwerfen, die *„linksökologische Blockbildungen bis hinein in das Lager der Sozialdemokratie im Auge haben"* (Grüne, 29.11.81).

Was sich dahinter konkret verbirgt, erläutert Uta Wilke, Landesvorstandsmitglied der Grünen in Kiel und Mitglied der Z, den Lesern der „Kieler Rundschau" vom 7.1.82. Sie schildert die Kommunalwahlen im März '82 als Sprungbrett für die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und propagiert mit Blick darauf, bereits heute die „Berührungsängste" der Grünen mit der linken Sozialdemokratie abzubauen, und formuliert als „Chance" für die Grünen, daß es eher möglich sei, mit einem linken Landesverband der SPD *„zu der es auf programmatischer Ebene etliche Übereinstimmungen gibt, grüne Positionen ... durchzusetzen, das AKW Brokdorf* (zu) *verhindern, um nur ein Beispiel zu nennen"*, als es in anderen SPD-regierten Bundesländern möglich sei.

Das Beispiel hat es in sich; seit Jahren erklärt die SPD-Schleswig-Holstein, daß sie Brokdorf nicht weiterbauen wolle ...

Es sei hier kurz daran erinnert, daß die CDU bei der letzten Landtagswahl hauchdünn vor der SPD lag, während die Grünen an der 5 %-Hürde gescheitert sind. Die SPD machte damals die Grünen mitverantwortlich dafür, daß Brokdorf unter CDU-Stoltenberg weitergebaut wird.

Bei einer Mehrheit der SPD bei den damaligen Wahlen hätte es also im Rahmen des möglichen gelegen, daß die SPD-Schleswig-Holstein aus Brokdorf aussteigt.

Viele Grüne in Schleswig-Holstein, vor allem die Z, haben die große Hoffnung, (um mehr handelt es dabei erst einmal nicht) mit der SPD-Schleswig-Holstein ganz groß ins Geschäft zu kommen. Da ist eine AL mit starken Elementen einer Fundamentalopposition nur „störend", und die Grünen taten alles, um sie auszubooten.

Bedauerlich ist auch, daß die AL solche Fragen ganz offenkundig zu wenig in die öffentliche Debatte gebracht hat. Die zu kurz geführte Auseinandersetzung um die strategischen Ziele der Grünen in der AL sowie das Bemühen der Grünen, mit ihrem Brief die „Unüberbrückbarkeiten" der Positionen festzuschreiben und durch Termindruck die AL zum Aufgeben zu veranlassen, haben bedauerlicherweise weitgehend gegriffen.

Mit dem Brief stellten die Grünen zugleich klar, daß sie neun Tage nach dem Briefdatum (!!) ihre eigene Kandidatur vorbereiten, und boten der AL einen Kandidaten an, der allerdings das grüne Programm unterstützen müsse. Unter diesem Druck verzichtete die AL ganz auf eine Beteiligung an der Wahl.

Die Grünen signalisierten also deutlich, daß sie an den ursprünglich entwickelten Vorstellungen der grünen Kandidatur festhalten und zu keinerlei Kompromissen bereit waren.

Die Zerstrittenheit in der AL gab dann letztlich den Ausschlag, daß die AL ganz auf eine Beteiligung an der Wahl verzichtete.

Hamburg: AL und Grüne diskutieren über SPD

Immer noch Schwierigkeiten mit dem Wahlbündnis

Drei verschiedene Meinungsumfragen von CDU, SPD und FDP über das Bürgerschaftswahlergebnis im Juni machen zur Zeit die Runde.
Bei der **CDU** (erfragt von Emnid) erhalten: SPD: 36 %, CDU: 38 %, FDP: 6 %, G/AL 13 %.
Bei der **FDP** (Ipos-Institut): SPD: 42 - 44 %, CDU 36 - 38 %, FDP 7 - 8 %, G/AL 10 - 12 %.
Bei der **SPD** (intern gehandelt): SPD: relative Mehrheit, fallende Tendenz, CDU: ca. 6 % zurück, steigende Tendenz, FDP: schafft die 5 % nicht, G/AL: ca. 6 - 7 %.



Allein die auf die FDP zugeschnittene Ipos-Umfrage ließe eine Koalition aus SPD und FDP zu. Auch wenn die Umfragen der FDP und CDU bezüglich der grün/alternativen Aussichten sehr optimistisch sind, bleibt bemerkenswert: Eine absolute Mehrheit einer Partei wird es voraussichtlich nicht geben. Die FDP wird mit der 5 %-Marke kämpfen müssen. Selbst wenn sie es schafft, dürfte es kaum dazu reichen, um mit einer der beiden großen Parteien eine Regierungskoalition zu bilden. **Einer grün/alternativen Liste käme, auch wenn das Ergebnis unter den optimistischen Erwartungen liegen sollte, möglicherweise eine entscheidende Rolle bei der Regierungsbildung zu.** Zwei Konstellationen sind denkbar: Es könnte eine große Koalition aus SPD/CDU geben (dafür spricht insbesondere der politische Rechtskurs der SPD seit dem Klose-Sturz) — oder die SPD könnte darauf angewiesen sein, auf grün/alternative Parlamentsstimmen zurückzugreifen.

Vor diesem Hintergrund hat die Alternative Liste auf ihrer Mitgliederversammlung am 12.2. (die wiederum mit knapp 400 Teilnehmern gut besucht war) ihr Verhalten im Parlament diskutiert und ein vorläufiges Meinungsbild über ihre Position erstellt. (Endgültig soll darüber am 13. März entschieden werden.) Mit großer Mehrheit wurde einer Position zugestimmt, die besagt: Wir streben nicht an, ,,*Koalitionspartner von irgendeiner der etablierten Parteien zu werden*''. Die Wahl der CDU in die Regierung wird grundsätzlich abgelehnt. Zur SPD heißt es: ,,*Wir sind nicht bereit, die Funktion eines Mehrheitsbeschaffers für eine sozialdemokratische Politik zu übernehmen, die nicht eine Wende im Sinne sozialer und demokratischer Forderungen einleitet. Falls sich in Hamburg eine Situation ergibt, wo die SPD nur noch mit einem Minderheitssenat regieren könnte, sind wir unter bestimmten Bedingungen bereit, diesem Senat zur Mehrheit zu verhelfen. Die von uns für eine solche Situation aufgestellten Bedingungen orientieren sich an den Fragen und Problemen, die der Verwirklichung einer sozialen, ökologischen und auf den Frieden ausgerichteten Politik dienlich sind, und die mit entsprechend gravierenden Auswirkungen in der nächsten Zeit zur Entscheidung anstehen.* ***Unabdingbar für ein solches Verhalten unsererseits sind bindende Zusagen in Form von Vereinbarungen zu folgenden Punkten.***'' Es folgt ein Forderungspaket zu den Bereichen Sparpolitik, Beschäftigungspolitik, Kernenergie, Hafenerweiterung, Wohnungspolitik, Frauen, Antifaschismus, Frieden. Dieses ,,Paket'' soll noch genauer ausdiskutiert und verabschiedet werden.

Eine Minderheit (ca. ein Viertel bis ein Drittel der Versammlung) formulierte demgegenüber eine Festlegung auf ,,Fundamentalopposition'':

,,*Wir sind grundsätzlich nicht bereit, für eine — welche auch immer — der etablierten Parteien Mehrheitsbeschaffer zu sein.*

Unser parlamentarisches Verständnis heißt, Einbringen der Beschlüsse unserer Basis in parlamentsöffentliche Diskussion.

Unsere Fraktion läßt sich kein Abstimmungsverhalten abhandeln, sondern stimmt dort zu oder lehnt hier ab, wie es die Basis diskutiert und beschlossen hat.

Genauso werden wir die Forderungen unserer Basis unverfälscht und unverwässert zur Abstimmung stellen. Allein die Kraft unserer Argumente zählt. Die anderen Parteien mögen zustimmen oder ablehnen''.

In der Sache geht die Minderheitenposition allerdings an der Antragsvorlage vorbei, die speziell ausgerichtet ist auf die Politik gegenüber einer in Schwierigkeit geratenen SPD, die nach der Wahl vor der Frage stehen könnte: entweder mit der CDU oder aber irgendwie geartetes Eingehen auf die Grünen/Alternativen. Gegenüber einer solchen Konstellation läßt die ,,Fundamentalopposition'' keinen Spielraum und vergibt alle Chancen gegenüber den SPD-Wählern und Teilen der SPD.

Kompromißmöglichkeit mit den Grünen?

Bei den Grünen ist die Beschlußlage zu dieser Frage bislang so: Etwa ein Viertel formuliert eine aus dem Widerspruch ,hie Wachstumparteien, dort ökologische Alternative' entstandene ,,Fundamentalopposition''. Die Mehrheit hingegen hat Positionen formuliert, die mit der jetzt in der AL diskutierten Mehrheitsposition in vielen Punkten übereinstimmen. Abweichend sind noch folgende Punkte: **Die Grünen wollen eine Aussage zu ihrem Verhalten nicht vor der Wahl konkretisieren (sie lehnen einen Forderungskatalog als zu unflexibel ab)** und hoffen nach der Wahl auf ,,Signale'' von der SPD; dann ,,*wären wir zu Gesprächen darüber bereit, welche Anliegen grünalternativer Politik die SPD in ihr Senatsprogramm aufnehmen würde''.*

In der Debatte am 12.2. ließen grüne Redner von der Gruppe Z offen, was solche ,,Anliegen'' sein könnten, da sie sich zur Hamburger Situation nicht konkret äußerten. Jürgen Reents ging allerdings sehr weit, als er ein hypothetisches Beispiel aus Hessen zitierte, wo man ja wohl der SPD zustimmen müsse, falls diese nach der Wahl anbiete: keine Startbahn West, aber alle anderen Forderungen würden abgelehnt (Motto: tausche AKW Biblis gegen Startbahn West). Da dieses Beispiel zweifellos nicht der Realpolitik entstammt (wer kann schon ernsthaft annehmen, daß ein Börner, der vor der Wahl auch um den Preis des Regierungsverlusts den Startbahnbau mit allen Mitteln durchsetzt, nach der Wahl ,Nein' zum Bau sagt), blieb stark der Eindruck hängen, daß die grüne Mehrheit sich den Weg zu faulen ,Kompromissen' mit der SPD offenzuhalten versucht, zumal Jürgen die Frage aufwarf, ob man sich denn nachher vorwerfen lassen wolle, eine CDU-Regierung nicht verhindert zu haben.

Immerhin haben die Sprecher der Grünen Bereitschaft zum Kompromiß signalisiert. Sie stimmten einer Aussage **vor der Wahl** im Prinzip zu und konzentrierten den Streit auf das Wörtchen ,,**unabdingbar**'' ,,Bindende Zusagen in Form von Vereinbarungen'' zu dem Forderungskatalog sind für die AL ,,unabdingbar''). Stattdessen schlugen sie die Formulierung vor: ,,**Es muß zu wesentlichen Zusagen in folgenden Punkten kommen''. Geht es beim Kompromiß nur noch um diesen Satz, dann halten wir ihn unter der Voraussetzung für akzeptabel, daß die S u b s t a n z dessen, was für das Bündnis w e s e n t l i c h ist, konkret gemacht wird, und zwar an Hamburger Beispielen und nicht an Hypothesen à la Startbahn.**

Reduziert sich allerdings der Begriff ,,wesentliche Zusagen'' im Endeffekt auf wertlosen Ramsch wie den ,,Ausstieg Hamburgs aus Brokdorf'' (was verbals sowieso Bekenntnis des Senats ist und am Weiterbau nichts ändert)/ Ausbau der Fernwärme, Heizkraftwerke für Hamburg (was bereits Teil von SPD-Plänen ist)/ sowie vage Andeutungen im Bereich Beschäftigung oder Soziales — wird eine Unterstützung der SPD nicht unsere Zustimmung haben. Wird eine Einigung über die konkrete Substanz eines Verhandlungspaktes erzielt, kann der aufgekommene Verdacht, nach der Wahl sei Schacher geplant, beseitig werden.

Wir würden es für verhängnisvoll halten, wenn die AL in dieser Frage, deren Behandlung wegweisend sein kann für die weitere g e m e i n s a m e Parlamentsarbeit, auf eine Einigung verzichten würde. Bei allem ,,fundamentaloppositionellen'' Radikalismus würde gerade ein s o l c h e s Vorgehen Alleingänge der Grünen sehr erleichtern.

Bündnisschwierigkeiten

Auf das Bündnisangebot der AL hat die grüne Mitgliederversammlung am 31.1. knallhart reagiert: Sie schlägt eine gemeinsame MV vor, auf der die programmatische Übereinstimmung, Art der Parlamentsarbeit und Verhältnis zur SPD diskutiert werden soll. Gleichzeitig wollen die Grünen ihre Kandidaten präsentieren, die der Versammlung ,,*erläutern*'', daß sie auf Basis der von den ,,*Grünen beschlossenen Autonomie kandidieren werden*'' (also: Teilung des imperativen Mandats in hie Grüne, da AL). Weiter heißt es: ,,*Verläuft dieser Prozeß zufriedenstellend, was wir hoffen, ist für die Grünen der Wahlzusammenschluß perfekt. Bestätigen sich Befürchtungen, daß Kräfte, die uns feindlich gegenüberstehen, sich in der AL durchsetzen, werden wir unsere eigene Kandidatur vorbereiten müssen.''*

In der AL wird das zu großen Teilen als Erpressung aufgefaßt. Schlechte Bündniserfahrungen auf Bezirksebene tragen dazu bei, den ,,*von der AL eingeschlagenen Weg eines solchen* (Anm.: auf Gemeinsamkeit beruhenden) *Bündnisses mit den Grünen ... als gescheitert''* anzusehen (Papier von Wandsbeker ALern). Der Ruf nach einem reinen Z w e c k b ü n d n i s zur Überwindung der 5 %-Hürde wird lauter. Dazu schreibt die AL Harburg: ,,*Ein Zweckbündnis auf der Grundlage der bisher gefaßten Beschlüsse aber wäre in unseren Augen ein Betrug an unseren Wählern, da damit ein Teil des AL-Selbstverständnisses aufgegeben werden würde. Im Falle eines geteilten imperativen Mandats wäre unsere Glaubwürdigkeit als politische Kraft im Arsch. Aus diesen Überlegungen lehnen wir ein s o l c h e s Zweckbündnis ab''.*

Stattdessen fordern die Harburger, daß die Grünen endlich Kompromißbereitschaft zeigen sollten.

Unsere Meinung: ein solches Zweckbündnis, wie es aus Frust in der AL überlegt wird, könnte allenfalls eine Notlösung sein. Es sollten vielmehr alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die Grünen doch noch zu veranlassen, ein Höchstmaß an Gemeinsamkeit in der Frage der SPD/Parlamentsarbeit sowie dem gemeinsamen Programm und der Verpflichtung der Kandidaten auf diese gemeinsamen Grundlagen zu suchen. Eine Entscheidung darüber darf auf keinen Fall ohne einen inhaltlichen Klärungsprozeß, der bisher stark von der eher formalen Auseinandersetzung (Autonomie, 50 % der Liste) überlagert war, gefällt werden.



Erfahrungen alternativer Listen mit der SPD

Hamburg: Jusos und Judos kontra Mutterparteien

Hamburgs Jungsozialisten, bisher eher als Hasser denn als Liebhaber der Alternativen (parlamentarisch und außerparlamentarisch) bekannt, scheinen stark unter dem Eindruck einer möglichen großen Koalition zu stehen, was bei Kenntnis der innerparteilichen Situation der Hamburger SPD sicher realistisch ist. Die Jusos haben deshalb auf ihrer Landeskonferenz am 6.2. einen bemerkenswerten Beschluß gefaßt:

,,*Für den Fall, daß die SPD die absolute Mehrheit nicht erhält*'', wird eine Koalition mit der CDU ,,*prinzipiell*'' abgelehnt. Die FDP sei weder ,,*koalitionsfähig und -willig. Noch nie war die Distanz zu sozialdemokratischen Positionen so groß*''.

,,Die Jungsozialisten erwarten daher, daß nach dem 6. Juni das erste Koalitionsangebot der SPD an die Fraktion der Alternativen Liste ergeht, da hier die meisten inhaltlichen Übereinstimmungen bestehen. Danach sollte in der Formulierung eines Koalitionsabkommens eine für beide Seiten tragfähige inhaltliche Grundlage gefunden werden''.

Sowohl vorher als auch nachher hatte SPD-Vorsitzender König jedem Gedanken an Zusammenarbeit mit der AL eine barsche Absage erteilt. Praktisch kommt das fast schon einer Festlegung auf Große Koalition gleich.

* * *

Die FDP hat zwar einerseits eine Koalitionsaussage für die SPD gemacht, sich aber mit ihrem Beschluß auch noch für die CDU offengehalten, wenn sie sagt: ,,*Unter der Voraussetzung, daß keine der Parteien die absolute Mehrheit erreicht sowie SPD und FDP gemeinsam die Mehrheit haben, strebt die FDP eine Koalition mit der SPD an''.* (31.1.82) Was die Möglichkeit einer Koalition mit der CDU, ,wenn CDU und FDP die Mehrheit haben' nicht ausschließt. Der Rechtskurs der FDP hatte schon Ende letzten Jahres zum Austritt von 27 Mitgliedern geführt, die sich teilweise den Grünen und der AL angeschlossen haben. Am 14.2. haben nun Hamburgs Jungdemokraten mit 43 gegen 13 Stimmen bei 5 Enthaltungen beschlossen, sich von der FDP zu lösen und einen ,,*parteiunabhängigen radikaldemokratischen Jugendverband*'' zu gründen. Damit reduziert sich die Jugend-Basis der Hamburger FDP auf wenige verbliebene Jungdemokraten und ein Häuflein Streber der Julis (Jungliberale).

Sozialistische Studiengruppe (SOST)

Sozialabbau und Sparpolitik — Nein danke!

Die Geheimdiplomatie der SPD gegen Hamburgs Bürger

In der SPD-Hamburg kursiert der Entwurf zum Wahlprogramm für die Hamburger Bürgerschaftwahlen im Frühjahr dieses Jahres. Der Entwurf wird in seinen Grundzügen nicht mehr verändert werden; man kann diesen Entwurf daher nehmen für die ganze Richtung, die die SPD einschlagen will. Scheinbar läßt die SPD sich auf die realen Probleme ein: ,,*Bequeme Rezepte sind nicht gefragt. Der Zeiger läuft nicht rückwärts. Die Vertrauensfrage ist gestellt: Wer hat die besseren Lösungen*''. Wer allerdings nachfragen sollte, welche Erwartungen in die Zukunft zu solch forschen Sätzen herausfordern, der erfährt in schicksalsschwangeren Sätzen nur allgemeines über die wirtschaftlichen und politischen Bedrohungen, die nicht von Menschen gemacht erscheinen, sondern quasi von außerhalb kommen.

Wie gegen einen heimtückischen Virus schützt so ,,*der Lebenswille unserer Bürger*'' und die ,,*umsichtige Politik*'' des Regierungsarztes gegen den weltwirtschaftlichen Feind — wo immer er stecken mag. Den bösen Drachen zu bekämpfen, zieht Ritter SPD mit dem Schwert ,,*Gegensteuerung*'' in den Kampf; sein Horizont ist hell und klar: ,,*Die Perspektiven dieser wertbezogenen Politik zielen ins Zentrum der Interessen und Erwartungen der Arbeitnehmerschaft.*'' Wir sind kritische Leute und fragen, ob hinter der blinkenden Rüstung tatsächlich ein scharfes Auge und eine treffsichere Hand stecken'. Worauf zielt die SPD?

1. Recht auf Arbeit — Die Verhöhnung

,,*Für uns Sozialdemokraten steht die Sorge um genügend Arbeitsplätze im Zentrum unseres politischen Handelns. Wir sehen es als unsere politische Verpflichtung an, jedem einzelnen Hamburger gegenüber das Recht auf Arbeit zu verbürgen.*

Hamburg bietet knapp eine Million Arbeitsplätze (1980 waren es ca. 945.000) — das sind weit mehr als von Hamburgern nachgefragt werden. Gut 150.000 davon, alle Pendlerströme aufgerechnet, werden von ,,Butenhamburgern'' aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen besetzt.

Dem stehen knapp 40.000 Arbeitslose in Hamburg gegenüber. Diese Arbeitslosigkeit ist zu hoch. Entwertet sind die Anstrengungen des sozialdemokratischen Senats dadurch jedoch nicht. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist auch in unseren Nachbarländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen und in den meisten anderen Bundesländern noch drückender — ein Beweis dafür, daß kurzfristige grundlegende Änderungen, wie die Durchsetzung des Rechts auf Arbeit, über die Kraft eines einzelnen Bundeslandes hinausgehen.

Hamburgs SPD macht sich deshalb stark für eine beschäftigungspolitische Offensive im Bund und in allen Ländern.''

Nicht knapp 40.000, sondern 50.000 Arbeitslose gibt es mittlerweile in der Stadt, bald werden es 70.000 und mehr sein; längst vorbei sind die Zeiten, in denen Hamburg mit unterdurchschnittlichen Arbeitslosenquoten gegenüber dem Bundesgebiet rechnen konnte; die Jugendarbeitslosigkeit gehört zu der höchsten in der ganzen Republik, das Defizit an Lehrstellen wird 1982 auf mindestens 5.000 zusätzlich anwachsen. Noch hat die ,,Beschäftigungskrise'' den in Hamburg bedeutenden ,,Dienstleistungssektor'' noch gar nicht voll erreicht; wenn sie durchschlägt, ist ein weiteres drastisches Anwachsen der sozialen Probleme zu erwarten.

Folgt man der Hamburger SPD, dann sind an dieser Entwicklung die Pendler schuld — also die Nachbarländer Schleswig-Holstein und Niedersachsen! Hamburg hat genug Arbeitsplätze, aber die CDU-regierten Nachbarländer nehmen sie uns weg! (Und dabei sieht's bei denen noch viel schlimmer aus.) Die Hamburger SPD macht mit diesen Verhältnisssen endgültig Schluß: Sie verbürgt jedem einzelnen Hamburger das Recht auf Arbeit! Nur nicht sofort. Denn die Durchsetzung des Rechts auf Arbeit geht über die Kraft eines einzelnen

Bundeslandes. Über die Kraft der Bundesregierung geht es aber auch — denn diese ist sozialliberal — und könnte natürlich ... wenn da nicht der Druck der CDU/CSU/FDP wäre. Also heißt für die Hamburger SPD das „Recht auf Arbeit": Solange die CDU/CSU in Bund und Ländern existieren, wird die SPD sich **„stark machen"** für eine beschäftigungspolitische Offensive im Bund und in allen Ländern! Es ist selten, daß die Sozialdemokratie jedem, der es hören will, so offen sagt, daß wir uns die Hoffnung auf eine Wende in der Arbeitsmarktpolitik durch die SPD in die Haare schmieren können; die Verhöhnung aller Arbeitenden, Arbeitslosen und Arbeitssuchenden, die darin besteht, dies als „Recht auf Arbeit" zu titulieren, ist ein „Verdienst" der Hamburger Sozialdemokratie.

Damit nicht genug: Die SPD verschweigt zudem, daß sie im Haushalt '82 Arbeitsstellenstreichungen im Öf-



fentlichen Dienst vorgesehen hat; der Senat vergrößert selbst aktiv das Arbeitsplatzdefizit. Zweitens verspricht die SPD ein Beschäftigungsprogramm (ein Haushaltstrick: es ist ein „undefinierter" Posten, der sonst als „Investitionen" vorgesehen ist!) von 170 Mio DM, das vom Umfang her nicht einmal in der Lage ist, den Zuwachs der Arbeitslosigkeit voll zu kompensieren. Die SPD verschweigt drittens schließlich, wie sie dieses Beschäftigungsprogramm finanzieren will: nämlich durch Kürzungen im sozialen Bereich. Auf der einen Seite ein Beschäftigungsprogramm auflegen, um auf der anderen Seite Stellen im Öffentlichen Dienst und Sozialausgaben „einzusparen" — wahrhaftig, dies *„zielt ins Zentrum der Interessen und Erwartungen der Arbeitnehmerschaft"*.

2. Hamburger Hafen — Der alte Kurs

2. Hamburger Hafen — Der alte Kurs

„Die Stärke Hamburgs und seiner Wirtschaft wird entscheidend mitbestimmt von der Leistungsfähigkeit des Hafens. Der Hafen gibt Impulse für die ganze Hamburger Wirtschaft. Von ihm hängen direkt und indirekt mehr als 100.000 Arbeitsplätze ab. Wesentliches Ziel unserer Wirtschaftspolitik bleibt daher die Erhaltung der Funktionsfähigkeit des Hamburger Hafens.

Hierzu haben wir Sozialdemokraten schon bisher viel geleistet: Vertiefung der Unterelbe, Anpassung vorhandener Hafenanlagen an die moderne Entwicklung, ständige Verbesserung der Infrastruktur, Hochwasserschutz. Es kommt darauf an, auch hier Kontinuität zu beweisen. Wie wichtig z.B. unsere Entscheidung war, 500 Millionen DM in Flutschutzbauten zu stecken und mit Hochdruck an der Hochwassersicherung der gefährdeten Hamburger Ortsteile und Hafengebiete zu arbeiten, haben die Sturmfluten im Herbst 1981 bewiesen: Die neuen Anlagen haben gehalten.

Wichtig sind vor allem Strukturanpassungen und Hafenerweiterungsmaßnahmen. Auf der Grundlage eines neuen, modernen Hafenentwicklungsgesetzes werden wir das bewährte Prinzip des öffentlichen Eigentums an Grund und Boden im Hamburger Hafen konsequent weiter verfolgen. Die Infrastrukturinvestitionen Hamburgs gelten sowohl der intensive Nutzung vorhandener Flächen als auch der bedarfsgerechten, schrittweisen Erschließung des Hafenerweiterungsgebietes."

Wie der Hamburger Senat das bewährte Prinzip des öffentlichen Eigentums an Grund und Boden nutzt, wie die „Strukturanpassung" des Hamburger Hafens und die Steigerung seiner Leistungsfähigkeit aussehen, haben wir zur Genüge erfahren: Im Hafen selbst gehen Arbeitsplätze verloren; die Hafenbetriebe des Senats wie HALAG und HADAG stützen einzig und allein die Profitinteressen der privaten Wirtschaft; die Erweiterung des Hamburger Hafens in die Stadt zerstört vorhandene Wohnstrukturen und Wohnumfelder und belastet das städtische Leben mit immer mehr Lärm, Dreck und Wirtschaftsverkehr; die Ökologie des Elberaumes interessiert dabei keinen.

Zur notwendigen Stärkung des Hamburger Hafens im Interesse aller Bürger fällt der SPD nicht mehr ein, als diese unsinnige Politik fortzusetzen; und dies bedeutet im Klartext: die von der SPD gewünschte Modernisierung des Hafens wird keinen einzigen Arbeitsplatz mehr erbringen, sondern stattdessen weitere Arbeitsplätze kosten und damit die Beschäftigungskrise in Hamburg verschärfen; denn es gibt keine „leistungsfähigere" Hafentechnologie, die nicht gleichzeitig unter den Bedingungen privatwirtschaftlicher Unternehmen rationalisierend wirken würde. Zweitens werden Unsummen von Steuergeldern, die angesichts des Haushaltsdefizits und der sozialen Krise dringend gebraucht würden, für Profitsubventionen und für überflüssige Prestigeprojekte verschleudert. Drittens sollen Wohnraum, Wohnumfeld und städtische Lebensqualität in Moorburg und im Bereich der gesamten Süderelbe zerstört werden, um Hafenanlagen, Wirtschaftsverkehr und Industrie Platz zu machen. Viertens wird die Stadt mit weiterem Ausbau für den PKW- und LKW-Verkehr belastet. Fünftens sollen den Bürgern Kraftwerke in ihre Wohnsiedlungen hineingebaut werden, weil auch dafür im Hafen kein Platz mehr ist.

Das SPD-Konzept: Hafenerweiterung **ohne** Umstrukturierung, bedeutet die Vernichtung von Arbeitsplätzen **und** die Zerstörung von Wohnumfeld, Lebensqualität und Ökologie. Das Wahlprogramm der Hamburger SPD verspricht eine Hafenpolitik, die schlechteres Leben auch für diejenigen Hamburger zur Folge hat, die mit dem Hafen direkt nichts zu tun haben. Die Alternativen sind von uns seit längerem in die Diskussion gebracht worden: kategorische Beschränkung des Hafengebiets auf das jetzige Terrain, Umstrukturierung des Hafens, d.h. vor allem Veränderung bestehender Nutzungsverträge von Grund und Boden und Einführung flächensparender Hafentechnologie, Ausbau der Kraftwerkskapazität (Kohle) im Hamburger Hafen; auch dies schafft im Saldo keine neuen Arbeitsplätze im Hamburger Hafen, es beendet aber erstens die Erdrosselung von Wohn- und Lebensqualität durch die Erweiterung des Hafens in die Stadt; und es eröffnet zweitens dadurch die Möglichkeit, auf dem Gebiet des Wohnungsbaus und des kommunalen Nahverkehrs und der Energieversorgung mit intensiver Bürgerbeteiligung und Selbstverwaltung sinnvolle Investitionen und damit Arbeitsplätze zu schaffen, was durch die bisherige Hafenerweiterung blockiert gewesen ist. Neue Arbeitsplätze im Hafen zu schaffen — wie es die SPD vorspiegelt —, funktioniert im Saldo nicht und unterwirft das Leben in der Stadt immer mehr der Hafenindustrie. Die Arbeitsplätze müssen stattdessen im sinnvollen Wohnungsbau, in der Verbesserung des Wohnumfeldes und im leistungsfähigen und ökologisch durchdachten Nahverkehr geschaffen werden; die Voraussetzungen dafür werden aller-

leistungsfähigen und ökologisch durchdachten Nahverkehr geschaffen werden; die Voraussetzungen dafür werden aller-

dings im Hafen geschaffen, durch Umstrukturierung statt Erweiterung.

Die SPD-Hamburgs ist so festgeritten in ihrem überlebten Konzept, daß sie nicht einmal den Teufelskreis bemerkt, in dem ihre Politik steckt: *„Günstige Verkehrsverbindungen von den Wohnungen zu den Arbeitsplätzen sind von entscheidender Bedeutung für Hamburg als Wirtschaftsstandort."* Da betreibt der Senat jahrelang eine Industriepolitik, die immer mehr Hamburger von der Stadt in das Umland flüchten läßt. Haben diese Hamburger nun vor dem Stadtkern billigere Mieten und erträglicheres Wohnumfeld gefunden, dann müssen von dort nach Hamburg zurück Straßen geschlagen werden, weil der kommunale Nahverkehr auf diese Bevölkerungsverschiebung nicht vorbereitet ist. Nun wälzen sich die privaten Blechlawinen neben dem Wirtschaftsverkehr zweimal am Tage durch die Stadt — und bringen noch mehr Bürger auf den Gedanken, unbedingt außerhalb der Stadt wohnen zu wollen ... In den USA gibt es inzwischen die letzte Stufe dieses idiotischen Zirkels: Die Bewohner des Stadtgürtels, die dort die gestiegenen Mieten und Fahrtkosten zur Arbeit nicht mehr aufbringen können, kehren zurück in menschenleere, verfallene und verslumte Stadtkerne, wo sie nur den Ratten gleich hausen können...

Steueraufkommen und Zuwachsraten 1981/1982				
Steuerart	Haushaltsplan 1981	Neuschätzung Aufkommen 1981 (Stand Juni 81)	Haushaltsplan-Entwurf 1982	Veränderung 1982 gegenüber Neuschätzung 1981
	— in Mio DM —			— in % —
Lohnsteuer	6.530	6.430	7.020	+ 9,2
Einkommensteuer	1.785	1.690	1.720	+ 1,8
Körperschaftssteuer	2.400	1.600	1.600	0

3. Der Hamburger Haushalt — Geheimdiplomatie gegen die Bürger

Die SPD bietet sich auch noch in diesem Wahlprogramm-Entwurf dem Bürger als Reformpartei an. Konkret handelt es sich um die Reform als Phrase: Überall dort, wo im Wahlprogramm gesagt werden müßte, wie die SPD die angestrebte Reform durchsetzen und finanzieren will, schrumpft der Reformanspruch auf die Versicherung zusammen, daß die SPD *„sich stark machen werde für"* oder *„dafür eintreten werde, daß"*. Der Eindruck soll erweckt werden, daß *„die Verhältnisse"*, mit denen die SPD natürlich nichts zu tun hat, stärker sind als der nie erlahmende Reformwillen der Partei. Es fragt sich, was bemerkenswerter ist: Der Selbstbetrug der Genossen, die an das alles auch noch glauben, oder die Hoffnung, der Bürger und Wähler werde sich nicht an das halten, was er an aktueller sozialdemokratischer Politik sieht und erfährt, sondern an das Bild der SPD anfangs der 70er Jahre. Aber nur, wenn die SPD sich heute programmatisch wirklich änderte und sich der Bürgerbeteiligung öffnete, könnte sie noch politischen Zinseszins treiben aus der damaligen Situation, in der sie Lebensverhältnisse partiell, aber nur oberflächlich, geändert hat.

Es wirft ein bezeichnendes Licht auf die Hamburger Sozialdemokratie, daß sie den jedermann bekannten Sachverhalt, daß die Reformpolitik der Brandt-Regierung schon seit Jahren nicht mehr fortgesetzt werden kann, noch immer nicht zugesteht, geschweige denn, klare Konsequenzen daraus zieht. Aber es kommt noch viel schlimmer: Auch in Hamburg wird ja nicht der ökonomische und soziale **status quo** der frühen siebziger Jahre erhalten, sondern es werden Reformen demontiert, soziale Verhältnisse verschlechtert und Zukunftschancen verbaut — mit Wissen und mit Willen der regierenden Sozialdemokraten, insofern sie von ihrer Verehrung der Marktwirtschaft und ihrem System der Stellvertreter-Demokratie nicht lassen wollen. Und da die Sozialdemokraten **ohne** Kurskorrektur weiter regieren wollen, obwohl die Krise der Wirtschaft und der Staatsfinanzen auch in Hamburg wächst, muß gefragt werden: welche sozialen Subventionen sollen gekürzt, welche sozialpolitischen Fortschritte sollen preisgegeben werden, damit der Haushalt durchgebracht werden kann?

Im Wahlprogramm der SPD sucht man vergebens nach auch nur einer einzigen Zahlenangabe, die Auskunft darüber gibt, welche Politik der Hamburger Senat mit dem Haushalt der Stadt machen will. Stattdessen lauten die Versprechungen:

„Unsere finanzielle Beweglichkeit ist eingeschränkt, und das, obwohl wir uns einer stetig wachsenden Menge von Problemen gegenübersehen, die es zu lösen gilt ... Auch weiterhin werden wir besonders kritisch zu prüfen ha-

Problemen gegenübersehen, die es zu lösen gilt ... Auch weiterhin werden wir besonders kritisch zu prüfen ha-

ben, wo Abstriche von staatlichen Leistungen — etwa bei Subventionen — zu verantworten sind. Die SPD sieht es als ein Gebot der Ehrlichkeit, dies dem Bürger deutlich zu sagen ... Finanzpolitische Solidität, wie wir sie auch weiterhin betreiben werden, heißt jedoch nicht, daß wir Sozialdemokraten Reformen aufgeben. Weniger Geld bedeutet nicht, weniger gerecht zu sein..."

Weil im Wahlprogramm entgegen diesen Beteuerungen nirgends Auskunft darüber gegeben wird, wo wieviel gespart werden soll, wie was finanziert werden soll und wer in welchem Umfang betroffen sein wird, handelt es sich bei den Beteuerungen der Ehrlichkeit und Solidität um Nebelkerzen, die verdecken sollen, was die SPD mit dem Hamburger Haushalt vorhat.

Die Geheimpolitik der SPD beginnt damit, daß den Bürgern die Tatsache und das volle Ausmaß des Defizits im Hamburger Haushalt 1982 verschwiegen wird. Durch unseriöse Steuerschätzungen wird der Eindruck erweckt, trotz sinkendem Bruttosozialprodukt, trotz Wegfall von Lohn- und Einkommenssteuern durch vermehrte Arbeitslosigkeit, würde die Körperschafts-und Gewerbesteuer stagnieren oder leicht ansteigen — und trotz sinkenden Realeinkommen könnten die Lohnsteuern noch mit über 9 % wachsen; bereits 1981 mußten diese Schätzungen so nach unten revidiert werden, daß schließlich alle diese Steuern absolut weniger Einnahmen für die Stadt bringen, als im ursprünglichen Haushaltsplan vorgesehen.

Die Steuerschätzungen für 1982 fallen um einige hundert Millionen DM zu hoch aus, so daß das Defizit im Hamburger Haushalt sich 1982 nicht bei 800 Mio DM, sondern mit Sicherheit **über** 1,3 Mrd. DM bewegen wird; schon der Fehlbedarf für 1981 liegt nicht bei 680 Mio DM, sondern bei 1 Mrd. DM (Bürgerschaftsdrucksache 9/3833). Zusätzlich kommt hinzu, daß der SPD-Senat ein Beschäftigungsprogramm von 170 Mio DM finanzieren will, daß die Sozialhilfeleistungen im Gefolge der Beschlüsse der Bundesregierung für Hamburg stark ansteigen werden und die Begrenzung der Personalausgaben im Öffentlichen Dienst unrealistisch ist. Zusammengenommen: Der Haushaltsplan für 1982 ist grob unrealistisch, z.T. wider besseres Wissen gefälscht, so daß im Herbst dieses Jahres ein Haushausloch aufreißen muß, dessen Dimensionen nicht durch kosmetische Korrekturen zu bewältigen sein werden.

Was haben wir dann zu erwarten? Der Senat sieht bereits 1982 einen Sozialabbau und Sparpolitik in ungeheuerlichem Ausmaß vor — natürlich steht auch davon nichts im Wahlprogramm zu lesen:

★ Alle Gebühren der Stadt — von der Volkshochschule über die Müllbeseitigung, vom Museumsbesuch bis zur Obdachlosenunterkunft, von der HEW bis zur HVV steigen zwischen 3 und 50 %. Die Verteuerung aller Krankenhauskosten ist derzeit nur aufgeschoben, genauso wie der Kahlschlag im Sozialarbeitsbereich („Aufschrei").

★ Im Öffentlichen Dienst sollen bis 1985 5.000 Stellen „eingespart" werden, wobei Personaleinschränkungen bei Bahn, Post und im Krankenpflegebereich noch nicht berücksichtigt sind; für 1982 ist zusätzlich noch ein „Sonderprogramm" von 800 Stellenstreichungen vor allem in den Schulen vorgesehen.

★ Bei den Sach- und Fachausgaben des Senats sollen 1982 105 Mio DM gekürzt werden — z.B. 11 Mio bei Lehr- und Lernmitteln, 24 Mio bei der Alten-, Jugend- und Behindertenhilfe und eine unbekannte Größenordnung bei den Krankenhäusern. Da die Sozialhilfeleistungen aber werden steigen müssen, wird der Druck auf die Hilfen für andere „sozial schwächere" Bevölkerungsteile (Alte, Behinderte, Schüler usw.) noch stärker werden. Davon sind heute keine Minderheiten mehr betroffen; so erhoben von den unter 25jährigen 1975 erst 500 Anspruch auf Sozialhilfeleistungen — heute sind es dagegen schon 6.500!

Der Haushalt des Senats für 1982 ist somit in seiner Anlage auf Ausgabenkürzungen vor allem für die Lohnabhängigen und besondes für die sozial Schwächsten abgestellt; er wird eine Verschärfung des Problems zur Folge haben, daß die verschiedenen Bevölkerungsteile ungleich von der kapitalisti-

Verschärfung des Problems zur Folge haben, daß die verschiedenen Bevölkerungsteile ungleich von der kapitalisti-

schen Wirtschaftskrise betroffen sind. Aber diese „Planung", so skandalös und unakzeptabel sie ist, reicht ja gar nicht aus, um die Finanzierungsprobleme des Hamburger Haushalts in diesem Jahr „zu lösen". Die SPD in Hamburg, bzw. der von ihr gebildete Senat, weiß schon heute, daß er wenige Monate nach der Wahl einen Nachtragshaushalt vorlegen muß, dessen Konsequenz eine noch rigorosere Sozialabbau- und Sparpolitik sein wird!

Fazit: Das Wahlprogramm der Hamburger SPD ist Geheimdiplomatie gegen die Hamburger Bürger: Eine Analyse der Situation Hamburgs wird nicht gegeben, die Versprechungen sind unrealistisch, die angestrebte „Sanierung" des Haushalts mittels sozialem Kahlschlag und Rotstiftpolitik wird verschwiegen.

4. Die Alternative — Gegen Sozialabbau, für Umstrukturierung

Jede alternative, grüne und sozialistische Politik kann keine — auch noch so geringfügige — Politik des Sozialabbaus unterstützen oder betreiben, was auch immer an Durchsetzung sonstiger politischer Ziele und (trügerischen) Fortschritten man dabei erreichen oder erhoffen könnte. Die **kategorische Absage** an jede(n) Sozialabbau und Variante von Sparpolitik entspricht nicht nur unserer politischen Zielsetzung, daß die angestrebte Veränderung der Arbeits- und Lebensverhältnisse nicht mit der erzwungenen Verschlechterung des Lebensstandards breiter Bevölkerungskreise und sogenannter „Randgruppen" bewerkstelligt werden darf. Das prinzipielle Nein ist auch erforderlich, weil durch Sozialabbau und Sparpolitik tatsächlich nichts „gelöst", sondern alles nur noch schlimmer gemacht wird. Die Betroffenen der Sparpolitik werden quasi ohne Nutzen zu „Opfern" gezwungen, die Spirale der Wirtschafts- und Finanzkrise geht immer tiefer, weil an ihren Ursachen nichts geändert wird. Die Sozialdemokratie bleibt sich so treu: Sie hat mit ihren Reformen die Klassengesellschaft nicht im Kern verändert und sie ändert auch mit der Demontage der Reformen nichts an der Krise dieser Klassengesellschaft.



Durch unsere Ablehnung jeder Sozialabbau- und Sparpolitik wird freilich das angerichtete Defizit im Hamburger Budget nicht beseitigt; durch die Notwendigkeit eines **wirksamen** Sofortprogramms zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird es sogar noch größer. Nicht sehr lange hilft die Kreditfinanzierung hier über den Berg. Die Eintreibung von Steuerrückständen und die Anhebung von Gewerbe-Steuern sowie die Belastung von hohen Einkommen erbringen mehrere hundert Millionen zusätzliche Einnahmen; mittelfristig wirkt aber auch hier die Begrenzung, daß Hamburg ein Stadtstaat ist und keine Bundeskompetenz besitzt. Wir müssen eine andere Politik für Hamburg deshalb darauf orientieren, daß wir nicht nur die Betroffenheit von der kapitalistischen Krise kompensieren (Arbeitsprogramm, Sozialausbau), sondern auch Arbeits-und Lebensverhältnisse sinnvoll umstrukturieren:

★ der Wohnungsbau liegt brach, obwohl Wohnungen fehlen;

★ die Gestaltungsmöglichkeiten der Bürger von sozialem Wohnen und vom Wohnumfeld werden ungenutzt, bzw. gelten als Luxus;

★ ein sinnvolles Kraftwerkskonzept mit vorhandenen und zu bauenden

Wohnumfeld werden ungenutzt, bzw. gelten als Luxus;
★ ein sinnvolles Kraftwerkskonzept mit vorhandenen und zu bauenden

Kohlekraftwerken und eine vernünftige Energieversorgung (Fernwärmenetz usw.) ist möglich;

★ die Entlastung der Stadt vom Autoverkehr durch gut funktionierende und ökologisch vernünftige Nahverkehrssysteme kann begonnen werden;

★ der Ausbau von Freizeiteinrichtungen für die Bevölkerung, von urbanem Lebensraum und von Naturerhaltung und Naturschutz kann zur kommunalen Priorität gemacht werden.;

Diese Umstrukturierungsmöglichkeiten schaffen Arbeitsplätze; der größere Teil von ihnen fällt auch mittelfristig dem Staat nicht einfach als zusätzliche Kosten zu, sondern kann durch Benutzungsgebühren etc. rückfinanziert werden; schließlich gehen von den notwendigen Investitionen (z.B. im Wohnungsbau) auch Impulse für die industrielle Beschäftigung aus, so daß die materielle Produktion in der Stadt sinnvoll erweitert werden kann.

Eine Perspektive hat diese Alternative nur dadurch, daß **erstens** der Einfluß der Bevölkerung auf die Investitionen der Stadt und der privaten Wirtschaft durchgesetzt und **zweitens** die Beteiligung und Selbstverwaltung der Bürger an allen kommunalen und politischen Angelegenheiten gefördert und gesichert wird. SPD und Senat sind zu dieser schrittweisen Veränderung des politischen Systems nicht willens und nicht in der Lage.

Die Hamburger SPD wird versuchen, mit der Geheimdiplomatie in der Haushaltsfrage die Wahl doch noch zu gewinnen, oder zumindest dadurch nach der Wahl bei der Senatsbildung die politische Offenbarung zu vermeiden — bis zum Nachtragshaushalt im Herbst. Die Hamburger Linke ist heute schon gut beraten, dieses Spiel aufzudecken und keinerlei Verantwortung für Sozialabbau und Sparpolitik zu übernehmen.

1) Wir beschränken uns hier auf die Bereiche Arbeit, Hafen, Finanzen und Sozialabbau; unsere Kritik ist an allen anderen Bereichen des Programms gleichermaßen zu verdeutlichen.

(Anmerkung: Eine Reihe von Mitgliedern der Sozialistischen Studiengruppen arbeiten in der Alternativen Liste Hamburg mit).

H. Dv. Nr. 27480

Ausbildungsvorschrift für das Rasieren im Reichsheer

(A. V. R.)

Neudruck 1936

Döberitz 1936
Asti-Verlag

Reichswehrministerium (Heer)
Chef der Heeresleitung Nr. 4711
Slyra II. 44. g.

Berlin, den 22. 13. 1933.

1. Ich genehmige die Ausbildungsvorschrift für das Rasieren im Reichsheer (A. V. R.).

2. Die Vorschrift gilt für die Ausbildung aller Waffen im Rasieren.

3. Außer Kraft treten:

a) Richtlinien für das Rasieren der Kgl. Prß. Armee vom Jahre 1789.

b) Uebergangsbestimmungen zur A.V.R. vom Januar 1905.

Der Chef der Heeresleitung.

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

B. Leitsätze

1. Jeder Soldat muß tief durchdrungen sein von dem Bewußtsein, daß nur tadellose Rasur seines Standes würdig ist; sie ist ein Gradmesser seiner soldatischen Tüchtigkeit und ein wertvolles Mittel zur Festigung der Manneszucht.

2. Die Ausbildung ist auch im Gelände und in allen Körperlagen, besonders in der Bewegung, ferner bei Dunkelheit, bei künstlicher Beleuchtung und mit aufgesetzter Gasmaske zu betreiben. Durch sportliches und wettkampfmäßiges Rasieren werden Höchstleistungen erzielt.

3. Der Kompanie- usw. Chef ist für die gute Rasur seiner Kompanie verantwortlich. Er haftet ferner für sachgemäße Behandlung des Geräts und prüft dasselbe monatlich auf Vollzähligkeit und Zustand unter Hinzuziehung des Waffenmeisters.

4. Nur durch sorgfältigste Ausbildung und genaueste Kenntnis des Geräts ist erfolgreiches Rasieren des Einzelnen wie auch der Gesamtheit gewährleistet. Falsche oder unvorsichtige Handhabung des Geräts gefährdet den Rasierer und seine Umgebung.
Die Kommandeure haben sich von dem Ausbildungsstand gelegentlich von Besichtigungen alljährlich einmal zu überzeugen.

C. Das Gerät

a) **Allgemeines:**

Der Rasierapparat 31 ist ein Ausrüstungsgegenstand, der bei richtiger Benutzung den Mann befähigt, auch stärksten Bartwuchs zu beseitigen. Er nutzt die Hebelkraft des Armes im Verein mit einer zu diesem Zweck geschärften Stahlplatte zum Schneiden des vorher erweichten Barthaares aus.

b) **Beschreibung des Geräts:**

1. Zweck. Der Rasierapparat dient zum Rasieren. Er soll dem Gesicht die gewünschte Glattheit geben, welche Grundbedingung für jedes inner- und außerdienstliche Auftreten ist.

2. Material. Der Rasierapparat ist aus bestem Stahl gefertigt. Der Apparat für Stabsoffiziere ist außerdem rostfrei, was durch einen Nickelüberzug erreicht wird.

3. Teile. Die Teile des Rasierapparates 31 sind:

aa) Der eigentliche Rasierapparat,
bb) Die Klinge,
cc) Das Zubehör.

aa) Der eigentliche Rasierapparat nimmt alle Teile in und an sich auf. Zu ihm gehören:

Der Handgriff,
der Verschlußdeckel,
das Zwischenstück.

Der Handgriff: Er dient zur Handhabung des Apparates und besteht aus:

1. Dem vorderen hyperbolischen Teil. Dieser ist innen mit einem Rechtsgewinde 07 versehen, in welches der verlängerte Verschlußdeckelklingehaltezapfen eingeschraubt wird.

2. dem langen zylindrischen Teil. Dieser ist innen hohl. Außen ist er fischhautartig gerippt, um ein Abgleiten der führenden Hand zu verhindern.

3. dem Knopf. Der Knopf verschließt den zylindrischen Teil nach unten und erhöht die Widerstandsfähigkeit des Geräts.

Der Verschlußdeckel. Er verschließt den Apparat nach oben, dient zur Lagerung der Klinge und verbindet im Verein mit dem Gewinde 07 die Teile des Gerätes zu einem festen Ganzen. Er ist halbmondförmig gebogen und an der Innenseite mit drei Zapfen, den Verschlußdeckelklingehaltezapfen, versehen, deren mittelster verlängert und mit einem Gewinde versehen ist. Die Verschlußdeckelklingehaltezapfen sind in den Verschlußdeckel eingeschraubt und hart verlötet.

mit einem Gewinde versehen ist. Die Verschlußdeckelklingehaltezapfen sind in den Verschlußdeckel eingeschraubt und hart verlötet.

Das Zwischenstück. Dieses ist entsprechend seiner Lagerung unter dem Verschlußdeckel ebenfalls halbmondförmig gebogen und im Warmschrumpfverfahren gefertigt. Es gewährleistet gefahrenfreie Handhabung des Geräts. Im Mittelteil sind die Durchbohrungen für die Verschlußdeckelklingehaltezapfen, deren mittelster eine ringförmige Vertiefung, das Handgriffwiderlager, aufweist. An den Längsseiten befinden sich je 15 Ausschnitte, durch welche das abgeschnittene Barthaar nach unten abgeleitet wird. Sie dienen außerdem zur Führung der Klinge auf der Haut.

bb) Die Klinge. Die Klinge dient zum Abschneiden des Barthaares. Sie ist aus Chromnickelstahl gefertigt und an ihren Längsseiten mit Schneiden versehen. Die Durchbohrungen für die Verschlußdeckelklingehaltezapfen sind im Mittelteil angebracht. Die Klinge trägt die Aufschrift „Reichseigentum". Uebungsklingen sind aus Blech und tragen in Rot die Aufschrift „Ueb".

cc) Das Zubehör. Zum Zubehör gehören:

1. Ein Rasierpinsel,
2. Rasiercreme in Tube,
3. Der Metallspiegel,
4. Das Handtuch,
5. Ein Blutstillstift 25/31,
6. Ein Zubehörkasten.

1. Der Rasierpinsel. Er soll weiche Haare haben. Der Pinsel dient zum Erzeugen und Verteilen des Seifenschaumes auf der Haut. Die Pinsel sind gebündelt in einem dunklen, trockenen, mit blauen Scheiben versehenen Raum aufzubewahren, um einem Verfärben der Haare vorzubeugen.

2. Die Rasiercreme. Sie dient zum Erweichen der Haare und befindet sich in einer Tube. Die Tube ist aus Weißzinn gefertigt und mit dem rechtsläufigen Rasiercremetubendeckel verschlossen. Zur besseren Abdichtung ist dieser mit einer federnden Einlegescheibe versehen. Die Tube ist vor übermäßigem Druck zu schützen.

3. Der Metallspiegel. Er dient zum Hineinsehen. Man unterscheidet zwei Arten:

1 Spiegel, Hänge- (für Uffz. und Mannschaften)
1 Spiegel, Steh- (für Offiziere).

4. Das Handtuch. Handtücher sollen aus reinem Nessel sein. Sie sind von den Kompanien pp. im freien Handel aus dem Klingengeldfonds zu beschaffen.

5. Der Blutstillstift 25/31 n. A. Er besteht aus Alaun und ermöglicht die Stillung kleinerer Wunden.

6. Der Zubehörkasten. Der Zubehörkasten nimmt Apparat und Zubehör in und an sich auf.

Anmerkung: Die Benutzung eigener Rasierapparate im Urlaub ist, sofern sie den vorliegenden Proben entsprechen, gestattet. Sie sind jedoch während der Dienstperioden auf der Waffenkammer unter Verschluß zu halten. Offizieren kann in begründeten Fällen ein Rasierapparatgeldvorschuß zur Beschaffung eigener Rasierapparate gewährt werden.

D. Das Rasieren

1. **Teilnahme.**

Am Rasieren nehmen teil:

Alle Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Kompanie,
das Sanitäts- und Beschlagschmiedpersonal,
der Rasieroffizier des Regiments (Ra. O.),
und der Waffenmeister des Bataillons, der die Rasierapparate instandzusetzen hat.

2. **Sicherheitsbestimmungen.**

Auf der Rasierstelle müssen anwesend sein:
1 Offizier oder Portepeeunteroffz. als Leitender,
1 Aufsicht beim Rasierer,
1 Klingenausgeber,
1 Sanitätsoffizier muß erreichbar sein.
Der Führer der Abteilung hat vor und nach dem Marsch zum Rasierplatz die Apparate zu untersuchen, ob sie klingenfrei sind. Er meldet hierüber dem Leitenden. Auf dem Platz ist der Apparat zu zerlegen. Sämtliche Teilnehmer sind nach § 1001 M.St.G.B. zu verwarnen.

3. **Die Ausführung des Rasierens.**

a) Das Einseifen. Hierzu ergreift der Mann die Tube mit der linken Hand, den angefeuchteten Pinsel mit der rechten so, daß der Daumen unter dem Pinselhals, die vier Finger ausgestreckt darüber liegen. Dann drückt die linke Hand ein etwa fingernagelbreites Stück der Rasiermasse aus der Tube. Für sparsame Verwendung der Masse haftet der Leitende. Nun hebt der Mann den Pinsel bis in Kragenhöhe und in sanftem Hin- und Hergleiten verteilt er den Schaum gleichmäßig auf beide Gesichtshälften.

b) Das Fertigmachen des Apparates. Der [redacted]

dieselbe auf ihre Schärfe. Genügt die Klinge den gestellten Anforderungen, so übergibt er sie vorsichtig der Aufsicht beim Rasierer. Dieser setzt die Klinge in das Gerät ein. Das Gerät muß nun stets etwa 40 cm vom Körper entfernt gehalten werden. Dem Rasierer wird es übergeben mit den Worten: „Apparat mit scharfer Klinge versehen, auf Schärfe geprüft, gebrauchsfertig!" Die Meldung wird vom Rasierer wiederholt. Sodann nimmt der Rasierer

fernt gehalten werden. Dem Rasierer wird es übergeben mit den Worten: „Apparat mit scharfer Klinge versehen, auf Schärfe geprüft, gebrauchsfertig!" Die Meldung wird vom Rasierer wiederholt. Sodann nimmt der Rasierer
die Front zum Spiegel ein. Das Rasieren wird grundsätzlich im Rühren ausgeführt.

c) Die Rasur. Beim Rasieren hat größte Vorsicht zu herrschen. Der Apparat wird von der linken Hand ergriffen, diese übergibt ihn am Schwerpunkt der rechten Hand, welche ihn saugend umfaßt. Unter gleichmäßigem ruhigem Ein- und Ausatmen wird der Apparat zunächst in die zwischen Schläfenbein und Jochleiste gebildete Höhlung gebracht. Sodann gleitet die Schneide in leichter, aber bestimmter Verbindung mit der Haut über die linke Gesichtshälfte. Sinngemäß wird rechts verfahren. Die Zahl der Rasuren ist abhängig von der Stärke des Bartwuchses, jedoch darf im allgemeinen

nicht weniger als zweimal und nicht mehr als dreimal

auf- und abwärts rasiert werden. Bei Dunkelheit ist stets nur in einer Richtung zu rasieren.*)

Schneidet eine Klinge nicht, setzt der Rasierer ab, wartet etwa drei Minuten und öffnet dann den Apparat. Die Klinge wird gedreht und in einen anderen Apparat eingesetzt. Schneidet sie wieder nicht, so ist sie als Versager anzusprechen.

d) Das Abwaschen. Zum Abwaschen wird Wasser verwendet. Etwaige Wunden sind mit dem Blutstillstift zu behandeln.

E. Reinigung und Pflege des Geräts

Man unterscheidet drei Reinigungsarten:

1. Die allgemeine Reinigung nach dem Gebrauch mit Uebgs.-Klingen.

2. Die Reinigung nach Gebrauch mit scharfen Klingen.

3. Die Herbstreinigung.

Verwendung scharfer Mittel ist strengstens untersagt. Das Gerät wird nach Gebrauch handartig eingefettet und auf der Kammer auf Oelpapier gelagert.